



Statistik in Sachsen

Jahrgang 18 - 4/2012



Inhaltsverzeichnis

Die Zahl der Erwerbstätigen in der sächsischen Tourismuswirtschaft – Methodisches zum Rechenverfahren und erste Ergebnisse Roman Straube	2
Investitionen 2010 in Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes Brigitta Töpfer	9
Zur Energieeffizienz in Sachsen 1991 bis 2010 Dr. Andreas Oettel, Cornelia Barchmann	14
Computer- und Internetnutzung privater Haushalte in Sachsen – Ergebnisse der IKT-Erhebung 2011 Marcel Goldmann, Bettina Koreng	22
Erfolgsmodell Berufsakademie Sachsen Alrun Klinger, Felicitas Klemm	27
Lebenssituation Jugendlicher in den Raumkategorien Sachsens Anke Puschmann, Janika Weigel	32
Soziale Mindestsicherung in den Gemeinden Sachsens Gina Gäbler	39
Die kommunale Doppik in Sachsen Dieter Beier	48
Die Erstellung einer Gesundheitspersonalrechnung für Sachsen – Methodische Vorgehensweise und Ergebnisse für das Jahr 2010 Kristina Richter	54
Gerhard-Fürst-Preis 2013 des Statistischen Bundesamtes	61
Neues aus Sachsen	62
Sächsischer Zahlenspiegel	64

Vorwort



Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher, Präsidentin des Statistischen Landesamtes

Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser,

auch das vierte Heft unserer Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ in diesem Jahr bietet wieder zahlreiche Beiträge aus verschiedenen Gebieten der amtlichen Statistik. In einem ersten Aufsatz wird ein vom Statistischen Landesamt entwickeltes Rechenverfahren zur Abschätzung des Erwerbstätigenniveaus in der sächsischen Tourismuswirtschaft vorgestellt. Dabei werden einerseits die methodischen Grundlagen des Verfahrens beschrieben und andererseits erste Resultate in einer Zeitreihe von 1998 bis 2008 präsentiert.

Die folgenden beiden Artikel widmen sich wirtschaftlichen Themen. Analysiert werden die Investitionstätigkeit 2010 in den Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes und die Entwicklung der Energieeffizienz in Sachsen in den letzten 20 Jahren. Ergebnisse der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten stehen im Mittelpunkt des nächsten Beitrags. Dabei wird festgestellt, dass ein breites Spektrum von Internetaktivitäten, wie Informationssuche, Nutzung von sozialen Netzwerken, Einkäufe im Netz sowie Online-Banking für viele Haushalte in Sachsen inzwischen zum Alltag gehört. Die nächsten zwei Artikel beschäftigen sich mit Aspekten der Lebenssituation von Jugendlichen. Einerseits wird die Berufsakademie Sachsen vorgestellt, an der als eine Säule der Ausbildung neben Universitäten, Kunst- und Fachhochschulen insgesamt rund 5 000 junge Menschen auf ihre berufliche Tätigkeit vorbereitet werden, andererseits werden ausgewählte soziodemographische Merkmale zu den Jugendlichen in Sachsen nach den drei Raumkategorien Verdichtungsraum, verdichteter Bereich im ländlichen Raum und ländlicher Raum dargestellt. Dabei zeigt sich eine zunehmende regionale Differenzierung verbunden mit Bevölkerungsgewinnen im Verdichtungsraum und Verlusten – vor allem von jungen Frauen – im ländlichen Raum.

Nachdem bereits in einem früheren Beitrag das System der sozialen Mindestsicherung vorgestellt wurde und Ergebnisse für Sachsen insgesamt präsentiert wurden, werden in dieser Zeitschrift Daten zu Empfängern von Mindestsicherungsleistungen auf Gemeindeebene analysiert. Die Zeitschrift wird ergänzt durch Beiträge zur neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungsführung in den Gemeinden nach den Regeln der Doppik und zur Erstellung einer Gesundheitspersonalrechnung für Sachsen.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Heft wiederum interessante Informationen aus unserer Arbeit zu liefern. Über die Themen dieser Zeitschrift hinaus stehen Ihnen zahlreiche andere Publikationen mit detaillierten statistischen Informationen zur Verfügung. Außerdem finden Sie uns im Internet unter www.statistik.sachsen.de. Datenanfragen beantwortet Ihnen auch unser Auskunftsdienst (Tel. 03578 33 1913).

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und würde mich freuen, wenn Sie unsere Daten und Informationen für Ihre Arbeit nutzen.

Ihre Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher

Die Zahl der Erwerbstätigen in der sächsischen Tourismuswirtschaft – Methodisches zum Rechenverfahren und erste Ergebnisse

Vorbemerkungen

In den bisherigen Untersuchungen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen zu den vom Querschnittsbereich „Tourismus“ ausgehenden Beschäftigungspotenzialen wurde stets allein auf die Personengruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten abgestellt. Entscheidender Vorteil dieser Datenbasis ist, dass auf sie – zum Zwecke der Erstellung von Erwerbstätigenstatistiken in den statistischen Ämtern – in tiefster wirtschaftsfachlicher Untergliederung bis auf WZ-5-Steller-Ebene zurückgegriffen werden kann. Dies wiederum ermöglicht eine exakte und trennscharfe Aggregation der Beschäftigtenzahlen zur Tourismuswirtschaft insgesamt sowie zu den ihr zugrundeliegenden Hauptwirtschaftszweigen und Verbundenen Aktivitäten gemäß der Tourismuszweigsystematik nach G. AHLERT (in Abgrenzung nach WZ 2003) [1] (vgl. Abb. 1).

Allerdings treten nicht allein sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sondern auch die Selbstständigen und deren mithelfende Familienangehörige sowie die marginal Beschäftigten – etwa geringfügig Entlohnte, kurzfristig Beschäftigte und Ein-Euro-Jobber – in mehr oder weniger intensiver Form mit Touristen in Kontakt. Zusammengefasst ergeben diese drei Personengruppen mit der Erwerbstätigenzahl schließlich einen beträchtlich umfassenderen Indikator zur Darstellung des touristischen Beschäftigungspotenzials. Die ebenfalls zu den Erwerbstätigen rechnenden Beamten, worunter auch Richter, Soldaten sowie Wehr- bzw. Zivildienstleistende zählen, sind für die Tourismuswirtschaft im Prinzip nicht von Bedeutung und werden daher im nachfolgend näher beschriebenen Rechenwerk nicht mit berücksichtigt.

Rechenverfahren zur Ermittlung der Erwerbstätigen in der Tourismuswirtschaft Sachsens

Unbereinigte Erwerbstätige nach dem Referenzszenario (ETR 1)

In einem ersten vereinfachten Ansatz – als allgemeines Referenzszenario für die weiteren Rechenansätze dienend – wurden die aus der Erwerbstätigenrechnung (ETR) stammenden Erwerbstätigenzahlen zunächst einheitlich und undifferenziert gemäß der sich bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ergebenden Strukturen auf die einzelnen Wirtschaftszweige bzw. Verbundenen Aktivitäten des Tourismus aufgeteilt (vgl. Abb. 1). Anschließend erfolgte die Summation zu den touristischen Hauptwirtschaftszweigen sowie zur Tourismuswirtschaft insgesamt. Vor dem Hintergrund eines Anteils der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Arbeitsort in Sachsen an allen hier zu verzeichnenden Erwerbstätigen in Höhe von zuletzt rund 72 Prozent¹⁾ erscheint dieses Vorgehen durchaus vertretbar und praktikabel. Allerdings bleiben so die Spezifika der übrigen – für die Tourismuswirtschaft keinesfalls unbedeutenden – Personengruppen, die Selbstständigen und die marginal Beschäftigten, vollkommen unberücksichtigt. Dabei dürften sich die arbeitsmäßigen Gegebenheiten gerade hier in aller Regel deutlich von den Normarbeitsverhältnissen eines sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unterscheiden. Insofern müssen die drei Personengruppen anstelle der einheitlichen Disaggregation über die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit geeigneten Schlüsselgrößen getrennt voneinander disaggregiert werden, um die Spezifika eines jeden einzelnen Berufsstandes so adäquat wie möglich zu berücksichtigen und so letztlich auch ein entsprechend exakteres Ergebnis zu erhalten.

In Variation des Referenzszenarios wurden vom Statistischen Landesamt insgesamt noch sechs weitere Rechenansätze zur Ermittlung der Erwerbstätigenzahl in der Tourismuswirtschaft Sachsens entwickelt. Die Plausibilität und Verwertbarkeit der sich ergebenden Werte wurde anhand von Probe- und Kontrollrechnungen geprüft. Im Ergebnis der Prüfrechnungen stellte sich ein Szenario – im Folgenden kurz als Präferenzszenario bezeichnet – eindeutig als die beste Variante heraus.

Unbereinigte Erwerbstätige nach dem Präferenzszenario (ETR 3-III)

Wie bereits erwähnt und in Abbildung 2 veranschaulicht, ergibt sich die Zahl der Erwerbstätigen (ET) aus der Summe von Arbeitern/Angestellten ohne marginal Beschäftigte (AAomB), marginal Beschäftigten (MB), Beamten (B) sowie Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen (SMF). In formaler Schreibweise bedeutet dies ganz allgemein:

$$ET = AAomB + MB + B + SMF; \text{ Annahme: } B = 0$$

Wie schon die Erwerbstätigenzahlen insgesamt werden auch die Daten zu den Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen sowie die marginal Beschäftigten für Sachsen durch den Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (AK ETR) berechnet. In Ergänzung der allgemein bis auf WZ-Abschnittsebene zugänglichen Angaben konnte das Statistische Landesamt zusätzlich auf detailliertere und wirtschaftsfachlich tiefer gegliederte Rechenergebnisse aus der ETR zurückgreifen, um die Berechnungen von vornherein so präzise wie möglich zu gestalten. Die Gruppe der Arbeiter/Angestellten

1) Am 30. Juni 2008 hatten 1 398 763 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ihren Arbeitsplatz in Sachsen. Die jahresdurchschnittliche Zahl an Erwerbstätigen lag 2008 bei 1,95 Millionen Personen. Der sich ergebende Anteil beträgt mit 71,6 Prozent folglich einmal mehr annähernd drei Viertel.

Abb. 1 Abgrenzung der Tourismuswirtschaft gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003)

Hauptwirtschaftszweige des Tourismus¹⁾

		1. Beherbergungsgewerbe				
H	55.1	Hotellerie (Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Pensionen)	I	63.21.2	Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Landverkehr a. n. g.	
H	55.21	Jugendherbergen und Hütten	I	63.22	Sonstige Hilfs- und Nebentätigkeiten für die Schifffahrt	
H	55.22	Campingplätze	I	63.23	Sonstige Hilfs- und Nebentätigkeiten für die Luftfahrt	
H	55.23	Beherbergungsgewerbe a. n. g.	K	71.1	9. Vermietung von Reisefahrzeugen etc.	
		2. Dienstleistungen für Zweitwohnsitze		K	71.21	Vermietung von Kraftwagen bis 3,5 t Gesamtgewicht
K	70.20.2	Vermietung und Verpachtung von eigenen Wohngebäuden und Wohnungen	K	71.22	Vermietung von Landfahrzeugen (ohne Kraftwagen bis 3,5 t Gesamtgewicht)	
		3. Gastronomie		K	71.23	Vermietung von Wasserfahrzeugen
H	55.3	Speisengeprägte Gastronomie	K	71.23	Vermietung von Luftfahrzeugen	
H	55.4	Getränkegeprägte Gastronomie	I	63.3	10. Reiseveranstalter und -büros	
H	55.5	Kantinen und Caterer	I	63.3	Reisebüros und Reiseveranstalter	
		4. Eisenbahnverkehr		O	92.31	11. Kulturelle Leistungen
I	60.1	Eisenbahnverkehr	O	92.31	Künstlerische und schriftstellerische Tätigkeiten und Darbietungen	
		5. Straßenverkehr		O	92.32	Betrieb von Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen und Hilfsdienste dafür
I	60.21	Personenbeförderung im Linienverkehr zu Land	O	92.52.1	Museen und Kunstaustellungen	
I	60.22	Betrieb von Taxis und Mietwagen mit Fahrer	O	92.53	Botanische und zoologische Gärten sowie Naturparks	
I	60.23	Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr	O	92.53	12. Sport und sonst. Erholungsleistungen	
		6. Schifffahrt		O	92.33	Schaustellergewerbe und Vergnügungsparks
I	61.1	See- und Küstenschifffahrt	O	92.61	Betrieb von Sportanlagen	
I	61.20.1	Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt	O	92.62.5	Sportschulen und selbstständige Sportlehrerinnen und -lehrer	
I	61.20.4	Fluss- und Kanalfähren, Hafenschifffahrt	O	92.71.1	Spielhallen und Betrieb von Spielautomaten	
		7. Luftverkehr		O	92.71.2	Spielbanken und Spielklubs
I	62.1	Linienflugverkehr	O	92.72	Erbringung von Dienstleistungen für Unterhaltung, Erholung und Freizeit, a. n. g.	
I	62.2	Gelegenheitsflugverkehr	O	92.72		
		8. Hilfstätigkeiten für den Verkehr		O	92.72	
I	63.21.1	Parkhäuser und Parkplätze				

Verbundene Aktivitäten des Tourismus^{1) 2)}

G	51	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	K	74.85.2	Übersetzungsbüros
G	52	Einzelhandel; Reparatur von Gebrauchsgütern	K	74.85.3	Sekretariats- und Schreibdienste; Copy-Shops
J	65	Kreditgewerbe	K	74.87.1	Ausstellungs-, Messe- und Warenmarkteinrichtungen
J	66	Versicherungsgewerbe	L	75.13	Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht
K	71.40.1	Verleih von Wäsche und Arbeitskleidung	L	75.21	Auswärtige Angelegenheiten
K	71.40.2	Verleih von Sportgeräten und Fahrrädern	M	80.41.2	Flug-, Bootsführer-, Segel- u. ä. Schulen
K	74.81	Fotografisches Gewerbe und fotografische Laboratorien	O	93.04	Saunas, Solarien, Fitnesszentren u. Ä.
K	74.85.1	Freiberufliche Dolmetscher	O	93.05.2	Erbringung von sonstigen persönlichen Dienstleistungen (z. B. Parkplatzzuweißer)

1) nach G. Ahlert 2003, S. 25 f. - [1]; Modifizierungen gemäß WZ 2003

2) Ergänzung um die Positionen "Handelsvermittlung und Großhandel" sowie "Einzelhandel, Reparatur von Gebrauchsgütern"

ohne marginal Beschäftigte lässt sich dann – unter Ausschluss der Beamten – gesondert berechnen:

$$AAomB = ET - MB - B - SMF; \text{ Annahme: } B = 0$$

Für jede Personengruppe wird nun eine geeignete Disaggregationsgröße gesucht, die die jeweiligen Besonderheiten möglichst genau und umfassend widerspiegelt und darüber hinaus eine Verbindung zwischen den nur in Rechen-tiefe vorliegenden ETR-Daten und der bis zur Ebene der WZ-Unterklassen reichenden Tourismuswirtschaft (vgl. Abb. 1) ermöglicht. Zur Disaggregation der **Arbeiter/Angestellten ohne marginal Beschäftigte** auf die

touristischen Wirtschaftszweige (vgl. Abb. 1) kamen die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Arbeitsort in Sachsen zur Anwendung. So haben Prüfrechnungen für den relevanten Beobachtungszeitraum 1998 bis 2008 gezeigt, dass dieser Personenkreis den ganz überwiegenden Teil unter den Arbeitern/Angestellten ohne marginal Beschäftigte darstellt.²⁾

Für die benötigten Daten zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zum Stichtag 30. Juni konnte auf die Informationen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen werden, die für Zwecke der Erstellung von Erwerbstatistiken in den Statistischen Ämtern in de-

taillierterer Form zur Verfügung stehen. Dies erweist sich für die zunächst noch erforderliche, spezifische Aufbereitung der gewählten Disaggregationsgröße als Vorteil, lässt sich so doch für einen jeden tourismusrelevanten Wirtschaftszweig der entsprechende Anteil des 5-, 4- oder 3-Stellers am übergeordneten WZ-2-Steller bestimmen.

2) Die nicht vollständige Deckungsgleichheit beider Positionen liegt in einer unterschiedlichen Herangehensweise begründet, nach der die AAomB-Daten grundsätzlich nach der top-down-Methode auf den Bundeseckwert, in dem u. a. auch Schätzungen zur „Schwarzarbeit“ enthalten sind, koordiniert werden, während die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf Basis von Einzeldaten, d. h. bottom up, ermittelt werden. Zudem umfasst die Differenz zwischen Arbeitnehmern und marginal Beschäftigten auch die Personengruppe der Beamten, die in den SVB-Angaben nicht enthalten sind.

Ähnliches gilt für die zur Disaggregation der **marginal Beschäftigten** eingesetzten ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigten (agE), ebenfalls in wirtschaftsfachlicher Gliederung aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit gewonnen. Einerseits dafür spricht, dass die (ausschließlich) geringfügig Entlohnnten den mit Abstand größten Personenkreis unter den marginal Beschäftigten ausmachen. So wurden zum 30. Juni 2011 beispielsweise 240 784 geringfügig entlohnte Beschäftigte (und darunter 173 951 ausschließlich geringfügig Entlohnte), [2] aber lediglich 22 875 kurzfristig Beschäftigte [3] in den BA-Statistiken registriert. Der Bestand an „Ein-Euro-Jobbern“ (Arbeitsgelegenheiten) belief sich im Jahresdurchschnitt 2011 sogar nur auf 16 244 Personen (und darunter in der Variante Mehraufwand auf 13 572 Personen). [4]

Die **Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen** wurden schließlich auf Basis einer aus dem Statistischen Unternehmensregister (URS 95) abgeleiteten Verteilungsstruktur auf die Wirtschaftszweige der Tourismuswirtschaft aufgeteilt. So bot das Datenmaterial auch hier die Möglichkeit, entsprechende Anteile der tourismusrelevanten 5-, 4- oder 3-Steller (vgl. Abb. 1) an den übergeordneten WZ-Abteilungen zu bestimmen.

Der Auswertung des Statistischen Unternehmensregisters von Sachsen liegt ein Registerabzug zum Stichtag 31. Dezember 2008 zugrunde, zu dem das Datenmaterial letztmalig nach WZ 2003 differenziert vorlag.³⁾ Dabei lieferte die Untersuchung der (betrieblichen) Einheiten aus den Tourismusbereichen nach deren Rechtsform die plausibelsten und brauchbarsten Ergebnisse. Über alle tourismusrelevanten Wirtschaftszweige aufsummiert ergaben sich (bereinigt um die Unternehmensdatensätze) noch insgesamt 75 017 Datensätze. Aus Praktikabilitätsgründen wurde die für 2008 ermittelte Verteilungsstruktur dabei auch für alle anderen Jahre des Untersuchungszeitraumes bis 1998 zurück eingesetzt, zumal es hier nicht um konkrete Absolutwertbetrachtungen geht, sondern vielmehr um Strukturaussagen, die sich für gewöhnlich auch über eine größere Zeitspanne hinweg nicht so wesentlich verändern.

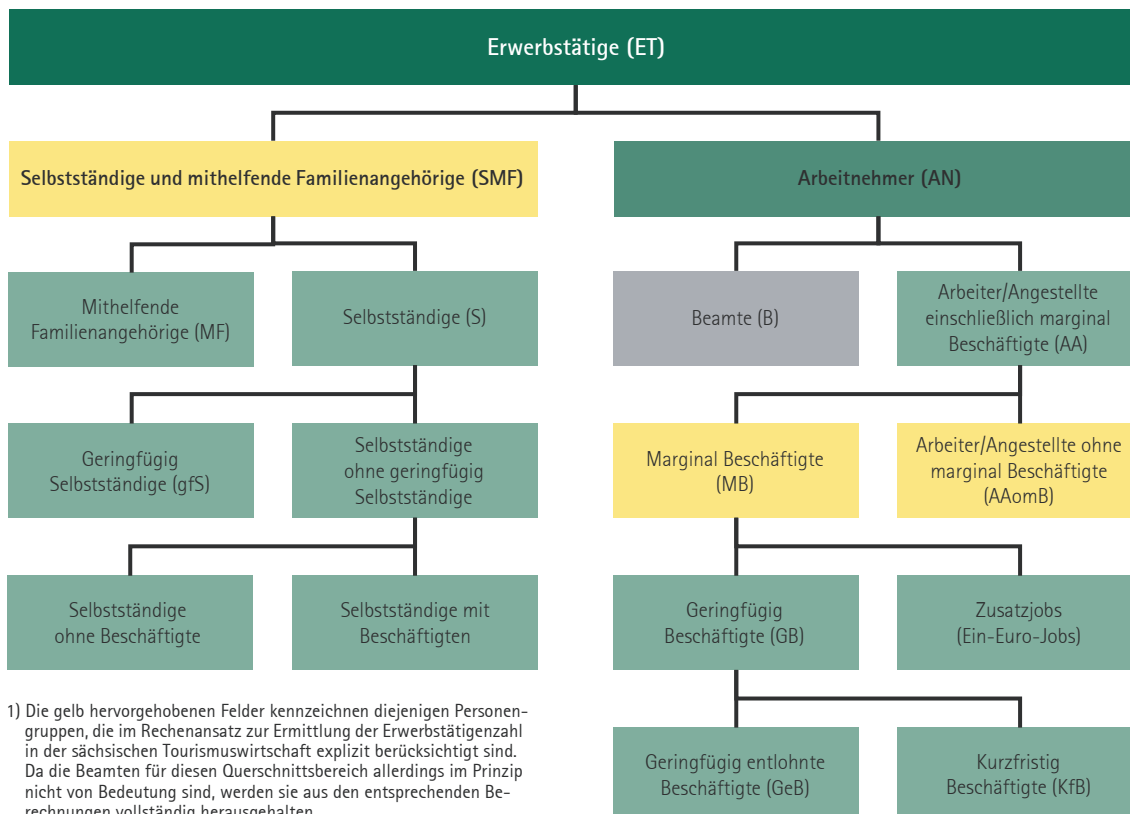
Zunächst wurde den Betrieben – je nach deren Rechtsform – eine bestimmte Anzahl an Selbstständigen zugeordnet, die dann auf der Ebene der jeweiligen tourismusrelevanten WZ-2-, -3-, -4- und -5-Steller (vgl. Abb. 1) zusammengefasst wurden.

Nach diesem Schema wurden allen Betrieben mit der Rechtsform 01 = eine Person als Inhaber; Einzelfirma ein Selbstständiger, allen Betrieben mit der Rechtsform 02 = mehrere

Personen als Inhaber – beispielsweise eine GbR – zwei Selbstständige, allen Betrieben mit den Rechtsformen 03 = OHG, 04 = KG und 05 = GmbH und Co. KG wieder jeweils ein Selbstständiger (bei Ersterer pauschal für eines von mindestens zwei Gründungsmitgliedern und bei Letzteren annahmegemäß für den Komplementär) sowie allen übrigen Betrieben mit anderen Rechtsformen⁴⁾ null Selbstständige zugeordnet. Bei allen Einheiten mit „Art der Einheit“ 5, 6 und 7⁵⁾ fehlten

- 3) Das Statistische Unternehmensregister Sachsens (URS 95) hält eine Vielzahl von Informationen zu den sächsischen Betrieben bzw. Unternehmen – etwa deren Rechtsform, ihren steuerbaren Umsatz oder auch die Zahl an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – in tiefster sachlicher Gliederung bis zur WZ-4- bzw. sogar WZ-5-Steller-Ebene bereit. Allerdings sind die Resultate hier mitunter durch so genannte „Masterbetriebe“ verzerrt, die für andere wirtschaftliche Einheiten die Zahl der dort Beschäftigten gleich mit melden, was im Falle einer sich ändernden wirtschaftlichen Zuordnung entsprechend ungünstige Auswirkungen haben kann. Aus diesem Grund wird in dem hier vorgestellten Rechenansatz als Datenquelle für die zum Zwecke der Erwerbstätigenermittlung verwendeten Angaben zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einheitlich auf die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen.
- 4) Neben den im Text erwähnten Rechtsformen 01 – 05 zählen hierzu noch 06 = GmbH (auch Co. GmbH), 07 = AG bzw. KGaA, 08 = Genossenschaften, 09 = sonstige private Rechtsformen, 10 = Unternehmen der öffentlichen Hand, 12 = Verbände, 13 = sonstige öffentliche Rechtsformen sowie 14 = ausländische Rechtsformen.
- 5) Unter das Merkmal „Art der Einheit“ fallen 1 = Einbetriebsunternehmen, 2 = Mehrbetriebsunternehmen, 3 = Mehrländerunternehmen, 4 = Arbeitsgemeinschaften, 5 = Betriebe eines Mehrbetriebsunternehmens, 6 = Betriebe eines Mehrländerunternehmens und 7 = Betriebe eines ausländischen Unternehmens

Abb. 2 Gliederung der Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf ¹⁾



1) Die gelb hervorgehobenen Felder kennzeichnen diejenigen Personengruppen, die im Rechenansatz zur Ermittlung der Erwerbstätigenzahl in der sächsischen Tourismuswirtschaft explizit berücksichtigt sind. Da die Beamten für diesen Querschnittsbereich allerdings im Prinzip nicht von Bedeutung sind, werden sie aus den entsprechenden Berechnungen vollständig herausgehalten.
 Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Bereich 341 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit“

im Feld „Rechtsform“ allerdings entsprechende Eintragungen, sodass hier standardisiert ebenfalls null Selbstständige angesetzt wurden. Vor dem Hintergrund der an den Mehrbetriebsunternehmen zu rund einem Viertel sowie an den Mehrländerunternehmen sogar zu gut zwei Dritteln vertretenen Rechtsform 06 = GmbH erscheint dieses Vorgehen jedoch absolut vertretbar.

Für die mithelfenden Familienangehörigen, die nach diesem Zuordnungsverfahren scheinbar keine Berücksichtigung finden, wird vereinfachend angenommen, dass sie in ihren Strukturen 1:1 den Selbstständigen entsprechen.⁶⁾ Formal lassen sich die obigen Ausführungen nun folgendermaßen ausdrücken:

$$ET_{ml} = ((ET_m - MB_m - SMF_m) * SVB_m) + (MB_m * agE_m) + (SMF_m * SMF[URS]_m)$$

Dabei kennzeichnen die hier verwendeten Indizes „m“ die WZ-2-Steller- und „l“ die WZ-5-Steller-Ebene. Beispielsweise repräsentiert also der Term $(ET_m - MB_m - SMF_m) * SVB_m$ die Disaggregation der im vorliegenden Rechenansatz bis zur 2-Steller-Ebene ermittelbaren Arbeiter/Angestellten ohne marginal Beschäftigte mittels des zuvor – ausgehend von den zunächst bis auf Ebene der Unterklassen verfügbaren Angaben – speziell für die Aggregationsstufe der WZ-Abteilung aufbereiteten Verteilungsschlüssels bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Mit den marginal Beschäftigten sowie den Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen analog verfahren, werden die jeweiligen Teilergebnisse zunächst zu einer Gesamtzahl an Erwerbstätigen aufaddiert und schließlich zu den bekannten Hauptwirtschaftszweigen bzw. Verbundenen Aktivitäten des Tourismus zusammengefasst (vgl. Abb. 1). Zur **Plausibilitätsprüfung** der (unbereinigten) Berechnungsergebnisse werden von den ermittelten Erwerbstätigenzahlen in sämtlichen Wirtschaftszweigen des Tourismus in unaggregierter Form die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – annahmegemäß gleichbedeutend mit der Gruppe der Arbeiter/Angestellten ohne marginal Beschäftigte – sowie die ausschließlich geringfügig Entlohnerten als größte Gruppe unter den marginal Beschäftigten (vgl. hierzu w. o.) abgezogen. Das verbleibende Ergebnis enthält also nun mindestens noch die Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen.

Verglichen mit dem Großteil der anderen Rechenansätze und insbesondere im Vergleich mit dem Referenzszenario ETR 1, stellte sich das Präferenzszenario ETR 3-III eindeutig als die plausibelste und am besten geeignete Variante heraus. Die über den Beobachtungszeitraum von 1998 bis 2008 – sowohl im Hinblick auf Häufigkeit als auch hinsichtlich des abso-

luten Niveaus – zu verzeichnenden geringen Unplausibilitäten beschränken sich im Wesentlichen auf einige wenige, eher beschäftigungsschwache Wirtschaftszweige im Bereich der WZ-4- bzw. -5-Steller. Durch die abschließende Zusammenfassung zu den Hauptwirtschaftszweigen bzw. Verbundenen Aktivitäten des Tourismus wird hier allerdings eine Art Fehlerausgleich erreicht.

Bereinigte Erwerbstätige nach dem Präferenzszenario (ETR 3-III)

Allerdings sind in diesen Zusammenfassungen in aller Regel noch Erwerbstätige enthalten, die mit der Tourismuswirtschaft nur sehr bedingt oder überhaupt nicht in Verbindung stehen und an den von ihr ausgehenden Aktivitäten nur in einem äußerst geringen Maße partizipieren. Die entsprechende **Bereinigung** um diese Personen erfolgt anhand von fallspezifischen Schlüsselzahlen aus nichtamtlichen Drittquellen, die allesamt auf Umsatzgrößen beruhen.⁷⁾ Exemplarisch sei hier die Umsatzrelation beim Fahrkartenauf vom Bartarif zu Zeitkarten sowie der Anteil der touristischen Konsumausgaben am gesamten Einzelhandelsumsatz angeführt. Hinter diesem Vorgehen steht die Intention einer möglichst adäquaten Berücksichtigung der unterschiedlichen Zeitanteile, die die Erwerbstätigen mehr oder weniger dauerhaft mit Touristen in Berührung kommen.⁸⁾ In vielen Fällen sind sie der Tourismusbranche ja auch nicht allein zuzurechnen, sondern erbringen zudem Dienstleistungen für Personen in anderen Bereichen

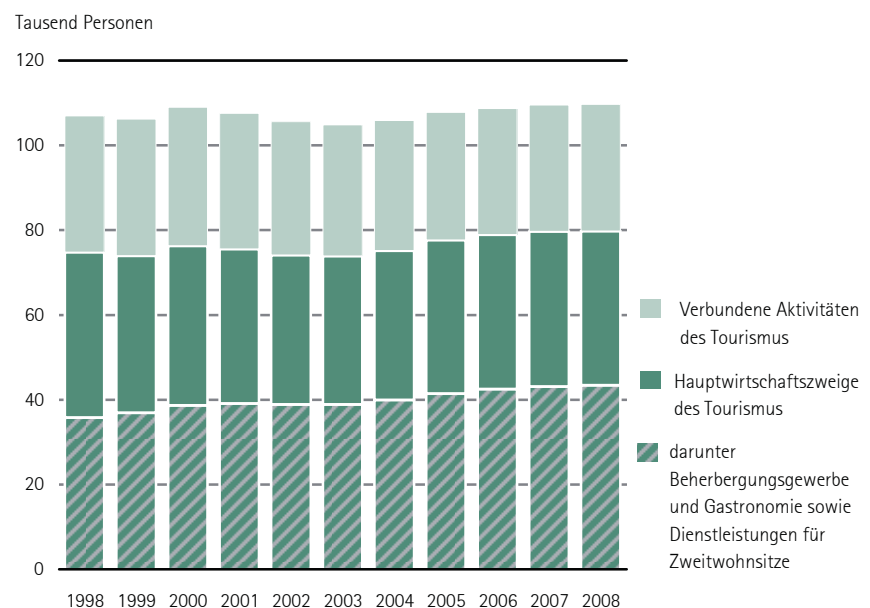
der Wirtschaft. Insofern ist eine Bereinigung auf Basis der direkten Kontakte zwischen Erwerbstätigem und Tourist – nicht zuletzt auch aufgrund der fehlenden Daten hierzu – nicht zielführend.

Erwerbstätigkeit in der sächsischen Tourismuswirtschaft 1998 bis 2008

Im Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2008 lag die (bereinigte) Zahl der Erwerbstätigen in der sächsischen Tourismuswirtschaft bei mehr als 107 400 Personen. Dabei verlief die Entwicklung über den elfjährigen Beobachtungszeitraum uneinheitlich (vgl. Abb. 3).

- 6) Wird einem Betrieb mit bestimmter Rechtsform beispielsweise ein Selbstständiger zugeordnet, dann arbeitet dort auch genau ein mithelfender Familienangehöriger. Bei zwei Selbstständigen wird entsprechend von zwei mithelfenden Familienangehörigen ausgegangen, bei gar keinem Selbstständigen indes auch von null mithelfenden Familienangehörigen.
- 7) Dieses Vorgehen kam bereits in den bisherigen Rechenwerken zum Wirtschaftsfaktor Tourismus, also sowohl zur Ermittlung der tourismusrelevanten Umsätze bzw. Bruttowertschöpfung als auch zur Bestimmung der bereinigten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der sächsischen Tourismuswirtschaft, zur Anwendung. Vgl. hierzu ausführlicher [9].
- 8) Beispielsweise befördert ein Zugführer/Busfahrer neben Touristen auch gleichzeitig andere Personengruppen, etwa Berufspendler oder Arbeitsuchende. Im Groß- und Einzelhandel tragen die Ortsansässigen noch weitaus stärker zur Umsatzentstehung bei als die Touristen, sodass auch die Kassierer den überwiegenden Teil ihrer Arbeitszeit mit Nicht-Touristen in Berührung kommen. Anders gestaltet sich die Situation in der Gastronomie und im kulturellen Bereich, etwa beim Zoobesuch, wo die Aufmerksamkeit der Beschäftigten wieder verstärkt den Touristen gilt. Im Beherbergungsgewerbe und bei den Reiseveranstalter/-büros sind die erwirtschafteten Umsätze und damit auch die Tätigkeiten der Beschäftigten faktisch zu 100 Prozent dem Umgang mit Touristen zuzuordnen.

Abb. 3 Erwerbstätige in Sachsen 1998 bis 2008¹⁾ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen des Tourismus (bereinigt)²⁾



Berechnungsstand: Februar 2012; eigene Berechnungen

1) Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort; Zusammenfassung der Wirtschaftszweige des Tourismus gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

2) Nach Bereinigung um Erwerbstätige, die mit der Tourismuswirtschaft nur sehr bedingt oder überhaupt nicht in Verbindung stehen, mittels spezieller Umsatzanteile aus nichtamtlichen Drittquellen.

Nachdem im Jahre 1998, dem Ausgangsjahr der Berechnungen ein Erwerbstätigeniveau von 107 000 Personen erreicht worden war, ging ihre Zahl bis 2003 nahezu in jedem Jahr weiter bis auf einen Tiefststand in Höhe von 104 800 Personen zurück (vgl. Tab. 1). In der Folgezeit stieg die Erwerbstätigenzahl dann Jahr für Jahr an und erreichte 2008, dem zum gegenwärtigen Berechnungsstand Februar 2012 aktuellsten Berichtsjahr, mit 109 700 Personen einen neuerlichen Höchststand. Allerdings setzte sich die seit geraumer Zeit aufwärtsgerichtete Erwerbstätigenentwicklung am aktuellen Rand nur noch in minimaler Intensität fort (vgl. Tab. 1). Im Vergleich zu 1998 war dagegen eine deutliche Steigerung um gut 2 700 Personen bzw. 2,5 Prozent zu erkennen.

Auf die **Hauptwirtschaftszweige des Tourismus** (vgl. Abb. 1) entfielen zwischen 1998 und 2008 durchschnittlich rund 76 300 Erwerbstätige, im Jahresdurchschnitt 2008 waren es mehr als 79 700 Erwerbstätige. Damit zeigte sich hier gegenüber 1998 eine weit überdurchschnittliche Steigerung um fast 5 000 Personen bzw. 6,7 Prozent. Insofern stammen rund sieben von zehn Erwerbstätigen im Tourismus in Sachsen aus den touristischen Hauptwirtschaftszweigen (vgl. Abb. 3).

Darunter waren im touristischen Kernbereich „Beherbergungsgewerbe u. Gastronomie sowie Dienstleistungen für Zweitwohnsitze“ im Mittel des elfjährigen Beobachtungszeitraums allein 39 800 Erwerbstätige zu verzeichnen. Am aktuellen Rand lag ihre Zahl bei knapp 43 400 Erwerbstätigen und damit um 7 600 Personen bzw. über ein Fünftel (21,3 Prozent) höher als 1998 (vgl. Tab. 1). Im Vorjahresvergleich war einzig 2002 eine leicht rückläufige Entwicklung um insgesamt 0,7 Prozent festzustellen. Dies dürfte nahezu ausschließlich auf die Auswirkungen der Jahrhundertflutkatastrophe vom August 2002 zurückzuführen sein, die in weiten Teilen Sachsens zu erheblichen Beschädigungen von touristischer Infrastruktur und bei potentiellen Besuchern des Freistaates so zunächst zu erhöhter Unsicherheit geführt hatte. Die Dynamik der Erwerbstätigenentwicklung im Bereich „Beherbergung und Gastronomie sowie Dienstleistungen für Zweitwohnsitze“ verdeutlicht dessen weitreichendes Beschäftigungspotenzial für die gesamtsächsische Tourismusbranche. So sind in diesem zusammengefassten Hauptwirtschaftszweig des Tourismus in etwa zwei Fünftel aller tourismusrelevanten Erwerbstätigen in Sachsen beschäftigt (vgl. Tab. 1 und Abb. 3).

Darüber hinaus entfalten auch der Verkehrssektor (Eisenbahnverkehr, Straßenverkehr, Schifffahrt und Luftverkehr einschließlich der Hilfstätigkeiten hierfür) sowie der Bereich „Kulturelle Leistungen, Sport u. sonstige Er-

holungsleistungen“ durchaus nennenswerte Beschäftigungspotenziale, während bei den Reisebüros und Reiseveranstaltern sowie bei der Vermietung von Reisefahrzeugen vergleichsweise wenige Erwerbstätige zu verzeichnen sind.⁹⁾

In allen zu den **Verbundenen Aktivitäten des Tourismus** zählenden Wirtschaftszweigen (vgl. Abb. 1) belief sich die Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2008 auf 31 100 Personen. Dabei war die Entwicklung in diesem Zeitraum durch einen tendenziellen Abwärtstrend gekennzeichnet. So lag die Erwerbstätigenzahl 2008 noch bei 30 000 Personen und damit um mehr als 2 200 Personen bzw. 7,0 Prozent unter dem Niveau von 1998. Anhand dieses Rückgangs wird deutlich, dass die Verbundenen Aktivitäten des Tourismus in den letzten Jahren als potentiell Beschäftigungsfeld für die Tourismusbranche in Sachsen immer mehr an Bedeutung verloren haben (vgl. Abb. 3). So betrug der Anteil der tourismusrelevanten Erwerbstätigen bei den Verbundenen Aktivitäten an denen im Tourismus insgesamt 2008 mit 27,3 Prozent noch etwas mehr als ein Viertel, nachdem hier zehn Jahre zuvor noch drei von zehn Erwerbstätige angesiedelt gewesen waren (vgl. Tab. 1).

Unter den Verbundenen Aktivitäten des Tourismus dominiert eindeutig der Groß- und Einzelhandel, wo von 1998 bis 2008 durchschnittlich 27 500 Erwerbstätige, also beinahe 90 Prozent, zu verzeichnen waren. Im Mittel des Jahres 2008 ergab sich eine Zahl von 26 700 Personen. Dies entspricht einem Rückgang um 5,8 Prozent gegenüber 1998. Dennoch sind die Erwerbstätigen in diesem Bereich noch immer zu rund einem Viertel an allen Erwerbstätigen in der sächsischen Tourismuswirtschaft vertreten (vgl. Tab. 1). Daran wird die nicht zu unterschätzende Bedeutung deutlich, die auch dem Groß- und Einzelhandel für die (Beschäftigungs-)Entwicklungen in der gesamten Tourismusbranche zukommen. Die Zahl der **tourismusrelevanten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** – die mit Abstand größte Gruppe unter den Erwerbstätigen – belief sich zum 30. Juni 2008 (in Abgrenzung der Tourismusbranche nach WZ 2003) auf insgesamt 65 500 Personen.¹⁰⁾ Im Vergleich zum Vorjahr gab es damit eine Steigerung um 1,2 Prozent. [5] Demnach wurde der minimale Erwerbstätigenzuwachs von 2007 zu 2008 viel stärker durch den Anstieg bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als durch die Entwicklung bei den Selbstständigen bzw. marginal Beschäftigten getragen. Das Gegenteil gilt indes für den Elfjahreszeitraum von 1998 bis 2008, in dem sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der sächsischen Tourismuswirtschaft um ins-

gesamt 10,9 Prozent verringerte. Ihr Anteil an allen Beschäftigten mit Arbeitsort in Sachsen schwankte in jener Zeit zwischen 4,7 und 4,9 Prozent.

Dagegen bewegte sich der Anteil der tourismusrelevanten an allen Erwerbstätigen in der sächsischen Wirtschaft von 5,4 Prozent 1998 über 5,7 Prozent in den Jahren 2005 und 2006 bis hin zu 5,6 Prozent 2008. Insofern stammt schon seit geraumer Zeit mehr als jeder zwanzigste Erwerbstätige in Sachsen aus dem Querschnittsbereich Tourismus (vgl. Tab. 1). Der im Vergleich zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung höhere Anteil geht zum einen auf die im Rechenansatz zur Erwerbstätigenermittlung nunmehr zusätzlich berücksichtigten Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen zurück. Deren Anteil an allen Erwerbstätigen betrug 2008 innerhalb der Tourismuswirtschaft reichlich 13 Prozent und damit mehr als auf gesamtwirtschaftlicher Ebene mit rund 11 Prozent. Eine touristisch noch weitaus größere Bedeutung kommt den marginal Beschäftigten zu, bei denen der entsprechende Anteil in der Tourismuswirtschaft wesentlich höher als in der Gesamtwirtschaft lag, wo er 2008 knapp 13 Prozent betrug. Als ein besonders bevorzugtes Einsatzfeld beider Personengruppen sei an dieser Stelle exemplarisch auf die Gastronomie verwiesen.

Im Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2008 wies der Anteil der in der sächsischen Tourismuswirtschaft beschäftigten an allen Erwerbstätigen in Sachsen mit 5,5 Prozent eine vergleichbare Größenordnung wie in anderen deutschen Bundesländern auf. Stellvertretend sei hier Baden-Württemberg angeführt, wo der entsprechende Anteil ebenfalls gut fünf Prozent betrug. [6] Nachvollziehbarerweise niedriger lag das sächsische Ergebnis dagegen im Vergleich mit anderen, dem Augenschein nach stärker tourismusrelevanten Regionen wie beispielsweise Wien oder auch Österreich insgesamt mit mehr als sieben Prozent Anteil. [7] Allerdings sind bei der Interpretation dieser Ergebnisse auch die unterschiedlichen methodischen Herangehensweisen zur Ermittlung der Erwerbstätigenzahl und der hieraus abgeleiteten Anteile für den Querschnittsbereich Tourismus zu berücksichtigen.

9) Eine Veröffentlichung konkreter Zahlen kann an dieser Stelle nicht erfolgen, da der Großteil der hier aufgeführten Bereiche der statistischen Geheimhaltung unterliegt.

10) Am aktuellen Rand, d. h. zum 30. Juni 2011, lag die (bereinigte) Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der sächsischen Tourismuswirtschaft (in Abgrenzung der Tourismusbranche nach WZ 2008) bei knapp 68 300 Personen und damit 1,6 Prozent über dem Vorjahresstand. Wie aus [8] hervorgeht, wurde das entsprechende Niveau aus dem Jahr 2008 in Höhe von rund 67 200 Beschäftigten damit ebenfalls bereits um mehr als 2 000 Personen übertroffen. Zu den aus der WZ-Umstellung in jenem Jahr resultierenden Niveauverschiebungen wurden bereits in einem früheren Beitrag entsprechende Untersuchungen angestellt. Vgl. hierzu [5].

Tab. 1 Erwerbstätige in Sachsen 1998 bis 2008¹⁾ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen des Tourismus (bereinigt)²⁾

Jahr	Tourismus- wirtschaft insgesamt	Hauptwirtschaftszweige des Tourismus		Verbundene Aktivitäten des Tourismus		Nachrichtlich: Anteil der Tourismus- wirtschaft an der Gesamtwirtschaft
		zusammen	darunter	zusammen	darunter	
			Beherbergungsge- werbe und Gastronomie sowie Dienstleistungen für Zweitwohnsitze		Groß- und Einzelhandel	
1 000 Personen						Prozent
1998	107,0	74,8	35,8	32,2	28,4	5,4
1999	106,2	73,9	36,8	32,3	28,4	5,4
2000	109,0	76,3	38,6	32,7	28,8	5,5
2001	107,6	75,5	39,1	32,0	28,2	5,5
2002	105,6	74,1	38,8	31,5	27,7	5,5
2003	104,8	73,8	38,8	31,0	27,4	5,5
2004	105,9	75,1	39,9	30,8	27,2	5,5
2005	107,8	77,6	41,4	30,2	26,7	5,7
2006	108,7	78,9	42,5	29,8	26,4	5,7
2007	109,5	79,7	43,1	29,9	26,6	5,6
2008	109,7	79,7	43,4	30,0	26,7	5,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent						
1998	x	x	x	x	x	x
1999	-0,7	-1,2	3,1	0,2	0,1	x
2000	2,6	3,2	4,9	1,3	1,4	x
2001	-1,3	-1,0	1,2	-2,0	-2,2	x
2002	-1,9	-1,9	-0,7	-1,8	-2,0	x
2003	-0,7	-0,3	0,0	-1,5	-1,1	x
2004	1,0	1,7	2,8	-0,7	-0,4	x
2005	1,8	3,3	3,7	-2,1	-1,9	x
2006	0,9	1,7	2,7	-1,3	-1,2	x
2007	0,8	0,9	1,4	0,4	0,7	x
2008	0,1	0,1	0,7	0,3	0,6	x
Anteil an der Tourismuswirtschaft insgesamt in Prozent						
1998	100	69,9	33,4	30,1	26,5	x
1999	100	69,6	34,7	30,4	26,8	x
2000	100	70,0	35,5	30,0	26,5	x
2001	100	70,2	36,4	29,8	26,2	x
2002	100	70,2	36,8	29,8	26,2	x
2003	100	70,4	37,0	29,6	26,1	x
2004	100	70,9	37,7	29,1	25,7	x
2005	100	72,0	38,4	28,0	24,8	x
2006	100	72,6	39,1	27,4	24,3	x
2007	100	72,7	39,3	27,3	24,3	x
2008	100	72,7	39,5	27,3	24,4	x

Berechnungsstand: Februar 2012; eigene Berechnungen

1) Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort; Zusammenfassung der Wirtschaftszweige des Tourismus gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

2) Nach Bereinigung um Erwerbstätige, die mit der Tourismuswirtschaft nur sehr wenig oder überhaupt nicht in Verbindung stehen, mittels spezieller Umsatzanteile aus nichtamtlichen Drittquellen.

Zusammenfassung und Ausblick

Der hier vorgestellte Präferenzansatz zur Ermittlung der Erwerbstätigenzahl für die sächsische Tourismuswirtschaft berücksichtigt jede der verschiedenen Personengruppen bei den Erwerbstätigen, also Arbeiter/Angestellte ohne marginal Beschäftigte, Selbstständige und mit-helfende Familienangehörige sowie marginal Beschäftigte, in ihrem größtmöglichen Detail-

grad einzeln (Beamte kommen annahmegemäß nicht vor). Die Disaggregation auf die einzelnen tourismusrelevanten Wirtschaftszweige erfolgt mittels geeigneter Schlüsselgrößen in tiefer wirtschaftsfachlicher Gliederung. Nach dem gegenwärtigen Berechnungsstand – im Februar 2012 – bewegte sich die Zahl der Erwerbstätigen in der sächsischen Tourismuswirtschaft bei einem uneinheitlichen Verlauf

über den zehnjährigen Vergleichszeitraum zwischen 107 000 Personen 1998 und annähernd 110 000 Personen 2008. Damit wurde das in dieser Zeit für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung charakteristische Niveau um durchschnittlich rund 39 000 Personen übertroffen. [5] Zudem lag der Anteil der tourismusrelevanten an allen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Sachsen um rund einen Pro-

zentpunkt über dem der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Dahinter stehen die nunmehr zusätzlich berücksichtigten Personengruppen Selbstständige und mithelfende Familienangehörige sowie marginal Beschäftigte, denen im Tourismus – allen voran in der Gastronomie – im Vergleich zur Gesamtwirtschaft Sachsens eine überdurchschnittliche Bedeutung zukommt.

In einem nächsten Schritt wird der Rechenansatz zur Erwerbstätigenermittlung für die Tourismuswirtschaft Sachsens unter Beibehaltung der methodischen Vorgehensweise nun an die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) angepasst und um entsprechende Daten für die Jahre 2008 bis 2011 ergänzt. Für das Jahr 2008 werden die Resultate dabei nach beiden Wirtschaftszweigklassifikationen aufbereitet, um eine zu den Ergebnistabellen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Tourismus vergleichbare Zeitreihe zu erhalten. [8]

Roman Straube, Dipl.-Volkswirt,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich
Gesamtwirtschaftliche Analysen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Ahlert, G.: Einführung eines Tourismussatellitensystems in Deutschland, GWS Discussion Paper 2003/4, Osnabrück 2003, S. 25 f.
- [2] Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit: Länderreport Sachsen – Stichtag 31. Dezember 2011, Tab. 3.1.1.3 und 3.1.2.3. Abruflbar unter: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Beschaeftigung-Nav.html> [Aufruf vom 6. November 2012]
- [3] Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit: Länderreport Sachsen – Stichtag 31. Dezember 2011, Tab. 3.2.1.3. Abruflbar unter: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Beschaeftigung-Nav.html> [Aufruf vom 6. November 2012]
- [4] Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit: Leistungen zur Eingliederung an erwerbsfähige Hilfebedürftige – Einsatz von Arbeitsgelegenheiten 2011, Tabelle 2. Abruflbar unter: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Arbeitsmarktpolitische-Massnahmen/Arbeitsmarktpolitische-Massnahmen-Nav.html> [Aufruf vom 6. November 2012]
- [5] Straube, R.: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der sächsischen Tourismuswirtschaft – Methodische Grundlagen und aktuelle Ergebnisse. In: Statistik in Sachsen, 4/2011, S. 6 f. Abruflbar unter: http://www.statistik.sachsen.de/download/050_W-Handel-Tour-DL/G_IV_u_zs_SiS-Tourismus-WZ-Analyse-Straube.pdf [Aufruf vom 24. September 2012].
- [6] Wirtschaftsministerium und Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg: Tourismuskonzept Baden-Württemberg, Stuttgart Juli 2009, S. 6. Abruflbar unter: <http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/mlr/allgemein/Tourismuskonzept.pdf> [Aufruf vom 26. September 2012].
- [7] Statistik Austria: Erwerbstätige – Ein TSA-Beschäftigungsmodul für Österreich. Abruflbar unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/tourismus/tourismus-satellitenkonto/erwerbstaetige/index.html [Aufruf vom 26. September 2012].
- [8] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Wirtschaftsfaktor Tourismus – Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Arbeitsort in Sachsen am 30. Juni 1998 bis 2011 nach Wirtschaftszweigen des Tourismus (bereinigt). Abruflbar unter: [http://www.statistik.sachsen.de/download/050_W-Handel-Tour-DL/G_IV_u_t05\(2011\)\(1\).pdf](http://www.statistik.sachsen.de/download/050_W-Handel-Tour-DL/G_IV_u_t05(2011)(1).pdf) [Aufruf vom 24. Oktober 2012]
- [9] Janisch, U.: Empirische Befunde zum Wirtschaftsfaktor Tourismus in Sachsen. In: Statistik in Sachsen, 1/2007, S. 9 und 14 f. Abruflbar unter: http://www.statistik.sachsen.de/download/050_W-Handel-Tour-DL/G_IV_u_zs_SiS-Tourismusanalyse-Janisch.pdf [Aufruf vom 24. Oktober 2012]

Investitionen 2010 in Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes

Vorbemerkungen

Inhalt dieses Artikels ist eine Betrachtung zur Investitionserhebung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden. Damit umfasst diese Statistik die Abschnitte B und C der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008. Die Investitionen wurden erstmals für das Jahr 2009 nach dieser überarbeiteten Klassifikation erfasst. Für die davor liegenden Jahre wurden die Daten auf die neue Klassifikation umgerechnet, können aber wegen kleineren Unschärfen in der Umschlüsselung nur bedingt zu Vergleichszwecken herangezogen werden, vor allem, wenn es um tiefere Untergliederungen geht.

Rechtsgrundlagen der jährlich durchgeführten Investitionserhebung sind das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) [1] sowie das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG). [2] Befragt werden Betriebe mit sächsischem Standort mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen, die diesen Wirtschaftsabschnitten zugeordnet werden, auf die sich diese Betrachtungen beschränken werden. Die Befragung der Unternehmen soll nicht Gegenstand dieses Aufsatzes sein.

Zur besseren Lesbarkeit wird der Begriff Verarbeitendes Gewerbe als Zusammenfassung der ausführlichen Bezeichnung für die Abschnitte B und C der Klassifikation der Wirtschaftszweige verwendet, synonym auch kurz als „Industrie“ bezeichnet.

Investitionen sind Ausdruck der Wirtschaftsstabilität

Im Jahr 2010 wurden 2 821 Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes zu ihrer Investitionstätigkeit befragt. 86 Prozent der Betriebe meldeten, im Jahr 2010 Investitionen getätigt zu haben. Verhaltener investiert wurde in

der Bekleidungsindustrie (Anteil der Betriebe mit Investitionen: 67 Prozent), im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden (74 Prozent) sowie im Bereich Reparaturen und Installation von Anlagen und Maschinen (77 Prozent).

Insgesamt wurden im Jahr 2010 in sächsischen Industriebetrieben knapp 3,5 Milliarden € investiert. Zu über 90 Prozent wurde das Geld für neue Maschinen und maschinelle Anlagen ausgegeben. Bebaute Grundstücke und Bauten hatten einen Anteil von über neun Prozent an den Bruttozugängen an Sachanlagen, für unbebaute Grundstücke lag der Anteil bei 0,3 Prozent.

Betrachtet man die Entwicklung in den letzten zehn Jahren so zeigt sich, dass die Anzahl der investierenden Betriebe bis einschließlich 2008 stetig stieg. Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise kam es 2009 zu einer spürbaren Zurückhaltung der Betriebe bei Investitionen, was jedoch 2010 schon wieder teilweise ausgeglichen wurde.

Die Höhe der Investitionen in sächsischen Betrieben im Jahr 2010 ist der zweitgrößte Wert seit dem Jahr 2000.

Unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen

Die Entwicklung der Investitionsdaten wird oft massiv von Großinvestitionen geprägt. Wird in einem Betrieb zum Beispiel eine neue Werkhalle oder eine kostenintensive Maschinenanlage in Betrieb genommen, können solche Einzelinvestitionen die Entwicklungszahlen in entsprechenden Wirtschaftszweigen enorm in die Höhe treiben, was dann meist zu einem extremen Rückgang im Folgejahr führt, da solche Großinvestitionen in der Regel nicht jedes Jahr realisiert werden. Jährliche Veränderungsdaten für einzelne Wirtschaftsbereiche haben daher nur einen begrenzten Aussagewert.

Tab. 1 Bruttozugänge an Sachanlagen in Betrieben der sächsischen Industrie 2000 bis 2010

Jahr	Betriebe mit Bruttozugängen an Sachanlagen	Bruttozugänge an Sachanlagen
	Anzahl	1 000 €
2010	2 416	3 483 791
2009	2 346	2 529 627
2008	2 461	3 310 972
2007	2 445	3 370 708
2006	2 295	3 323 399
2005	2 289	3 062 367
2004	2 268	3 603 890
2003	2 203	2 697 274
2002	2 223	2 574 935
2001	2 203	3 478 918
2000	2 240	2 716 834

Eingeschränkte Vergleichbarkeit der Daten durch Ablösung der WZ 2003 und Einführung der WZ 2008 mit Beginn des Jahres 2009.

Mit knapp 1,2 Milliarden € gab es im Bereich der Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen das höchste Investitionsvolumen im Jahr 2010. Der zweithöchste Wert mit 513 Millionen € ist im Bereich der Herstellung von chemischen Erzeugnissen zu verzeichnen. Hier ist in den letzten drei Jahren ein stetiges Ansteigen der Investitionen festzustellen (vgl. Tab. 2). Der Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen investierte 2010 insgesamt gut 306 Millionen €, gefolgt vom Bereich Maschinenbau mit 250 Millionen €. Im Bereich Herstellung von Metallerzeugnissen wurden über 231 Millionen € investiert. In den Betrieben in diesen fünf Bereichen wurden im Jahr 2010 mit 71,5 Prozent fast drei Viertel der gesamten Investitionen getätigt. Auch in anderen Bereichen der sächsischen Industrie wurde 2010 investiert, wenn auch

Tab. 2 Bruttozugänge an Sachanlagen in Betrieben der sächsischen Industrie 2008 bis 2010 nach Wirtschaftszweigen

WZ 2008	Wirtschaftszweig	Bruttozugänge an Sachanlagen				
		2008 ¹⁾	2009	2010	Veränderung zum Vorjahr	
					2009	2010
1 000 €				%		
05	Kohlenbergbau
08	Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	142 525
10	H. v. Nahrungs- u. Futtermitteln	.	123 491	172 864	.	40,0
11	Getränkeherstellung	23 350	16 908	24 641	-27,6	45,7
12	Tabakverarbeitung
13	H. v. Textilien	56 354	44 030	34 544	-21,9	-21,5
14	H. v. Bekleidung	4 572	3 421	.	-25,2	.
15	H. v. Leder, Lederwaren u. Schuhen
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel)	69 218	23 134	39 067	-66,6	68,9
17	H. v. Papier, Pappe u. Waren daraus	91 454	96 795	71 682	5,8	-25,9
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielf. bespielter Tonträger usw.	57 282	48 580	56 800	-15,2	16,9
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	251 584	374 229	513 050	48,7	37,1
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	.	24 115	24 645	.	2,2
22	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	.	98 971	115 554	.	16,8
23	H. v. Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	90 386	126 067	102 639	39,5	-18,6
24	Metallerzeugung u. -bearbeitung	146 977	103 404	50 685	-29,6	-51,0
25	H. v. Metallerzeugnissen	368 368	234 150	231 227	-36,4	-1,2
26	H. v. DV-Geräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	.	280 323	1 190 683	.	324,8
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	.	73 216	75 449	.	3,0
28	Maschinenbau	361 941	258 299	250 199	-28,6	-3,1
29	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	431 423	285 675	306 511	-33,8	7,3
30	Sonstiger Fahrzeugbau	.	.	24 540	.	.
31	H. v. Möbeln	21 217	10 899	14 833	-48,6	36,1
32	H. v. sonst. Waren	30 418	39 547	17 286	30,0	-56,3
33	Rep. und Installation v. Maschinen u. Ausrüstungen	18 980	54 980	25 005	189,7	-54,5
C	Verarbeitendes Gewerbe	3 123 578
	Insgesamt	3 266 103	2 529 627	3 483 791	-22,5	37,7

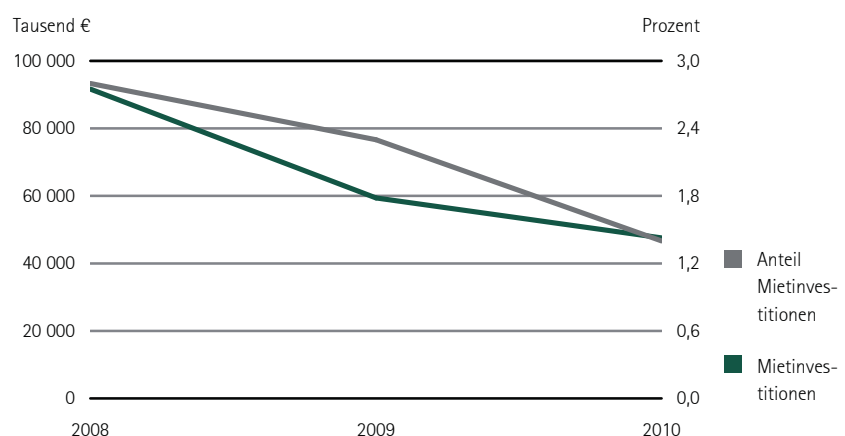
1) rückgerechnete Daten

nicht in der Größenordnung der genannten Bereiche. In der Gruppe Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel) wurden mit rund 39 Millionen € im Jahr 2010 fast 69 Prozent mehr investiert als ein Jahr zuvor. In der Getränkeindustrie wurden knapp 25 Millionen € und damit fast 46 Prozent mehr Geld für Investitionen ausgegeben. In den Betrieben der Nahrungs- und Futtermittelherstellung stieg die Investitionstätigkeit mit knapp 173 Millionen € um 40 Prozent. Auch in der sächsischen Möbelindustrie wurde mit knapp 15 Millionen € 36 Prozent mehr Geld vor allem für neue Maschinen und Anlagen ausgegeben.

Im Bereich Herstellung von sonstigen Waren wurde 2010 nur noch halb so viel investiert wie 2009. Das Gleiche gilt für den Bereich Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen.

Mietinvestitionen, also alle im Geschäfts-

Abb. 1 Mietinvestitionen der sächsischen Industriebetriebe 2008 bis 2010



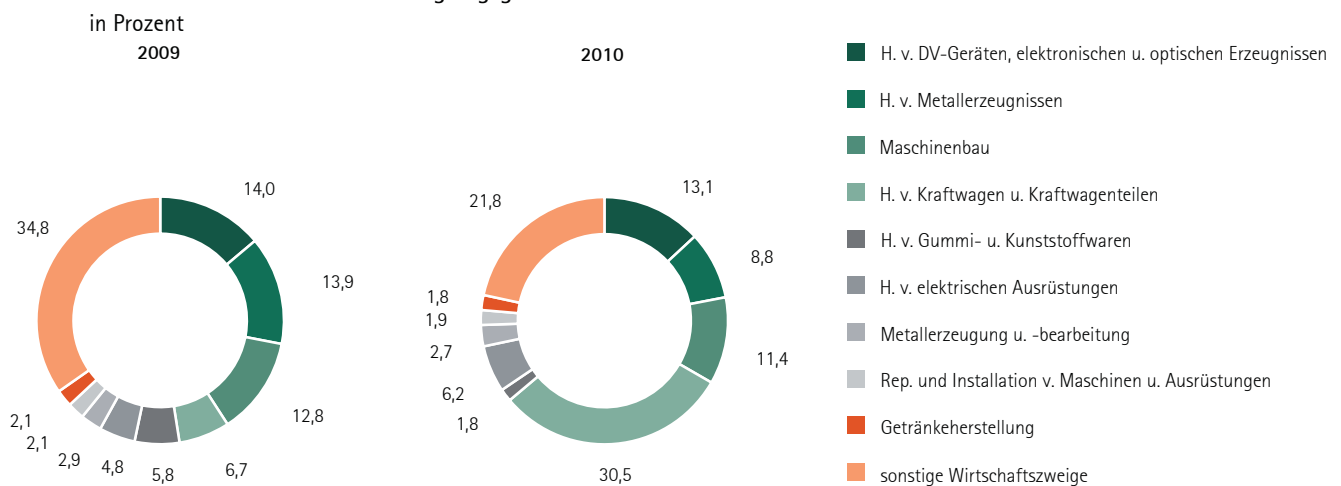
jahr neu gemieteten und gepachteten neuen Sachanlagen mit einer Mietdauer von mindestens einem Jahr, spielen mit einem Anteil von 1,4 Prozent (47,6 Millionen €) im Jahr 2010 am Investitionsgesamtumfang nur eine

untergeordnete Rolle. Hier ist zu vermerken, dass die Mietinvestitionen sowohl absolut als auch prozentual in den letzten beiden Jahren zurückgegangen sind.

Tab. 3 Bruttozugänge an Sachanlagen in Betrieben der sächsischen Industrie 2010 nach Art der Zugänge und Wirtschaftszweigen

WZ 2008	Wirtschaftszweig	Bruttozugänge an Sachanlagen			
		insgesamt	davon		
			bebaute Grundstücke und Bauten	Grundstücke ohne Bauten	Maschinen und maschinelle Anlagen
1 000 €					
05	Kohlenbergbau
08	Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau
10	H. v. Nahrungs- u. Futtermitteln	172 864	33 001	310	139 554
11	Getränkeherstellung	24 641	2 715	461	21 465
12	Tabakverarbeitung
13	H. v. Textilien	34 544	5 527	440	28 577
14	H. v. Bekleidung
15	H. v. Leder, Lederwaren u. Schuhen
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel)	39 067	4 358	19	34 690
17	H. v. Papier, Pappe u. Waren daraus	71 682	6 764	23	64 895
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielf. bespielter Tonträger usw.	56 800	6 301	1	50 498
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	513 050	59 378	1 202	452 469
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	24 645	2 828	16	21 801
22	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	115 554	17 986	1 420	96 147
23	H. v. Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	102 639	14 960	104	87 575
24	Metallerzeugung u. -bearbeitung	50 685	5 035	230	45 420
25	H. v. Metallerzeugnissen	231 227	18 291	276	212 660
26	H. v. DV-Geräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	1 190 683	67 489	1 203	1 121 991
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	75 449	7 549	1 029	66 871
28	Maschinenbau	250 199	34 650	668	214 881
29	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	306 511	22 129	4	284 379
30	Sonstiger Fahrzeugbau	24 540	2 792	511	21 237
31	H. v. Möbeln	14 833	1 874	1 440	11 519
32	H. v. sonst. Waren	17 286	2 553	-	14 733
33	Rep. und Installation v. Maschinen u. Ausrüstungen	25 005	3 532	144	21 329
	Insgesamt	3 483 791	324 339	11 247	3 148 204

Abb. 2 Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände der sächsischen Industriebetriebe¹⁾



1) nur Einbetriebsunternehmen

Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände als neues Erhebungsmerkmal
 Als immaterielle Vermögensgegenstände werden Konzessionen, Patente, Lizenzen,

Warenzeichen und ähnliche Rechte sowie Software einschließlich Softwarelizenzen bezeichnet, soweit sie länger als ein Jahr im Geschäftsbetrieb genutzt werden. Dieses Merk-

mal wurde 2009 erstmalig, bisher allerdings nur bei Unternehmen, befragt. Um trotzdem Aussagen innerhalb dieser Aufsatzes machen zu können, werden in diesem Aufsatz

Abb. 3 Investitionsquote der sächsischen Industriebetriebe 2009 und 2010 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

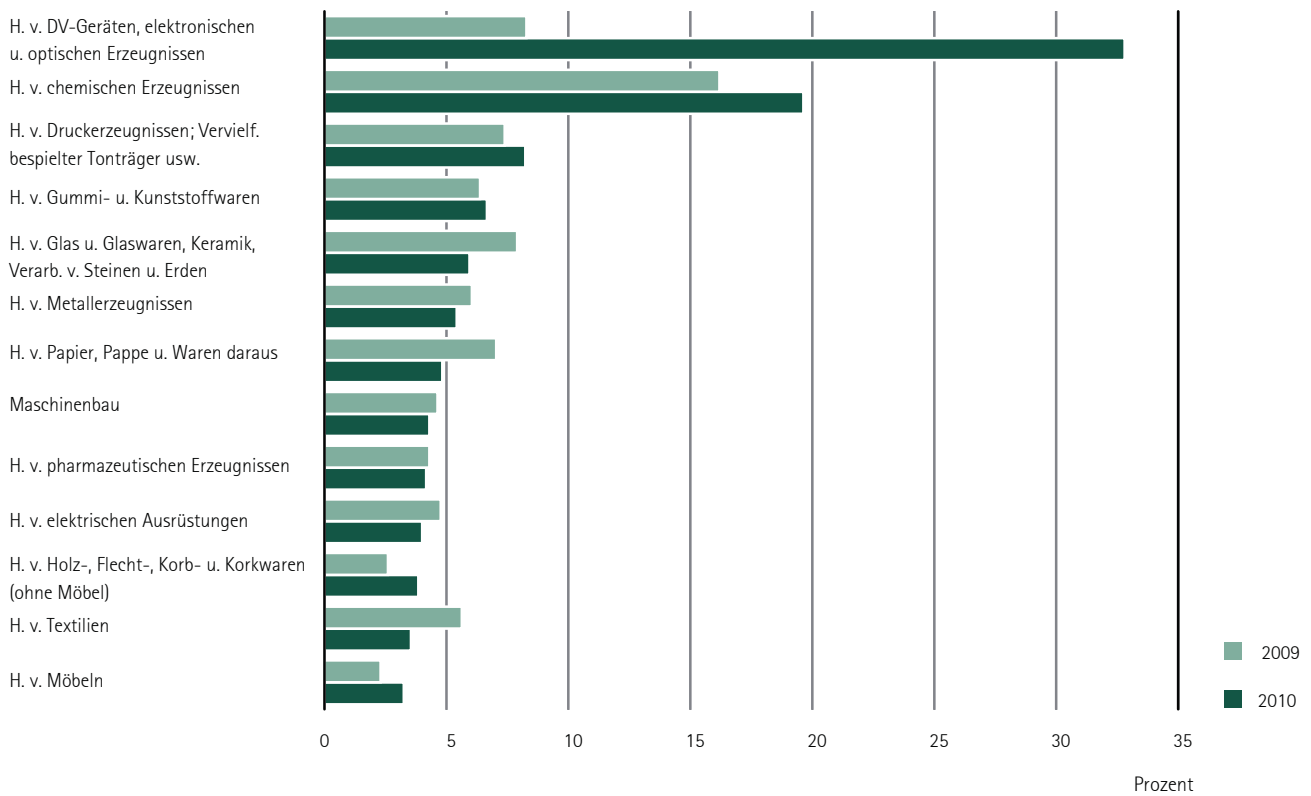
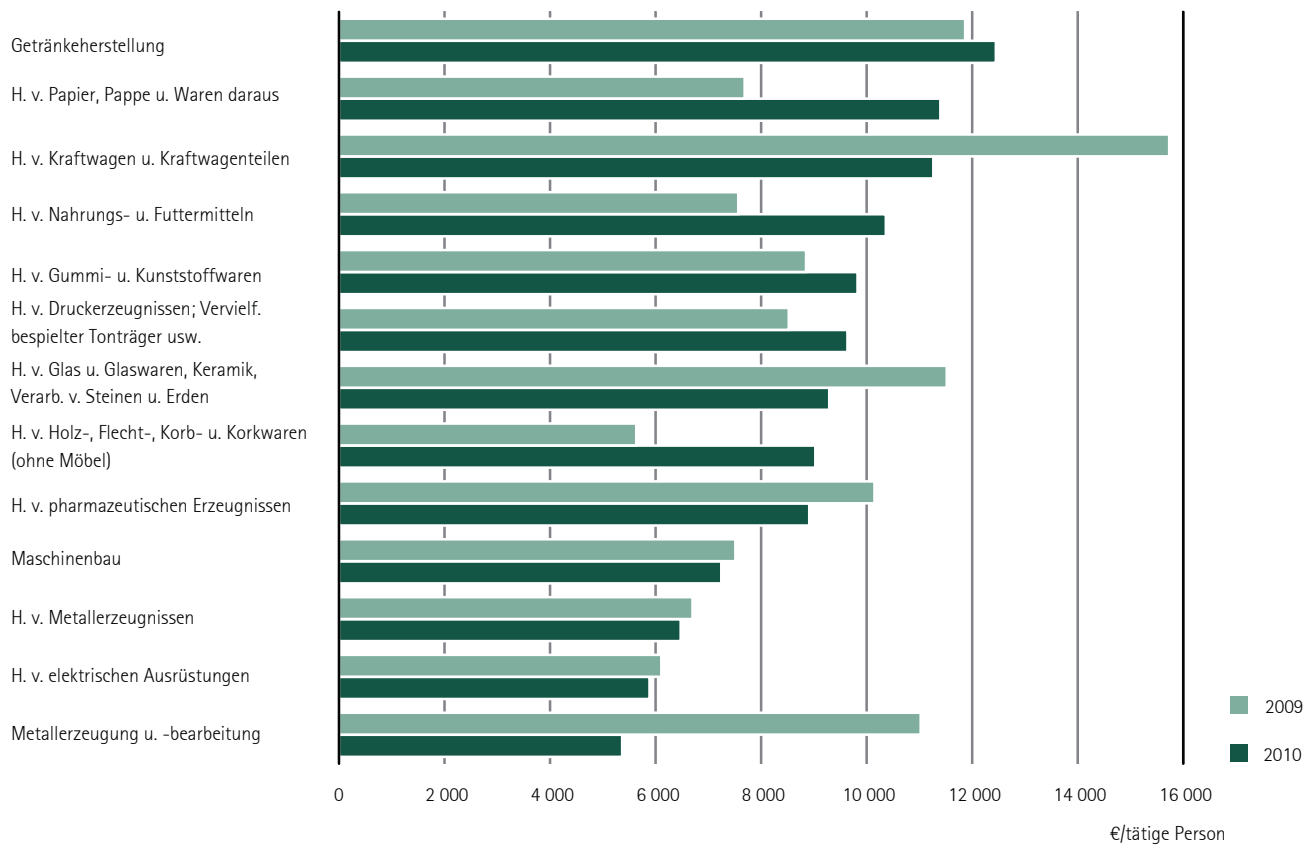


Abb. 4 Investitionsintensität der sächsischen Industriebetriebe 2009 und 2010 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



nur die Daten der Einbetriebsunternehmen in die Betrachtungen einbezogen. Mit 50,7 Millionen € ist der Anteil dieser neu erworbenen Vermögensgegenstände im Jahr 2010 im Vergleich zu den Gesamtzugängen an Sachanlagen sehr gering. Die größte Summe für immaterielle Vermögensgegenstände wurde mit rund 15 Millionen € im Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen ausgegeben, gefolgt vom Bereich Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen mit über 6 Millionen € und dem Bereich Maschinenbau mit knapp 6 Millionen €. Welche Bedeutung diesem Merkmal zukommt, wird die Entwicklung in den nächsten Jahren zeigen.

Investitionsquote und -intensität wieder gestiegen

Die Investitionsquote, das Verhältnis der Investitionen zum Gesamtumsatz, zeigt 2010 im Verarbeitenden Gewerbe im Vergleich zum Vorjahr wieder eine positive Tendenz und damit auch, dass das Vertrauen in die Stabilität der sächsischen Wirtschaft vorhanden ist.

Die Investitionsquote von 6,4 Prozent im Jahr 2010 war die höchste der letzten drei Jahre. Besonders hoch mit 32,8 Prozent war die Investitionsquote im Bereich Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen, was auf besondere Großinvestitionen hindeutet. Als weiterer Bereich mit einer hohen Quote ist der Bereich Herstellung von chemischen Erzeugnissen zu nennen, in dem im zweiten Jahr in Folge größere Investitionen getätigt wurden. Sehr niedrige Investitionsquoten wiesen zum Beispiel die Bereiche Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen sowie Metallerzeugung und -bearbeitung aus, hier lag die Investiti-

onsquote bei 1,9 bzw. 2,0 Prozent und damit wesentlich unter dem Durchschnitt.

Der Umfang der Investitionen je tätiger Person wird als Investitionsintensität bezeichnet. In den Industriebetrieben in Sachsen wurden im Jahr 2010 im Durchschnitt 14 615 € je tätiger Person für Investitionen ausgegeben. Das ist der höchste Wert der letzten drei Jahre. Nach einem erheblichen Rückgang im Jahr 2009 übertrifft der Wert des Jahres 2010 den von 2009 wesentlich.

Wie schon bei der Investitionsquote sind auch hier die Bereiche Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (82 813 €) und Herstellung von chemischen Erzeugnissen (64 787 €) die mit den höchsten Werten. Besonders niedrig war die Investitionsintensität unter anderen in den Bereichen Herstellung von sonstigen Waren (2 849 €) und Reparatur und Installation von Maschinen und Anlagen (2 645 €). (Abb. 3 und 4)

Investitionen sind notwendig für Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit

Investitionen werden zum einen getätigt, um die Produktionsbasis stabil zu halten und zum anderen, um neue Technologien einzuführen, alte Maschinen durch moderne zu ersetzen, die Kapazität zu erweitern und den Produktionsprozess zu optimieren. Ohne Investitionen kann sich ein Betrieb nicht weiterentwickeln. Die Entwicklung der Investitionen in den in Sachsen ansässigen Betrieben zeigt, dass Sachsens Industrie auch 2010 positiv in die Zukunft blickte.

Brigitta Töpfer, Dipl.-Ing., Referatsleiterin
Datenerhebung Konjunktur- und Strukturstatistik

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246, 2249).
- [2] Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002 (BGBl. I S. 1181), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. März 2009 (BGBl. I S. 550).

Zur Energieeffizienz in Sachsen 1991 bis 2010

Vorbemerkungen

Energie in ihren unterschiedlichen Formen ist sowohl für das Leben der Menschen als auch für deren wirtschaftliche Tätigkeit unerlässlich. Lange Zeit war der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung bzw. Wirtschaftswachstum auf der einen Seite und zunehmendem Energieverbrauch auf der anderen Seite ein allgemein anerkannter Sachverhalt. Energie stand und steht jedoch nicht immer in beliebiger Menge an beliebigem Ort zur Verfügung. Energiemangel konnte bereits in der Vergangenheit wirtschaftliches Wachstum bremsen oder verhindern. In der Gegenwart wird angestrebt, Wirtschaftswachstum von zunehmendem Energieverbrauch zu entkoppeln. Im Wesentlichen gibt es dafür zwei Gründe: einerseits die absehbare Endlichkeit bestimmter Energierohstoffe – allen voran Erdöl oder Erdgas – und zweitens der erreichte Grad an ökologischen Schäden bei der Energiegewinnung im weitesten Sinne. Auf der politischen Ebene findet das zum Beispiel auch seinen Ausdruck in der von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende. Der weiteren Steigerung der Energieeffizienz kommt auch in diesem Zusammenhang wachsende Bedeutung zu.

Energieeffizienz als wirtschaftspolitische Zielstellung in der EU

Die Energieeffizienz kann rein rechnerisch auf zwei Wegen erhöht werden. Entweder wird mit gleicher Energiemenge mehr an Wertschöpfung erzeugt, oder die gleiche Wertschöpfung mit weniger Energie. In der Praxis ist einerseits zu beachten, dass Energierohstoffe nicht mehr in beliebigen Mengen zur Verfügung stehen. Andererseits ist die Menschheit durchaus nicht Willens und in der Lage, auf wirtschaftliches Wachstum zu verzichten, verbindet sich doch damit die „Verbesserung“ der Lebensumstände.

Den Rahmen für Energieeinsparungen gibt die EU vor. [1] Dort heißt es: „Die Mitgliedstaaten legen für das neunte Jahr der Anwendung dieser Richtlinie einen generellen nationalen Energieeinsparwert von 9 % fest, der aufgrund von Energiedienstleistungen und anderen Energieeffizienzmaßnahmen zu erreichen ist, und streben dessen Verwirklichung an.“ [1, Artikel 4 (1)] Aber auch die Bundesrepublik Deutschland und der Freistaat Sachsen haben energiepolitische Ziele formuliert¹⁾, das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zuletzt im Energiebericht Sachsen 2009/2010. [2] Doch die Diskussion dieser Thematik aus politischer Sicht soll hier nicht vertieft werden. Die Meinungsäußerungen sind auf jeden Fall sehr unterschiedlich und auch zum Teil widersprüchlich. Das betrifft in aller Regel nicht das Ziel der Erhöhung der Energieeffizienz als solches – da besteht weitgehender gesellschaftlicher Konsens in Deutschland –, sondern das Wie und Wieviel. Eine Versachlichung der Diskussion und das Finden von Konsens und Kompromissen erfordern eine klare und transparente Festlegung der Messung der Energieeffizienz.

Effizienzindikatoren

Allgemein

Zur Messung der Energieeffizienz wird der Energieverbrauch in Beziehung zu einer geeigneten Bezugsgröße gesetzt. Bei der **Energieproduktivität** steht die jeweilige Bezugsgröße im Zähler, zum Beispiel das Bruttoinlandsprodukt, und der Energieverbrauch im Nenner, zum Beispiel der Primär- oder Endenergieverbrauch. Beim Kehrwert der Energieproduktivität, der **Energieintensität**, steht der Energieverbrauch im Zähler und entsprechend die Bezugseinheit im Nenner.²⁾ Bei gesamtwirtschaftlichen Betrachtungen

wird der Energieverbrauch üblicherweise auf das Bruttoinlandsprodukt bezogen. Bei der Betrachtung der einzelnen Sektoren kommen auch andere Bezugsgrößen zur Anwendung, bei den Haushalten beispielsweise die Wohnfläche, beim Verkehr die Verkehrsleistung (Tonnen- oder Personenkilometer) und bei der Industrie wiederum die Bruttowertschöpfung oder der Bruttoproduktionswert (vgl. auch [3]).

Die Energieverbrauchsdaten werden den jeweiligen Energiebilanzen entnommen. [4, 5] Das Bruttoinlandsprodukt für die Länder wird durch den Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder ermittelt. [6] Andere statistische Merkmale werden durch die Statistischen Ämter selbst erhoben und bereitgestellt.

Bei Analysen zur Energieeffizienz ist zu beachten, dass „die empirische und exakte Bestimmung der Energieeffizienz ... weder eindeutig noch einfach [ist]. Eine wesentliche Voraussetzung zur Bildung von Effizienzindikatoren sind verlässliche und aktuelle Energiestatistiken sowie Informationen zu den wichtigsten Einfluss- und Bezugsgrößen des Energieverbrauchs.“ [3, Überblick]

Bund

Die Aufstellung der Energiebilanzen auf der Bundesebene folgt einer anderen Methodik als auf der Länderebene. Ohne an dieser Stelle Details zu erörtern, nur soviel: Für Deutschland stehen bestimmte Daten aus unterschiedlichen Quellen zur Verfügung (Statistisches Bundesamt, Verbände u. a.). Für die Länder gibt es

- 1) Sie sollten geeignet sein, die in der genannten EU-Richtlinie formulierten Ziele umzusetzen – teilweise oder vollständig.
- 2) Die Energieproduktivität sagt also aus, welche Menge an Waren und Dienstleistungen durch den Einsatz von einer Einheit Energie im relevanten Beobachtungszeitraum neu geschaffen wurde. Dagegen bringt die Energieintensität zum Ausdruck, wie viel Energie zur Generierung eines bestimmten Teils (einer Einheit) des Bruttoinlandsproduktes eingesetzt wird. Je nach Untersuchungsgegenstand kann man sich für den einen oder anderen Indikator entscheiden.

kein deckungsgleiches Datenangebot. Deshalb müssen auf der Länderebene abweichende Methoden eingesetzt werden. Die unterschiedlichen Methoden der Energiebilanzierung sollten keine Bewertung im Sinne von „gut“ oder „weniger gut“ erfahren, sie sind einfach erforderlich. Die Summierung von Positionen aller Länderenergiebilanzen ergibt deshalb in der Regel auch nicht den Bundeswert. Auch die notwendigen Bezugsgrößen zur Bildung von Effizienzindikatoren stehen unter Umständen zwar für Deutschland zur Verfügung, nicht jedoch für die Länder.

Für die Bundesrepublik Deutschland werden durch die AG Energiebilanzen e. V. (AGEB) regelmäßig folgende Energieeffizienzindikatoren berechnet und veröffentlicht [3]:

- Energieintensität (Primärenergieverbrauch [beobachtet] je Einheit realen Bruttoinlandsprodukts und je Einwohner; PEV [bereinigt um Temperatur- und Lagerbestände] je Einheit realen BIP und je Einwohner)
- Energieproduktivität (reales BIP je Einheit PEV)
- Energieeffizienz – Stromverbrauch (Bruttostromverbrauch je Einheit realen BIP und je Einwohner)
- Energieproduktivität – Stromverbrauch (reales BIP je Einheit Bruttostromverbrauch)
- Energieeffizienz – Stromerzeugung (Wirkungsgrad und spezifischer Energieeinsatz der Stromerzeugung in Deutschland)
- Endenergieeffizienz (Endenergieverbrauch [beobachtet] je Einheit realen BIP und je Einwohner; EEV [bereinigt um Temperatur- und Lagerbestandseffekte] je Einheit realen BIP und je Einwohner)
- Energieeffizienz – Industrie (Energieverbrauch der Industrie je Einheit Bruttoproduktionswert)
- Energieeffizienz – GHD (Energieverbrauch des Sektors Gewerbe, Handel und Dienstleistungen je Einheit der realen Bruttowertschöpfung)
- Energieeffizienz – Private Haushalte (spezifischer Energieverbrauch der Privaten Haushalte [ohne Kraftstoffe] und je 100 m² Wohnfläche)
- Energieeffizienz – Verkehr (Energieverbrauch im Personen- und Güterverkehr und je 100 Personenkilometer).

Länder

Bei der Berechnung entsprechender Energieeffizienzindikatoren für die Länder kommt dem einheitlichen Vorgehen größte Bedeutung zu. Nur dadurch erreicht man die Berechnung miteinander vergleichbarer Werte. Der Länderarbeitskreis Energiebilanzen (LAK Energiebilanzen) berechnet und veröffentlicht auf seiner Internetseite regelmäßig folgende Indikatoren für alle Länder [7]:

- Energieproduktivität als Index (BIP [preisbereinigt, verkettet] je Einheit des PEV [in Indexform])
- Temperaturbereinigte Energieproduktivität als Index (BIP [preisbereinigt, verkettet] je Einheit des PEV [in Indexform])
- Energieintensität als Index (PEV [Index] je Einheit BIP [preisbereinigt, verkettet]).

Für den Freistaat Sachsen wurden einige weitere Energieeffizienzindikatoren berechnet, die in diesem Beitrag erstmalig vorgestellt werden. Die Auswahl richtete sich hauptsächlich danach, für welche Indikatoren die benötigten Daten zur Verfügung standen und welche als besonders wichtig eingeschätzt wurden.

Probleme der Vergleichbarkeit

Kurzfristige statistische Erscheinungen und Effekte bei den verwendeten Daten können Auswirkungen auf die Effizienzindikatoren haben. Insofern kann der einzelne Jahresvergleich in seiner Aussage eingeschränkt sein. Deshalb sollte die mittel- und langfristige Entwicklung (Zeitreihenbetrachtungen) stärkere Beachtung finden.

Indikatoren können in spezifischer Weise, abweichend von der allgemeinen Berechnungsweise ermittelt werden, weil sie z. B.

dem Monitoring von speziellen Erscheinungen dienen, die beispielsweise durch ein Gesetz vorgeschrieben sind. Dann können diese Indikatorwerte nicht oder nur eingeschränkt mit anderen Daten verglichen werden.

Bei internationalen Vergleichen kann es bei Energieeffizienzindikatoren notwendig sein, dass die unterschiedlichen natürlichen oder wirtschaftlichen Gegebenheiten der Staaten in angemessener Weise Berücksichtigung finden. Dann werden die beobachteten Daten zum Beispiel normiert. Ein solches Vorgehen kann dann in aller Regel auch in Gesetzesform beschlossen werden. Schließlich kann auch die unterschiedliche Datenlage und -qualität dazu führen, dass Effizienzindikatoren nur bedingt vergleichbar sind.

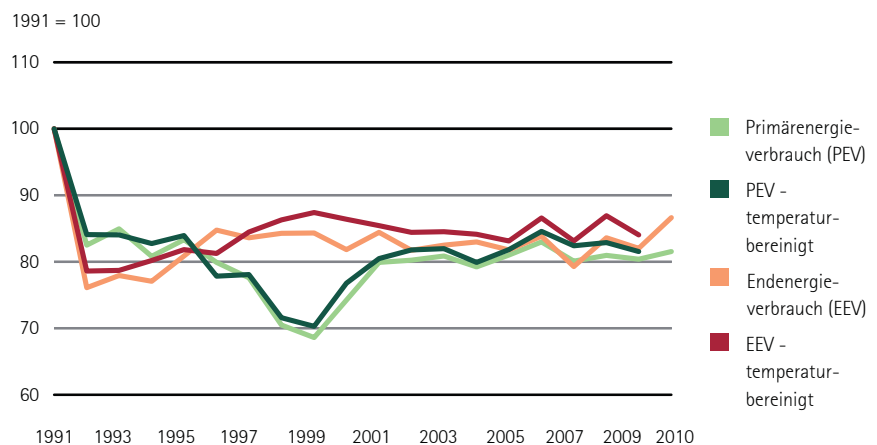
Energieproduktivität der Wirtschaft Sachsens insgesamt

Energieproduktivität³⁾

Die grundlegenden Daten zur Berechnung der Energieeffizienzindikatoren sind in Tabelle 1 zusammengestellt.⁴⁾ Der Primärenergieverbrauch kann sowohl in seiner beobachteten Größe als auch temperaturbereinigt in die Berechnung eingehen (vgl. Tab. 1 und Abb. 1). Bei der Temperaturbereinigung wird die Wirkung der Witterung normiert. Das heißt, kurzfristige Schwankungen im Energieverbrauch infolge über- oder unterdurchschnittlicher Temperaturen werden ausgeglichen. In Abbildung 1 ist zu erkennen, dass die Kurve der temperaturbereinigten Werte sowohl unter als auch über der Kurve der beobachteten Werte liegen kann. Das heißt, es wird sowohl

3) Hier bezogen auf den Primärenergieverbrauch. Dafür ist nur der Begriff „Energieproduktivität“ ohne Vorsilbe „Primär-“ gebräuchlich. Bezogen auf den Endenergieverbrauch spricht man im Allgemeinen jedoch von „Endenergieproduktivität“.
4) Damit können Berechnungen auch nachvollzogen werden. Die Ermittlung der durchschnittlichen Bevölkerung zum Beispiel kann auf verschiedenen Wegen erfolgen.

Abb. 1 Primärenergieverbrauch (PEV) und Endenergieverbrauch (EEV) beobachtet und temperaturbereinigt in Sachsen 1991 bis 2010



Tab. 1 Basisdaten für Energieeffizienzindikatoren in Sachsen 1990 bis 2010

Jahr	Primärenergieverbrauch		Endenergieverbrauch		BIP ¹⁾ (in jeweiligen Preisen)	BIP ^{1) 2)} (preisbereinigt, verkettet)	Einwohner ³⁾	Haushalte	Wohnfläche
	beobachtet	temperaturbereinigt	beobachtet	temperaturbereinigt					
	TJ								
1990	924 431	946 685	544 073	559 537	.	.	4 808	2 014	.
1991	779 462	775 512	421 460	417 931	35,9	62,3	4 722	2 049	.
1992	643 041	652 190	320 675	328 589	44,9	68,5	4 664	2 035	.
1993	662 348	651 565	328 519	328 886	54,5	76,9	4 624	2 044	.
1994	629 932	641 674	324 734	335 082	63,8	86,9	4 596	2 036	.
1995	649 512	650 846	340 736	341 942	69,9	93,7	4 575	2 030	1 460 920
1996	622 985	603 446	357 319	339 527	72,6	96,5	4 556	2 049	1 494 928
1997	604 861	605 495	352 461	353 049	73,0	96,7	4 536	2 060	1 534 297
1998	549 434	555 116	355 187	360 580	73,8	97,3	4 506	2 065	1 561 376
1999	534 717	545 243	355 337	365 372	75,5	99,5	4 475	2 080	1 583 988
2000	578 638	595 314	344 968	361 048	75,7	100,0	4 443	2 100	1 603 128
2001	622 835	624 112	355 755	356 991	78,1	101,7	4 405	2 116	1 612 384
2002	625 319	634 308	344 399	352 878	81,3	104,1	4 366	2 131	1 616 353
2003	630 273	635 864	347 714	353 135	83,2	105,7	4 334	2 144	1 615 878
2004	617 465	619 494	349 646	351 571	85,6	107,7	4 308	2 156	1 618 661
2005	631 502	634 422	344 731	347 465	85,8	107,8	4 284	2 186	1 621 658
2006	646 739	655 959	353 304	361 784	89,7	112,6	4 262	2 207	1 624 657
2007	624 454	638 984	334 205	347 448	93,7	115,7	4 234	2 210	1 624 546
2008	631 234	642 953	352 448	363 202	94,7	115,8	4 205	2 202	1 626 982
2009	626 468	632 459	345 674	351 171	92,8	111,8	4 178	2 216	1 628 529
2010	635 651	...	365 099	...	95,0	113,9	4 156	2 214	1 631 661

1) BIP: Bruttoinlandsprodukt; Arbeitskreis VGRdL; Berechnungsstand: Jahre 1991 bis 2009 - August 2010; Jahr 2010 - Februar 2011 (WZ 2003)

2) Kettenindex 2000 = 100

3) Einwohner im Durchschnitt des Jahres auf der Basis der 12 Monatswerte

der besonders kalte Winter als auch etwa der ungewöhnlich warme Herbst bei der Temperaturbereinigung berücksichtigt.

Die hier verwendeten Größen des Bruttoinlandsproduktes entsprechen dem Rechenstand August 2010 (für die Jahre 1991 bis 2009) bzw. Februar 2011 (für das Jahr 2010).⁵⁾ Bei der Berechnung der Energieproduktivität für Sachsen wird zum einen das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen verwendet. Dann ergibt sich als Maßeinheit zum Beispiel 1 000 € je Gigajoule (GJ). Mit diesem Indikator kann in einem gewählten Jahr die Energieproduktivität Sachsens mit der Deutschlands oder anderer Länder verglichen werden. Zum anderen kann das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt in Form des Kettenindex verwendet werden. Dann muss auch für den Primärenergieverbrauch ein Index gebildet werden. Die Energieproduktivität liegt dann wiederum als Index vor, hier auf der Basis 1991 = 100. Mit diesem Indikator wird die Entwicklung seit 1991 unter Beachtung der Preisveränderungen beschrieben (vgl. Tab. 2 und 3).

Entwicklung

Die beobachtete sowie temperaturbereinigte Energieproduktivität für Sachsen sind in Tabelle 2 dargestellt. Beide Zeitreihen weichen nur wenig voneinander ab. Die Analyse der Entwicklung der Energieeffizienz soll anhand der temperaturbereinigten Energieproduktivität erfolgen. Sie hat sich in den zwei Jahrzehnten von 1991 bis 2009 mehr als verdoppelt. Der Indexwert für 2009 liegt bei 220,0 (1991 = 100). Das heißt, mit einer bestimmten Energiemenge wurde 2009 mehr als die doppelte Menge an (realem) Bruttoinlandsprodukt geschaffen als 1991.

Von 1991 zu 1992 stieg die Energieproduktivität in Sachsen stark an (vgl. Abb. 2 und Tab. 2). Ursache war der stark rückläufige Primärenergieverbrauch bei positivem Wirtschaftswachstum (vgl. Tab. 1). Der Primärenergieverbrauch wiederum sank vor allem infolge des Umbaus der sächsischen Industrie.⁶⁾ Der Rückgang des Primärenergieverbrauchs setzte sich in den folgenden Jahren bis 1999 fort. Parallel dazu verzeichnete das Bruttoinlandsprodukt positive Wachstumsraten. Infolgedessen verbesserte sich die Ener-

gieproduktivität weiter. Sie erreichte 1999 ihren damaligen Spitzenwert von 227,1 (1991 = 100). In den beiden Folgejahren ging die Energieproduktivität zurück. Im Jahr 2000 war im Vergleich zum Vorjahr das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt nur ganz gering gestiegen, der Primärenergieverbrauch dagegen sehr viel stärker. 2001 lag das Wirtschaftswachstum wieder deutlich höher, der Primärenergieverbrauch hatte sich aber noch mehr erhöht.

Ab dem Jahr 2002 bis 2004 stieg die Energieproduktivität erneut an, wobei im Jahr 2004 dazu der gesunkene Primärenergieverbrauch beigetragen hatte. Im Jahr 2005 sank die Energieproduktivität wieder leicht ab, da der Primärenergieverbrauch stärker gewach-

5) Die Tatsache, dass es sich dabei um Angaben nach WZ 2003 handelt, kann bei den nachfolgend zu Grunde liegenden Indexbetrachtungen eher vernachlässigt werden, solange die Wirtschaft insgesamt betrachtet wird. Stärker von Bedeutung sind bei einer späteren Nutzung der revidierten Daten die anderen methodischen Veränderungen, die im Rahmen der Revision eingearbeitet wurden.

6) So wurden zum Beispiel auch einige besonders energieintensive Produktionen eingestellt, etwa die Aluminiumerzeugung, die einen extrem hohen Elektroenergiebedarf hat, oder die Herstellung bestimmter chemischer Erzeugnisse.

Tab. 2 Energieproduktivität¹⁾ und Energieintensität²⁾ 1991 bis 2010³⁾⁴⁾

Jahr	Energieproduktivität				Energieintensität			
	beobachtet		temperaturbereinigt		beobachtet		temperaturbereinigt	
	Wert	je Einwohner	Wert	je Einwohner	Wert	je Einwohner	Wert	je Einwohner
	1991 = 100							
1991	100	100	100	100	100	100	100	100
1992	133,3	134,9	130,7	132,3	75,0	76,0	76,5	77,4
1993	145,3	148,3	146,9	150,0	68,8	70,3	68,1	69,5
1994	172,6	177,3	168,6	173,2	57,9	59,5	59,3	60,9
1995	180,5	186,2	179,2	184,9	55,4	57,2	55,8	57,6
1996	193,7	200,7	199,0	206,2	51,6	53,5	50,3	52,1
1997	199,9	208,1	198,7	206,8	50,0	52,1	50,3	52,4
1998	221,5	232,1	218,1	228,5	45,2	47,3	45,8	48,0
1999	232,7	245,6	227,1	239,6	43,0	45,3	44,0	46,5
2000	216,2	229,8	209,1	222,2	46,3	49,2	47,8	50,8
2001	204,4	219,1	202,9	217,5	48,9	52,4	49,3	52,8
2002	208,4	225,3	204,4	221,0	48,0	51,9	48,9	52,9
2003	209,7	228,5	206,8	225,3	47,7	51,9	48,3	52,7
2004	218,3	239,3	216,5	237,3	45,8	50,2	46,2	50,6
2005	213,7	235,5	211,6	233,2	46,8	51,6	47,3	52,1
2006	217,7	241,2	213,6	236,6	45,9	50,9	46,8	51,9
2007	231,7	258,4	225,3	251,2	43,2	48,1	44,4	49,5
2008	229,5	257,7	224,2	251,7	43,6	48,9	44,6	50,1
2009	223,3	252,3	220,0	248,6	44,8	50,6	45,4	51,4
2010	224,2	255,1	44,6	50,7

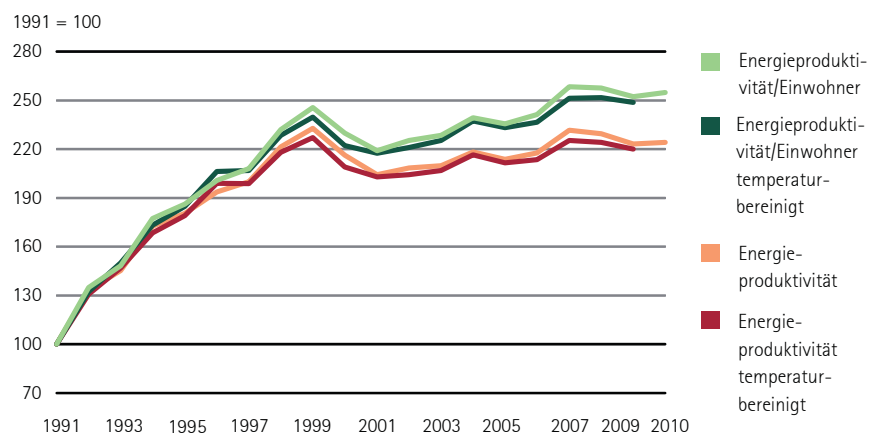
- 1) Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) je Einheit Primärenergieverbrauch (Index)
- 2) Primärenergieverbrauch (Index) je Einheit Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet)
- 3) Bruttoinlandsprodukt; Arbeitskreis VGRdL; Berechnungsstand: Jahre 1991 bis 2009 - August 2010; Jahr 2010 - Februar 2011 (WZ 2003)
- 4) Einwohner im Durchschnitt des Jahres auf der Basis der 12 Monatswerte

sen war als das reale Bruttoinlandsprodukt. 2006 und 2007 stieg sie wiederum und erreichte 2007 einen Indexwert von 225,3 (1991 = 100), den bis dahin zweithöchsten im gesamten Betrachtungszeitraum. Hierzu trug wiederum der gesunkene Primärenergieverbrauch bei. 2008 verharrte das Bruttoinlandsprodukt faktisch auf Vorjahresniveau – Rechenstand beachten –, während der Primärenergieverbrauch angestiegen war. Dadurch ging die Energieproduktivität wiederum zurück. Dieser Prozess setzte sich auch 2009 fort. In diesem Jahr waren beide Merkmale als Ausdruck der negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise insbesondere auf die Industrieproduktion rückläufig. Für 2010 lag bei Redaktionsschluss dieses Beitrages noch kein Ergebnis vor. Die beobachtete Energieproduktivität war aber wieder leicht angestiegen (vgl. Tab. 2). Es wird deutlich, dass die Energieeffizienz kurzfristig durchaus eine schwankende Entwicklung aufweist (vgl. Abb. 2), wobei sich die jeweiligen Entwicklungen des Primärenergieverbrauchs und des Bruttoinlandsproduktes – in ihrer Stärke und Richtung – entsprechend auswirken.

Zur Bewertung der Energieproduktivität sollte auch die Bevölkerungsentwicklung herangezogen werden. Die seit 1991 durchweg sinkende Einwohnerzahl Sachsens führt dazu, dass die jeweiligen Indexwerte der Energieproduktivität je Einwohner über denen der Absolutwerte liegen (vgl. Abb. 2). Auch wer-

den in den Jahren 1997 und 2008 die leichten Rückgänge der temperaturbereinigten Energieproduktivität durch die gesunkene Bevölkerungszahl kompensiert (vgl. Tab. 2). Von 1991 bis zum Ende des Betrachtungszeitraumes (2007 bis 2009) hat sich dieser Indikator insgesamt auf das Zweieinhalbfache erhöht.

Abb. 2 Energieproduktivität¹⁾ beobachtet und temperaturbereinigt und je Einwohner in Sachsen 1991 bis 2010



1) Energieproduktivität: Index des Primärenergieverbrauchs / Kettenindex des Bruttoinlandsproduktes (jeweils 1991 = 100); Bruttoinlandsprodukt: Arbeitskreis VGRdL; Berechnungsstand: Jahre 1991 bis 2009 - August 2010; Jahr 2010 - Februar 2011

Vergleich mit anderen Ländern

Vergleiche Sachsens mit den anderen Ländern oder dem deutschen Durchschnitt sind beim Index der Energieproduktivität problematisch. Ein Vergleich der auf der Internetseite des LAK Energiebilanzen veröffentlichten Angaben für alle Länder [6] zeigt, dass sich die Indexwerte einerseits in ihrer Höhe zum Teil beachtlich unterscheiden, andererseits aber auch in ihrer Entwicklung.

Die Energieproduktivität ist abhängig von der Wirtschaftsstruktur des Landes. Durch Industrien mit hohem Energieverbrauch, etwa Stahlwerke oder bestimmte chemische Produktionen wird die Energieproduktivität verringert. Auch ein hoher Ausführüberschuss beim Strom führt zu einer niedrigeren Energieproduktivität.

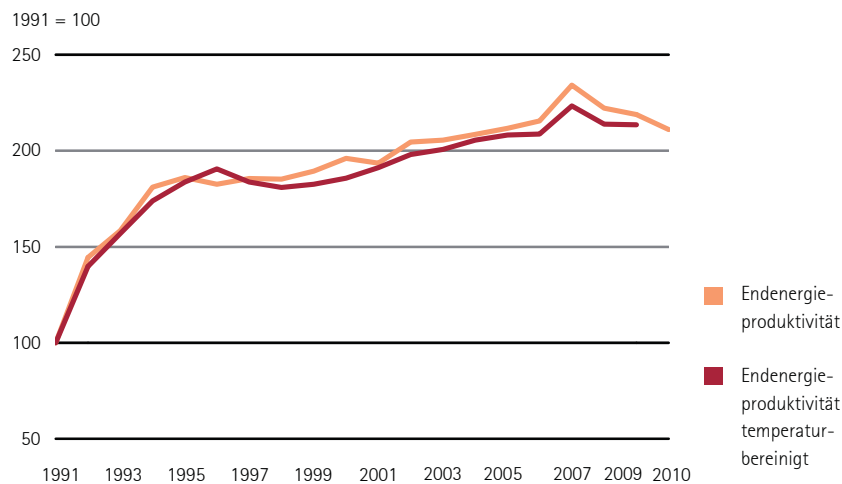
Endenergieproduktivität der Wirtschaft Sachsens insgesamt

Bei diesem Merkmal wird eine bestimmte Menge des Bruttoinlandsproduktes zu einer bestimmten Menge des Endenergieverbrauchs in Beziehung gesetzt. Für die Verwendung des Bruttoinlandsproduktes in

jeweiligen Preisen bzw. als preisbereinigter Kettenindex gilt das weiter oben ausgeführte sinngemäß. Die Entwicklung dieses Indikators im Zeitraum von 1991 bis 2010

zeigt Tabelle 3. Der Endenergieverbrauch liegt sowohl insgesamt, als auch für die vier Sektoren Industrie; Verkehr; Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und Kleinverbrau-

Abb. 3 Endenergieproduktivität¹⁾ beobachtet und temperaturbereinigt in Sachsen 1991 bis 2010



1) Endenergieproduktivität: Index des Endenergieverbrauchs / Kettenindex des Bruttoinlandsproduktes (jeweils 1991 = 100); Bruttoinlandsprodukt: Arbeitskreis VGRdL; Berechnungsstand: Jahre 1991 bis 2009 - August 2010; Jahr 2010 - Februar 2011 (WZ 2003)

Tab. 3 Endenergieproduktivität¹⁾ und Endenergieintensität²⁾ 1991 bis 2010³⁾⁴⁾

Jahr	Endenergieproduktivität				Endenergieintensität			
	beobachtet		temperaturbereinigt		beobachtet		temperaturbereinigt	
	Wert	je Einwohner	Wert	je Einwohner	Wert	je Einwohner	Wert	je Einwohner
1991 = 100								
1991	100	100	100	100	100	100	100	100
1992	144,5	146,3	139,8	141,6	69,2	70,1	71,5	72,4
1993	158,4	161,7	156,9	160,2	63,1	64,5	63,8	65,1
1994	181,0	186,0	174,0	178,7	55,2	56,7	57,5	59,0
1995	186,0	191,9	183,8	189,7	53,8	55,5	54,4	56,2
1996	182,6	189,2	190,6	197,5	54,8	56,8	52,5	54,4
1997	185,5	193,1	183,7	191,2	53,9	56,1	54,4	56,7
1998	185,3	194,1	181,0	189,6	54,0	56,6	55,3	57,9
1999	189,4	199,8	182,6	192,7	52,8	55,7	54,8	57,8
2000	196,1	208,4	185,8	197,5	51,0	54,2	53,8	57,2
2001	193,5	207,4	191,2	204,9	51,7	55,4	52,3	56,1
2002	204,5	221,2	198,0	214,1	48,9	52,9	50,5	54,6
2003	205,6	223,9	200,7	218,7	48,6	53,0	49,8	54,3
2004	208,5	228,5	205,6	225,3	48,0	52,6	48,6	53,3
2005	211,6	233,2	208,2	229,5	47,3	52,1	48,0	52,9
2006	215,5	238,8	208,7	231,2	46,4	51,4	47,9	53,1
2007	234,1	261,0	223,3	249,0	42,7	47,6	44,8	49,9
2008	222,2	249,5	213,9	240,1	45,0	50,5	46,8	52,5
2009	218,8	247,2	213,6	241,3	45,7	51,6	46,8	52,9
2010	211,1	239,8	47,4	53,8

1) Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) je Einheit Endenergieverbrauch (Index)

2) Endenergieverbrauch (Index) je Einheit Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet)

3) Bruttoinlandsprodukt; Arbeitskreis VGRdL; Berechnungsstand: Jahre 1991 bis 2009 - August 2010; Jahr 2010 - Februar 2011 (WZ 2003)

4) Einwohner im Durchschnitt des Jahres auf der Basis der 12 Monatswerte

cher (GHD-Sektor) sowie Haushalte vor. Für Sachsen konnte die Endenergieproduktivität im Rahmen dieses Beitrages lediglich insgesamt und für den Sektor Haushalte berechnet werden. Zur Begründung vergleiche w. u. im Exkurs.

Die temperaturbereinigte Endenergieproduktivität erreichte in Sachsen 2009 einen Indexwert von 213,6 (1991 = 100). Das heißt gegenüber dem Basisjahr hat sie sich mehr als verdoppelt.

Die Entwicklung der Endenergieproduktivität verlief zwischen 1991 und 2010 ähnlich wie die der Energieproduktivität (vgl. Tab. 2 und 3). 1992 zu 1991 zeigt den starken Umbruch in der sächsischen Wirtschaft. Vor allem die Strukturveränderungen in der Industrie ließen die Endenergieproduktivität um 30 Prozent steigen. Das ist natürlich nicht als Wachstum zu interpretieren, sondern in erster Linie als Strukturbruch. Bis 1996 erhöhte sich die Endenergieproduktivität weiter. Der Endenergieverbrauch stieg in diesen Jahren immer langsamer an, während das Bruttoinlandsprodukt dagegen schneller wuchs. 1996 erreichte die Endenergieproduktivität mit 190,6 (1991 = 100) ihren ersten Höchstwert. 1997 und 1998 ging sie zurück. Wie bereits w. o. ausgeführt, war das Bruttoinlandsprodukt 1997 im Vergleich zu 1996 kaum, der Endenergieverbrauch dagegen deutlich gestiegen. Ab 1999 stieg die Endenergieproduktivität stetig an und erreichte ihren höchsten Wert im Jahr 2007 mit 223,3 (1991 = 100) – (vgl. Abb. 3). 2008 ging sie zurück, da der Endenergieverbrauch in diesem Jahr gestiegen war, während das Bruttoinlandsprodukt faktisch auf dem Vorjahresstand verharrte – Rechenstand beachten. 2009, dem letzten Jahr, für das temperaturbereinigte Angaben vorliegen, ging die Endenergieproduktivität im Vergleich zum Vorjahr noch einmal leicht zurück. Das war das Ergebnis ungefähr gleicher Rückgänge von realem Bruttoinlandsprodukt und Endenergieverbrauch.

Endenergieeffizienz des Sektors Haushalte

Die Endenergieintensität wird ermittelt, indem der Endenergieverbrauch des Sektors Haushalte (private Haushalte) in Beziehung zur Wohnfläche der Haushalte gesetzt wird. Veröffentlichte Daten zur Wohnfläche liegen für Sachsen ab 1995 vor. Der Indikator kann auch noch einmal nach Brennstoffen und Strom aufgegliedert werden.⁷⁾

Die temperaturbereinigte Endenergieintensität der privaten Haushalte in Sachsen lag 1995 bei 691,1 Megajoule je m² Wohnfläche, 2009 waren es 714,4 MJ je m². Betrachtet man die Entwicklung dieses Indi-

kators im gesamten Beobachtungszeitraum, so wechseln sich Jahre mit sinkender und steigender Endenergieintensität ab (vgl. Tab. 4). Ein Trend ist nur schwer erkennbar. Am ehesten lässt er sich mit Stagnation um die Größenordnung von 700 MJ je m² Wohnfläche beschreiben.

Auf die Brennstoffe entfällt der weitaus größte Teil des Endenergieverbrauchs der Haushalte. Die Endenergieintensität der Haushalte wird deshalb ganz überwiegend durch die Brennstoffeffizienz bestimmt. Die Kurve der temperaturbereinigten Brennstoffintensität zeigt deshalb einen gleichartigen Verlauf wie die Endenergieintensität der Haushalte. Als Trend kann hier Stagnation um einen Wert von etwas weniger als 600 MJ je m² angesetzt werden. Die Wohnfläche in Sachsen steigt stetig (vgl. Tab.1), der Brennstoffverbrauch für die Haushalte ungefähr in gleichem Maße.

Der Stromverbrauch der Haushalte ist deutlich niedriger als der Brennstoffverbrauch. Dadurch erreicht die Stromintensität auch sehr viel niedrigere absolute Werte. 1995 lag sie temperaturbereinigt bei 31,8 kWh je m² Wohnfläche, in den Jahren ab 1996 in einer Größenordnung von rund 35 kWh je m² Wohnfläche. Am aktuellen Rand – seit etwa 2006 – zeigt sich aber eher ein leicht rückläufiger Trend, d. h. die Stromeffizienz verbessert sich (vgl. Tab. 4).

Exkurs

Die Berechnung der Energieeffizienz für den **Industriesektor** (in der Energiebilanz) wird für Sachsen dadurch behindert, dass kein vergleichbarer Wert für die Bruttowertschöpfung dieses Sektors zur Verfügung steht. Der Endenergieverbrauch im Sektor Industrie umfasst lediglich den Kreis der Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen, die im Rahmen der „Erhebung über die Energieverwendung der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden“ auskunftspflichtig sind. Die Bruttowertschöpfung der Bereiche Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden beinhaltet diese Wirtschaftsbereiche insgesamt, also einschließlich der Kleinbetriebe mit weniger als 20 tätigen Personen. Für die Ermittlung der Energieeffizienz für den **GHD-Sektor** ist die Problemlage analog und sogar noch schwieriger, sind hier doch neben der „Kleinindustrie“ die Dienstleistungsbereiche (ohne Verkehr) und die Landwirtschaft subsumiert.

Die Berechnung der Energieeffizienz für den **Verkehrssektor** wird wiederum dadurch verhindert, dass keine vergleichbaren Angaben zur Verkehrsleistung in Sachsen zur Verfügung stehen.

7) Der Kraftstoffverbrauch der Haushalte muss unberücksichtigt bleiben, da er nicht in vergleichbarer Weise erfasst werden kann.

Tab. 4 Endenergieverbrauch der Haushalte¹⁾ je m² Wohnfläche 1995 bis 2010

Jahr	Energieeffizienz		Brennstoffeffizienz		Stromeffizienz	
	real	temperaturbereinigt	real	temperaturbereinigt	real	temperaturbereinigt
	MJ				kWh	
	je m ² Wohnfläche					
1995	685,7	691,1	571,4	576,5	31,8	31,8
1996	724,5	654,1	592,7	525,3	36,6	35,8
1997	705,2	707,6	577,1	579,3	35,6	35,6
1998	678,8	699,5	554,9	574,7	34,4	34,7
1999	655,3	693,4	526,8	563,1	35,7	36,2
2000	632,5	694,2	503,0	561,7	36,0	36,8
2001	669,1	673,9	548,6	553,2	33,5	33,5
2002	673,2	707,7	551,0	584,1	33,9	34,3
2003	696,2	718,1	571,0	592,0	34,8	35,0
2004	696,4	704,2	569,5	576,9	35,3	35,3
2005	667,0	678,2	547,3	558,0	33,3	33,4
2006	715,9	752,5	592,1	627,2	34,4	34,8
2007	615,7	672,3	498,3	552,3	32,6	33,3
2008	695,9	744,7	580,2	627,1	32,1	32,7
2009	689,3	714,4	571,9	596,0	32,6	32,9
2010	741,1	...	624,4	...	32,4	...

1) Endenergieverbrauch der Haushalte ohne Kraftstoffe

Um die bestehenden Datenlücken zu schließen, müssten geeignete Schätzverfahren angewendet bzw. entwickelt werden. Dazu sind entsprechende spezielle Untersuchungen erforderlich, was aber den Rahmen dieses Beitrages sprengen würde.

Bruttostromverbrauch je Einheit des Bruttoinlandsproduktes

Neben der Betrachtung des Primär- und Endenergieverbrauchs und damit aller Energieträger in Summe können auch einzelne Energieträger hinsichtlich ihrer Effizienz im Verbrauch dargestellt bzw. analysiert werden. Der Energieträger, dem in diesem Zusammenhang die größte Bedeutung zukommt, ist der Strom. Als Effizienzindikator wird in der Regel der Bruttostromverbrauch⁸⁾ je Einheit Bruttoinlandsprodukt verwendet.

Der Bruttostromverbrauch je Einheit Bruttoinlandsprodukt geht in Sachsen tendenziell zurück. In den letzten drei Jahren (2008 bis 2010) lag der Indexwert knapp unter 60 (1991 = 100) – (vgl. Tab. 5). Das heißt, innerhalb von 20 Jahren seit 1991 hat sich dieser Indikator um rund 40 Prozent verbessert, oder mit anderen Worten, zur Erzeugung einer bestimmten Menge Bruttoinlandsprodukt wurden 2010 rund 40 Prozent weniger Strom benötigt als im Basisjahr 1991.

In den Jahren bis 1994/1995 sank der Bruttostromverbrauch je Einheit Bruttoinlandsprodukt sehr stark. Das hängt mit den w. o. mehrfach erwähnten Umstrukturierungsprozessen in der sächsischen Industrie zusammen. Bis 1994 lag der Bruttostromverbrauch absolut unter dem des Jahres 1991. Ab 1995 sind die jährlichen Rückgangsraten

des Bruttostromverbrauchs je Einheit Bruttoinlandsprodukt kleiner. Betrachtet man die Zeitreihe (vgl. Tab. 5), so zeigt sich, dass auch hier kurzfristige Veränderungen der Ausgangsgrößen den allgemein rückläufigen Trend in einzelnen Jahren unterbrechen können.

Zusammenfassung

Für Sachsen wurden in Anlehnung an die Verfahrensweise für Deutschland drei Energieeffizienzindikatoren neu berechnet:

- Energieeffizienz – Stromverbrauch (Index des Bruttostromverbrauchs je Einheit BIP [preisbereinigt, verkettet] und je Einwohner),
- Energieproduktivität – Stromverbrauch (BIP [preisbereinigt, verkettet] je Index des Bruttostromverbrauchs),
- Energieeffizienz – Private Haushalte (spezifischer Energieverbrauch der Privaten Haushalte [ohne Kraftstoffe] je 100 m² Wohnfläche).

Diese Zeitreihen werden zukünftig in geeigneter Weise im Internet veröffentlicht. Daneben können problemlos die Pro-Kopf-Werte von Energiemerkmale dargestellt werden.

Die Energieproduktivität eines Landes lässt sich nicht beliebig erhöhen. Deshalb zielt die anfangs erwähnte EU-Richtlinie auch darauf, innerhalb eines festgelegten Zeitraumes eine prozentuale Einsparung zu erbringen. Die Ausgangssituation in den einzelnen Staaten oder Bundesländern ist entsprechend unterschiedlich. Dadurch werden sich auch die

Tab. 5 Bruttostromverbrauch je Einheit des Bruttoinlandsproduktes¹⁾²⁾ 1991 bis 2010

Jahr	Bruttostromverbrauch		
	je BIP ¹⁾	je Einwohner ³⁾	
	1991 = 100	kWh/EW	1991 = 100
1991	100	4 695,8	100
1992	82,3	4 298,7	91,5
1993	75,9	4 494,1	95,7
1994	70,1	4 720,1	100,5
1995	67,4	4 909,1	104,5
1996	67,5	5 086,7	108,3
1997	64,9	4 925,3	104,9
1998	62,0	4 763,8	101,4
1999	59,9	4 736,1	100,9
2000	66,2	5 305,1	113,0
2001	63,9	5 250,7	111,8
2002	61,8	5 244,9	111,7
2003	62,5	5 423,6	115,5
2004	64,0	5 698,2	121,3
2005	65,6	5 879,2	125,2
2006	64,5	6 063,2	129,1
2007	60,1	5 843,6	124,4
2008	58,7	5 756,5	122,6
2009	57,3	5 458,4	116,2
2010	58,5	5 702,2	121,4

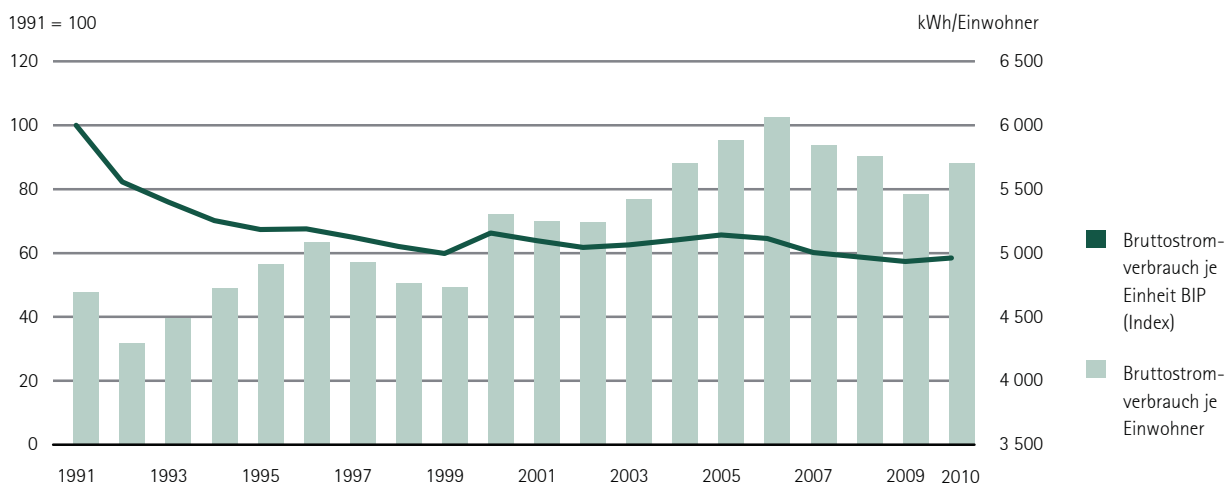
1) Bruttoinlandsprodukt (BIP); Arbeitskreis VGRdL; Berechnungsstand: Jahre 1991 bis 2009 – August 2010; Jahr 2010 – Februar 2011 (WZ 2003)

2) Kettenindex 2000 = 100

3) Einwohner im Durchschnitt des Jahres auf der Basis der 12 Monatswerte

8) Der Begriff Bruttostromverbrauch ist fest definiert, sowohl durch eine Richtlinie der EU [8] als auch durch das Bundesumweltministerium. [9]

Abb. 4 Bruttostromverbrauch je Einheit des Bruttoinlandsproduktes¹⁾ und je Einwohner²⁾ 1991 bis 2010



1) Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet, Arbeitskreis VGRdL; Berechnungsstand: Jahre 1991 bis 2009 – August 2010; Jahr 2010 – Februar 2011 (WZ 2003)

2) Einwohner im Durchschnitt des Jahres auf der Basis der 12 Monatswerte

Wege, wie man eine Energieeinsparung erreichen kann, voneinander unterscheiden.

Cornelia Barchmann, Dipl.-Ing. (FH), Fachverantwortliche Energie- und CO₂-Bilanzierung
Dr. Andreas Oettel, Referent
Gesamtwirtschaftliche Analysen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Richtlinie 2006/32/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen und zur Aufhebung der Richtlinie 93/76/EWG des Rates. Abl. d. EU L 114, S. 64 - 85.
- [2] Energiebericht Sachsen 2009/2010. Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Dresden November 2010.
http://www.smwa.sachsen.de/set/431/SMWA_SO_Energiebericht_09_10_WEB_Endversion.pdf [Aufgerufen am 26.9.2012]
- [3] Ausgewählte Effizienzindikatoren zur Energiebilanz Deutschland. Daten für die Jahre von 1990 bis 2011. AG Energiebilanzen e.V. (Hsg.) <http://www.ag-energiebilanzen.de/viewpage.php?idpage=118> [Aufgerufen am 28.9.2012]
- [4] Energiebilanzen des Freistaates Sachsen 1994ff.
http://www.smwa.sachsen.de/de/Wirtschaft/Energie/Energiebilanzen_des_Freistaates_Sachsen_seit_1994/138275.html [Aufgerufen am 28.9.2012]
- [5] Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland 1990ff. AG Energiebilanzen e.V. (Hsg.) <http://www.ag-energiebilanzen.de/viewpage.php?idpage=6> unter: Daten [Aufgerufen am 28.9.2012]
- [6] Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (AK VGRdL) http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/
- [7] Länderarbeitskreis Energiebilanzen. http://www.lak-energiebilanzen.de/sixcms/detail.php?template=liste_indikatoren [Aufgerufen am 28.9.2012]
- [8] Richtlinie 2001/77/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2001 zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Elektrizitätsbinnenmarkt. Abl. d. EU L 283, S. 33 - 40.
- [9] Erneuerbare Energien in Zahlen, Stand Oktober 2012. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hsg.) http://www.erneuerbare-energien.de/erneuerbare_energien/datenservice/ee_in_zahlen/doc/2720.php [Aufgerufen am 15.10.2012]

Computer- und Internetnutzung privater Haushalte in Sachsen – Ergebnisse der IKT-Erhebung 2011

Vorbemerkungen

Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien bestimmen in zunehmendem Maße unseren Alltag und entwickeln sich immer weiter. Sei es die Nutzung von Computern, Internet oder Mobilfunk, für viele Menschen gehören diese Technologien in der heutigen Zeit mehr und mehr zum Leben. Aktivitäten, wie z. B. das Chatten mit Freunden, die Kommunikation über soziale Netzwerke (Facebook, Twitter etc.), telefonieren über das Internet oder auch der Onlineeinkauf, waren für viele noch vor wenigen Jahren undenkbar. Nachdem im letzten Jahr im Heft „Statistik in Sachsen 3/2011“ erstmalig die Erhebung über die private **Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)** näher vorgestellt wurde, werden im folgenden Beitrag Ergebnisse aus der Erhebung von 2011 präsentiert und zeitliche Vergleiche dargestellt. [vgl. 1]

IKT-Erhebung – kurz und kompakt

Nachfolgend werden die wichtigsten Fakten zur IKT-Erhebung dargestellt. Ausführlichere Informationen zur Erhebung beinhaltet der zuvor erwähnte Artikel.

- Jährlich durchgeführte Quotenstichprobe zur Erhebung von Angaben über die private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten
- Methodisch harmonisierte Befragung in allen 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union
- Nationale Rechtsgrundlage: Informationsgesellschaftsgesetz (InfoGesStatG) vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3685)

- Europäische Rechtsgrundlage: Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft (ABl. EU Nr. L 143 S. 49), in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565)

- Die Auskunftserteilung erfolgt freiwillig nach § 5 InfoGesStatG.

- Räumliche Abdeckung: Deutschland, Bundesländer und Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin), Neue Länder (einschließlich Berlin) sowie auf EU-Ebene die 27 Mitgliedsstaaten

- Erhebungseinheiten: Private Haushalte sowie Personen in privaten Haushalten, die am Stichtag (31. Dezember 2010) 10 Jahre oder älter waren

- Stichprobenumfang: 12 000 Privathaushalte deutschlandweit, proportionale Aufteilung auf die Bundesländer.

- 2011 wurden in Sachsen 1 272 Personen in 664 Privathaushalten befragt. [2, 3]

Erhebungsmethodik

Allgemeines Ziel des Erhebungsdesigns ist die Sicherstellung der europäischen Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Die IKT-Erhebung wird postalisch durchgeführt. Die Werbung der Haushalte, der Versand und Einzug sowie die Prüfung der Erhebungsunterlagen und die anschließende Datenerfassung erfolgt durch die Statistischen Ämter der Länder. Die methodische Konzeption und die Datenaufbereitung obliegt dem Statistischen Bundesamt. Für die Teilnahme an der IKT-Erhebung wird den Privathaushalten eine Aufwandsentschädigung gezahlt.

Bei der IKT-Erhebung kommen **zwei** Erhebungsunterlagen zum Einsatz. Neben dem Haushaltsfragebogen ist ein Personenfragebogen von jeder zum Haushalt gehörenden Person ab 10 Jahren auszufüllen.

Ergebnisdarstellung

Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse aus der IKT-Erhebung 2011 vorgestellt und mit den Ergebnissen aus den Vorjahren verglichen. Alle dargestellten Daten beziehen sich auf das 1. Quartal des jeweiligen Berichtsjahres. Soweit nicht anders angegeben, liegen den Ergebnissen ausschließlich Daten von Haushalten bzw. Personen zugrunde, die über Computer und Internetzugang verfügten und diese innerhalb der letzten drei Monate vor der Befragung nutzten. [vgl. 3]

Ausstattung der sächsischen Privathaushalte mit Computern leicht rückläufig

2011 waren 70,4 Prozent der privaten Haushalte im Freistaat mit einem Computer (stationärer Computer, Laptop, Notebook, Notebook, PDA) ausgestattet. Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil um zwei Prozentpunkte niedriger. Diese Differenz kann am ehesten mit der jährlichen Fluktuation in der verhältnismäßig kleinen Stichprobe der IKT-Erhebung erklärt werden. Vermutlich haben aber auch die sächsischen Privathaushalte einen gewissen Sättigungspunkt bei der Ausstattung mit Computern erreicht, so dass in den nächsten Jahren nur noch geringe Zuwächse zu erwarten sind. [vgl. 4] Im Vergleich zu Sachsen verfügten im Bundesdurchschnitt 80,8 Prozent der privaten Haushalte über einen Computer.

Von den Personen, die den Computer im Berichtszeitraum nutzten, waren 73,7 Prozent jeden Tag oder fast jeden Tag am Computer tätig. Dabei lag die Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen mit 86,4 Prozent fast 13 Pro-

zentpunkte über dem Durchschnitt. Knapp 20 Prozent der Personen nutzten 2011 den Computer mindestens einmal in der Woche.

Internetnutzung am Arbeitsplatz nimmt weiter zu

Bedingt durch den Rückgang bei der Ausstattung mit Computern war auch der Anteil der Privathaushalte mit Internetzugang etwas niedriger als im Vorjahr. 2011 verfügten 68,1 Prozent (2010: 70,0 Prozent) über einen Zugang zum Internet. Drei Viertel der Haushalte ohne Internetzugang gaben an, keinen Bedarf an einem Netzzugang zu haben.

Im Vergleich zum Vorjahr blieb 2011 der Anteil der Personen, die jeden oder fast jeden Tag online waren, mit 69,3 Prozent fast konstant. Gegenüber 2007 stieg jedoch der Anteil um 19,3 Prozentpunkte. Unter den Internetnutzern waren im betrachteten Zeitraum stets mehr Männer als Frauen.

In der Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen surfen 86,0 Prozent (2010: 83,0 Prozent) täglich oder fast täglich im Internet, bei den 45- bis 64-Jährigen waren es noch 64,2 Prozent. Gegenüber 2010 erhöhte sich der Anteil der Personen, die mindestens einmal in der Woche im Internet surfen, um zwei Prozentpunkte auf 23,5 Prozent.

Am häufigsten gingen die Sachsen¹⁾ von zu Hause aus online (92,8 Prozent), gefolgt vom Arbeitsplatz mit 39,3 Prozent. Der Anteil der Personen, die das Internet auch am Arbeitsplatz nutzten, stieg im Vergleich zu 2010 um fast 3 Prozentpunkte. Von der Schule/Berufsschule oder Universität aus surfen 11,5 Prozent durch das Internet.

Anteil der privaten Haushalte im Freistaat mit DSL-Anschluss steigt weiter

91,6 Prozent der sächsischen Privathaushalte mit Internetzugang verfügten 2011 über einen Breitbandanschluss (neben DSL z. B. auch über das Netz für Kabelfernsehen, über Funk, Satellit etc.) mit hohen Datenübertragungsraten zum schnellen Surfen und Arbeiten im Internet. Innerhalb nur eines Jahres war damit ein Anstieg des Anteils der Haushalte mit Breitbandzugang um 7,2 Prozentpunkte festzustellen. Ein Grund für den Anstieg ist der stetig fortschreitende Ausbau der Breitbandnetze auch im ländlichen Raum. Nach wie vor blieb unter den Breitbandanschlüssen DSL (digital subscriber line) die marktbeherrschende Technologie. 2011 verfügten 72,1 Prozent der Haushalte mit Internetzugang über einen DSL-Anschluss. Der Anteil der Haushalte mit DSL-Anschluss stieg im Freistaat gegenüber 2010 (64,2 Prozent) um fast 8 Prozentpunkte. Sachsen lag 2011 weiterhin deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 82,0 Prozent.

Tab. 1 Ausstattung privater Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologien in Sachsen und Deutschland, Berichtszeitraum 1. Quartal 2007 und 2011 (in Prozent)

Merkmal	Sachsen		Deutschland	
	2007	2011	2007	2011
Haushalte mit Computer (stationäre Computer, Laptop, Notebook, Netbook, PDA) ¹⁾	67,1	70,4	72,7	80,8
Haushalte ohne Computer (stationäre Computer, Laptop, Notebook, Netbook, PDA) ¹⁾	32,9	29,6	27,3	19,2
Haushalte mit Internetzugang ¹⁾	59,1	68,1	64,9	77,0
Haushalte ohne Internetzugang ¹⁾	40,9	31,9	35,1	23,0
Breitbandanschluss vorhanden ²⁾	53,4	91,6	69,4	93,2
Arten von Internetzugang²⁾ mit dem Computer von zu Hause aus				
und zwar				
DSL-Anschluss	45,6	72,1	66,2	82,0
Anderer Breitbandanschluss	/	26,5	6,2	21,7
Analoges Modem oder ISDN-Modem/ ISDN-Karte	45,3	/	40,7	4,9

1) Prozentanteil bezogen auf alle Haushalte

2) Prozentanteil bezogen auf Haushalte mit Internetzugang

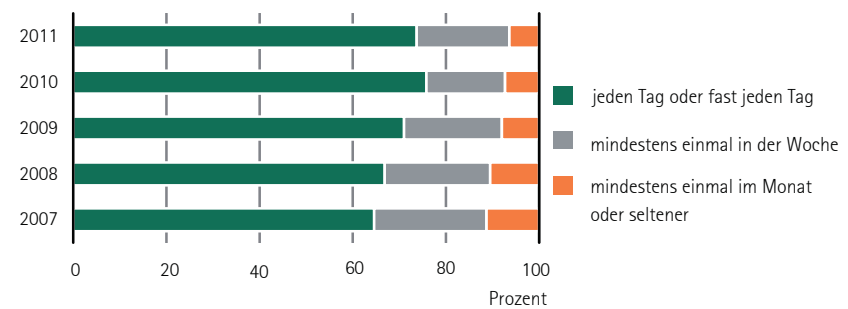
Internetaktivitäten der Sachsen¹⁾

Zu den beliebtesten Internetaktivitäten gehört die Kommunikation mit anderen Nutzern. In den letzten Jahren haben die sogenannten sozialen Netzwerke, wie z. B. Facebook, Twitter oder meinVZ als Kommunikationsplattform stark an Bedeutung gewonnen. Fast die Hälfte (48,4 Prozent) der Internetnutzer im Freistaat waren 2011

in solchen Netzwerken aktiv. In der Altersgruppe von 16 bis 24 Jahren griffen fast 90 Prozent auf diese Angebote zurück. Bei den 25- bis 44-Jährigen kommunizierten noch 55,6 Prozent über soziale Netzwerke. 19,7 Prozent aller Anwender in Sachsen tele-

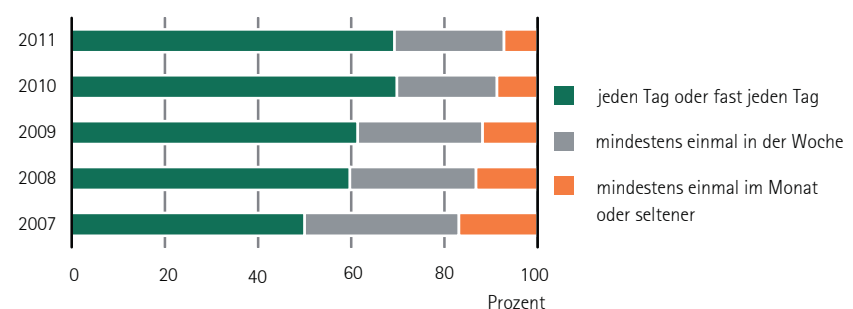
1) bezogen auf sächsische Internetnutzer, die das Internet im Berichtszeitraum genutzt haben

Abb. 1 Durchschnittliche Computernutzung¹⁾ von Personen in Sachsen, Berichtszeitraum 1. Quartal 2007 bis 2011



1) Prozentanteil bezogen auf Personen ab 10 Jahren, die den Computer im Berichtszeitraum genutzt haben

Abb. 2 Durchschnittliche Internetnutzung¹⁾ von Personen in Sachsen, Berichtszeitraum 1. Quartal 2007 bis 2011

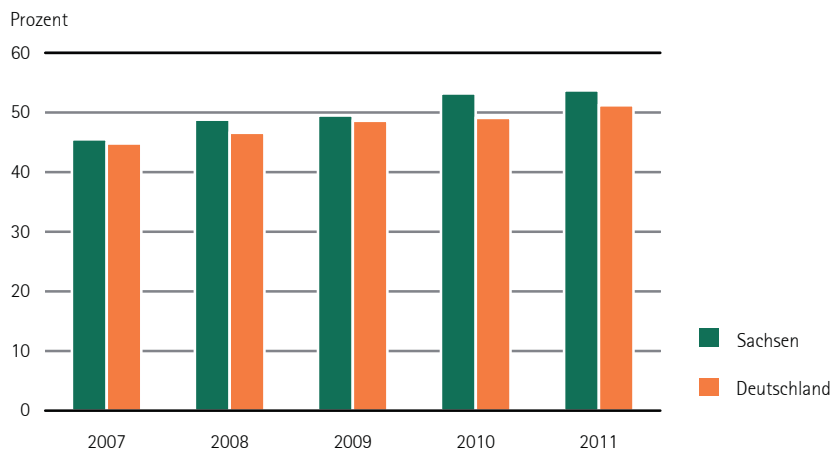


1) Prozentanteil bezogen auf Personen ab 10 Jahren, die das Internet im Berichtszeitraum genutzt haben

Tab. 2 Ausgewählte Merkmale der Computer- bzw. Internetnutzung von Personen in Sachsen 2007 bis 2011 und Deutschland 2011, Berichtszeitraum 1. Quartal des jeweiligen Jahres (in Prozent)

Merkmal	Sachsen					Deutschland
	2007	2008	2009	2010	2011	2011
Durchschnittliche Computernutzung						
jeden Tag oder fast jeden Tag	64,6	66,9	71,0	75,8	73,7	80,3
mindestens einmal in der Woche	24,1	22,7	21,0	16,9	19,9	14,5
mindestens einmal im Monat oder seltener	(11,3)	(10,5)	(8,0)	(7,3)	(6,4)	5,2
Durchschnittliche Internetnutzung						
jeden Tag oder fast jeden Tag	50,0	59,7	61,4	69,8	69,3	75,7
mindestens einmal in der Woche	33,1	27,1	26,8	21,5	23,5	18,0
mindestens einmal im Monat oder seltener	16,9	13,2	(11,8)	(8,7)	(7,2)	6,2
Ort der Nutzung						
zu Hause	85,8	85,7	87,3	91,4	92,8	94,9
am Arbeitsplatz	36,4	33,5	35,4	36,7	39,3	40,7
Ort der Ausbildung/ Schule/ Universität	17,2	10,4	10,1	16,2	11,5	12,1
in der Wohnung einer anderen Person	18,4	22,1	22,2	16,9	19,8	22,0
Internetaktivitäten zu privaten Zwecken						
senden und empfangen von E-Mails	80,8	82,9	82,7	88,3	.	.
telefonieren/ Videotelefonate (mit Webcam)	15,0	20,2	16,6	23,8	19,7	22,4
chatten/einstellen v. Mitteilungen in Online-Netzwerken/besuchen v. Foren/ Nutzung v. Blogs o. Instant Messaging	37,3	34,3	37,8	35,1	.	.
Informationssuche über Waren und Dienstleistungen	84,8	82,8	85,1	84,8	82,3	83,1
Nutzung von Reisedienstleistungen (z. B. Buchung von Fahrkarten für Urlaubsreisen)	55,2	47,1	57,0	51,9	62,0	62,9
Nutzung von Internet-Radio/ Internet-Fernsehen	17,5	25,2	26,5	25,5	.	.
lesen/ herunterladen von Online-Nachrichten, -Zeitungen oder -Zeitschriften	23,8	25,2	27,1	49,3	60,1	61,0
Arbeitssuche oder Versenden von Bewerbungen	30,7	27,7	31,1	24,2	27,3	20,6
Informationen zu Gesundheitsthemen	50,4	47,8	56,4	53,9	60,8	62,7
Internet-Banking/ Online-Banking	45,5	48,8	49,5	53,2	53,7	51,2
Verkauf von Waren und Dienstleistungen	20,1	16,6	14,6	18,1	24,0	33,0
Suche nach Informationen zu Ausbildung, Schulung und Kursangeboten	33,5	29,7	32,3	31,7	34,6	42,9
Nutzung für Lern- oder Bildungszwecke	44,4	43,5	45,1	44,1	.	.
Kontakt mit Behörden/ öffentlichen Einrichtungen über das Internet (E-Government) in den letzten 12 Monaten	57,6	43,5	61,1	59,2	59,4	58,4
Informationssuche auf den Webseiten von Behörden	52,6	41,8	60,4	57,8	59,0	57,0
herunterladen von amtlichen Formularen	34,3	20,2	43,2	40,1	34,5	33,1
versenden ausgefüllter Formulare	21,7	11,2	23,7	25,4	16,8	17,0

Abb. 3 Internet- bzw. Online-Banking von Personen¹⁾ in Sachsen und Deutschland, Berichtszeitraum jeweils 1. Quartal 2007 bis 2011

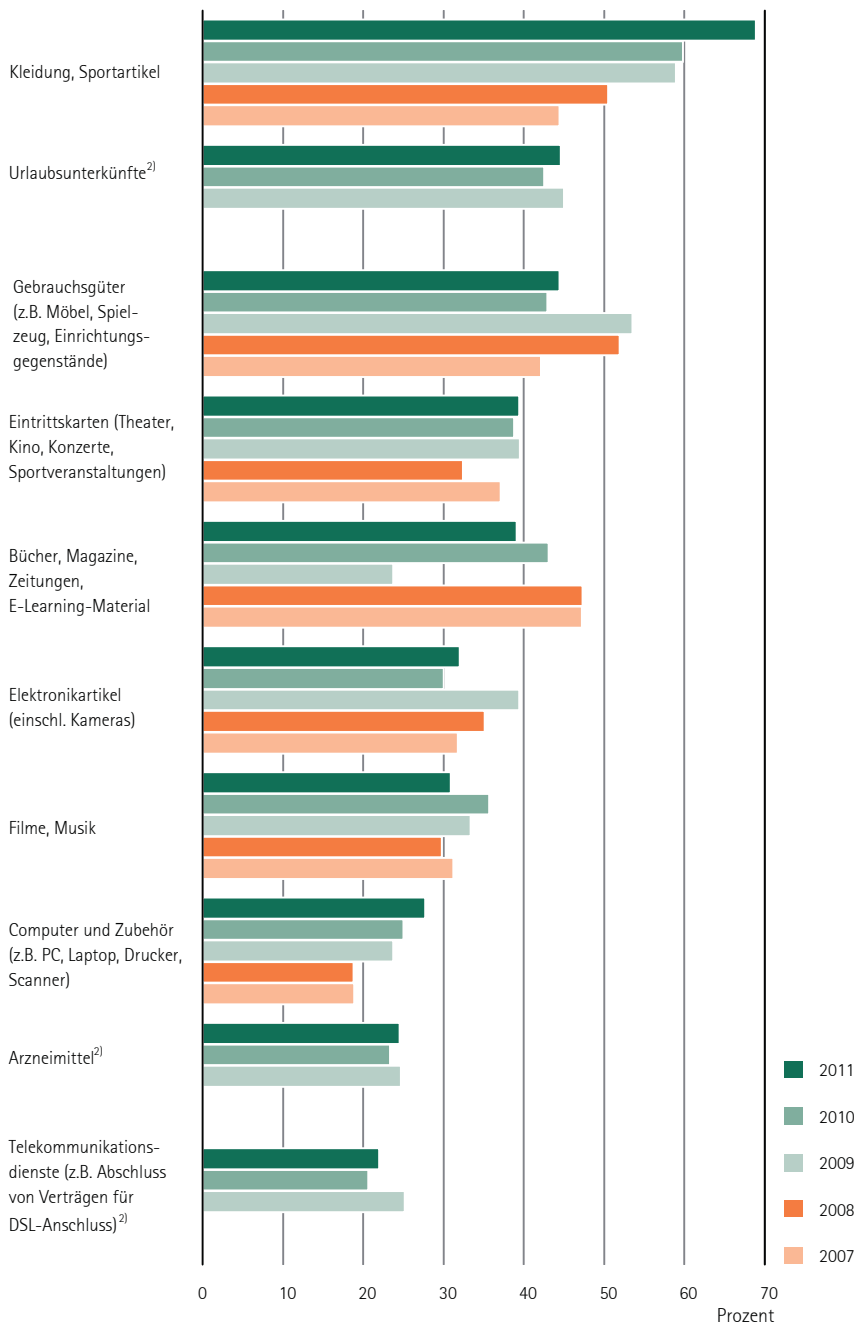


1) Personen ab 10 Jahren, die das Internet im Berichtszeitraum genutzt haben

fionierten (inkl. Videotelefonate mit Webcam) 2011 auch über das Internet.

Die Informationssuche zählt ebenfalls zu den häufigsten Aktivitäten im Netz. 82,3 Prozent der Anwender suchten bzw. informierten sich 2011 über Waren und Dienstleistungen. Zur Aneignung von Wissen nutzten 69,3 Prozent Wikis/ Online-Lexika (z. B. Wikipedia). Diese Plattformen bieten gegenüber den gedruckten Lexika die Möglichkeiten von Verknüpfungen und Suchfunktionen und ermöglichen die Wiedergabe multimedialer Inhalte, wie z. B. Animationen, Tonaufnahmen oder Filme. In der Altersgruppe von 10 bis 15 Jahren betrug der Anteil der Nutzer von Wikis/ Online-Lexika sogar 84,9 Prozent und unter den 45- bis 64-Jährigen noch 61,8 Prozent. Beliebte war mit 62,0 Prozent auch die Nutzung von Reisedienstleistungen, wie z. B. die Buchung von Fahrkarten für Urlaubsreisen oder Routenplanungen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Anteil der Nutzer um 10 Prozentpunkte.

Abb. 4 Einkäufe und Bestellungen über das Internet (E-Commerce) von Personen¹⁾ in Sachsen, Berichtszeitraum jeweils 1. Quartal 2007 bis 2011



1) Personen ab 10 Jahren, die das Internet im Berichtszeitraum genutzt und innerhalb der letzten zwölf Monate Käufe oder Bestellungen über das Internet getätigt haben

2) wird erst seit 2009 (einzeln) erhoben bzw. ausgewertet

60,8 Prozent der sächsischen Internetnutzer suchten 2011 im Netz gezielt nach Informationen zu Gesundheitsthemen. Weiter zugenommen hat auch der Anteil der Anwender, die Online-Nachrichten, -Zeitungen oder -Zeitschriften lesen bzw. herunterladen. Lag der Anteil der „Onlineleser“ 2010 noch bei 49,3 Prozent, betrug er 2011 bereits 60,1 Prozent. Über ein Drittel der Internetnutzer im Freistaat suchten zudem nach Informationen zu einer Ausbildung bzw. nach Schulungen und Kursangeboten.

Leicht zugenommen (+0,5 Prozentpunkte) hat 2011 auch der Anteil der Nutzer von Internet- bzw. Online-Banking (53,7 Prozent), im Vergleich zu 2007 stieg der Anteil sogar um 8,2 Prozentpunkte (vgl. Abb. 3). Tabelle 2 zeigt eine Auswahl von Internetaktivitäten zu privaten Zwecken im zeitlichen Verlauf von 2007 bis 2011. Durch Anpassungen im Frageprogramm können einige Aktivitäten nicht über den gesamten Zeitraum dargestellt werden.

Immer populärer wird auch das sogenannte E-Government, also der virtuelle Kontakt mit Behörden bzw. öffentlichen Einrichtungen über das Internet. 2011 nutzten bereits 59,4 Prozent²⁾ der Internetanwender im Freistaat diesen praktischen Service. Sachsen lag damit knapp über dem Bundesdurchschnitt von 58,4 Prozent. Sechs von zehn Internetnutzern suchten auf den Webseiten von Behörden nach Informationen und über ein Drittel lud amtliche Formulare herunter.

E-Commerce – Einkäufe und Bestellungen über das Internet

Mehr als drei Viertel (78,7 Prozent) der sächsischen Internetnutzer haben bereits einmal Waren oder Dienstleistungen im Netz gekauft bzw. bestellt. „Onlineshopping“ bietet gegenüber dem herkömmlichen Einkauf in Geschäften verschiedene Vorteile. Beispielsweise können Waren und Dienstleistungen oft günstiger und rund um die Uhr geordert werden, zudem entfallen Anfahrtswege für den Käufer.

Abbildung 4 zeigt Einkäufe und Bestellungen ausgewählter Produkte über das Internet im zeitlichen Verlauf von 2007 bis 2011.

Innerhalb des Berichtszeitraumes 2011 kauften bzw. bestellten 59,2 Prozent der Nutzer im Internet. Besonders beliebt waren beim Einkauf weiterhin Kleidung und Sportartikel (68,9 Prozent). Innerhalb eines Jahres stieg der Anteil der Onlinekäufer in dieser Warenkategorie um mehr als 9 Prozentpunkte. Stark nachgefragt wurden auch Buchungen von Urlaubsunterkünften (z. B. Zimmerreservierungen in Hotels). 44,6 Prozent der „Onlineshopper“ nutzten diese Dienstleistungen. 2010 waren es noch über zwei Prozentpunkte weniger. An dritter Stelle folgten 2011 Gebrauchsgüter, wie z. B. Möbel, Spielzeug oder Geschirr. 44,4 Prozent der Anwender kauften bzw. bestellten diese Produkte über das Netz. Der Anteil der Personen, die Eintrittskarten für Theater, Kino, Konzerte oder Sportveranstaltungen online orderten, lag bei 39,4 Prozent. Fast gleichgroß war der Anteil in der Kategorie Bücher, Magazine, Zeitungen sowie E-Learning-Material (39,1 Prozent). Mit Ausnahme von Urlaubsunterkünften wurden Waren der genannten Kategorien von weiblichen Internetnutzern häufiger gekauft bzw. bestellt als von den männlichen Nutzern. Weitere geschlechterspezifische Unterschiede im Onlinekaufverhalten werden in Abbildung 5 sichtbar. [vgl. 5]

2) bezogen auf Personen, die in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung das Internet genutzt haben

Abb. 5 Ausgewählte gekaufte bzw. bestellte Waren über das Internet von Personen¹⁾ in Sachsen nach Geschlecht, Berichtszeitraum 1. Quartal 2011



1) Personen ab 10 Jahren, die das Internet im Berichtszeitraum genutzt und innerhalb der letzten zwölf Monate Käufe oder Bestellungen über das Internet getätigt haben

Zusammenfassung

Die Nutzung von modernen Informations- und Kommunikationstechnologien in den sächsischen Privathaushalten ist in den letzten Jahren zum Standard geworden. Besonders der Anteil der Haushalte mit Breitbandinternetanschlüssen hat sich weiter erhöht. Fast 70 Prozent der Haushalte mit Internetzugang gehen jeden oder fast jeden Tag online. Ein breites Spektrum an Internetaktivitäten gehört für viele Sachsen zum Alltag. Das Internet spielt eine immer wichtigere Rolle in verschiedenen Lebensbereichen. Beispielsweise werden soziale Netzwerke nicht nur zum einfachen Kommunizieren mit Freunden und Bekannten verwendet, sondern auch für berufliche Zwecke und zum Austausch über Themen aus Politik und Gesellschaft. Auch das bequeme Einkaufen im Netz gehört für viele Sachsen inzwischen zur Gewohnheit. Etabliert haben sich in den letzten Jahren ebenfalls das Internet- bzw. Online-Banking sowie das E-Government (Kontakt mit Behörden/ öffentlichen Einrichtungen über das Internet).

Einen Überblick zur Thematik liefert auch ein Faltblatt, welches Ende 2012 erstmalig erschienen ist.

Marcel Goldmann, Dipl.-Geogr., Fachverantwortlicher Analyse Bevölkerung, Haushalte
Bettina Koreng, Dipl.-Wirt.-Ing. (FH), Mitarbeiterin Analyse Bevölkerung, Haushalte

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Goldmann, M; Koreng, B.: Erhebung über private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien – IKT 2010. In: Statistik in Sachsen, Jahrgang 17 – 3/2011, S. 36 – 39.
- [2] Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen – Private Haushalte in der Informationsgesellschaft – Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien 2011, Fachserie 15 Reihe 4, Wiesbaden 2012.
- [3] Statistisches Bundesamt: Qualitätsbericht – Erhebung über die private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien – IKT 2011, Wiesbaden 2012.
- [4] Czajka, S.; Jechová; P.: Der Einsatz von Computer und Internet in privaten Haushalten in Deutschland – Ergebnisse der Erhebung 2011. In: Wirtschaft und Statistik 5/2012, S. 415 – 423.
- [5] Czajka, S.; Mohr, S.: Einkäufe privater Haushalte über das Internet – E-Commerce im Jahr 2009. In: Wirtschaft und Statistik 3/2010, S. 282 – 289.

Erfolgsmodell Berufsakademie Sachsen

Vorbemerkungen

Neben den Universitäten, Kunst- und Fachhochschulen stellt die Berufsakademie Sachsen die dritte Säule in der Ausbildung im tertiären Bildungsbereich dar. Sie bereitet die Studenten in einem dreijährigen praxisintegrierten Studium durch die Vermittlung und Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden auf eine berufliche Tätigkeit vor. Sie erfüllt ihre Aufgaben durch das Zusammenwirken der Staatlichen Studienakademien mit den Praxispartnern. Die Staatlichen Studienakademien sind Anstalten des öffentlichen Rechts. Ihre Standorte sind Bautzen, Breitenbrunn, Dresden, Glauchau, Plauen, Leipzig und Riesa.

Die sächsische Berufsakademie blickte im Jahr 2011 auf 20 Jahre erfolgreiche Entwicklung zurück. Die Studienangebote richten sich vor allem an Abiturienten, die zielgerichtet und schnell eine praxisnahe Ausbildung anstreben. Aber auch wer eine Meisterprüfung erfolgreich abgelegt hat oder Bewerber, die eine Berufsausbildung abgeschlossen und eine Zugangsprüfung bestanden haben, können ein Studium an der Berufsakademie Sachsen aufnehmen.

Das Studium in den drei Bereichen Wirtschaft, Technik und Sozialwesen verknüpft Theorie und Praxis. Die Studierenden werden an den beiden Standorten, Wissenschaftsakademie und Wirtschaftspartner, hervorragend auf eine berufliche Tätigkeit vorbereitet. Vorteilhaft für die Studierenden sind auch die modernen Studienbedingungen, keine Studiengebühren und die finanzielle Unabhängigkeit durch die Ausbildungsvergütung. Fast alle Studienanfänger erreichen ihr Studienziel. Studienabbrecher kennt die Berufsakademie so gut wie nicht. Nach erfolgreichem Abschluss verleiht der Freistaat Sachsen einen international anerkannten Bachelor oder ein Diplom (BA). Der Bachelor-Abschluss der Berufsakademie Sachsen ist dem der Hoch-

Tab. 1 Staatliche Studienakademien der Berufsakademie Sachsen 2011

Staatliche Studienakademie	Studienbereich			
	insgesamt	Sozialwesen	Technik	Wirtschaft
Studenten				
Staatliche Studienakademie Bautzen	607	-	349	258
Staatliche Studienakademie Breitenbrunn	659	414	-	245
Staatliche Studienakademie Dresden	1 011	-	262	749
Staatliche Studienakademie Glauchau	1 246	-	669	577
Staatliche Studienakademie Leipzig	535	-	164	371
Staatliche Studienakademie Plauen	324	-	78	246
Staatliche Studienakademie Riesa	571	-	329	242
Berufsakademie Sachsen	4 953	414	1 851	2 688
Studienanfänger				
Staatliche Studienakademie Bautzen	236	-	141	95
Staatliche Studienakademie Breitenbrunn	213	136	-	77
Staatliche Studienakademie Dresden	347	-	100	247
Staatliche Studienakademie Glauchau	464	-	254	210
Staatliche Studienakademie Leipzig	204	-	71	133
Staatliche Studienakademie Plauen	131	-	43	88
Staatliche Studienakademie Riesa	196	-	123	73
Berufsakademie Sachsen	1 791	136	732	923
Absolventen				
Staatliche Studienakademie Bautzen	202	-	126	76
Staatliche Studienakademie Breitenbrunn	172	88	-	84
Staatliche Studienakademie Dresden	364	-	100	264
Staatliche Studienakademie Glauchau	383	-	220	163
Staatliche Studienakademie Leipzig	160	-	52	108
Staatliche Studienakademie Plauen	79	-	24	55
Staatliche Studienakademie Riesa	230	-	125	105
Berufsakademie Sachsen	1 590	88	647	855

schulen gleichgestellt und berechtigt zu einem anschließenden Masterstudium an einer Hochschule.

Berufsakademien in staatlicher Trägerschaft gibt es noch in Berlin und Thüringen. In Baden-Württemberg wurde die Berufsakademie in eine Duale Hochschule umgewandelt. Staatlich anerkannte Berufsakademien in pri-

vater Trägerschaft auf Basis entsprechender Landesgesetze gibt es in Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Saarland und Schleswig-Holstein.

Der Beitrag wertet die Ergebnisse der zum 31. Oktober 2011 durchgeführten Erhebung in den Staatlichen Studienakademien Sachsens aus. Es werden zentrale Eckdaten der Berufs-

akademie Sachsen dargestellt. Hierzu zählen die Entwicklung der Studienanfänger-, Studierenden- und Absolventenzahlen. Darüber hinaus wird die Entwicklung in den Studienbereichen Wirtschaft, Technik und Sozialwesen, der Stand der Umstellung auf Bachelor sowie das Wanderungsverhalten der Studienanfänger beschrieben. Dabei beginnt der Betrachtungszeitraum mit dem Jahr 2000. Rechtsgrundlage dieser Erhebung ist das Gesetz über die Berufsakademie im Freistaat Sachsen [1] sowie die Verordnung des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Verarbeitung personenbezogener Daten der Studienbewerber und Studenten an der Staatlichen Studienakademie Sachsen [2].

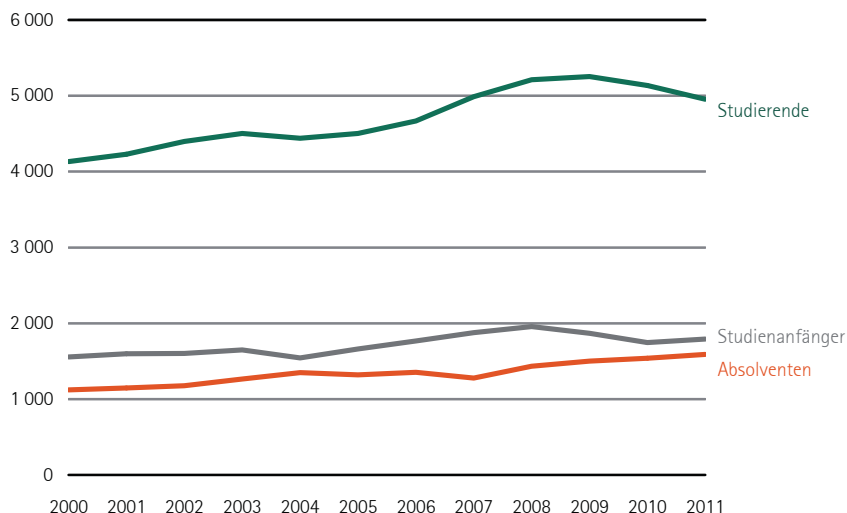
Knapp 5 000 Studenten 2011 an Berufsakademie Sachsen

2011 waren an den Studienakademien der Berufsakademie Sachsen 4 953 Studenten eingeschrieben. Damit sank die Zahl der Studierenden im Vergleich zum Vorjahr um 4 Prozent (182). Gegenüber dem Jahr 2000 war ein Anstieg um ein Fünftel (822) zu verzeichnen. Fast die Hälfte der Studenten (2 257) war 2011 an den beiden großen Studienakademien in Glauchau und Dresden immatrikuliert. Die Studienakademien in Bautzen, Breitenbrunn, Leipzig und Riesa hatten jeweils etwa 600 Studenten. Die kleinste Studienakademie war die in Plauen mit nur 324 Studenten. Bis vor drei Jahren erhöhte sich die Zahl der Studenten kontinuierlich und erreichte 2009 mit 5 253 ihren bisherigen Höchststand. Seitdem ist ein leichter Rückgang der Studentenzahl zu verzeichnen.

Zunehmende Beliebtheit des Studienbereiches Technik

2011 waren die meisten Studenten (2 688) in einem Fach des Studienbereiches Wirtschaft immatrikuliert. Im Bereich Technik studierten 1 851 Studenten und für das Sozialwesen hatten sich 414 Studenten entschieden. Seit 2000 hat sich besonders die Beliebtheit des Studienbereiches Technik erhöht. Hier stieg die Zahl der Studenten um fast die Hälfte (49 Prozent). Der Anteil der Studenten im Studienbereich Technik im Vergleich zur gesamten Studentenschaft erhöhte sich um 7 Prozentpunkte auf 37 Prozent. Im Studienbereich Sozialwesen stieg dieser Anteil im Vergleichszeitraum um einen Prozentpunkt auf 8 Prozent. Der Anteil im Studienbereich Wirtschaft verringerte sich gegenüber 2000 um 9 Prozentpunkte auf 54 Prozent.

Abb. 1 Studienanfänger, Studierende und Absolventen an der Berufsakademie Sachsen in den Studienjahren 2000 bis 2011



Tab. 2 Studienanfänger, Studenten und Absolventen an der Berufsakademie Sachsen 2011 und 2000 nach Studienbereichen und angestrebtem bzw. erreichtem Abschluss

Studienbereich Abschluss	Studienanfänger		Studenten		Absolventen	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
2011						
Sozialwesen	136	7,6	414	8,4	88	5,5
Diplom (BA)	-	-	-	-	1	0,1
Bachelor	136	7,6	414	8,4	87	5,5
Technik	732	40,9	1 851	37,4	647	40,7
Diplom (BA)	426	23,8	1 190	24,0	578	36,4
Bachelor	306	17,1	661	13,3	69	4,3
Wirtschaft	923	51,5	2 688	54,3	855	53,8
Diplom (BA)	112	6,3	493	10,0	544	34,2
Bachelor	811	45,3	2 195	44,3	311	19,6
Insgesamt	1 791	100	4 953	100	1 590	100
2000						
Sozialwesen						
Diplom (BA)	99	6,4	293	7,1	91	8,1
Technik						
Diplom (BA)	488	31,3	1 242	30,1	339	30,2
Wirtschaft						
Diplom (BA)	970	62,3	2 596	62,8	691	61,6
Insgesamt	1 557	100	4 131	100	1 121	100

Vorerst wieder Anstieg der Studienanfängerzahl

2011 begannen 1 791 Studienanfänger ein Studium an der Berufsakademie Sachsen. Damit erhöhte sich die Studienanfängerzahl im Vergleich zum Vorjahr um 3 Prozent (47). Gegenüber dem Jahr 2000 war ein Anstieg um 15 Prozent (234) zu verzeichnen. Die meisten Studienanfänger zählte die Berufsakademie 2008 mit 1 957. Obwohl die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger seit

2008 um 40 Prozent zurückgegangen ist, sind die Studienanfängerzahlen sowohl an den sächsischen Hochschulen als auch an der Berufsakademie nach einem zwischenzeitlichen Rückgang 2011 wieder gestiegen.

Die Hälfte der Studienanfänger entschied sich für den Bereich Wirtschaft

2011 begannen 51 Prozent aller Studienanfänger ein Studium im Bereich Wirtschaft,

41 Prozent entschieden sich für den Bereich Technik und 8 Prozent für das Sozialwesen. In den letzten Jahren hat sich die Verteilung der Studienanfänger auf die verschiedenen Studienbereiche verändert. Im Jahr 2000 schrieben sich noch 62 Prozent im Bereich Wirtschaft ein, für ein technisches Fach entschieden sich nur 31 Prozent der Studienanfänger. Das Interesse für das Sozialwesen war mit einem Anteil von 6 Prozent ähnlich wie heute. Die Geschlechterverteilung der Studienanfänger auf die einzelnen Studienbereiche ist nach wie vor klassisch. Im Bereich Sozialwesen sind die Frauen seit Beginn mit einem Anteil von ca. 80 Prozent in der Überzahl, während der Bereich Technik eine Domäne der Männer ist und die Frauen mit einem Anteil zwischen 14 und 19 Prozent in den letzten Jahren deutlich unterrepräsentiert waren. Im Bereich Wirtschaft war das Geschlechterverhältnis mit einem Frauenanteil zwischen 51 und 62 Prozent annähernd ausgewogen.

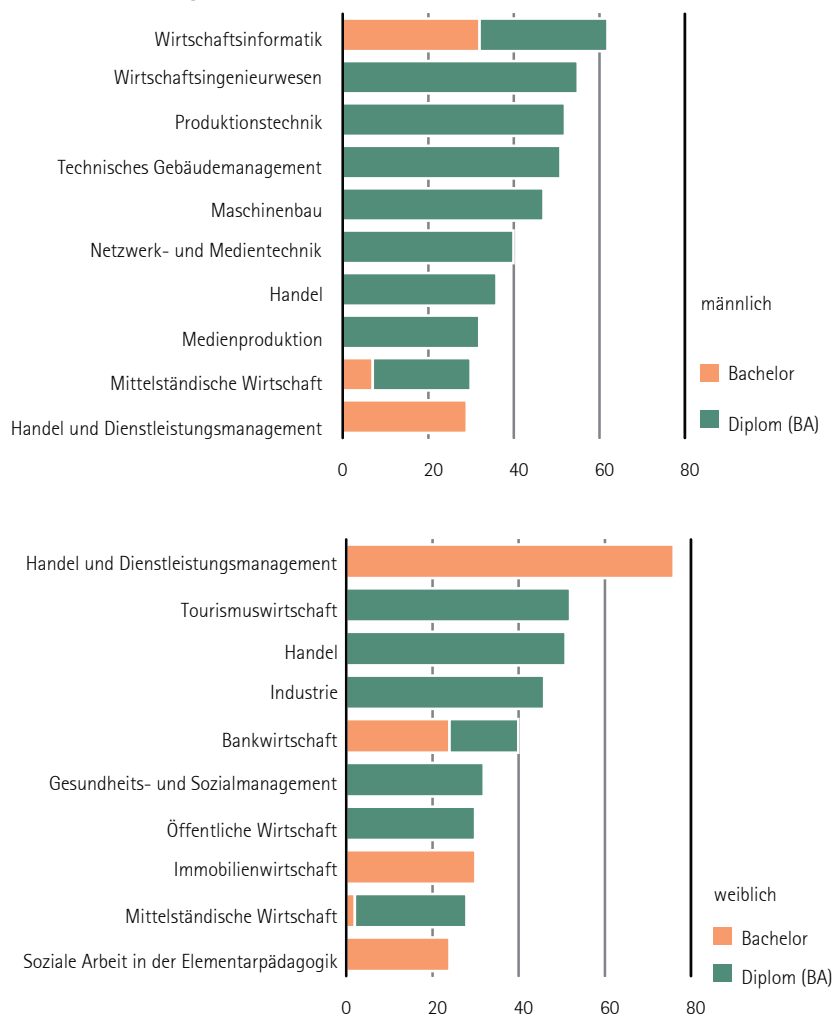
Bachelor-Studiengänge bei den Studienanfängern auf dem Vormarsch

Von der seit 2006 bestehenden Möglichkeit, an der Berufsakademie den Abschluss „Bachelor (BA)“ zu erwerben, wurde zunehmend Gebrauch gemacht. Während 2006 nur 30 Prozent der Studienanfänger diesen Abschluss anstrebten, waren es 2011 bereits 70 Prozent. Die Frauen waren aufgeschlossener für den neuen Abschluss als die Männer. 2011 entschieden sich von den weiblichen Studienanfängern 82 Prozent für den Bachelor, bei den Männern waren es nur 63 Prozent.

Steigende Zahl an Absolventen

2011 haben 1 590 Absolventen die Berufsakademie Sachsen nach erfolgreich abgeschlossener Prüfung verlassen. Das waren 469 Studierende bzw. 42 Prozent mehr als 2000. 855 Studenten und damit 164 mehr als 11 Jahre zuvor bestanden 2011 die Prüfung im Studienbereich Wirtschaft. Das waren 54 Prozent aller bestandenen Prüfungen. Die Zahl der Abschlussprüfungen im Studienbereich Sozialwesen sank im Vergleich zu 2000 um 3, zum Vorjahr nach einer erheblichen Steigerung in den letzten Jahren um 42 auf 88. Im Studienbereich Technik wurden 647 bestandene Prüfungen registriert. Damit hat sich seit 2000 die Zahl der Prüfungen in diesem Studienbereich fast verdoppelt.

Abb. 2 Absolventen an der Berufsakademie Sachsen 2011 in den am stärksten besetzten Studienrichtungen nach Art des Abschlusses



Fast ein Drittel der Absolventen mit Bachelor-Abschluss

2011 wurden neben den Diplomen (BA) (1 123) auch 467 Bachelor vergeben. Das waren 29 Prozent aller bestandenen Prüfungen. Zwei Drittel der Bachelor-Abschlüsse (311) wurden im Studienbereich Wirtschaft registriert. Im Bereich Sozialwesen beendeten 87 Absolventen ihr Studium mit einem Bachelor, im Bereich Technik waren es 69 Absolventen. Damit hat sich gegenüber 2010 die Anzahl der Bachelor-Abschlüsse um 41 Prozent erhöht. 2011 wurden in 47 verschiedenen Studienrichtungen bestandene Prüfungen gemeldet. In 11 Studienrichtungen schlossen die Absolventen mit einem Bachelor ab, in 31 mit einem Diplom (BA) und in 5 waren beide Abschlüsse vertreten. 59 Prozent der weiblichen Absolventen konzentrierten sich auf die zehn beliebtesten Studienrichtungen, bei den Männern waren es 48 Prozent.

Berufsakademie auch attraktiv für Ausländer

2011 begannen 27 Ausländer ein Studium an der Berufsakademie Sachsen. 2000 waren es nur 6. Nach dem Höchststand im Jahr 2008 mit 42 ist seitdem die Zahl der ausländischen Studienanfänger rückläufig.

2011 waren an der Berufsakademie Sachsen 54 (1,1 Prozent) ausländische Studenten immatrikuliert. Das waren 5-mal so viele wie im Jahr 2000.

2011 beendeten 37 ausländische Absolventen ihr Studium an der Berufsakademie Sachsen. Von ihnen erhielten 35 ein Diplom (BA) und 2 einen Bachelor. 92 Prozent der Absolventen waren Männer. Ebenfalls 92 Prozent erhielten ihren Abschluss im Bereich Technik. Im Jahr 2000 beendete lediglich eine ausländische Absolventin ihr Studium.

70 Prozent der Studienanfänger mit sächsischer HZB

2011 begannen 1 250 Studienanfänger, die in Sachsen ihre Hochschulzugangsberechtigung (HZB) erworben hatten, ein Studium an der Berufsakademie Sachsen. Das waren 70 Prozent aller Studienanfänger. Aus anderen Bundesländern kamen 513 Studienanfänger (29 Prozent) nach Sachsen. 28 Studienanfänger hatten ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben. Der Anteil der „Nichtsachsen“ unter den Studienanfängern an der Berufsakademie Sachsen ist im Vergleich zum Vorjahr um 2 Prozentpunkte und zu 2000 sogar um 6 Prozentpunkte gestiegen. Die meisten Zuwanderer kamen 2011 aus den benachbarten Bundesländern Sachsen-Anhalt und Thüringen mit jeweils 121 Studienanfängern gefolgt von Brandenburg mit 90 Studienanfängern.

Frauen zeigen eine geringere Mobilität als Männer

2011 kamen mehr Männer (65 Prozent) als Frauen aus anderen Bundesländern und dem Ausland zum Studium an die Berufsakademie nach Sachsen. Der Anteil der „Nichtsachsen“, die 2011 ein Studium an der Berufsakademie Sachsen begonnen haben, betrug bei den Frauen 28 Prozent und bei den Männern 32 Prozent. Seit dem Jahr 2000 hat sich der Anteil der zugewanderten Studienanfänger bei beiden Geschlechtern um 5 Prozentpunkte erhöht.

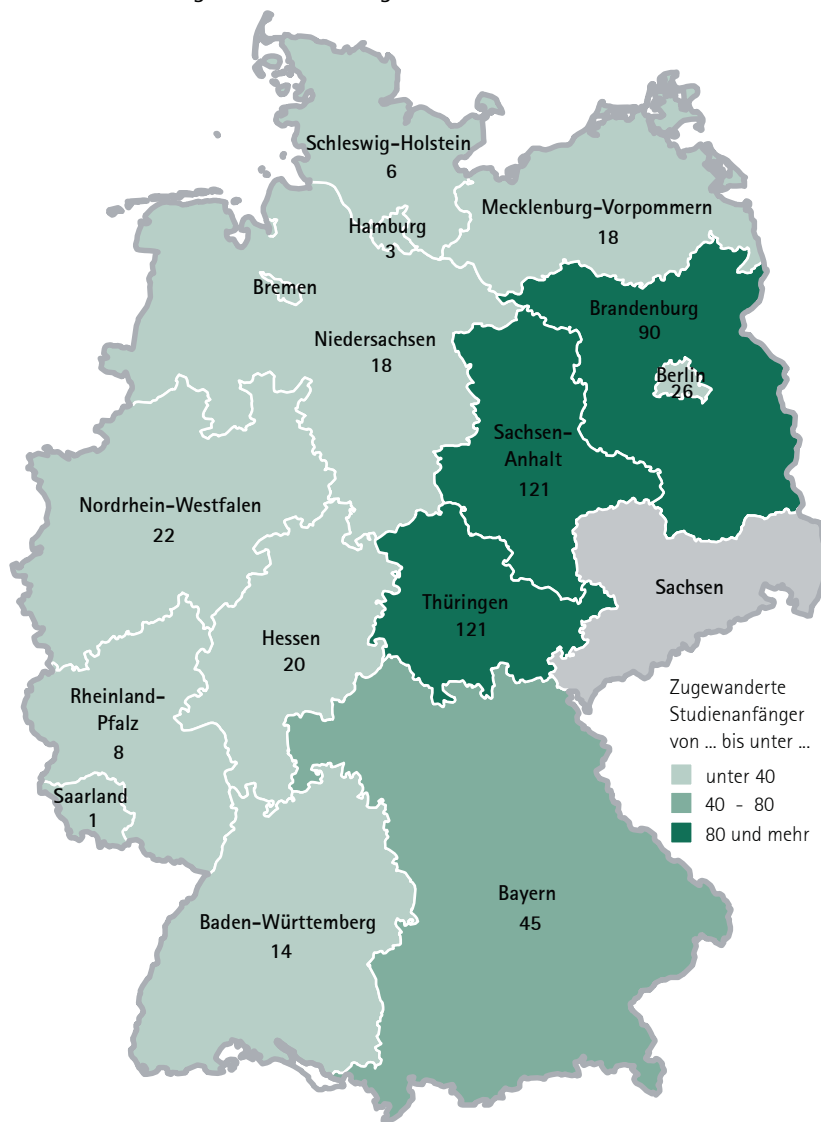
Sachsen attraktiv für Technik-Studenten

Bemerkenswert sind die unterschiedlichen Interessen der zugewanderten Studienanfänger. Im Bereich Technik war der Anteil der „Nichtsachsen“ mit 35 Prozent am höchsten. Im Bereich Wirtschaft kamen 29 Prozent der Studienanfänger aus anderen Bundesländern oder dem Ausland und im Bereich Sozialwesen waren es nur 15 Prozent. Im Laufe der letzten 11 Jahre hat sich die Attraktivität der Berufsakademie Sachsen für junge Leute aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland deutlich erhöht. Im Jahr 2000 hatten 89 Prozent der Studienanfänger im Bereich Sozialwesen ihre Hochschulzugangsberechtigung in Sachsen erworben. In den Bereichen Technik und Wirtschaft kam jeweils ein Viertel der Studienanfänger aus anderen Bundesländern.

Frauenanteil rückläufig

Das Interesse von jungen Frauen an einem Studium an der Berufsakademie Sachsen hat in den letzten Jahren nachgelassen. 38 Prozent der Studienanfänger an der Berufsakademie Sachsen waren im Jahr 2011 weiblich.

Abb. 3 Zuwanderung der Studienanfänger an die Berufsakademie Sachsen 2011



© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen
Kartengrundlage: © GeoBasis-DE / BKG [2012]

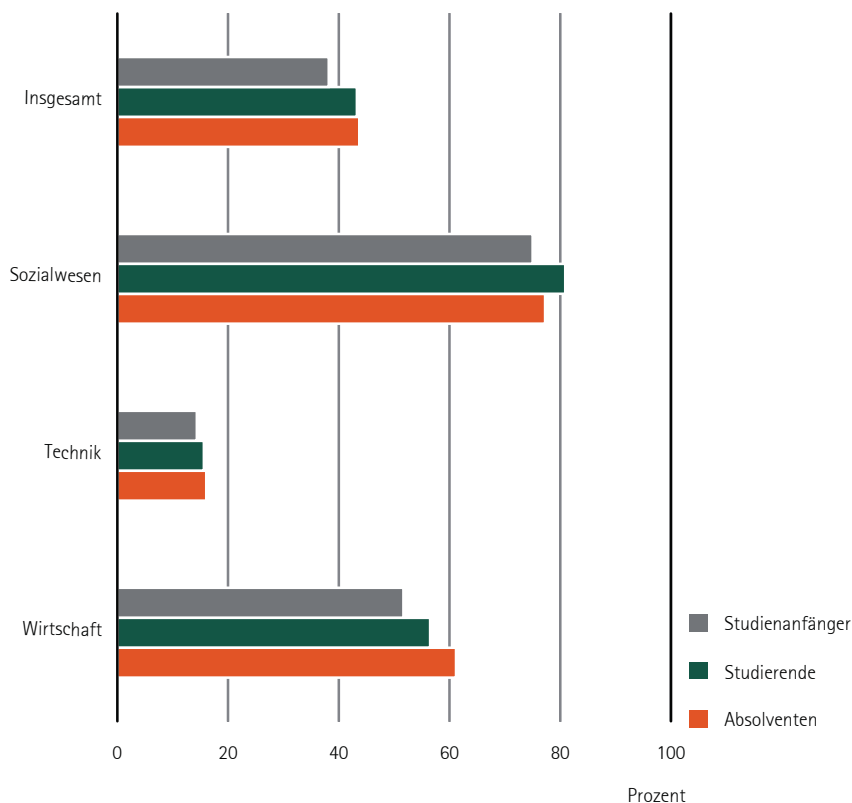
Das waren 5 Prozentpunkte weniger als ein Jahr zuvor und sogar 12 Prozentpunkte weniger gegenüber dem Jahr 2000 (50 Prozent). Der Frauenanteil bei der Studentenschaft betrug 43 Prozent und damit einen Prozentpunkt weniger als 2010 und 7 Prozentpunkte weniger als 2000. Die absolute Zahl der weiblichen Studenten ist annähernd gleich geblieben, aber die Anzahl der männlichen Studenten hat sich seit 2000 um mehr als ein Drittel erhöht. Der gleiche Trend zeigt sich bei den Absolventen. 44 Prozent (695) der Absolventen 2011 an der Berufsakademie Sachsen waren Frauen. Gegenüber dem Jahr 2000 stieg die absolute Zahl der weiblichen Absolventen um ein Viertel und die der männlichen Absolventen um 58 Prozent.

Geringer Frauenanteil im technischen Bereich

Bei der Wahl der Studienrichtung zeigen sich

an der Berufsakademie nach wie vor deutliche geschlechterspezifische Vorlieben. Spitzenreiter bei der Studienrichtungswahl war 2011 bei den männlichen Studenten wie auch schon in den vergangenen Jahren mit deutlichem Abstand das Fach Wirtschaftsinformatik. Die Frauen entschieden sich am häufigsten für das Fach Tourismuswirtschaft. Während die Frauen mit einem Anteil von 81 Prozent im Bereich Sozialwesen bei den Studenten stark vertreten waren, waren sie im Bereich Technik mit 16 Prozent nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Im Studienbereich Wirtschaft hatten die Frauen seit 2000 mit einem Anteil zwischen 57 und 62 Prozent die knappe Mehrheit. Das gleiche Geschlechterverhältnis zeigt sich bei den Absolventen. Auch hier dominierten die Frauen im Sozialwesen mit einem Anteil von 77 Prozent 2011 und waren in den technischen Fächern mit 16 Prozent nur gering vertreten.

Abb. 4 Frauenanteil der Studienanfänger, Studenten und Absolventen an der Berufsakademie Sachsen 2011 nach Studienbereichen



Fazit

An den sieben Staatlichen Studienakademien der Berufsakademie Sachsen waren 2011 knapp 5 000 Studenten eingeschrieben, darunter rund 1 800 Studienanfänger. Damit stieg im Vergleich zu 2000 die Zahl der Studenten um 20 Prozent und die der Studienanfänger um 15 Prozent.

2011 hatten sich zwei Drittel der Studenten in den 41 Studienrichtungen mit angestrebtem Bachelor-Abschluss eingeschrieben. Der Studienbereich Sozialwesen wurde komplett auf Bachelor umgestellt. Im größten Studienbereich Wirtschaft strebten 82 Prozent einen Bachelor-Abschluss an. Dagegen studierten im Bereich Technik mit 36 Prozent verhältnismäßig wenige mit dem Ziel Bachelor (BA). 43 Prozent aller Studierenden waren Frauen. Bemerkenswert ist, dass im Bereich Technik mit 35 Prozent der höchste Anteil zugewanderter Studienanfänger, also die nicht ihre Hochschulzugangsberechtigung in Sachsen erworben haben, registriert wurde. Rund 1 600

Absolventen beendeten 2011 erfolgreich ihr Studium, davon 71 Prozent mit dem Diplom (BA) und 29 Prozent mit Bachelor (BA). Die Zahl der Absolventen stieg im Vergleich zu 2000 um 42 Prozent auf rund 1 600.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Berufsakademie Sachsen in den vergangenen Jahren eine steigende Anzahl junger sofort einsatzfähiger Fach- und Führungskräfte ohne größere Anlaufzeit der Wirtschaft zur Verfügung stellte. Sie ist damit ein bundesweites Vorzeigemodell. Angesichts des demografischen Wandels und dem gesteigerten Fachkräftebedarf ist dies eine wesentliche Stärke der Berufsakademie.

Alrun Klinger,
Sachbearbeiterin, Referentenbereich Analyse
Bildung, Kultur, Rechtspflege

Felicitas Klemm, Dipl.-Ing.,
Referentin Analyse Bildung, Kultur, Rechts-
pflege

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Gesetz über die Berufsakademie im Freistaat Sachsen (Sächsisches Berufsakademiegesetz - SächsBAG) vom 11. Juni 1999, zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des SächsBAG vom 18. August 2008 (Sächs. GVBl. S. 536)
- [2] Verordnung des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Verarbeitung personenbezogener Daten der Studienbewerber und Studenten an der Staatlichen Studienakademie Sachsen (Sächsische Studentendatenverordnung Berufsakademie - SächsStudDat-BAVO) vom 19. Juli 2000 (Sächs. GVBl., S. 390)
- [3] Prittmann, S., Die Berufsakademie Sachsen 1998 bis 2008 - Erhebung in den Staatlichen Studienakademien. In: Statistik in Sachsen, 3/2009, S. 40-45
- [4] Fiedler, R., Studium an der Berufsakademie in Sachsen. In: Statistik in Sachsen, 1/2005, S. 49-51
- [5] Studierende an der Berufsakademie des Freistaates Sachsen 2011. Statistischer Bericht, B III 12 - j/11, Kamenz, Januar 2012
- [6] Vgl. unter: <http://www.studieren.sachsen.de/54.html>

Lebenssituation Jugendlicher in den Raumkategorien Sachsens

Einleitung

Der Begriff „Demographischer Wandel“ wird häufig als ein Synonym für die Zusammenfassung mehrerer, parallel verlaufender Trends der Bevölkerungsentwicklung gebraucht. Neben „Alterung“ und „Schrumpfung“ der Bevölkerung zählt dazu auch die regionale Differenzierung. Die demographische Entwicklung verläuft nicht in allen Regionen Sachsens gleich. Stattdessen zeigen sich neben Regionen mit besonders starkem Bevölkerungsrückgang auch solche, die gegenüber 1990 sogar Bevölkerungsgewinne verzeichnen können. In diesem Beitrag soll insbesondere die Gruppe der Jugendlichen (hier: 14- bis unter 27-Jährige) betrachtet werden, da in diesem Alter häufig zumindest Vorentscheidungen für die weitere Lebensplanung getroffen werden. Die regionale Gliederung erfolgt entsprechend der drei Raumkategorien des derzeit noch gültigen Landesentwicklungsplanes (LEP) 2003. [1] Datengrundlage sind vorrangig die Ergebnisse der Bevölkerungsstatistiken und des Mikrozensus.

Raumkategorien des LEP 2003

Der LEP 2003 beinhaltet mehrere regionale Gliederungsstrukturen für den Freistaat Sachsen, die in Abhängigkeit von unterschiedlichen Problemstellungen der Regionalentwicklung zur Anwendung kommen. Dazu zählt z. B. das sogenannte Zentrale-Orte-Konzept (in ausgewählten Gemeinden werden die jeweiligen Aufgaben von Ober-, Mittel- und Grundzentren konzentriert) (vgl. [1], 2.3 /S. 14ff.).

Im Unterschied dazu werden bei der Zuordnung der Gemeinden zu Raumkategorien jeweils mehrere benachbarte Gemeinden aufgrund bestimmter Verdichtungsmerkmale zusammengefasst. Im Ergebnis entsteht eine Gliederung in „Räume, die eine weitgehend

einheitliche Struktur aufweisen und deshalb hinsichtlich ihrer angestrebten Entwicklung einheitlich zu behandeln sind“ [1, S. 30].

Unterschieden werden drei Raumkategorien:

- Verdichtungsraum (VR)
- verdichteter Bereich im ländlichen Raum (VBLR)
- ländlicher Raum (LR)

Innerhalb Sachsens werden drei Verdichtungsräume und fünf verdichtete Bereiche im ländlichen Raum ausgewiesen, alle übrigen Gemeinden gehören zum ländlichen Raum (vgl. Abb. 1). Im Folgenden werden diese VR

und VBLR jeweils zusammengefasst dargestellt, um ausschließlich die Differenzierung zwischen den drei Raumkategorien zu betrachten. Bei einigen Themen, für die Daten des Mikrozensus ausgewertet wurden, muss aufgrund der eingeschränkten Aussagekraft geringer Besetzungswerte in der 1-Prozent-Stichprobe auf eine gesonderte Darstellung der verdichteten Bereiche im ländlichen Raum verzichtet werden, diese werden dann mit dem ländlichen Raum zusammengefasst.

Jugendliche leben häufiger in den Verdichtungsräumen

Am Jahresende 2011 hatten 503 007 Jugendliche im Alter von 14 bis unter 27 Jahren

Abb. 1 Raumordnungskategorien nach Landesentwicklungsplan (LEP) 2003
Gebietsstand: 1. Oktober 2012

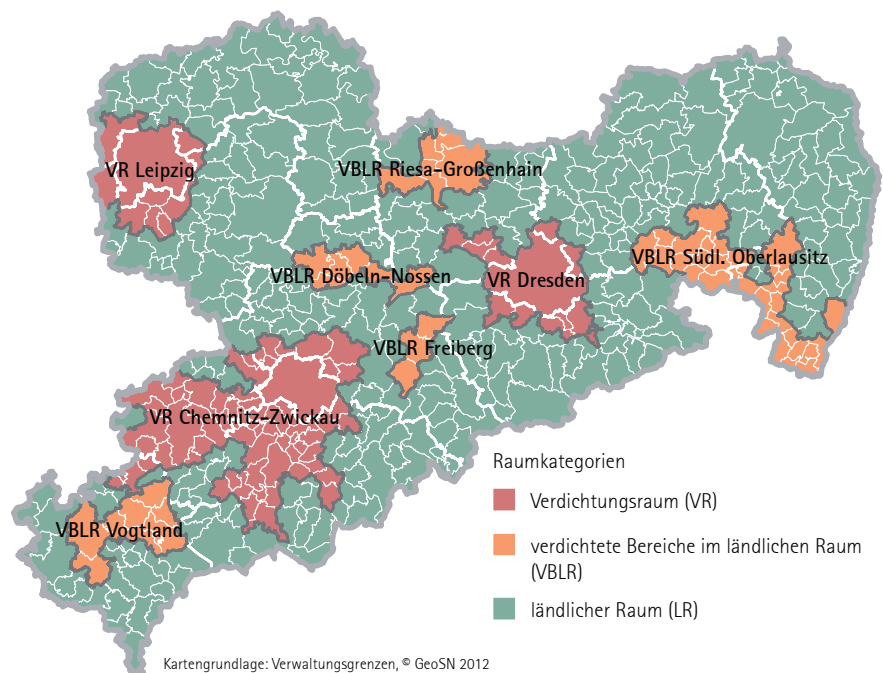
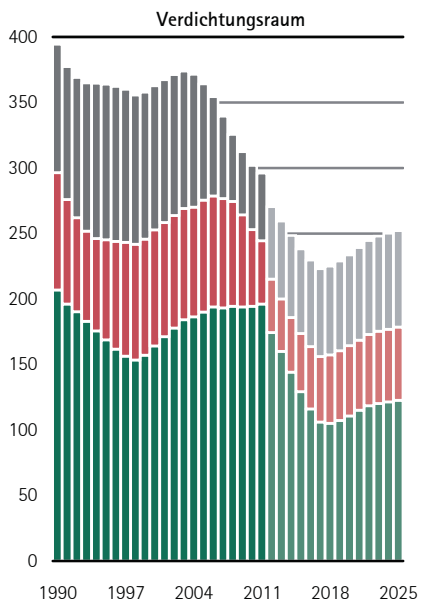
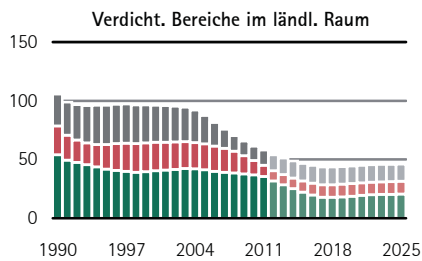
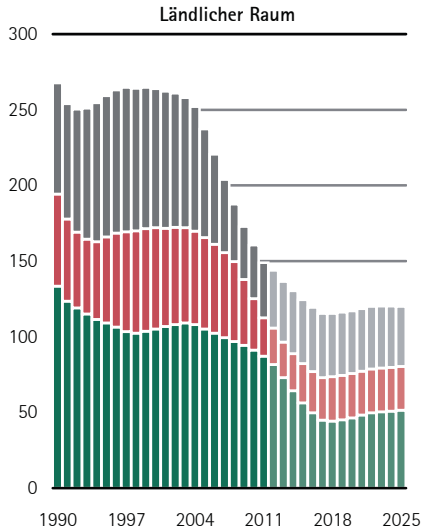


Abb. 2 Jugendliche am 31. Dezember 1990 bis 2025 nach Raumkategorien in Tausend



Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Registerdaten vom 3. Oktober 1990
 ■ 14 - 18 ■ 18 - 21 ■ 21 - 27
 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose, Variante 1
 ■ 14 - 18 ■ 18 - 21 ■ 21 - 27

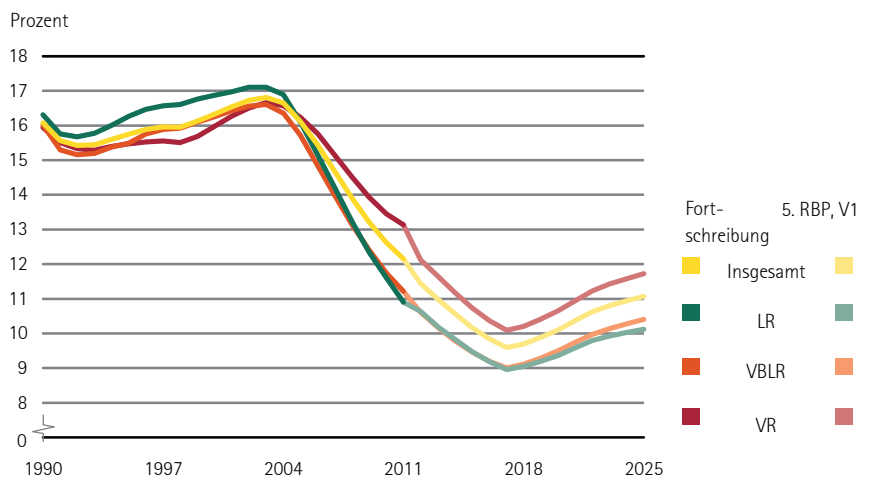
ihren Hauptwohnsitz in Sachsen, das waren 264 841 Jugendliche bzw. 34 Prozent weniger als 1990.¹⁾ Bis zum Jahr 2025 wird die Zahl der Jugendlichen voraussichtlich noch einmal um 84 900 bzw. 17 Prozent gegenüber 2011 sinken.²⁾

Tab. 1 Jugendliche am 31. Dezember 1990 bis 2025 nach Raumkategorien

Jahr	Insgesamt	LR	VBLR	VR	LR	VBLR	VR
	1 000			%			
1990	767,8	267,6	105,8	394,5	34,9	13,8	51,4
1995	719,3	259,3	96,0	364,0	36,0	13,3	50,6
2000	722,8	263,9	96,2	362,7	36,5	13,3	50,2
2005	688,9	237,3	87,5	364,2	34,4	12,7	52,9
2010	523,7	160,5	61,4	301,8	30,6	11,7	57,6
2011	503,0	149,0	58,0	296,0	29,6	11,5	58,8
2015	409,3	124,4	46,7	238,3	30,4	11,4	58,2
2020	395,0	117,0	44,4	233,6	29,6	11,2	59,1
2025	418,1	120,0	45,9	252,2	28,7	11,0	60,3

Quelle: 1990 bis 2011 - Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Registerdaten vom 3. Oktober 1990
 2012 bis 2025 - 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose des Freistaates Sachsen bis 2025, Variante 1

Abb. 3 Jugendanteil 1990 bis 2025 nach Raumkategorien



Quelle: 1990 bis 2011 - Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Registerdaten vom 3. Oktober 1990
 2012 bis 2025 - 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose des Freistaates Sachsen bis 2025, Variante 1

Sowohl die Entwicklung seit 1990 als auch die Prognose bis 2025 zeigen für alle drei Raumkategorien einen ähnlichen Verlauf, der vor allem von der Geburtenentwicklung in Sachsen insgesamt geprägt ist. Der starke Rückgang der Geburtenzahlen zu Beginn der 1990er Jahre erreichte ab 2005 zunächst die Altersgruppe der 14- bis unter 18-Jährigen, ab 2009 die 18- bis unter 21-Jährigen und wird in den kommenden Jahren auch ein deutliches Absinken bei der Zahl der 21- bis unter 27-Jährigen zur Folge haben. Der nachfolgend wieder festgestellte Anstieg der Geburtenzahlen wird wiederum in allen Regionen auch zu einem Anstieg der Zahl der Jugendlichen führen. Allerdings wird vor allem nach 2020 die Entwicklung regional zunehmend unterschiedlich verlaufen (vgl. Abb. 2, Tab. 1).

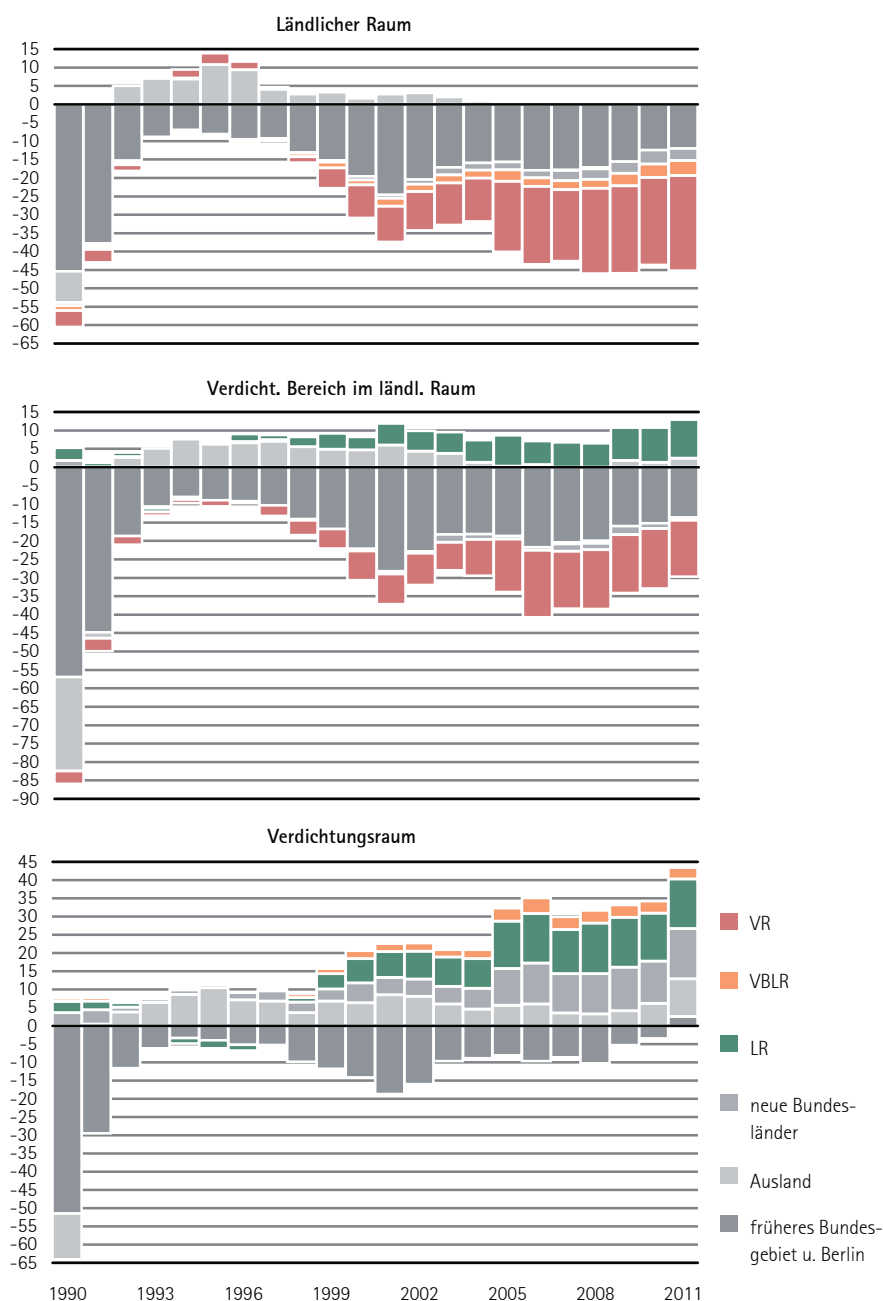
Während 1990 noch 51 Prozent der Jugendlichen in einem der drei Verdichtungsräume lebten, waren es 2011 bereits 59 Prozent. Im ländlichen Raum ging der Anteil hingegen von damals 35 Prozent auf 30 Prozent zu-

rück. Diese Veränderungen resultieren insbesondere aus dem Wanderungsverhalten. Die Orientierung hin zum VR ist vor allem bei Volljährigen erkennbar. Für unter 18-Jährige, deren Wohnortwahl weitgehend durch die Eltern bestimmt wird, zeigt sich nur ein geringer Anstieg der Bevölkerung im VR gegenüber LR und VBLR. Wenn junge Erwachsene, oft in Verbindung mit Ausbildung oder Arbeitsstelle, das Elternhaus verlassen, wählen sie häufig einen Wohnsitz im Verdichtungsraum.

Ein Resultat dieser Entwicklungen ist auch die regionale Differenzierung in Bezug auf den Anteil Jugendlicher an der Gesamtbevölkerung (vgl. Abb. 3). Im Jahr 1990 betrug dieser in allen drei Raumkategorien einheitlich 16 Prozent und stieg flächendeckend noch etwas an bis auf 17 Prozent im Jahr 2003. Zwar mussten seitdem alle Raumkategorien einen Rückgang des Jugendanteils verzeichnen.

1) Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Registerdaten vom 3. Oktober 1990
 2) 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose, Variante 1

Abb. 4 Wanderungsgewinne bzw. -verluste (-) Jugendlicher 1990 bis 2011 nach Raumkategorien (je 1 000 Einwohner)



nen, allerdings waren davon die Verdichtungsräume (13 Prozent im Jahr 2011) weniger stark betroffen als LR und VBLR (jeweils 11 Prozent).

Abwanderung aus dem ländlichen Raum

Die Wanderungsbilanz der Jugendlichen nach 1990 zeigt mehrere Entwicklungen auf, die ähnlich auch in der Gesamtbevölkerung Sachsens zu beobachten sind (vgl. Abb. 4). So haben bis 2010 alle drei Raumkategorien durchgängig gegenüber dem früheren Bundesgebiet (einschl. Berlin) Wanderungsverluste zu verzeichnen. Diese Abwanderung von Jugendlichen ist zwar rückläufig, konnte bislang jedoch nur im VR gestoppt werden.

In Relation zur Bevölkerungszahl der einzelnen Räume waren die Wanderungsverluste der Verdichtungsräume insbesondere in den letzten Jahren deutlich geringer als in den VBLR oder im LR. Im Jahr 2011 konnte hier sogar erstmals ein leichter Wanderungsgewinn (744 Jugendliche bzw. 2,6 je 1 000 Einwohner) verzeichnet werden. Zumindest ein Teil der Zuzüge resultierte daraus, dass auch sächsische Hochschulen aufgrund des Wegfalls der Wehrpflicht und gleichzeitig doppelter Abiturjahrgänge in anderen Bundesländern trotz Geburtenknick weiterhin hohe Studienanfängerzahlen verzeichnen konnten. Es bleibt abzuwarten, ob sich unabhängig von diesen „Einmaleffekten“ der Trend der letzten Jahre fortsetzen kann und zumindest

für die Verdichtungsräume weitere Wanderungsgewinne möglich sind.

Bevölkerungsgewinne durch Zuwanderung aus anderen neuen Bundesländern sind langfristig ebenfalls nur für die VR zu verzeichnen. Für den VBLR gab es nur in den 1990er Jahren zeitweise eine positive Wanderungsbilanz mit diesen Ländern, während der LR auch durch diese Wanderungsbewegungen seit 1990 in jedem Jahr Bevölkerungsverluste hinnehmen musste.

Der ländliche Raum konnte nur kurzzeitig in den 1990er Jahren Wanderungsgewinne aus VR und VBLR verzeichnen. Seitdem ist jedoch eine Umkehr der Binnenwanderungsströme hin zu den Verdichtungsräumen festzustellen, zudem verlor der ländliche Raum außer in den Jahren 1993 und 1994 alljährlich Jugendliche durch Abwanderung in die VBLR. Im Jahr 2011 überstieg die Zahl der Fortzüge aus dem LR in die VR die vergleichbare Zahl der Zuzüge um 3 945 Jugendliche. Dieser Wanderungsverlust war damit mehr als doppelt so hoch wie der gegenüber dem früheren Bundesgebiet (-1 825). Weitere 616 Jugendliche verlor der LR durch Abwanderung in die verdichteten Bereiche des ländlichen Raums. Trotz des Wanderungsgewinnes des VBLR gegenüber dem LR ergab sich hier durch die höheren Wanderungsverluste in die VR (-897) dennoch ein Binnenwanderungsverlust (-281).

Gegenüber dem Ausland konnten – mit Ausnahme des Jahres 1990 – alle Raumkategorien fast durchgängig Wanderungsgewinne verzeichnen. Nur in einzelnen Jahren gab es im LR und VBLR mehr Fort- als Zuzüge. Allerdings fielen die Wanderungsgewinne der Verdichtungsräume (2011: 3 000 Personen bzw. 10,4 je 1 000 der Bevölkerung) zumeist deutlich höher aus als die des VBLR (139 bzw. 2,4 je 1 000) oder des LR (39 bzw. 0,3 je 1 000).

Hohe Wanderungsverluste bei jungen Frauen

Diese Wanderungsbewegungen waren sowohl bei männlichen als auch bei weiblichen Jugendlichen zu beobachten, nur vereinzelt gab es hierbei Unterschiede im Saldo (positiv bzw. negativ) zwischen den Geschlechtern (vgl. Tab. 2). Dies betraf vor allem die Mitte der 1990er Jahre. In diesem Zeitraum (LR: 1993 bis 1997; VBLR: 1994 bis 1997; VR: 1992 bis 1997) ergaben sich in der Summe für die betreffenden Raumkategorie jeweils Wanderungsgewinne an männlichen, jedoch -verluste an weiblichen Jugendlichen. Zum einen waren in diesem Zeitraum die Wanderungsverluste der jungen Frauen gegenüber dem früheren Bundesgebiet wesentlich höher als

Tab. 2 Wanderungsgewinne bzw. -verluste Jugendlicher 1990 bis 2011 nach Raumkategorien und Geschlecht

Jahr	LR		VBLR		VR	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1990	-9 674	-6 796	-5 060	-3 652	-12 999	-9 636
1991	-5 295	-5 877	-2 402	-2 551	-2 913	-5 391
1992	-368	-2 971	-319	-1 349	617	-2 330
1993	807	-1 202	-31	-748	1 396	-839
1994	1 174	-633	202	-400	2 002	-119
1995	2 134	-740	149	-546	2 053	-35
1996	1 436	-1 133	242	-323	1 080	-196
1997	107	-1 518	211	-645	1 174	470
1998	-1 012	-2 482	-195	-795	-191	-184
1999	-1 935	-3 299	-439	-821	891	529
2000	-3 181	-4 671	-966	-1 230	1 217	1 143
2001	-4 045	-5 236	-949	-1 509	838	570
2002	-3 601	-4 696	-724	-1 409	1 506	991
2003	-3 471	-4 633	-581	-1 182	2 424	1 746
2004	-3 461	-4 491	-926	-1 136	2 183	2 271
2005	-4 351	-5 218	-1 012	-1 228	4 260	4 429
2006	-4 466	-5 292	-1 217	-1 574	4 573	4 347
2007	-4 011	-4 879	-1 117	-1 324	3 295	3 887
2008	-3 904	-4 946	-1 077	-1 210	3 382	3 527
2009	-3 800	-4 284	-582	-973	4 263	4 323
2010	-3 434	-3 619	-592	-786	4 718	4 439
2011	-3 618	-3 241	-405	-583	6 679	5 894

Tab. 3 Wanderungsgewinne bzw. -verluste Jugendlicher 1990 bis 2011 nach Ziel- und Herkunftsgebiet sowie nach Geschlecht

Raumkategorie	Insgesamt	Alte Bundesländer und Berlin	Ausland	Neue Bundesländer	LR	VBLR	VR
männlich							
LR	-57 969	-40 364	8 723	-2 717	x	-3 882	-19 729
VBLR	-17 790	-17 468	2 478	-312	3 882	x	-6 370
VR	32 448	-37 920	23 673	20 596	19 729	6 370	x
Insgesamt	-43 311	-95 752	34 874	17 567	23 611	2 488	-26 099
weiblich							
LR	-81 857	-51 522	4 449	-4 040	x	-4 213	-26 531
VBLR	-25 974	-22 375	1 274	-711	4 213	x	-8 375
VR	19 836	-53 617	15 506	23 041	26 531	8 375	x
Insgesamt	-87 995	-127 514	21 229	18 290	30 744	4 162	-34 906

Tab. 4 Anteil der Jugendlichen, die bei ihren Eltern leben, 2011 nach Altersgruppen und Raumkategorien (in Prozent)

Alter von ... bis unter ... Jahren	LR	VBLR	VR
14 - 18	99,0	99,1	97,3
18 - 21	85,0	74,8	61,9
21 - 27	54,6	37,4	22,8
Insgesamt	71,3	55,7	42,4

bei jungen Männern. Zum anderen fielen die Wanderungsgewinne durch männliche Jugendliche aus dem Ausland höher aus als bei weiblichen Jugendlichen.

Insgesamt verlor der ländliche Raum von 1990 bis 2011 durch Abwanderung 57 969 männliche und 81 857 weibliche Jugendliche, in den verdichteten Bereichen im ländlichen Raum betragen die Verluste 17 790 bzw. 25 974 (vgl. Tab. 3). Beide Raumkategorien verloren somit wesentlich mehr junge Frauen als Männer. Die gleichzeitigen

Wanderungsgewinne der Verdichtungsräume fielen bei Männern (+32 448) höher aus (Frauen: +19 836), was auch über den Gesamtzeitraum aus den oben beschriebenen Unterschieden der Außenwanderungen resultiert. Betrachtet man hingegen allein die Binnenwanderungen, so zeigt sich, dass die Verdichtungsräume deutlich mehr junge Frauen (+34 906 aus LR und VBLR) anzogen als junge Männer (+26 099).

Immer weniger Frauen im ländlichen Raum

Im Ergebnis dieses Wanderungsverhaltens kommt es zu immer größeren Unterschieden zwischen den einzelnen Raumkategorien hinsichtlich der Geschlechterproportion (vgl. Abb. 5). Bei der Geburt besteht von Natur aus eine Überzahl der männlichen Lebendgeborenen. In Sachsen lag dieser Wert seit 1990 jeweils zwischen 103 und 107 Jungen je 100 Mädchen bzw. umgekehrt 94 bis 97 Mädchen je 100 Jungen. Bis zur Altersgruppe der 14- bis unter 18-Jährigen wird dieser Wert zunächst kaum durch unterschiedliche Wanderungsströme³⁾ beeinflusst. In dieser Altersgruppe kamen 2011 auf jeweils 100 Jungen rund 95 (LR), 94 (VBLR) bzw. 96 (VR) Mädchen. Im Unterschied dazu zeigt sich bei den 18- bis unter 21-Jährigen bereits eine starke regionale Differenzierung. In den Verdichtungsräumen sind die jungen Frauen seit 2010 in der Überzahl (2011: 101 je 100 Männer). Im VBLR lag das Verhältnis 2011 hingegen bei 91 Frauen je 100 Männer, im LR waren es sogar nur 84 Frauen. Betrachtet man die 21- unter 27-Jährigen, so kamen im VR 97, im VBLR 85 und im LR 81 Frauen auf 100 Männer. Vereinfacht zusammengefasst bedeutet das, dass im VBLR bzw. im LR hier 15 bzw. 19 Prozent der jungen Männer in ihrer Wohnregion von vornherein keine (ungefähr gleichaltrige) Partnerin finden können, was wiederum Auswirkungen auf künftige demographische Entwicklungen hat. Darüber hinaus können sich auch Folgen für die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung ergeben (vgl. hierzu z. B. [2]).

Jugendliche im ländlichen Raum leben häufiger noch bei den Eltern

Wenn Jugendliche ihren Wohnort wechseln, ist dieser Schritt häufig verbunden mit dem Auszug aus dem Elternhaus. Im Jahr 2011 lebte etwas mehr als die Hälfte der Jugendlichen in Sachsen in einem gemeinsamen Haushalt mit den Eltern. Dieser Anteil sank

3) Die Bevölkerungsveränderung aufgrund von Sterbefällen ist hier nur von untergeordneter Bedeutung.

Abb. 5 Frauen je 100 Männer 1990 bis 2011 nach ausgewählten Altersgruppen und Raumkategorien

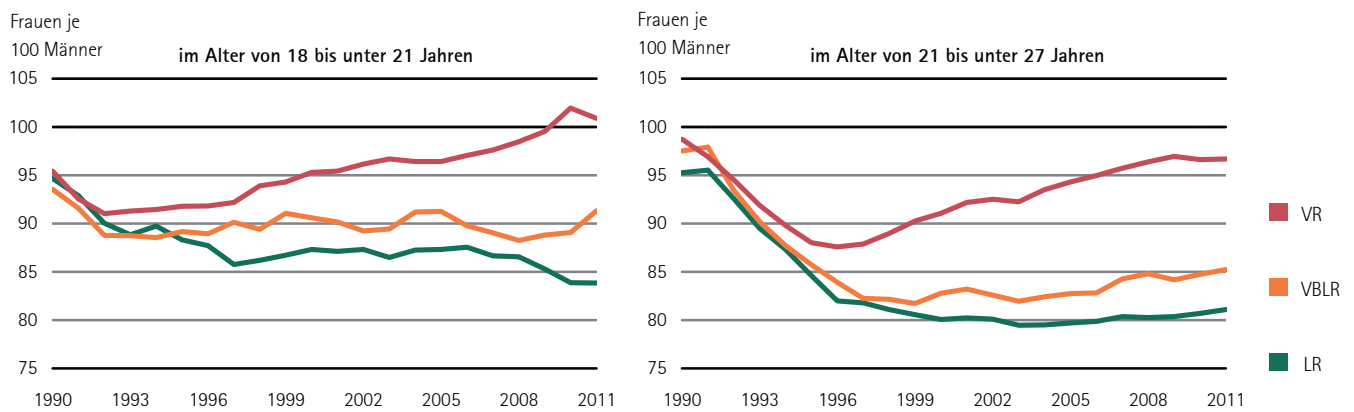
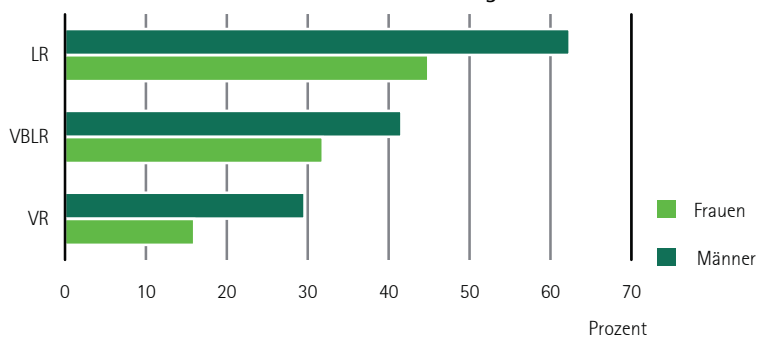


Abb. 6 Anteil der 21- bis unter 27-jährigen Jugendlichen 2011, die bei ihren Eltern leben, nach Geschlecht und Raumkategorien



Tab. 5 Zusammengefasste Geburtenziffern

Jahr	LR	VBLR	VR
14- bis unter 27-Jährige			
1991	766,5	706,9	651,9
1992	586,6	562,3	512,1
1993	518,0	482,7	446,2
1994	467,0	452,1	418,1
1995	474,6	460,3	397,8
1996	502,4	481,1	429,4
1997	505,3	512,4	455,9
1998	507,8	517,1	455,1
1999	517,9	520,3	465,5
2000	517,5	532,7	469,4
2001	488,9	537,5	450,8
2002	470,4	491,3	434,4
2003	464,8	495,3	433,5
2004	467,8	496,0	437,0
2005	449,8	478,4	418,2
2006	445,3	497,2	400,9
2007	458,1	497,3	399,0
2008	431,8	471,7	392,9
2009	437,6	476,3	385,9
2010	445,9	476,9	393,1
2011	412,4	500,7	379,4
15- bis unter 45-Jährige			
2011	1 489,3	1 520,0	1 468,7

jedoch nicht nur mit zunehmendem Alter (vgl. Tab. 4). Innerhalb der gleichen Altersgruppe lebten Jugendliche in den Verdichtungsräumen seltener bei den Eltern als im ländlichen Raum. Diese Ergebnisse sind auch im Zusammenhang mit den oben beschriebenen Wanderungsströmen zu sehen. In allen Raumkategorien ähnlich sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern (vgl. Abb. 6). Insgesamt hatten 60 Prozent der 21- bis unter 27-jährigen Männer in Sachsen ihr Elternhaus verlassen, bei den gleichaltrigen Frauen waren es 75 Prozent.

Jugendliche im ländlichen Raum sind etwas häufiger Eltern

41 Prozent der 21- bis unter 27-Jährigen in Sachsen, die bereits in einem eigenen Haushalt lebten, teilten diesen mit einem Partner bzw. einer Partnerin als Ehepaar oder einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Raumkategorien sind dabei eher gering (43 Prozent im LR, 40 Prozent im VR). Die meisten Paare (84 Prozent) lebten ohne Trauschein zusammen, in den VR (86 Prozent) nur wenig häufiger als im übrigen Sachsen (81 Prozent). Größere Unterschiede als beim Zusammenleben mit Partnern zeigen sich bei der Eltern-

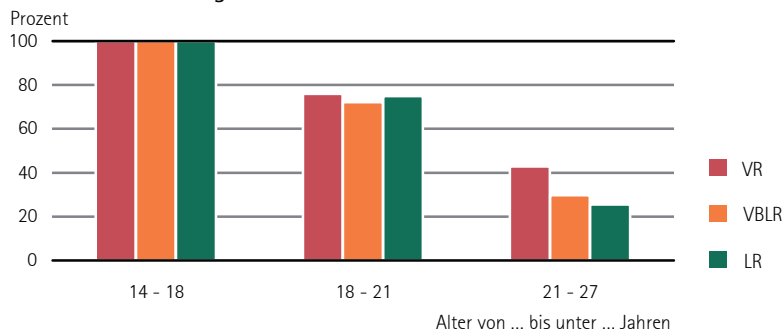
schaft. Für diese Auswertung wurden nur die Frauen betrachtet, um Verzerrungen infolge der regional unterschiedlichen Geschlechterproportion auszuschließen. 34 Prozent der 21- bis unter 27-Jährigen mit eigenem Haushalt waren im ländlichen Raum einschließlich der verdichteten Bereiche bereits Mutter (mit Partner oder alleinerziehend; einschließlich Stief-, Pflege-, Adoptivkinder), in Verdichtungsräumen war dieser Anteil mit 18 Prozent nur etwa halb so hoch (Sachsen: 23 Prozent).

Etwas anders fällt das Ergebnis allerdings aus, wenn alle Frauen dieser Altersgruppe betrachtet werden, also auch jene einbezogen werden, die noch bei den Eltern leben (ohne bereits eigene Kinder zu haben). Im LR einschließlich VBLR waren 20 Prozent aller 21- bis unter 27-jährigen Frauen bereits Mütter, im VR traf das auf 15 Prozent zu.

Ein Vergleich des Geburtenverhaltens in den einzelnen Raumkategorien zeigt ein ähnliches Bild. Dafür werden hier die altersspezifischen Geburtenziffern der 14- bis unter 27-Jährigen⁴⁾ ausgewertet (vgl. Tab. 5). In den Verdichtungsräumen brachten 1 000 Frauen dieser Altersgruppe im Jahr 2011 durchschnittlich 379 Kinder zur Welt. In den anderen beiden Raumkategorien war diese Geburtenziffer höher: im ländlichen Raum wurden 412 Kinder geboren, in den verdichteten Bereichen im ländlichen Raum sogar 501. Zwar unterliegen die einzelnen Werte zwischen den Berichtsjahren jeweils erheblichen Schwankungen, allerdings ist bereits seit 1997 die Geburtenziffer der 15- bis unter 27-Jährigen dauerhaft am höchsten in den verdichteten Bereichen im ländlichen Raum, am niedrigsten in den Verdichtungsräumen. Diese Unterschiede sind nicht allein durch längere Bildungsgänge und damit ein Aufschieben der Geburten begründet – auch

4) errechnet als Summe der altersspezifischen Geburtenziffern der 14- bis unter 27-Jährigen (Zahl der Lebendgeborenen je 1 000 Frauen im jeweiligen Alter, berechnet nach Geburtsjahr der Mutter)

Abb. 7 Anteil der Jugendlichen in Ausbildung 2011 nach Altersgruppen und Raumkategorien



die zusammengefasste Geburtenziffer der 15- bis unter 45-Jährigen in den Verdichtungsräumen ist niedriger als in den anderen sächsischen Raumkategorien.

Hochschulen ziehen Jugendliche mit Abitur vor allem in die Verdichtungsräume

Im Alter von 14 bis unter 27 Jahren beenden Jugendliche ihre allgemeinbildende Schulzeit, beginnen zumeist eine berufliche Ausbildung oder nehmen ein Studium auf und erreichen häufig einen beruflichen bzw. Hochschulabschluss. Im Jahr 2011 befanden sich sachsenweit 56 Prozent aller Jugendlichen in einer Ausbildung. Dieser Anteil verringert sich erwartungsgemäß mit steigendem Alter, zugleich zeigen sich vor allem nach dem 20. Lebensjahr regionale Unterschiede (vgl. Abb. 7). Während sich im ländlichen Raum nur etwa jeder vierte 21- bis unter 27-Jährige noch in Ausbildung befand, waren es in den Verdichtungsräumen 43 Prozent.

Fast alle 14- bis unter 18-Jährigen und auch drei Viertel der 18- bis unter 21-Jährigen besuchten 2011 eine allgemeinbildende, berufsbildende oder Hochschule. Die 21- bis unter 27-Jährigen hatten bis auf wenige Ausnahmen die allgemeinbildende Schule bereits beendet. Rund 3 Prozent derer, die in dieser Altersgruppe keine Bildungseinrichtung mehr besuchten, hatten diese verlassen, ohne zumindest einen Hauptschulabschluss erreicht zu haben. 41 Prozent der sächsischen Bevölkerung dieser Altersgruppe hatten ihre Schulzeit hingegen mit dem Abiturzeugnis beendet. In den Verdichtungsräumen war dieser Anteil mit 48 Prozent deutlich höher als in den verdichteten Bereichen des ländlichen Raumes (30 Prozent) bzw. dem ländlichen Raum (29 Prozent). Diese Daten sind auch im Zusammenhang mit der Verteilung der Hochschulstandorte in Sachsen zu sehen. 64 Prozent der 111 635 Studenten⁵⁾ aller sächsischen Hochschulen waren an einer der drei größten Universitäten eingeschrieben (Technische Universität Dresden, Universität Leipzig, Technische Universität Chemnitz),

die sich jeweils in einem der drei Verdichtungsräume befinden. Daraus resultiert eine Zuwanderung von Jugendlichen mit Abitur, sowohl aus LR und VBLR als auch aus Regionen außerhalb Sachsens.

Nur die Hälfte der Studierenden aller sächsischen Hochschulen hat die Hochschulzugangsberechtigung (HZB) in Sachsen erworben. 41 Prozent kommen aus anderen Bundesländern, fast jeder Zehnte aus dem Ausland. Den 45 623 Studierenden aus anderen Bundesländern stehen 35 832 Studenten gegenüber, die mit sächsischer HZB in einem anderen Bundesland studieren. Sachsen kann somit innerhalb Deutschlands einen positiven Wanderungssaldo bei Studierenden verzeichnen. [3]

Während viele der 21- bis unter 27-Jährigen, die eine akademische Ausbildung gewählt haben, in diesem Alter noch studieren, ist eine berufliche Ausbildung häufiger bereits erfolgreich beendet worden. 59 Prozent aller Jugendlichen dieser Altersgruppe konnten 2011 einen beruflichen Ausbildungsabschluss vorweisen. Im ländlichen Raum waren es sogar 71 Prozent, in den Verdichtungsräumen hingegen 52 Prozent.

Auch nach Abschluss der Ausbildung werden die Unterschiede in der räumlichen Verteilung beruflicher Qualifikationen innerhalb Sachsens nicht wieder ausgeglichen. In den Verdichtungsräumen hatten 29 Prozent der 30- bis unter 40-Jährigen einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss, außerhalb dieser Regionen war der Anteil mit 13 Prozent nicht einmal halb so hoch. Im LR und VBLR lebten damit zwar 41 Prozent der sächsischen Bevölkerung in dieser Altersgruppe⁶⁾, jedoch nur 23 Prozent der Personen mit Fachhochschul-/Hochschulabschluss.

Erwerbstätige Bildungsteilnehmer außerhalb der Verdichtungsräume häufiger vollzeitbeschäftigt

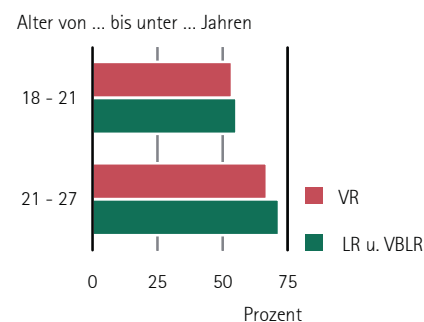
54 Prozent der 18- bis unter 21-jährigen und 69 Prozent der 21- bis unter 27-jährigen Jugendlichen waren 2011 erwerbstätig (ein-

schließlich Erwerbstätigkeit als Bestandteil der Ausbildung, z. B. im dualen System, und Nebentätigkeiten von Schülern/Studenten) (vgl. Abb. 8). Die Erwerbstätigenquote der 18- bis unter 21-Jährigen in den VR entsprach mit 54 Prozent fast der im übrigen Sachsen (55 Prozent). Bei den 21- bis unter 27-Jährigen betrug dieser Unterschied bereits 5 Prozentpunkte (67 Prozent im VR bzw. 72 Prozent in LR einschl. VBLR).

79 Prozent der erwerbstätigen 21- bis unter 27-Jährigen waren in Vollzeit beschäftigt. In den Verdichtungsräumen war auch dieser Anteil mit 75 Prozent deutlich niedriger als im ländlichen Raum einschließlich der verdichteten Bereiche (84 Prozent) (vgl. Tab. 6). Im LR einschl. VBLR war der Anteil der Vollzeit-Erwerbstätigen unabhängig davon, ob die Jugendlichen sich in einer Ausbildung befanden, gleich hoch. In den VR hingegen war der Anteil der Vollzeitbeschäftigten bei Jugendlichen in Ausbildung (58 Prozent) deutlich niedriger, während die Vollzeitquote bei Erwerbstätigen ohne gleichzeitige Ausbildung (83 Prozent) annähernd der in den anderen Raumkategorien entsprach.

Diese Ergebnisse entsprechen den Unterschieden in den Ausbildungsarten. 72 Prozent der 21- bis unter 27-jährigen Bildungsteilnehmer mit Wohnsitz im LR einschl. VBLR besuchten 2011 eine Berufsschule, wobei der praktische Teil der Ausbildung, d. h. die Er-

Abb. 8 Erwerbstätigenquote nach Raumkategorien



Tab. 6 Anteil der Vollzeittätigen an den Erwerbstätigen im Alter von 21 bis unter 27 Jahren 2011 nach Bildungsteilnahme und Raumkategorien

Bildungsteilnahme	LR + VBLR	VR
In Ausbildung	84,4	57,8
Nicht in Ausbildung	84,3	82,9
Insgesamt	84,3	75,4

5) ohne Altersbegrenzung

6) hier: Bevölkerung im Ergebnis des Mikrozensus

werbstätigkeit, fast immer in Vollzeit absolviert wird. In den VR lernten 46 Prozent an Berufsschulen. Weitere 44 Prozent der hier lebenden Bildungsteilnehmer studierten an einer Hochschule, die Erwerbstätigkeit ist dabei häufiger eine Nebentätigkeit.

Jugendliche im ländlichen Raum stehen finanziell häufiger auf eigenen Beinen, beziehen allerdings auch häufiger Transferleistungen

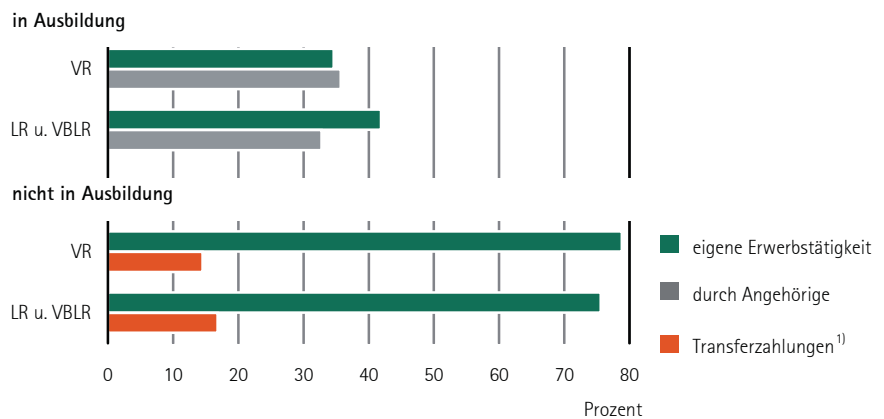
Der jeweilige Ausbildungs- bzw. Erwerbsstatus hat auch Auswirkungen darauf, aus welchen Einkommensarten die Jugendlichen ihren Lebensunterhalt bestreiten. Betrachtet wird dabei im Folgenden jeweils die Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts, d. h. auch bei mehreren Einkommensarten (z. B. eigene Erwerbstätigkeit und Unterstützung durch die Eltern) wird nur die dargestellt, die den größten Anteil zum Gesamteinkommen beiträgt.

Im Alter von 14 bis unter 18 Jahren wurde bei 83 Prozent der Jugendlichen der Lebensunterhalt überwiegend durch Familienangehörige bestritten, wobei die regionalen Unterschiede nur gering ausfielen. Bereits bei den 18- bis unter 21-Jährigen zeigte sich eine etwas stärkere Differenzierung, auch wenn überall die Erwerbstätigkeit an Bedeutung gewinnt. Für jeden zweiten Jugendlichen im ländlichen Raum einschl. der verdichteten Bereiche war sie bereits die Haupteinkommensquelle, in den Verdichtungsräumen galt dies für 46 Prozent. Familienangehörige leisteten bei mehr als einem Drittel (34 Prozent) der Jugendlichen im VR, aber nur etwa jedem Vierten (27 Prozent) in LR einschl. VBRL den Hauptteil des Unterhaltes.

Bei den 21- bis unter 27-Jährigen war schließlich für fast zwei Drittel (62 Prozent) die Erwerbstätigkeit die wichtigste Lebensunterhaltsquelle (vgl. Abb. 9). Im LR einschl. VBRL (67 Prozent) war der Anteil gegenüber der jüngeren Altersgruppe noch etwas stärker gestiegen als im VR (60 Prozent). Im VR bestritten weiterhin mehr Jugendliche ihren Unterhalt durch die Unterstützung von Angehörigen (18 Prozent gegenüber 12 Prozent). Der überwiegende Teil von ihnen (87 Prozent im VR bzw. 75 Prozent im LR/VBRL) befand sich in einer Ausbildung.

Der Anteil der Jugendlichen, die (überwiegend) von staatlichen Transferleistungen⁷⁾ lebten, war im LR einschl. VBRL mit 13 Prozent etwa um die Hälfte höher als im VR.

Abb. 9 Überwiegender Lebensunterhalt Jugendlicher im Alter von 21 bis unter 27 Jahren 2011 nach Bildungsbeteiligung und Raumkategorien



¹⁾ Hier: Arbeitslosengeld I, Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung u.a. Hilfen in besonderen Lebenslagen (z.B. Eingliederungshilfen, Hilfe zur Pflege) sowie Leistungen nach SGB II (Hartz IV): ALG II, Sozialgeld

Fazit

Der Vergleich ausgewählter soziodemographischer Merkmale Jugendlicher zwischen den drei Raumkategorien in Sachsen zeigt eine zunehmende regionale Differenzierung. Die Verdichtungsräume ziehen Jugendliche sowohl aus anderen Regionen Sachsens als auch, zusätzlich bedingt durch die hohe Konzentration im Hochschulbereich, aus anderen Bundesländern an. Auch wenn sachsenweit nach dem 20. Lebensjahr die Jugendlichen überwiegend bereits im Erwerbsleben stehen, ist dennoch der Anteil der Bildungsteilnehmer in den VR höher als anderswo.

Auch nach Abschluss dieser Lebensphase bleibt der Akademikeranteil in der Bevölkerung hier deutlich höher als anderswo. Zusätzlich weist diese divergierende regionale Entwicklung auch geschlechtsspezifische Unterschiede auf. Vor allem junge Frauen verlassen den ländlichen Raum. Daraus ergibt sich dort eine deutliche Überzahl an männlicher Bevölkerung. Eine Abwanderung „potentieller Mütter“ hat zudem Auswirkungen auf die künftige Geburten- und damit Bevölkerungsentwicklung in der betreffenden Raumkategorie. Die gegenüber den Verdichtungsräumen höheren Geburtenraten können diesen demographischen Nachteil nicht ausgleichen, sodass sich die regionale Differenzierung der jugendlichen Bevölkerung künftig weiter verstärken wird.

Eine Ausgabe von „Statistisch betrachtet“ wird weitere Themenbereiche zu Jugendlichen in Sachsen darstellen.

Anke Puschmann, Dipl.-Ing., Referentin Analyse Bevölkerung, Haushalte

Janika Weigel, Dipl.-Soz., Sachbearbeiterin Analyse Bevölkerung, Haushalte

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über den Landesentwicklungsplan Sachsen (LEP 2003). SächsGVBl. Jg. 2003. Bl.-Nr. 19. S. 915. Fsn-Nr.: 40-3.1/2. Fassung gültig ab: 01.01.2004.
- [2] Kröhnert, Steffen/Klingholz, Reiner (2007): Not am Mann. Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- [3] Statistisches Bundesamt (2012): Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen, Wintersemester 2011/2012. Fachserie 11, Reihe 4.1. Wiesbaden.

⁷⁾ hier: Arbeitslosengeld I, Leistungen nach Hartz IV (ALG II, Sozialgeld), Sozialhilfe (nicht Hartz IV), z. B. Grundsicherung bei Erwerbsminderung, Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege, laufende Hilfe zum Lebensunterhalt

Soziale Mindestsicherung in den Gemeinden Sachsens

Vorbemerkungen

Die soziale Struktur einer Region steht im Zusammenhang mit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, die wiederum auch durch politische oder sozialpolitische Entscheidungen beeinflusst wird. Sozialindikatoren sind deshalb eine nicht zu vernachlässigende Größe bei der Erarbeitung von Entwicklungskonzepten. Häufig sind sie ein Kriterium für die Bewilligung von Geldern aus regionalen Förderprogrammen und spielen u. a. eine Rolle bei Entscheidungen zum Zusammenschluss von Gemeinden. Aus diesem Grund werden diese Daten oft im Statistischen Landesamt nachgefragt. Da das System der sozialen Absicherung in Deutschland sehr vielschichtig ist, fällt es den Nachfragenden oft schwer, die einzelnen Leistungen voneinander zu unterscheiden. Der vorliegende Artikel zur sozialen Mindestsicherung soll die Mindestsicherungsleistungen innerhalb der Sozialleistungen abgrenzen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Betrachtung der Empfänger von sozialer Mindestsicherung auf Gemeindeebene unter Berücksichtigung der Empfängerstrukturen.

Was ist soziale Mindestsicherung?

Abgrenzung der gesetzlichen Grundlagen und des Empfängerkreises

In Deutschland gibt es eine Vielzahl von Leistungen zur sozialen Sicherung der Bürger. Außer den Sozialversicherungen, die überwiegend beitragsfinanziert sind, sichern eine Reihe staatlicher Sozialleistungen bei nachgewiesener Bedürftigkeit verschiedene Lebensbereiche (z. B. Wohnen), Lebenssituationen (z. B. Ausbildung) und Risiken (z. B. Behinderung) ab. Zur sozialen Absicherung des **grundlegenden Lebensunterhaltes** dienen die sogenannten Mindestsicherungsleistungen. Sie werden Personen gewährt, die

Ihren Lebensunterhalt nicht auf andere Weise bestreiten können.

Seit Neuordnung des Sozialleistungssystems 2005 in Deutschland zählen folgende Leistungsempfänger als Mindestsicherungsempfänger:

- Personen in Bedarfsgemeinschaften mit Leistungen nach SGB II [1]
- Personen mit Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach SGB XII [2] und zwar:
 - Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und
 - Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen
- Personen mit laufenden Leistungen der Kriegsopferfürsorge
- Personen mit Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Verschiedene Gesetze regeln dabei die Leistungen für die verschiedenen Empfängergruppen:

Das SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) liefert die gesetzliche Grundlage für Leistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige und mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebende Personen bis zum Eintritt ins gesetzliche Rentenalter. Dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen sind allerdings ebenso wie Personen im gesetzlichen Rentenalter von diesen Leistungen ausgeschlossen, hier sind die Leistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII (s. u.) vorrangig zu gewähren. Unter den nicht erwerbsfähigen Personen in Bedarfsgemeinschaften sind deshalb hauptsächlich Kinder.

Personen in Ausbildung sind hier nur in Ausnahmefällen bzw. mit Teilleistungen enthal-

ten, da sie bei Bedürftigkeit durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) bzw. durch Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) gefördert werden. Diese beiden Leistungen werden nicht zur sozialen Mindestsicherung gezählt.

Nur die sogenannten passiven Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende, d. h. den Lebensunterhalt betreffende Leistungen, zählen als Mindestsicherung. Sie setzen sich insbesondere aus Regelleistungen mit entsprechenden Zuschlägen für Mehrbedarfe (bei Schwangerschaft, für Alleinerziehende, für besondere krankheitsbedingte Ernährung etc.), Sozialversicherungsbeiträgen und Kosten für Unterkunft und Heizung zusammen. Sie werden für erwerbsfähige Leistungsbedürftige als **Arbeitslosengeld II** und für nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte als **Sozialgeld** gewährt. Die Bezeichnung „ALG II“ wird umgangssprachlich fälschlicherweise oft für die Gesamtleistung verwendet. Stark verbreitet ist auch der Begriff **„Hartz IV“**, da diese Leistung im Ergebnis des Vierten Teils des unter Leitung von Peter Hartz erarbeiteten Konzepts zur Reform des Arbeitsmarktes eingeführt wurde. Sie stellt seitdem den Hauptpfeiler der sozialen Mindestsicherung dar.

Das **SGB XII (Sozialhilfe)** regelt entsprechende Leistungen in seinem 3. bzw. 4. Kapitel.

Das **4. Kapitel SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung)** ist zuständig für bedürftige Personen im gesetzlichen Rentenalter (bis 2011 ab 65 Jahren bzw. seit 2012 mit vorerst jährlich um einen Monat ansteigender Regelaltersgrenze) bzw. mit einer dauerhaften vollen Erwerbsminderung gemäß § 43 Abs. 2 SGB VI [3] im Alter von 18 Jahren bis zur Regelaltersgrenze.

Das **3. Kapitel SGB XII (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt)** tritt außerhalb von Einrichtungen für bedürftige Personen ein,

die weder vom 4. Kapitel SGB XII noch dem SGB II erfasst werden, die dementsprechend noch nicht im gesetzlichen Rentenalter sind, weder dauerhaft voll erwerbsgemindert noch erwerbsfähig sind und auch nicht mit Erwerbsfähigen in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Betroffen sind vorübergehend erwerbsgeminderte, die meist allein leben, teilweise mit Kindern unter 15 Jahren oder zusammen mit einem Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Im letztgenannten Fall oder als Pflegekinder können auch Kinder (unter 15 Jahren) als einzeln nachgewiesene Haushaltangehörige diese Leistung erhalten.

In Einrichtungen (meist Pflegeheimen oder Einrichtungen für behinderte Menschen) erhalten bedürftige Personen als „weiteren notwendigen Lebensunterhalt“ einen Barbetrag zur persönlichen Verfügung oder auch Bekleidungshilfe. Die Empfänger dieser Leistung werden zur Vermeidung von Doppelzahlungen in der Gesamtempfängerzahl nicht berücksichtigt, da ihr pauschalierter Lebensunterhalt in den allermeisten Fällen durch Leistungen nach dem 4. Kapitel abgedeckt wird und sie deshalb schon als Empfänger dieser Leistungen eingerechnet worden sind.

Die Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII (wie z. B. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege oder Krankenhilfe) dienen der Bewältigung besonderer Lebenssituationen und werden deshalb nicht als Mindestsicherung gewertet.

Das **Bundesversorgungsgesetz (BVG)** [4] ist zuständig für die Versorgung bzw. Entschädigung von Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen bzw. im Rahmen der Nebengesetze auch für andere Personen mit einem sozialen Entschädigungsrecht (geschädigte Wehr- und Zivildienstleistende, Opfer von Gewalttaten oder rechtsstaatswidrigen Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet u. a.). Ein Teil der Versorgungsleistungen steht als **Kriegsopferfürsorge** von der Aufgabenstellung her der Sozialhilfe sehr nahe und wurde deshalb der sozialen Mindestsicherung zugeordnet.

Das **Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)** [5] regelt die Leistungen für Ausländer im laufenden Asylverfahren („Asylbewerber“) und ihre Angehörigen bzw. solche, die sich auch nach Ablehnung aus den verschiedensten Gründen noch im Bundesgebiet aufhalten (zur Ausreise verpflichtet). Dabei sichern nur die sogenannten Regelleistungen den Lebensunterhalt und zählen zur Mindestsicherung. Wird dem Asylantrag stattgegeben erhalten die dann „Asylberechtigten“ Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern.

Wie unterscheiden sich die Leistungen inhaltlich?

Innerhalb der Mindestsicherung stehen sich die **Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB II und XII** am nächsten, sie basieren auf den gleichen Regelsätzen (2012: 374 € als „Regelbedarfsstufe 1“). Für die Berechnung der monatlichen Leistung wird einem rechnerisch ermittelten Bedarf (Regelsatz+evtl. Mehrbedarfe+anerkannte Kosten für Unterkunft und Heizung) anzurechnendes Einkommen gegenübergestellt und der Anspruch als Differenz ermittelt. Leistungen nach dem SGB II und dem 3. Kapitel SGB XII werden nach dem Bedarfsgemeinschaftsprinzip ermittelt. Zu einer Bedarfsgemeinschaft gehören dabei nur die Personen eines Haushalts, deren Einkommen und Vermögen für die Befriedigung des Bedarfs auch der anderen zum Einsatz kommt. So bilden zum Beispiel im Haushalt lebende Verwandte oder sonstige Personen, aber auch volljährige Kinder ab 18 Jahren (SGB XII) bzw. 25 Jahren (SGB II) jeweils eigene Bedarfsgemeinschaften. Beim 4. Kapitel SGB XII wird ein individueller Bedarf ermittelt, wobei das Einkommen und Vermögen des Partners (bei getrennt lebenden Partnern Unterhaltszahlungen) mit berücksichtigt werden. Bei dieser Empfängergruppe (ältere bzw. erwerbsgeminderte Menschen) erfolgt ein Unterhaltsrückgriff auf Eltern bzw. Kinder grundsätzlich nicht. Haben diese jedoch im Einzelnen ein jährliches Gesamteinkommen von über 100 000 €, besteht kein Leistungsanspruch.

In der **Kriegsopferfürsorge** gelten für die Betroffenen günstigere Anrechnungsregelungen als bei den übrigen Mindestsicherungsleistungen. Das Leistungsspektrum der laufend gewährten Leistungen umfasst außer den Hilfen zum Lebensunterhalt viele der Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII vergleichbare Hilfen. Sie werden hier jedoch in ihrer Gesamtheit als Mindestsicherungsleistungen berücksichtigt. Diese Vorgehensweise hat dennoch kaum spürbare Auswirkungen, da die Empfängerzahlen der Kriegsopferfürsorge sehr gering sind und altersbedingt weiter stark zurückgehen. In Sachsen verändert sich die Mindestsicherungsquote durch Berücksichtigung bzw. Nichtberücksichtigung der Empfänger von Kriegsopferfürsorge um weniger als ein Zehntel Prozent. Da diese Leistungen vorwiegend ältere Personen betreffen, die insgesamt weniger auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen sind, könnten die Auswirkungen bei diesem Personenkreis stärker spürbar sein. Das ist aber nicht konkret nachvollziehbar, da die entsprechende Statistik keine Altersangabe liefert.

Die Bedarfssätze im **Asylbewerberleistungs-**

recht waren bis jetzt niedriger als die zuvor genannten Regelsätze, außerdem werden Grundleistungen vorrangig als Sachleistungen gewährt. Das wurde im sogenannten „Asylkompromiss“ vom 6. Dezember 1992 festgelegt und wie folgt begründet: Die Leistungen sollten gegenüber der Sozialhilfe „vereinfacht und auf die Bedürfnisse eines in aller Regel nur kurzen, vorübergehenden Aufenthaltes abgestellt werden...“ [6] Dieser Ansatz wurde in diesem Jahr auf Verfassungskonformität geprüft und für verfassungswidrig befunden (s. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 [7]).

Mindestsicherungsleistungen neben anderen Einkommen

Begründet im sogenannten Nachrang der Sozialhilfe werden Leistungen nur gewährt, wenn man sich durch Einsatz seiner Arbeitskraft sowie seines Einkommens und Vermögens nicht selbst helfen kann und die erforderlichen Leistungen auch nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erhält (§ 2 Abs. 1 SGB XII). Auch deshalb leben wenige Menschen ausschließlich von Mindestsicherungsleistungen - oft werden diese ergänzend zu sogenanntem anrechenbarem Einkommen gewährt, weil dieses zur Deckung des Lebensunterhaltes nicht ausreicht. Insbesondere **im Leistungsbereich des SGB II** gibt es viele Personen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen (in Sachsen über ein Drittel der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten). Zudem wird mit SGB II-Leistungen auch das Arbeitslosengeld aus der Arbeitslosenversicherung aufgestockt (sogenannte „Aufstocker“) oder auch die Altersrente von Personen, die die Regelaltersgrenze noch nicht erreicht haben.

Bei Empfängern von **Grundsicherung im Alter** kommt in drei Viertel der Fälle eine Altersrente und bei Empfängern von **Grundsicherung wegen Erwerbsminderung** in ca. 40 Prozent der Fälle eine Erwerbsminderungs-/ Erwerbsunfähigkeitsrente zur Anrechnung. Bei **Kindern** sind vor allem Kindergeld, private Unterhaltsleistungen und Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz [8] als Einkommen vertreten. Die Anrechnung dieser Leistungen kann dazu führen, dass für Kinder kein individueller Leistungsbezug mehr besteht, sie werden jedoch im Rahmen des SGB II statistisch trotzdem mit als Personen in Bedarfsgemeinschaften erfasst und ausgewiesen. Kinderzuschlag kann dagegen nicht als angerechnetes Einkommen auftauchen, denn dieser wird einkommensschwächeren Familien mit Kindern gewährt, wenn dadurch vermieden werden kann, dass diese Familien Mindestsicherungsleistungen erhalten. Diese

Tab. 1 Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung in Sachsen¹⁾ im Dezember

Leistungsart	Anzahl				Anteil in %				Je 1 000 Einwohner			
	2005	2007	2009	2011	2005	2007	2009	2011	2005	2007	2009	2011
Leistungen nach dem SGB II ²⁾ (Grundsicherung für Arbeitsuchende; "Hartz IV")	559 693	540 404	490 080	424 218	94,2	94,1	93,5	92,0	131,0	128,1	117,6	102,5
Arbeitslosengeld II ³⁾	440 784	418 588	377 954	321 993	74,2	72,9	72,1	69,8	103,1	99,2	90,7	77,8
Sozialgeld ³⁾	118 909	121 816	112 126	102 225	20,0	21,2	21,4	22,2	27,8	28,9	26,9	24,7
Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB XII (Sozialhilfe)	23 617	26 299	27 431	30 290	4,0	4,6	5,2	6,6	5,5	6,2	6,6	7,3
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	21 149	23 029	23 722	25 638	3,6	4,0	4,5	5,6	4,9	5,5	5,7	6,2
laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen	2 468	3 270	3 709	4 652	0,4	0,6	0,7	1,0	0,6	0,8	0,9	1,1
Regelleistungen nach dem AsylbLG (Asylbewerberleistungsgesetz)	8 387	5 719	4 847	5 549	1,4	1,0	0,9	1,2	2,0	1,4	1,2	1,3
Laufende Leistungen der Kriegsopfer- fürsorge ⁴⁾	2 274	2 098	1 650	1 120	0,4	0,4	0,3	0,2	0,5	0,5	0,4	0,3
Insgesamt	593 971	574 520	524 008	461 177	100	100	100	100	139,0	136,1	125,7	111,5

1) Empfänger mit sächsischem Leistungsträger

2) Personen in Bedarfsgemeinschaften

3) als Arbeitslosengeld II für erwerbsfähige und Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

4) Erhebung im Zweijahresturnus (gerades Jahr); für ungerade Jahre Mittelwert aus Vor- und Folgejahr, bzw. Vorjahreswert (2011)

Quelle (für SGB II-Daten): Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Integrierte Statistik zur Grundsicherung für Arbeitsuchende, Stand: Juni 2012

Aussage trifft prinzipiell auch für das Wohn-
geld zu – das vorrangig vor Mindestsiche-
rungsleistungen als Zuschuss zum Wohnen
gewährt wird. (Mehr zu Kinderzuschlag und
Wohngeld als die Mindestsicherung tangie-
rende Sozialleistungen finden Sie im Artikel
Mindestsicherung in Sachsen 2009 [9].)

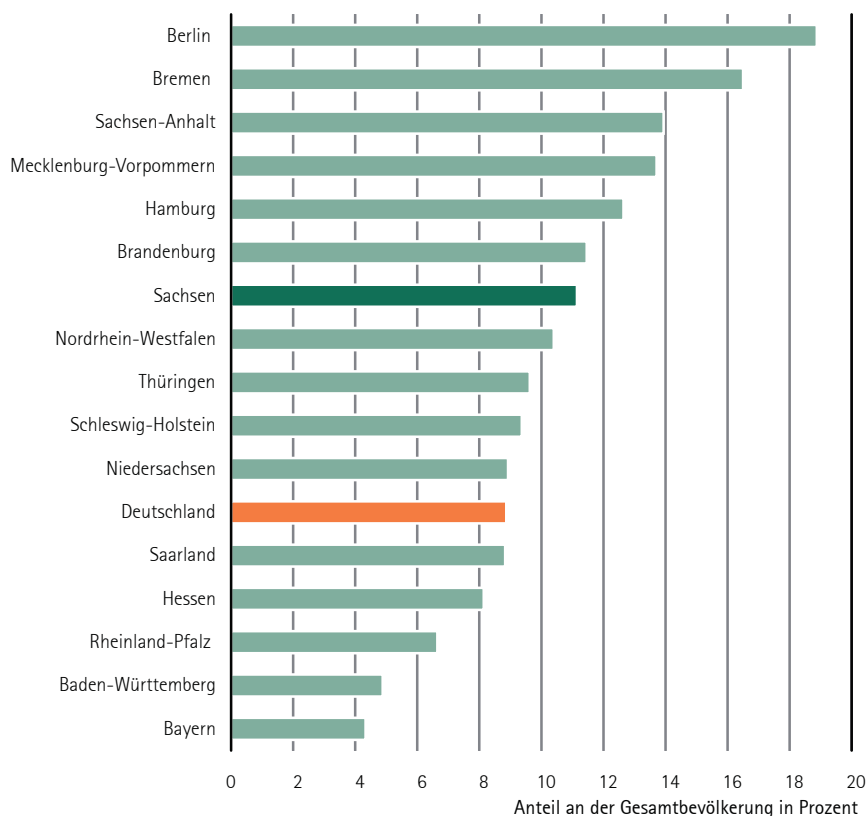
Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung von 2005 bis 2011

Die Tabelle 1 zeigt die Entwicklung der Emp-
fängerzahlen in der Mindestsicherung in
Sachsen seit Einführung des SGB II. Nach
dem Höchststand der Gesamtempfängerzahl
im Dezember 2006 (565 924 Personen) ist
ein ständiger Rückgang zu verzeichnen. Die
Anzahl der Empfänger von SGB II-Leistungen
nahm seitdem um 18,5 Prozent ab. Trotz ei-
ner leichten Verschiebung in Richtung der
Leistungen der Sozialhilfe befanden sich
auch im Dezember 2011 noch 92 Prozent der
Mindestsicherungsempfänger in Sachsen in
Bedarfsgemeinschaften mit Leistungen der
Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Mindestsicherung 2011 im Vergleich der Bundesländer

In Deutschland gab es im Dezember 2011
7 257 790 Empfänger von Mindestsiche-
rungsleistungen. Rund 6,1 Millionen Perso-
nen davon (84 Prozent) lebten in Bedarfs-
gemeinschaften mit Leistungen nach SGB II.
Die einzelnen Bundesländer waren dabei sehr
unterschiedlich von Mindestsicherung be-

Abb. 1 Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung am Jahresende 2011
nach Bundesländern



Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter des Bundes und der Länder

troufen. Zum Vergleich dienen bevölkerungs-
bezogene Quoten. Sie entsprechen durch den
Bezug auf 100 Einwohner dem prozentualen
Anteil an der jeweiligen Gesamtbevölkerung.
Die Mindestsicherungsquote schwankte

in den einzelnen Bundesländern zwischen
4,3 und 18,9 Prozent. Die höchsten Quoten
wiesen die drei Stadtstaaten Berlin, Bremen
und Hamburg sowie Sachsen-Anhalt und
Mecklenburg-Vorpommern auf. Sachsen hat-

te mit 11,1 Prozent ebenfalls eine über dem Durchschnitt liegende Mindestsicherungsquote. Nur fünf Flächenländer im Süden und Südwesten Deutschlands lagen unter der Gesamtquote von Deutschland (8,9 Prozent).

Mindestsicherung in Sachsen regionalisiert

Grenzen bei einer regionalisierten Darstellung der Mindestsicherungsempfänger

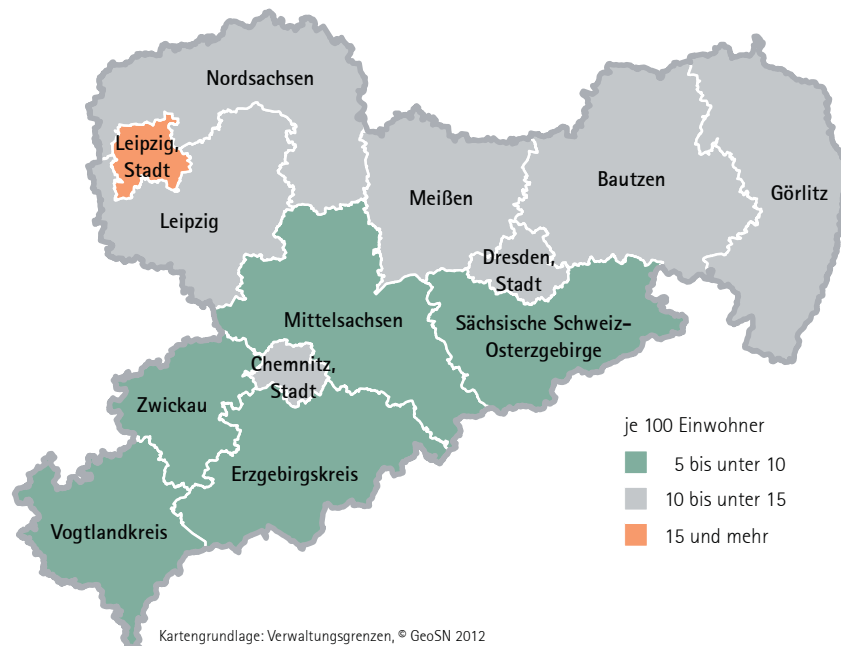
Oft besteht der Wunsch, aussagefähige Sozialdaten auf kleinräumiger Ebene, zumindest auf Gemeindeebene, zu erhalten. Nicht alle Leistungsbestandteile der Mindestsicherung sind dazu gleich gut geeignet. Daten mit Wohnortangabe stehen dem Statistischen Landesamt für die Empfänger von Leistungen nach dem SGB II (Datenbereitstellung durch die Bundesagentur für Arbeit) und dem SGB XII sowie dem AsylbLG (eigene Datenerhebungen bei den entsprechenden Leistungsträgern) zur Verfügung. Bei den Empfängern von Kriegspfeversorge fehlt die Wohnortangabe. Konnte früher dabei eine Regionalisierung durch die Art und Weise der Erfassung auf Regierungs- bzw. Direktionsbezirksebene und für einen Teil der Empfänger sogar auf Kreisebene erfolgen, so ist dies durch die Zentralisierung der Statistik heute nicht mehr möglich. Empfänger von Kriegspfeversorge sind deshalb nur in der Gesamtempfängerzahl der Mindestsicherungsempfänger für Sachsen enthalten, ebenso natürlich in der Gesamtempfängerzahl für Deutschland.

Die Unterbringung von Asylbewerbern erfolgt in zwei Drittel der Fälle in Gemeinschaftsunterkünften. In Gemeinden mit Asylbewerberheimen wird dadurch u. U. die Anzahl bzw. Quote der Mindestsicherungsempfänger unverhältnismäßig beeinflusst. Hier lohnt sich deshalb eine gesonderte Betrachtung.

Wo leben in Sachsen die meisten Mindestsicherungsempfänger?

Ein Blick auf die Karte mit der Kreisgliederung Sachsens zeigt, dass im südlichen Teil Sachsens weniger Menschen von Mindestsicherung betroffen sind als im nördlichen Teil. Als Ursachen kommen ein stärkerer Pendlerverkehr zu Arbeitsplätzen in Süddeutschland und eine ältere Bevölkerung in Betracht, die aktuell noch bedeutend weniger auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen ist als die Bevölkerung der jüngeren Jahrgänge. Hinzu kommt der Fakt, dass in Gebieten mit stark ländlichen Strukturen der Gang zum Sozialamt bzw. den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende durch eine familiäre Abfederung und eine größere Hemmschwelle weniger oft erfolgt als in größeren Städten.

Abb. 2 Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung im Dezember 2011 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen



Deshalb sind die Kreisfreien Städte Chemnitz und Leipzig stärker von Mindestsicherung betroffen als ihr Umfeld. Bei einer Betrachtung auf dieser Regionalebene bewegten sich die Mindestsicherungsquoten (je 100 Einwohner) in den zehn Landkreisen und den drei Kreisfreien Städten Sachsens im Dezember 2011 zwischen 9,2 (Erzgebirgskreis und Mittelsachsen) und 15,0 (Kreisfreie Stadt Leipzig). Die Quoten der 458 sächsischen Gemeinden streuten viel breiter - zwischen 1,2 und 19,5 Prozent. Die regionale Verteilung der Kreis- und Gemeindequoten wird in den Abbildungen 2 und 3 deutlich.

Eine **Mindestsicherungsquote über 15 Prozent** weisen 24 Gemeinden auf (Abb. 3: orange). Die 15-Prozent-Grenze wurde dabei außer in der Stadt Leipzig von 23 Gemeinden in acht Landkreisen überschritten. Nur im Vogtlandkreis (Kreisquote: 9,5) und im Landkreis Zwickau (9,8) blieben alle Gemeinden darunter. Die Städte Plauen (13,5) und Werdau (13,8) hatten hier die jeweils höchsten Quoten. In den anderen drei südlich gelegenen Landkreisen gab es insgesamt nur vier Gemeinden mit Quoten über 15. Im Erzgebirgskreis (Kreisquote: 9,2) betraf das die Städte Aue (16,8) und Annaberg-Buchholz (15,7), im Landkreis Mittelsachsen (Kreisquote: 9,2) die Stadt Döbeln (15,9) und im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (Kreisquote: 9,6) die Stadt Heidenau (16,6). Die höchste Mindestsicherungsquote (19,5) hatte die Stadt Gröditz im Landkreis Meißen, der mit 10,4 die niedrigste Kreisquote unter den nördlichen Landkreisen aufwies. Die Stadt Weißwasser wies mit ebenfalls 19,5 Prozent die zweithöchste Mindestsicherungsquote auf. Sie

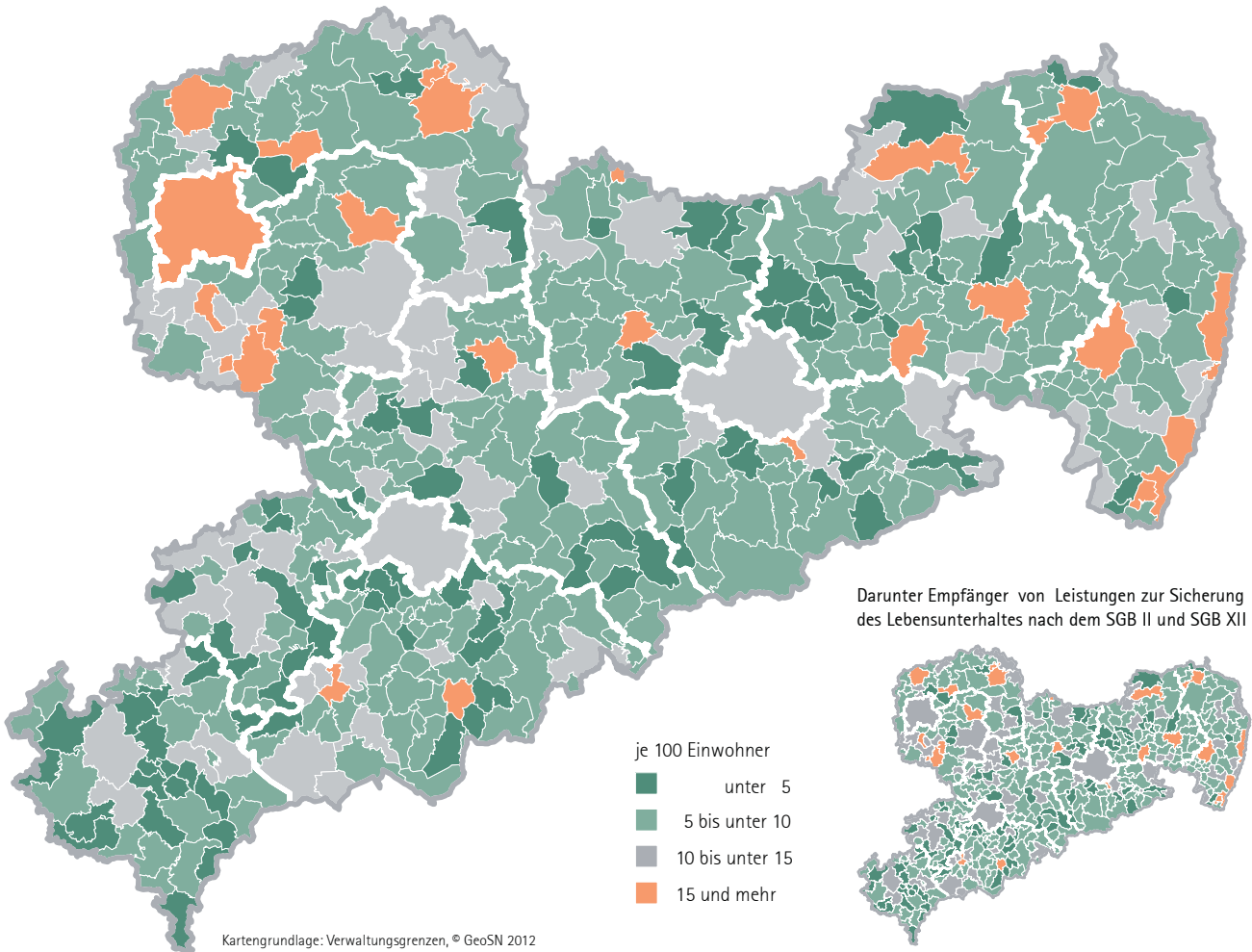
befindet sich wie noch weitere vier Gemeinden mit Quoten über 15 Prozent im Landkreis Görlitz. Dieser hatte mit 13,3 die höchste Mindestsicherungsquote unter den Landkreisen und lag damit noch über den Kreisfreien Städten Chemnitz (12,5) und Dresden (10,8).

Mindestsicherungsquoten unter 5 Prozent, die auf Kreisebene nicht zu finden sind, wurden in 97 Gemeinden ausgewiesen (Abb. 3: dunkelgrün). Sie traten auch in den nördlichen Landkreisen auf. Am häufigsten waren diese niedrigen Gemeindequoten hier im Landkreis Bautzen (Kreisquote: 10,5) zu finden (14 Gemeinden), am seltensten in den Landkreisen Leipzig (2 Gemeinden; Kreisquote: 10,7) und Nordsachsen (4 Gemeinden Kreisquote: 12,0). Die niedrigste Mindestsicherungsquote in Sachsen hatte die Gemeinde Mühlental im Vogtlandkreis mit 1,2 Prozent. In diesem Kreis, der insgesamt die drittniedrigste Mindestsicherungsquote aufwies, gab es die meisten Gemeinden mit Quoten unter 5 Prozent (insgesamt 20).

Welchen Einfluss haben „Asylbewerber“?

Regelleistungsempfänger nach Asylbewerberleistungsgesetz (der Einfachheit halber oft nur „Asylbewerber“ genannt) machten im Dezember 2011 nur einen Anteil von 1,2 Prozent der Mindestsicherungsempfänger Sachsens aus. Von 10 000 Einwohnern waren im Sachsendurchschnitt nur 13 Empfänger von Regelleistungen nach AsylbLG. Das entspricht einem Bevölkerungsanteil von 0,1 Prozent. Diese Leistungsempfänger konzentrierten sich aber auf 80 Gemeinden, in denen sie insbesondere bei zentraler Unterbringung in Asylbewerberheimen (23 Gemeinden) einen

Abb. 3 Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung im Dezember 2011 nach Gemeinden (ohne Kriegsopferfürsorge)



weitaus höheren Bevölkerungsanteil haben können. Dieser ist allerdings stark abhängig von der Gesamtbevölkerungszahl der jeweiligen Gemeinde. Die meisten Asylbewerber lebten, sowohl in Heimen als auch dezentral, im Dezember 2011 in den Kreisfreien Städten Leipzig (912 Regelleistungsempfänger), Dresden (662) und Chemnitz (532 - inklusiver der Regelleistungsempfänger der hier befindlichen zentralen Aufnahmeeinrichtung für Sachsen). Sie hatten in diesen Großstädten jedoch nur Bevölkerungsanteile von 0,1 Prozent (Dresden) bzw. 0,2 Prozent (Leipzig und Chemnitz).

In zwölf Gemeinden erreichte der Bevölkerungsanteil der Asylbewerber mindestens ein halbes Prozent, dabei lag er in zwei Fällen sehr nahe bei einem, in zwei Fällen sehr nahe bei 2 Prozent und einmal sogar bei 4,6 Prozent. Um diese Beträge beeinflussen sie die Mindestsicherungsquote der betroffenen Gemeinden. Für Vergleichszwecke kann aus diesem Grund die Gruppe der Mindestsicherungsempfänger weiter eingeschränkt

werden, und nur die Anzahl bzw. Quote der **Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach SGB II und XII** genutzt werden. Obwohl für einzelne Gemeinden bei einer tabellarischen Darstellung relativ große Unterschiede zwischen beiden Quoten liegen können, ist der Einfluss der Asylbewerber bei einer visualisierten Darstellung in Kartenform kaum nachvollziehbar, da die Quoten hierbei in relativ große Intervalle gruppiert werden müssen. Beim Vergleich der Gemeindekarten mit den Quoten für das Jahresende 2011 der Mindestsicherungsempfänger insgesamt und der Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach SGB II und XII weisen deshalb nur zwei Gemeinden (die Städte Leipzig und Weinböhla) Farbunterschiede auf. In Leipzig erreichte die Mindestsicherungsquote trotz niedriger Asylbewerberquote durch diese gerade die 15-Prozent-Grenze. In Weinböhla bewirkte die Berücksichtigung dieser Empfängergruppe einen Wechsel von 4,6 auf 5,6 Prozent Leistungsempfänger. Die Gemein-

de Grobharthau blieb dagegen trotz höchstem Bevölkerungsanteil von Asylbewerbern (4,6 Prozent) unabhängig von deren Berücksichtigung in der gleichen Quotengruppe (5 bis unter 10). Mit Erweiterung des Asylbewerberheimes in Kamenz wurde die Gemeinschaftsunterkunft in Grobharthau 2012 geschlossen. Eine tabellarische Darstellung beider Quoten und Empfängerzahlen für alle Gemeinden ist nicht möglich, da man als Differenz die Anzahl der Asylbewerber-Regelleistungsempfänger errechnen könnte. Das wäre für viele Gemeinden geheimhaltungskritisch, da Asylbewerber insbesondere bei dezentraler Unterbringung oft nur in sehr geringe Personenzahlen auftreten. Dieses Problem verstärkt sich entsprechend bei einer altersspezifischen Betrachtung der Leistungsempfänger. In den weiteren Ausführungen auf Gemeindeebene werden deshalb nur die Mindestsicherungsempfänger ohne die Regelleistungsempfänger nach AsylbLG betrachtet.

Tab. 2 Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach SGB II und XII in Sachsen¹⁾ im Dezember 2011 nach Leistungsarten

Merkmal	Insgesamt	Alter (von ... bis unter ... Jahren)		
		unter 15	15 – 65	65 und mehr
Leistungen nach SGB II ²⁾	424 218	98 098	325 996	124
Arbeitslosengeld II ³⁾	321 993	-	321 923	70
Sozialgeld ³⁾	102 225	98 098	4 073	54
Leistungen nach SGB XII	30 290	1 020	19 609	9 661
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ⁴⁾	25 638	x	15 982	9 656
außerhalb von Einrichtungen ⁴⁾	18 498	x	10 687	7 811
in Einrichtungen ⁴⁾	7 140	x	5 295	1 845
laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen	4 652	1 020	3 627	5
Insgesamt	454 508	99 118	345 605	9 785
nachrichtlich:				
Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	5 549	980	4 543	26
dezentrale Unterbringung	1 846	548	1 282	16
in Gemeinschaftsunterkünften ⁵⁾	3 703	432	3 261	10

1) Empfänger mit sächsischem Leistungsträger

2) Personen in Bedarfsgemeinschaften

3) als Arbeitslosengeld II für erwerbsfähige und Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

4) bei Erwerbsminderung: im Alter von 18 bis unter 65 Jahren; im Alter: 65 Jahre und mehr

5) inklusive der Erstaufnahmeeinrichtung

Quelle (für SGB II-Daten): Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Integrierte Statistik zur Grundsicherung für Arbeitsuchende, Stand: Juni 2012

unter 65 Jahren. Dieses Alter gilt als erwerbsfähiges Alter, hier können alle drei Leistungsarten vorkommen. Mit den unter 15-Jährigen erfasst man im weitesten Sinne die Kinder, die meist in Hartz IV-Bedarfsgemeinschaften leben, zu einem geringen Anteil (1,3 Prozent) aber auch laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten. Die ab 65-Jährigen befinden sich (2011 noch zu 100 Prozent) im gesetzlichen Rentenalter. Für sie kommen deshalb nur Leistungen der Grundsicherung im Alter in Betracht, die anderen Leistungen nur in wenigen Ausnahmefällen (z.B. im Monat des 65. Geburtstages). Die Verteilung der Leistungsarten in den einzelnen Altersgruppen ist in Tab. 2 dargestellt.

Wie beeinflussen die 15 bis unter 65-Jährigen die Gesamtquote?

Die Gesamtquote der Empfänger nach SGB II und XII wird entscheidend vom Leistungsempfang in der Altersgruppe der 15- bis unter 65-Jährigen bestimmt. Da diese Gruppe 50 Altersjahre umfasst, ist sie schon allein deshalb die zahlenmäßig größte. In dieser Altersgruppe befanden sich im Dezember 2011 in Sachsen knapp 64 Prozent (über 2,6 Mill. Bürger) der sächsischen Bevölkerung. 345 605 Personen davon erhielten Leistungen. Das waren über drei Viertel (76 Prozent) der Leistungsempfänger. Mit 13,1 Prozent lag die Empfängerquote in dieser Altersgruppe 2,1 Prozentpunkte über der Gesamtquote. Die Ursache liegt darin, dass in der zweitgrößten Altersgruppe (ab 65 Jahren) meist sehr wenige Empfänger zu finden sind und dadurch die Gesamtquote nach unten gedrückt wird.

Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach SGB II und XII in den Gemeinden Sachsens

Ohne Berücksichtigung der Asylbewerber betrug die Empfängerquote für Sachsen im Dezember 2011 noch 11,0 Prozent (mit Asylbewerbern: 11,1 Prozent). Da sich die beiden Empfängerquoten jedoch in einigen Gemeinden spürbar unterscheiden, ändert sich bei einer Sortierung nach der Quote die Reihenfolge der Gemeinden. Zum Beispiel hatte Görlitz mit der fünfthöchsten Mindestsicherungsquote im Dezember 2011 ohne Einbeziehen der Asylbewerber die dritthöchste Quote, da die Quoten von Zittau und Torgau nun leicht darunter lagen.

Welche weitere Untergliederung ist sinnvoll?

Nach Eingrenzung der Leistungsempfänger auf die Sozialgesetzbücher II und XII verbleiben noch Empfänger von drei Leistungsarten mit immer noch sehr unterschiedlichen Anteilen an der Gesamtempfängerzahl: Etwa 93 Prozent davon leben in Bedarfsgemeinschaften mit Leistungen der **Grundsicherung für Arbeitsuchende**. Danach folgen die Empfänger von **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** (knapp 6 Prozent). Die Empfänger von **laufender Hilfe zum Lebensunterhalt** sind die zahlenmäßig kleinste Gruppe (1 Prozent). Insbesondere auf Gemeindeebene ist es wegen kleiner Empfän-

gerzahlen sinnvoller die Leistungsempfänger nach Altersgruppen anstatt nach Leistungsarten zu betrachten, zumal die soziale Bedürftigkeit gänzlich unabhängig von der zustehenden Leistungsart vorliegt. Bei einer **Gruppierung nach dem Alter** wird eine Dreiteilung genutzt. Die mittlere Altersgruppe umfasst die Empfänger im Alter von 15 bis

Abb. 4 Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II und SGB XII im Alter von 15 bis unter 65 Jahren im Dezember 2011

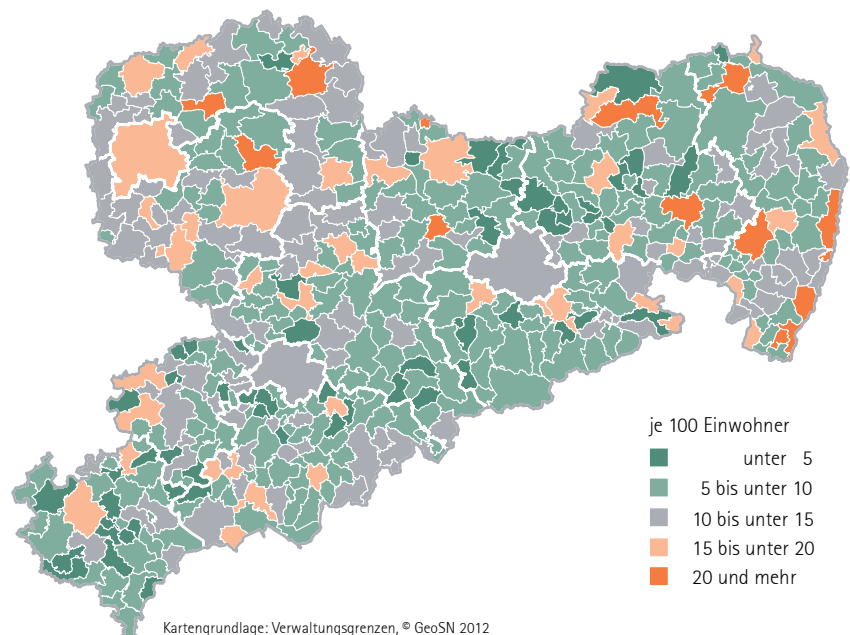
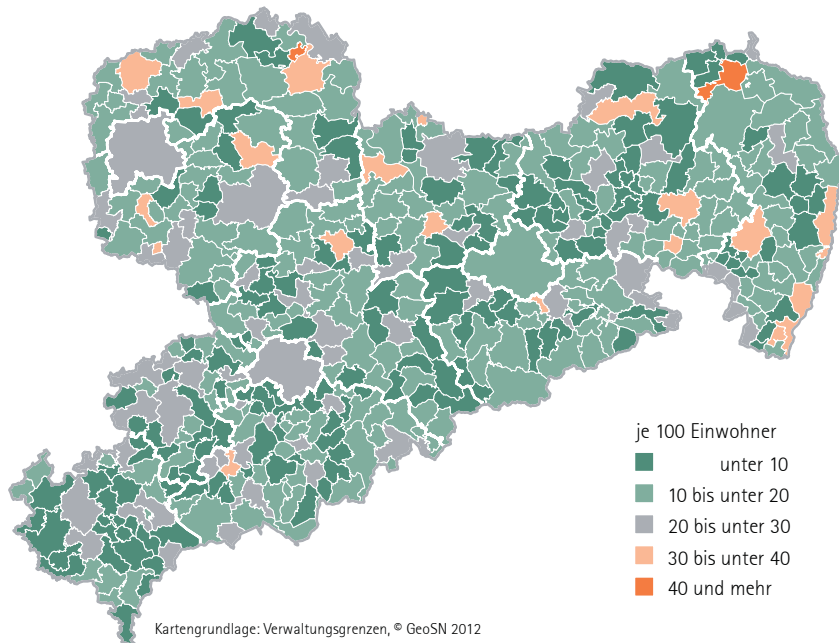


Abb. 5 Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II und SGB XII im Alter unter 15 Jahren im Dezember 2011



In 454 der 458 sächsischen Gemeinden lagen die Empfängerquoten im erwerbsfähigen Alter über den Quoten der Empfänger insgesamt. Die Differenz beider Quoten betrug zwischen +5,6 und -1,5 Prozentpunkten.

In der Kartendarstellung (Abb. 4) musste für diese Altersgruppe zusätzlich eine Gruppe für Quoten über 20 Prozent eröffnet werden, denn zwölf Gemeinden waren davon betroffen, insgesamt 52 Gemeinden hatten Quoten über 15 Prozent. In dieser Altersgruppe wiesen nur noch 60 Gemeinden Quoten unter 5 Prozent auf.

Unter 15-Jährige sind überdurchschnittlich von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes betroffen

Familien mit Kindern, insbesondere Alleinerziehenden, fällt es oft schwer, ein ausreichendes Erwerbseinkommen zu erzielen. Das trifft umso mehr zu, je jünger die Kinder sind. In der Empfängergruppe der unter 15-Jährigen befanden sich im Dezember 2011 in Sachsen 99 118 Kinder und damit knapp 22 Prozent der Personen, die von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II und XII betroffen waren. Die Empfängerquote in dieser Altersgruppe betrug im Dezember 2011 in Sachsen 20,5 Prozent. 83 Gemeinden lagen über dieser Quote. 21 Gemeinden wiesen Quoten über 30 Prozent auf, zwei dieser Gemeinden erreichten sogar Quoten von 40 Prozent. In der Stadt Weißwasser und der Gemeinde Zinna waren demzufolge zwei von fünf unter 15-Jährigen von Unterstützungsleistungen für den Lebensunterhalt betroffen, in Sachsen etwa jedes fünfte.

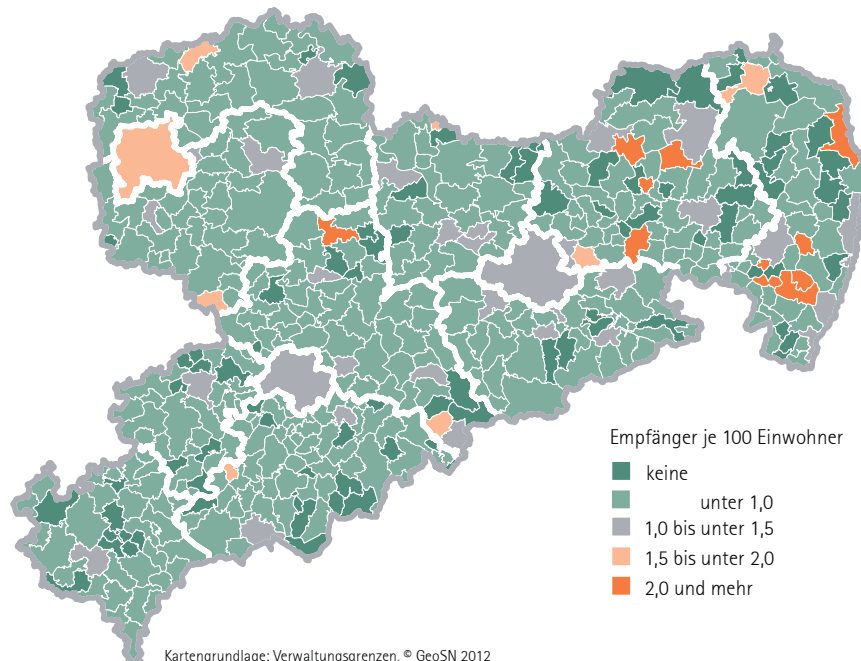
Bei der Kartendarstellung (Abb. 5) wird sichtbar, dass auch in dieser Altersgruppe Gemeinden mit sehr hohen Quoten vorwiegend im Nordwesten und Osten Sachsens zu finden sind.

Quote der ab 65-Jährigen wird durch Leistungsempfang in Einrichtungen beeinflusst

Im Vergleich zu den übrigen Bevölkerungsgruppen sind Senioren in Sachsen derzeit noch relativ selten von Mindest-

sicherungsleistungen betroffen. In dieser Altersgruppe gab es im Dezember 2011 in Sachsen 9 785 Leistungsempfänger, das waren nur 2 Prozent der Leistungsempfänger insgesamt. Die Empfängerquote lag hier unter einem Prozent (9,6 von 1 000 Einwohnern). In 85 Gemeinden Sachsens gab es in dieser Altersgruppe keinen einzigen Leistungsempfänger. Über dem Sachsen-durchschnitt lagen 54 Gemeinden, 51 davon überschritten die Ein-Prozent-Grenze. 43 Gemeinden davon verzeichneten Quoten unter 2 Prozent, sechs lagen zwischen 2 und 3 Prozent und drei zwischen 3 und 4 Prozent. Mit 9,8 bzw. 6,8 Prozent hatten die Gemeinden Großschweidnitz und Räckelwitz die höchsten Empfängerquoten in dieser Altersgruppe. Bei den elf Gemeinden mit Empfängerquoten über 2 Prozent handelt es sich um relativ kleine Gemeinden mit Einrichtungen der Altenpflege und der Behindertenbetreuung. In den meisten dieser Gemeinden leben mehr Leistungsempfänger in solchen Einrichtungen als außerhalb davon. In drei dieser Gemeinden erhalten alle Leistungsempfänger die Unterstützung in der Einrichtung (so auch in der Gemeinde Räckelwitz). Insgesamt erhielten in 210 Gemeinden Sachsens 1 756 über 65-Jährige Leistungen der Grundsicherung im Alter in einer Einrichtung von einem sächsischen Sozialleistungsträger. In 70 Gemeinden davon war die Anzahl der Leistungsempfänger in der Einrichtung größer als die der Leistungsempfänger außerhalb.

Abb. 6 Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II und SGB XII im Alter von 65 Jahren und mehr im Dezember 2011



Tab. 3 Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach SGB II und XII in Sachsen¹⁾ im Dezember 2011
nach ausgewählten Gemeinden

Gemeinde		Insgesamt		Im Alter von ... Jahren					
				unter 15		15 bis unter 65		65 und mehr	
AGS	Name	Quote ²⁾	Anzahl	Quote ²⁾	Anzahl	Quote ²⁾	Anzahl	Quote ²⁾	Anzahl
14	Sachsen	11,0	454 508	20,5	99 118	13,1	345 605	1,0	9 785
Gemeinden mit Gesamtempfängerquote von 14 und mehr Prozent									
14627050	Gröditz, Stadt	19,5	1 351	39,0	287	24,1	1 028	1,9	36
14626600	Weißwasser/O.L., Stadt	19,5	3 618	40,5	722	23,1	2 815	1,8	81
14626110	Görlitz, Stadt	18,5	10 258	36,0	2 302	23,3	7 787	1,1	169
14626610	Zittau, Stadt	18,5	5 156	37,4	1 089	23,7	3 969	1,2	98
14627140	Meißen, Stadt	18,5	5 102	36,6	1 169	23,1	3 843	1,2	90
14730310	Torgau, Stadt	18,5	3 593	35,0	779	22,1	2 749	1,4	65
14626290	Löbau, Stadt	18,2	2 898	34,6	636	22,7	2 206	1,3	56
14729410	Wurzen, Stadt	17,5	2 917	33,1	597	21,7	2 258	1,4	62
14625020	Bautzen, Stadt	17,4	7 051	33,6	1 638	20,8	5 277	1,3	136
14730110	Eilenburg, Stadt	17,3	2 821	35,5	650	20,7	2 138	0,8	33
14730350	Zinna	16,7	247	40,0	92	15,3	155	-	-
14626400	Olbersdorf	16,5	896	32,0	191	21,6	700	0,3	5
14628160	Heidenau, Stadt	16,4	2 690	33,9	684	19,2	1 958	1,1	48
14625040	Bischofswerda, Stadt	16,4	1 959	29,8	414	19,9	1 481	2,1	64
14729040	Böhlen, Stadt	16,3	1 128	32,7	277	18,3	832	1,3	19
14625240	Hoyerswerda, Stadt	15,9	5 842	35,2	1 123	21,5	4 667	0,4	52
14729220	Kitzscher, Stadt	15,9	870	29,7	168	19,1	690	0,9	12
14730070	Delitzsch, Stadt	15,8	4 108	32,6	955	18,2	3 077	1,2	76
14521030	Aue, Stadt	15,7	2 731	31,8	603	19,9	2 086	0,8	42
14729050	Borna, Stadt	15,6	3 177	29,8	641	19,3	2 496	0,8	40
14521020	Annaberg-Buchholz, Stadt	15,6	3 360	28,5	743	18,8	2 572	0,8	45
14729090	Deutzen	15,5	280	32,4	55	18,6	222	0,7	3
14522080	Döbeln, Stadt	15,3	3 216	30,3	697	18,6	2 476	0,8	43
14627230	Riesa, Stadt	14,9	4 987	32,0	1 027	19,1	3 852	1,1	108
14713000	Leipzig, Stadt	14,8	78 885	28,5	17 731	16,7	58 928	1,9	2 226
14625630	Wilthen, Stadt	14,7	808	31,3	173	18,7	625	0,6	10
14521320	Johanngeorgenstadt, Stadt	14,5	660	28,0	107	19,0	547	0,5	6
14730230	Oschatz, Stadt	14,4	2 162	25,4	427	18,0	1 697	1,0	38
14730020	Bad Düben, Stadt	14,0	1 140	28,2	279	16,2	825	1,7	36
14628110	Freital, Stadt	14,0	5 495	27,0	1 350	16,3	4 021	1,3	124
Gemeinden mit Gesamtempfängerquote bis 3 Prozent									
14521310	Jahnsdorf/Erzgeb.	3,0	168	3,1	21	3,7	138	0,7	9
14524100	Hartmannsdorf b. Kirchberg	2,9	42	6	14	3,0	28	-	-
14523420	Tirpersdorf	2,9	42	5	8	3,6	34	-	-
14523110	Erlbach	2,8	49	.	.	3,5	38	.	.
14521190	Erlbach-Kirchberg	2,7	46	5,4	11	3,2	35	-	-
14524010	Bernsdorf	2,7	64	.	.	3,6	55	.	.
14625080	Crostwitz	2,7	28	.	.	3,1	21	.	.
14523190	Limbach	2,6	41	-	-
14523290	Neustadt/Vogtl.	2,6	27	5,2	5	3,2	22	-	-
14625500	Ralbitz-Rosenthal	2,4	42	.	.	2,8	34	.	.
14524110	Hirschfeld	2,4	29	3,6	5	3,0	24	-	-
14627280	Tauscha	2,3	33	.	.	2,8	28	.	.
14628200	Kirnitzschtal	1,7	35	-	-
14523230	Mühlental	1,2	19	-	-

1) nur Empfänger mit sächsischem Leistungsträger

2) je 100 Einwohner (der jeweiligen Altersgruppe)

Außerhalb von Einrichtungen steigt Empfängerquote bei ab 65-Jährigen sehr selten über ein Prozent

Insgesamt 7 937 Empfänger von Grundsicherung im Alter mit sächsischem Sozialleistungsträger lebten in 353 Gemeinden Sachsens außerhalb von Einrichtungen. In 105 Gemeinden gab es demzufolge keinen solchen Leistungsempfänger. Je einen Empfänger außerhalb von Einrichtungen gab es in 99 Gemeinden, in 60 Gemeinden waren es zwei. Wegen dieser kleinen Empfängerzahlen können diese Daten aus Geheimhaltungsgründen nicht für alle Gemeinden veröffentlicht werden.

Die meisten Empfänger mit Leistungen der Grundsicherung im Alter außerhalb von Einrichtungen lebten in den Städten Leipzig und Dresden. Leipzig hatte mit 2 054 Empfängern im Dezember 2011 dabei aber nur die zweithöchste bevölkerungsbezogene Quote (17,6 von 1 000 Einwohnern dieses Alters) und Dresden mit 1 477 Empfängern die sechsthöchste (12,8). Die höchste Quote verzeichnete Gröditz mit 17,7 je 1 000 Einwohner. In nur 18 Gemeinden Sachsens bezogen mehr als ein Prozent der ab 65-Jährigen Leistungen der Grundsicherung im Alter außerhalb von Einrichtungen.

Mögliche Ursachen zum Abweichen der Empfängerstrukturen in einzelnen Gemeinden

Wie zuvor schon dargestellt kann der Bezug staatlicher Transferleistungen auch innerhalb einer Gemeinde für die verschiedenen Altersgruppen stark variieren. Weit über dem Sachsen durchschnitt liegende Empfängerquoten bei älteren Menschen im Vergleich zu relativ niedrigen Gesamtempfängerquoten treten nicht nur in kleineren Gemeinden mit Seniorenheimen auf. Auch in den drei Kreisfreien Städten und anderen größeren Städten sind Ältere im Sachsenvergleich noch stärker vom Leistungsbezug betroffen als es die Bevölkerung insgesamt im Sachsenvergleich ist. In Dresden ist dieser Fakt besonders ausgeprägt. Diese Stadt lag im Dezember 2011 bezüglich der Seniorenempfängerquote mit 1,4 Prozent an 21. Stelle in Sachsen, insgesamt aber mit einer Quote von 10,4 Prozent an 89. Stelle. Als Ursachen für den verstärkten Leistungsbezug Älterer in Großstädten kommen u. a. weniger stabile familiäre Strukturen und Bindungen in Frage, z. B. auch mehr Geschiedene, die zu DDR-Zeiten keinen Versorgungsausgleich erhielten, vor allem

aber ein höherer Ausländeranteil. Letzteres ist insbesondere in Chemnitz und Leipzig der Fall, wo der Ausländeranteil unter den ab 65-jährigen Grundsicherungsempfängern 42 bzw. 33 Prozent betrug (in Dresden 27 Prozent).

Den umgekehrten Effekt - Gemeinden mit hohen Gesamtempfängerquoten, aber sehr niedrigen Quoten im Alter - trifft man ebenfalls in vielen Gemeinden an. Beispiele sind die Gemeinden Zinna und Olbersdorf, die mit 16,7 und 16,5 Prozent im Dezember 2011 die elft- bzw. zwölft höchste Gesamtempfängerquote hatten. Unter den ab 65-Jährigen gab es dagegen in Zinna keinen Leistungsempfänger und in Olbersdorf betrug die Quote hier 0,3 Prozent. Unter den größeren Städten sind als Beispiele Hoyerswerda und Johanngeorgenstadt zu nennen, die mit insgesamt Quoten von 15,9 bzw. 14,5 Prozent stark über dem Durchschnitt lagen, aber bei den ab 65-Jährigen nur Quoten von 0,4 bzw. 0,5 aufwiesen. Meist tritt eine stark unter dem Durchschnitt liegende Seniorenempfängerquote da auf, wo zu DDR-Zeiten überdurchschnittliche Verdienstmöglichkeiten für einen Großteil der Bevölkerung die Grundlage für eine ausreichende Rente legten, danach aber dort bzw. im näheren Umfeld viele Arbeitsplätze weggebrochen sind (Hoyerswerda: Braunkohleabbau und -verarbeitung; Johanngeorgenstadt: Uranabbau).

Schlussbemerkung

Daten zu staatlichen Sozialleistungen werden zur Beurteilung der sozialen Lage der Bevölkerung und für entsprechende politische und wirtschaftliche Entscheidungen genutzt. Für Fragen der Regionalentwicklung werden sie möglichst tief regional gegliedert benötigt. Eine Veröffentlichung dieser Daten auf Gemeindeebene ist im Internet geplant. Der abgebildete Tabellenausschnitt (Tab. 3) zeigt jedoch schon, dass sie geheimhaltungskritisch sind. Außerdem gibt es Verzerrungseffekte, die insbesondere durch Gemeinschaftseinrichtungen (Asylbewerberheime, Pflege- bzw. Behinderteneinrichtungen) auftreten können. Diese wurden hier dargestellt und sollten bei der Nutzung der Daten entsprechend berücksichtigt werden.

Gina Gäbler, Dipl.-Slaw., Fachverantwortliche Analyse Soziales, Gesundheit

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Sozialgesetzbuch (SGB) - Zweites Buch (II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende - (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Dezember 2003, BGBl. I S. 2954, 2955) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850), zuletzt geändert durch Artikel 1a des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3057, 3058)
- [2] Sozialgesetzbuch (SGB) - Zwölftes Buch (XII) - Sozialhilfe - (Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003, BGBl. I S. 3023) das zuletzt durch Artikel 13 Absatz 28 des Gesetzes vom 12. April 2012 (BGBl. I S. 579, 602) geändert worden ist
- [3] Sozialgesetzbuch (SGB) - Sechstes Buch (VI) - Gesetzliche Rentenversicherung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 2002 (BGBl. I S. 754, 1404, 3384), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 23. Oktober 2012 (BGBl. I S. 2246) geändert worden ist
- [4] Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz - BVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21), das zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 21. Juni 2012 (BGBl. I S. 1391) geändert worden ist
- [5] Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 1997 (BGBl. I S. 2022), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. November 2011 (BGBl. I S. 2258) geändert worden ist
- [6] BT-Drs. 12/4451, 5 ff
- [7] BVerfG, 1 BvL 10/10 vom 18. Juli 2012, Absatz-Nr. (1 - 140)
- [8] Gesetz zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (Unterhaltsvorschussgesetz - UhVorschG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juli 2007 (BGBl. I S. 1446), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3194) geändert worden ist
- [9] Mindestsicherung in Sachsen 2009, In: Statistik in Sachsen 1/2011, S. 23 ff.

Die kommunale Doppik in Sachsen

Vorbemerkungen

Mit dem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland 1990 wurde in den neuen Bundesländern auch das Haushalts- und Rechnungswesen der öffentlichen Verwaltung auf das im alten Bundesgebiet existierende kameralistische System umgestellt. Für Sachsen bedeutete das, Gesetze und Verfahren aus anderen Bundesländern wie Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen o. a. für die Bedingungen in Sachsen zu modifizieren, zu beschließen und umzusetzen. Somit galt es zunächst, das in den alten Bundesländern bestehende kameralistische Haushalts- und Rechnungswesen in den Kommunen zu etablieren und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kämmerereien der Gemeinden dahingehend auszubilden und zu befähigen. Mit diesem Haushalts- und Rechnungswesen arbeiteten und arbeiten bis heute noch die meisten Finanzverwaltungen der Kommunen des Freistaates Sachsen, auch wenn es hierbei immer wieder gewisse Veränderungen und Anpassungen gab. Gleichwohl wurde in Sachsen wie in den anderen Bundesländern bereits in den 1990er Jahren über Formen der doppelten Buchführung nachgedacht. Dabei kam es bereits in dieser Zeit zur Kontaktaufnahme unter den Länderministerien, z. B. gab es in den frühen 1990er Jahren Konsultationen der Haushaltsabteilung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, einem für Sachsen sehr bedeutenden Partner beim Aufbau der sächsischen Verwaltung nach 1990. Im bayerischen Finanzministerium war man allerdings damals wie heute kein großer Verfechter der doppelten Buchführung. Aber auch in Sachsen hat es mit der Einführung der Doppik bei den ersten Kommunen bis 2007 gedauert.

In diesem Beitrag wird dargelegt, warum die Kameralistik durch die Doppik ersetzt wird, was Doppik bedeutet und welche Ziele damit

erreicht werden sollen. Es wird aufgezeigt, welche Unterschiede zur bisherigen kameralistischen Haushalts- und Rechnungsführung bestehen und welche Vorteile ein neues Steuerungsmodell für das kommunale Rechnungswesen bringt. Der Beitrag wird darlegen wie der Stand der Einführung der Doppik in Sachsen ist und es wird ein kurzer Blick auf den Stand der anderen Bundesländer geworfen.

Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzliche Grundlage für die doppische Haushalts- und Rechnungsführung bildet das „Gesetz über das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen“. [1] Das Gesetz wurde am 7. November 2007 durch den Sächsischen Landtag beschlossen. Es regelt als ein Artikelgesetz die Gesetzesänderungen für die einzelnen kommunalen Körperschaften. Mit dem Artikel 1 des Gesetzes wird die „Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen“ [2] an das neue Haushaltsrecht angepasst. In den nachfolgenden Artikeln sind die Gesetze weiterer Körperschaften betroffen:

- Artikel 2: Landkreise entsprechend § 61 der Landkreisordnung [3],
- Artikel 3: Verwaltungs- und Zweckverbände entsprechend § 58 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit [4],
- Artikel 4: der Kommunale Sozialverband Sachsen entsprechend des Gesetzes über den Kommunalen Sozialverband Sachsen [5],
- Artikel 5: die Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung,
- Artikel 6: der kommunale Versorgungsverband Sachsen,

- Artikel 7: die Planungsverbände und
- Artikel 10: die Kulturräume.

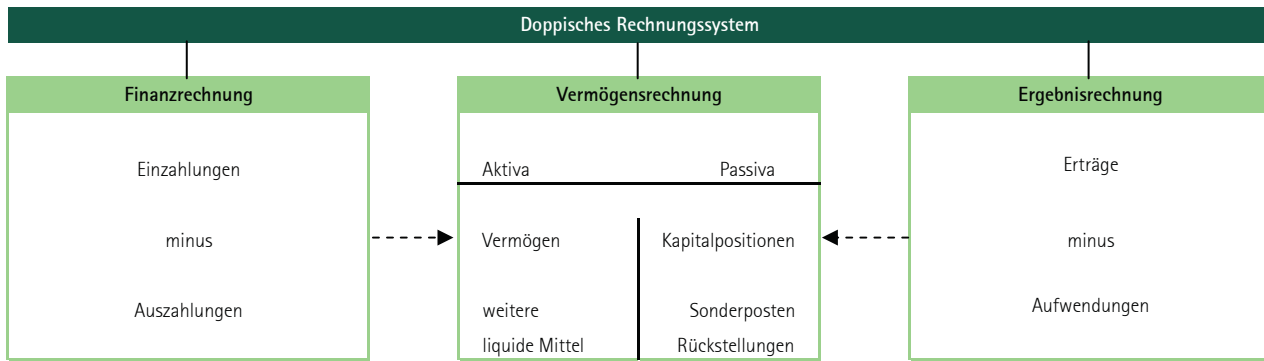
Die Artikel 8 und 9 betreffen die Verwertung von Liegenschaften und das Kommunalabgabengesetz.

Die Arbeitsgrundlagen für die neue kommunale Haushalts- und Rechnungsführung sind einerseits die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die kommunale Haushaltswirtschaft nach den Regeln der Doppik vom 8. Februar 2008 (Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung – Doppik – SächsKomHVO-Doppik) [6] und andererseits die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Zuordnungsvorschriften zum Produktrahmen und Kontenrahmen sowie Muster für das neue Haushalts- und Rechnungswesen der Kommunen im Freistaat Sachsen vom 4. September (VwV Haushaltssystematik Kommunen – VwV KomHSys) [7]. Die Kommunalhaushaltsverordnung beinhaltet:

- die Bestandteile des Haushaltsplans,
- die Planungsgrundsätze,
- die Deckungsgrundsätze und
- Fragen zu Liquidität, zu Rücklagen, zum Haushaltsausgleich und weiteren Vorschriften für die Haushaltswirtschaft.

Die Haushaltssystematik enthält Aussagen zu Inhalt und Verbindlichkeiten von Produktrahmen und Kontenrahmen sowie die finanzstatistischen Merkmale und Abgrenzungen für den Kontenrahmen. Weiterhin beinhaltet die Haushaltssystematik Muster zur Haushaltswirtschaft der Kommunen.

Abb. 1 Bestandteile des doppelischen Rechnungssystems



Quelle: Internet am 27.02.2012 auf Adresse www.kommunale-verwaltung.sachsen.de/download/Kommunale_Verwaltung/Broschuere_Doppik.pdf

Was bringt die Doppik gegenüber der Kameralistik?

Die Kameralistik ist weitestgehend auf die Ermittlung und Darstellung des Geldflusses orientiert, d. h. sie beschränkt sich auf zahlungswirksame Einnahmen und Ausgaben. Ein vollständiges Abbild der laufenden Vorgänge und eine genaue Darlegung der momentanen wirtschaftlichen Lage einer Gebietskörperschaft sind somit nicht gegeben. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, mit dem neuen Haushalts- und Finanzsystem umfassendere Werkzeuge für die Verwaltung und Abrechnung der kommunalen Belange einzusetzen.

Das Wesen der doppelischen Haushaltsführung leitet sich aus dem Handelsrecht ab. Es heißt dort im Handelsgesetzbuch [8] § 238 zur Buchführungspflicht: „Jeder Kaufmann ist verpflichtet, Bücher zu führen und in diesen seine Handelsgeschäfte und die Lage seines Vermögens nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung ersichtlich zu machen. Die Buchführung muss so beschaffen sein, dass sie einem sachverständigen Dritten innerhalb angemessener Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die Lage des Unternehmens vermitteln kann.“

Ziel kann es jedoch nicht sein, das Handelsrecht vollständig zu übernehmen, da die öffentliche Verwaltung nicht wie die Privatwirtschaft gewinnorientiert arbeitet, sondern auf das Gemeinwohl ausgerichtet ist. Ziel ist aber, ein genaues Bild über die Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage der kommunalen Einrichtung zu erhalten. Die Komponenten der Doppik werden in der sogenannten Dreikomponenten-Rechnung bearbeitet und miteinander verbunden (vgl. Abb. 1). Sie besteht aus der Finanzrechnung, der Vermögens- und der Ergebnisrechnung. In der Ergebnisrechnung bilden Erträge und Aufwendungen den Stand der Ressourcen ab. Es gilt in der Doppik das Prinzip der Zuordnung aller Aufwendungen und Erträge zum Haushaltsjahr der Verursachung (Ressourcenverbrauchsprinzip).

Die Ergebnisrechnung beinhaltet neben den zahlungswirksamen Dingen, wie Gebühren oder Lohn und Gehalt auch zahlungsunwirksame Größen, wie Abschreibungen oder Rückstellungen, die dann als Ergebnissaldo in die Vermögensrechnung eingehen. Ebenso geht aus der Finanzrechnung das Liquidationssaldo aus Ein- und Auszahlungen in die Bilanz ein.

Eine Veranschaulichung zeigt das Beispiel in Abbildung 2 anhand des Erwerbs, der Abschreibung und des Verkaufs eines Produkts. In der Kameralistik tauchen nur im Vermögenshaushalt der Erwerb und der Verkauf des Produkts auf. Der Kauf geht hierbei als negativer Titel (Auszahlung) und die Veräußerung als Kassenzugang (Einzahlung) ein. In der doppelischen Haushaltsrechnung ist es dagegen vielschichtiger. Der Produktpreis geht zunächst in der Vermögensrechnung (Bilanz) als Zugang einer Sachanlage ein. Gleichzeitig wird er als Kassenabgang in der Vermögens- und der Finanzrechnung gebucht. Damit ist der doppelische Haushalt ausgeglichen. In den folgenden Jahren erfolgen die jährlichen Abschreibungen, so dass im Verkaufsjahr ein bestimmter Bestands-

wert erreicht wird. Mit dem Verkauf erfolgt kameralistisch erst die zweite Buchung, der Kassenzugang bzw. die Einzahlung des Erlöses, wieder im Vermögenshaushalt. In der doppelischen Buchführung wird zunächst der Sachabgang des Produkts mit dem Bestandswert (negativ) und der Verkaufspreis als Einzahlung in der Vermögensrechnung verbucht und anschließend der Saldo, ob Ertrag oder Verlust, in der Ergebnisrechnung verarbeitet.

Der Haushaltsplan bildet auch in der Doppik weiterhin eine Grundlage für das Haushalts- und Rechnungswesen. Bestandteile des doppelischen Haushaltsplans sind der Finanz- und Ergebnisplan. Die Trennung in einen Plan für laufende Verwaltungstätigkeit (Verwaltungshaushalt) und in einen Plan für Investitionen (Vermögenshaushalt) bleibt auch hier bestehen. Der kameralistische Verwaltungshaushalt ist in der Doppik im Wesentlichen mit dem Ergebnishaushalt gleichzusetzen. Hier werden der mögliche Verbrauch (Aufwendungen) und das etwaige Aufkommen (Erträge) abgebildet, unabhängig ob kassenwirksam oder nicht. Im Ergebnisplan werden die Erträge und Aufwendungen geplant. Mit

Abb. 2 Abschreibung und Verkauf an einem Beispiel

Jahr	Aktion	Kameral		Doppisch		
		Verwaltungs-haushalt	Vermögens-haushalt	Finanz-haushalt	Bilanz	Ergebnis-haushalt
2006	Kauf einer Sachanlage (Preis 4000)					
	Zugang Sachanlage				4 000	
	Kassenabgang (Auszahlung)		-4 000	-4 000	-4 000	
jährlich	Abschreibung				-400	
2012	Bestand vor Verkauf				1 600	
	Verkauf (Preis 1700)					
	Abgang Sachanlage				-1 600	
	Kassenzugang (Einzahlung)		1 700		1 700	
	Ertrag					100

der Ergebnisrechnung werden die Erträge und die Aufwendungen berechnet und aus der Differenz das Ergebnissaldo ermittelt. Der kameralistische Vermögenshaushalt ist in der Doppik im Finanzhaushalt realisiert. Ein- und Auszahlungen ordnet man den Investitionen zu. Folglich geschieht in der Finanzrechnung eine Gegenüberstellung der Ein- und Auszahlungen zur Liquiditätsermittlung. Diese beiden Pläne bilden eine wesentliche Grundlage des Haushaltsplans einer Kommune.

Das Neue des doppischen Haushaltsplanes ist, dass er für einzelne kommunale Produkte aufgestellt wird. In der Haushaltssystematik [7] sind die Produktbereiche und einige festgelegte Produktgruppen verbindlich im Produktrahmen festgeschrieben. Die Kommune kann darauf aufbauend Produktgruppen und Produkte frei gestalten (vgl. Abb. 3, 4 und [7]). Dabei ist die Anzahl der Produktgruppen und Produkte bzw. die Vielfalt abhängig von der Gemeindestruktur und der Größe der Gemeinde. Der Produktrahmen ist mit dem Gliederungsplan in der Kameralistik vergleichbar. Das Gegenstück der kameralen Gruppierung ist in der Doppik der Kontenrahmen (vgl. Abb. 5 und [7]).

So ist beispielsweise die Produktgruppe 421, Förderung des Sports, vergleichbar mit der kameralistischen Gliederungsnummer 55 oder die Kontenart 311, Schlüsselzuweisungen, mit der alten Gruppierung 04. Nicht alle Produkte bzw. Konten lassen sich mit den Gliederungen und Gruppierungen direkt vergleichen.

Stand der Einführung in Sachsen

Mit der Verabschiedung des Gesetzes über das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen durch den sächsischen Landtag im November 2007 waren die Weichen für eine bessere Steuerung der Verwaltung im Sinne einer effektiveren Übersicht im Geld- und Ressourcenverbrauch gestellt worden. Die Umstellung vom kameralistischen zum doppischen Verwaltungssystem stellt allerdings in der Vorbereitungs- und Übergangszeit hohe Ansprüche an die Gemeinden und Landkreise. In der Vermögensbewertung sind dazu für die Bestandsaufnahme einmalige Anstrengungen notwendig. In der sächsischen Gemeindeordnung [2] wurden im § 131 hierzu Übergangsbestimmungen festgelegt. Danach sind die Bestimmungen für das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen bis spätestens ab dem Haushaltsjahr 2013 anzuwenden. Andererseits bedeutet spätestens, wie auch explizit im Absatz 2 des § 131 noch einmal bestimmt, dass eine Gemeinde beschließen kann, bereits vor 2013 die Bestimmungen des Gesetzes über das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen anzuwenden.

Mit Stand 2012 haben 103 Gemeinden (vgl. Abb. 6), ein Landkreis, zwei Verwaltungsverbände und der Kommunale Sozialverband Sachsen das neue System eingeführt. Im Jahr 2007 fing es sehr bescheiden mit vier Modellgemeinden an, wobei eine Gemeinde davon mit unter 3 000 Einwohnern 2012 eingemeindet wurde. Zwei Gemeinden von den Frühstartern waren aus der Größenklasse zwischen 5 001 und 10 000 Einwohnern und eine zwischen 30 001 und 50 000 Einwoh-

Abb. 3 Der sächsische Produktrahmen

Produktbereich	Benennung
11	Innere Verwaltung
12	Sicherheit und Ordnung
21-24	Schulträgeraufgaben
25-29	Kultur und Wissenschaft
31-35	Soziale Hilfen
36	Kinde-, Jugend- und Familienhilfe
41	Gesundheitsdienste
42	Sportförderung
51	Räumliche Planung und Entwicklung
52	Bau- und Grundstücksordnung
53	Ver- und Entsorgung
54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
55	Natur- und Landschaftspflege
56	Umweltschutz
57	Wirtschaft und Tourismus

Datenquelle: VwV KomHSys [7]

nern (vgl. Tab. 1). In den beiden folgenden Jahren 2008 und 2009 stellten ebenfalls jeweils vier Gemeinden auf die Doppik um, wobei in jedem Jahr eine Gemeinde der Größenklasse von 20 001 bis 30 000 Einwohnern und 2009 eine Gemeinde zwischen 10 001 und 15 000 Einwohnern dabei waren. Die anderen Kommunen hatten weniger als 10 000 Einwohner. In den folgenden Jahren stieg die Anzahl der Gemeinden, die die Voraussetzungen für die Umstellung auf das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen geschaffen hatten, auf elf im Jahr 2010 sowie auf 21 im Jahr 2011. Bis 2010 waren ausschließlich Städte unter 50 000 Einwohner doppisch buchend,

Abb. 4 Produktbereich 42 Sportförderung

Produktbereich	Produktgruppe	Produkt	Benennung	Beschreibung (hier stark gekürzt)
...				
42			Sportförderung	
	421		Förderung des Sports	
		421001	Förderung des Sports	Förderung, freiwillig, Zielgruppe, Leistungen
		421002	Sportveranstaltungen	Planung, Org., freiwillig, Zielgruppe, Leistungen
	424		Sportstätten und Bäder	
	4241		Sportstätten und Sporteinrichtungen	
		424101	Sportplätze	Bereitstellung Schulsport, Pflege,
		424102	Turn- und Sporthallen	Bereitstellung Schulsport, Vermietung, ..
		424103	Sondersportanlagen	Bereitstellung Schulsport, Pflege,..
	4242		Bäder	
		424201	Hallenbäder	Bereitstellung, Animation, Kurse,..
		424202	Freibäder	Bereitstellung, Animation, Kurse,..
		424203	Hallenfreibäder	Bereitstellung, Animation, Kurse,..
		424204	Spezialeinrichtungen im Bäderbereich	Bereitstellung, Sauna, Massagen,..
...				

Datenquelle: VwV KomHSys [7]

Abb. 5 Der sächsische Kontenrahmen

Kontenklasse	Benennung
	Aktiva
0	Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen und Vorratsvermögen
1	Finanzvermögen und aktive Rechnungsabgrenzung
	Passiva
2	Kapitalpositionen, Sonderposten, Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Passiv Rechnungsabgrenzungen
3	Ordentliche Erträge
4	Ordentliche Aufwendungen
5	Außerordentliche Erträge und Aufwendungen
	Finanzrechnung
6	Einzahlungen
7	Auszahlungen
	Abschluss
8	Abschlusskonten
	KLR
9	Kosten- und Leistungsrechnung

Datenquelle: VwV KomHSys [7]

doch 2011 fingen mit zwei Kreisfreien Städten, Dresden und Chemnitz, auch die großen Städte mit dem neuen Rechnungswesen an. Die dritte Kreisfreie Stadt ist wie die erste Stadt zwischen 50 000 und 100 000 Einwohnern im Jahr 2012 zur Doppik übergegangen. Damit verwenden die Kreisfreien Städte seit 2012 vollständig das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen. In den anderen Größenklassen über 5 000 Einwohner sind zwischen 30,9 Prozent und 57,1 Prozent dabei, bereits mit dem neuen System zu buchen. Großer Nachholbedarf ist noch in den kleineren Gemeinden bis 3 000 Einwohner, bei denen erst 11,8 Prozent doppisch buchen. Ebenso große Anstrengungen werden noch die Kommunen bis 5 000 Einwohner unternehmen müssen, hier sind bis 2012 erst 18,9 Prozent zum neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen übergegangen. Die bisher 103 (22,5 Prozent) doppisch buchenden Gemeinden hatten teilweise Startprobleme technischer bzw. organisatorischer Art. Es mussten neue Programme installiert und von den Mitarbeitern erlernt werden. Für die Kassenstatistik gab es zwar keine Meldeausfälle, es kam jedoch vor, dass sich die Buchungen aus den ersten Quartalen des Jahres nach hinten bis in das dritte oder vierte Quartal verschoben. Das wiederum hat Auswirkungen

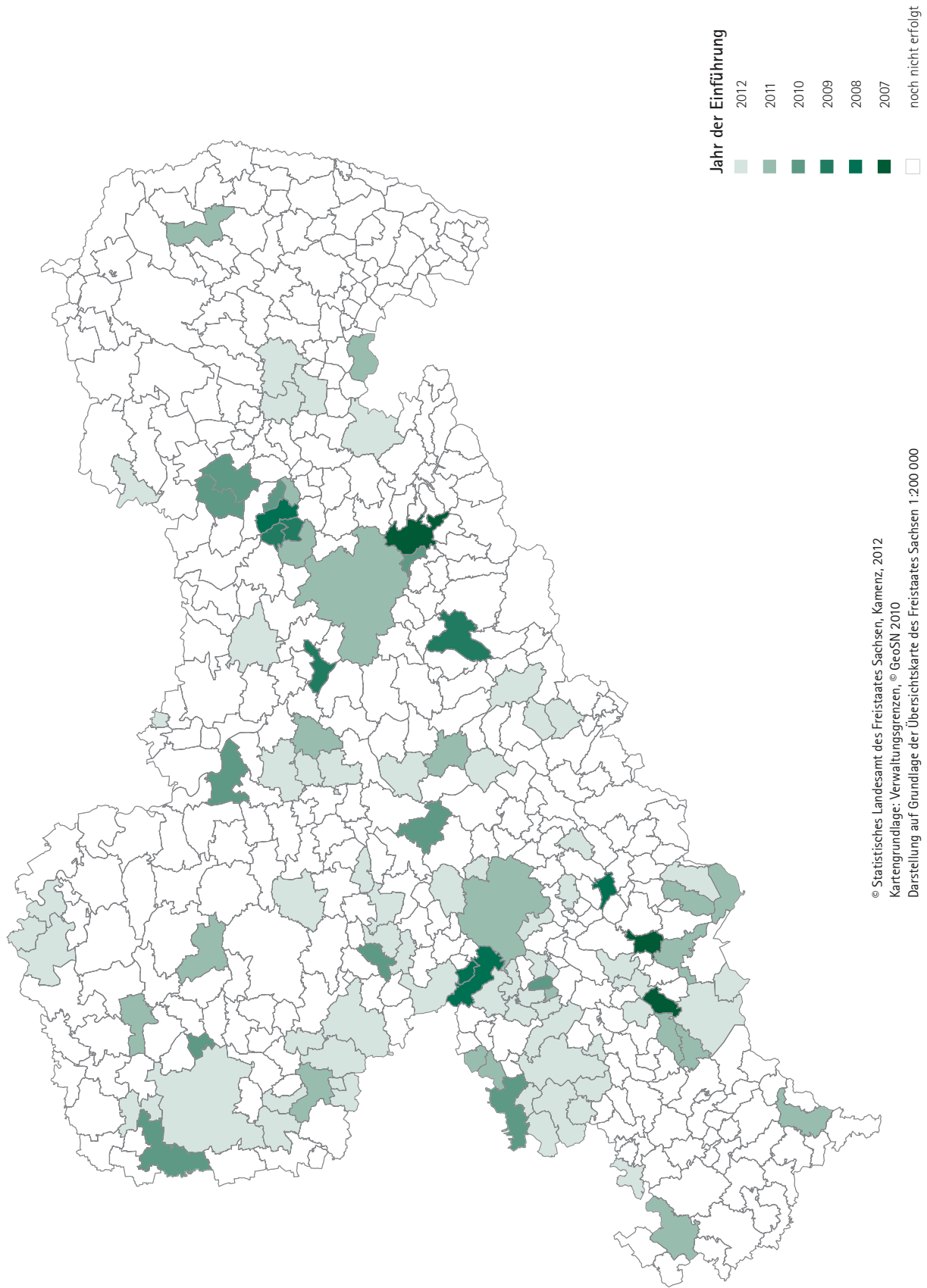
auf die Schlüsselzuweisungen der Gemeinden. Nicht gemeldete Grund- und Gewerbesteuern aus dem ersten Halbjahr bedeuten zunächst für das kommende Jahr, aufgrund der geringeren Steuerkraftmesszahl, eine höhere Schlüsselzuweisung. Im darauffolgenden Jahr wirkt sich die verzögerte Meldung, zusätzlich zu den Meldungen des zweiten Halbjahres, durch die höhere Steuerkraftmesszahl senkend auf die Schlüsselzuweisung aus. Die doppische Kassenstatistik ist mit der kameralistischen Kassenstatistik nur bedingt vergleichbar. Solange ein Teil der Gemeinden kameralistische und ein Teil doppische Meldungen der Kassenstatistik liefern, sind die üblichen finanzstatistischen Auswertungen des Statistischen Landesamtes nur stark reduziert möglich, in dem die doppisch gemeldeten Erhebungen auf das kameralistische Niveau umgestellt werden. Eine Umstellung der kameralistischen Erhebungen zur Doppik ist praktisch nicht möglich, da die Doppik viel breiter gefächert ist. Weiterhin ist zu bedenken, dass die bisher doppisch buchenden Gemeinden ihre Umstellung auf die Doppik auf freiwilliger Basis vollzogen. Für das Jahr 2013 ist bei der Umstellung der per Gesetz verpflichteten Gemeinden mindestens mit den gleichen Problemen zu rechnen.

Tab. 1 Neuzugänge der doppisch buchenden Kommunen 2007 bis 2012 nach Einwohnergrößenklassen

Gemeinden mit ... bis ... Einwohner	Kommunen gesamt	Doppisch buchend	2012	2011	2010	2009	2008	2007	
Anzahl									
1 - 3 000	186	22	13	4	2	2	1	-	
3 001 - 5 000	106	20	13	6	1	-	-	-	
5 001 - 10 000	97	30	20	3	3	-	2	2	
10 001 - 15 000	22	8	6	1	-	1	-	-	
15 001 - 20 000	21	10	3	4	3	-	-	-	
20 001 - 30 000	13	5	2	-	1	1	1	-	
30 001 - 50 000	7	4	1	1	1	-	-	1	
50 001 - 100 000	3	1	1	-	-	-	-	-	
100 001 - 600 000	3	3	1	2	-	-	-	-	
Insgesamt	458	103	60	21	11	4	4	3	
in Prozent									
1 - 3 000	100	11,8	7,0	2,2	1,1	1,1	0,5	-	
3 001 - 5 000	100	18,9	12,3	5,7	0,9	-	-	-	
5 001 - 10 000	100	30,9	20,6	3,1	3,1	-	2,1	2,1	
10 001 - 15 000	100	36,4	27,3	4,5	-	4,5	-	-	
15 001 - 20 000	100	47,6	14,3	19,0	14,3	-	-	-	
20 001 - 30 000	100	38,5	15,4	-	7,7	7,7	7,7	-	
30 001 - 50 000	100	57,1	14,3	14,3	14,3	-	-	14,3	
50 001 - 100 000	100	33,3	33,3	-	-	-	-	-	
100 001 - 600 000	100	100,0	33,3	66,7	-	-	-	-	

Gebietsstand: 1. Januar 2012; Einwohner: 30. Juni 2011

Abb. 6 Stand der Einführung der Doppik in Sachsen
(Gebietsstand 01.01.2012)



Ein Blick auf die anderen Bundesländer

Nach dem Beschluss der Innenminister der Länder über die Reform des kommunalen Haushaltsrechts hat Nordrhein-Westfalen bereits 2004 beschlossen, dass die Kommunen des Landes bis 2009 auf die Doppik umzustellen haben. Andere Bundesländer zogen nach. Dabei gab es Unterschiede hinsichtlich der Reformziele, aber auch für den Beginn der Einführung und für die Übergangszeiträume bis zur endgültigen Umstellung in den einzelnen Bundesländern. Thüringen und Bayern erlaubten den Kommunen wahlweise das herkömmliche kameralistische oder das doppische Haushaltssystem zu verwenden. Hessens und Schleswig-Holsteins Kommunen hatten die Wahl zwischen der erweiterten Kameralistik oder der doppelten Buchführung. Die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen nehmen hier gewissermaßen eine Sonderstellung ein, da in diesen Städten ein Landeshaushaltsplan aufgestellt wird, wobei Hamburg und Bremen auf die Doppik setzen, Berlin eher auf die erweiterte Kameralistik. Die anderen Bundesländer, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Baden-Württemberg haben sich für die Doppik entschieden.

Die ersten, die mit der Umstellung begannen, waren 2005 Hessen und Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen hatte eine Einführungsphase bis 2008 und bucht seit 2009 doppisch. Hessen hat dagegen einen längeren Übergang bis 2011 gewählt, wobei die Kommunen bereits ab 2009 ihre Vermögenswerte ermitteln mussten. Im Jahre 2006 begannen Sachsen-Anhalt und Niedersachsen die neue Haushalts- und Rechnungsführung mit Übergangszeiten bis 2010 bzw. 2011 einzuführen. Für die rheinland-pfälzischen Kommunen gilt nach einer zweijährigen Umstellungszeit von 2007 an seit 2009 die Doppik. Auch in Baden-Württemberg begann 2007 für die ersten Kommunen die doppische Buchführung. Hier sind jedoch sehr lange Übergangsfristen bis 2016 angesetzt worden. In Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern wurde von 2008 bis 2012 die Doppik in den Kommunen verankert, so dass ab 2012 das neue Haushalts- und Rechnungswesen angewendet wird. Daraus ist ersichtlich, dass für die Kommunen der meisten Bundesländer bereits jetzt bzw. in naher Zukunft die doppische Haushalts- und Rechnungsführung eingesetzt wird. Es ist davon auszugehen, dass sich in den Bundesländern mit der Wahloption die Doppik letztendlich durchsetzen wird. Bei den Länderhaushalten ist im Gegensatz zu den kommunalen Haushalten die gleiche Entwicklung so nicht unbedingt zu sehen.

Außer Bremen und Hamburg als Stadtstaaten und Hessen sowie Nordrhein-Westfalen haben sich die Länder bisher für die erweiterte Kameralistik entschieden.

Zusammenfassung und Ausblick

„Das immer noch in Deutschland ganz überwiegend praktizierte und in seiner Grundstruktur auf den absolutistischen, zentral organisierten Staat zurückgehende kameralistische Haushalts- und Rechnungswesen ist für eine demokratische und wirtschaftliche Steuerung eines modernen, komplexen und dezentral organisierten Gemeinwesens nicht mehr geeignet. Politik und Verwaltungen treffen in Deutschland ihre Entscheidungen auf einer völlig unzureichenden Informationsbasis. Dies gilt es mit der Doppik zu ändern.“ [9, S. 4] Dieses Zitat von Professor Dietrich Budäus, emeritierter Professor für Betriebswirtschaftslehre und Public Management, sagt einiges über die Notwendigkeit der Einführung der Doppik aus.

Die Umstellung auf die Doppik ist mit einem recht großen Anfangsaufwand verbunden. Als Grundlage für den Beginn müssen die Ausgangsdaten des bisherigen Besitzes bzw. der Schulden einer Kommune genau ermittelt und in einem Inventarverzeichnis und einer Anfangsbilanz festgehalten werden. Auch wenn es während des laufenden Verwaltungsbetriebes eine einmalige zusätzliche Arbeit bedeutet, ist genau diese Arbeit sehr wichtig, da das Ergebnis die Grundlage für den Neustart in die Doppik bildet. Erschwerend kommt hinzu, dass die Kommunen Vermögen in einem langen Zeitraum angesammelt haben. Vom Gesetzgeber sind für die Vermögenserfassung Vereinfachungen und Pauschalisierungsmöglichkeiten gegeben worden, um den Aufwand zu verringern.

Bis 2012 hat etwa ein Viertel der Kommunen in Sachsen die Umstellung auf die Doppik vollzogen. Die anderen Kommunen werden bis 2013 noch einige Kraft investieren müssen.

Dieter Beier, Dipl.-Math.,
Referent Gesamtwirtschaftliche Analysen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Gesetz über das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen vom 7. November 2007 (SächsGVBl. Nr. 13 vom 24. November 2007, S. 478)
- [2] Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323)
- [3] Landkreisordnung für den Freistaat Sachsen (SächsLKrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 1993 (SächsGVBl. S. 577), zuletzt geändert durch Art. 29 Sächsisches Standortgesetz vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130).
- [4] Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) vom 19. August 1993, zuletzt geändert durch Art. 24 Sächsisches Standortgesetz vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130).
- [5] Gesetz über den Kommunalen Sozialverband Sachsen (SächsKomSozVG) vom 29. Juli 2005 (SächsGVBl. Nr. 6/2005 S. 171, 167)
- [6] Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die kommunale Haushaltswirtschaft nach den Regeln der Doppik (SächsKomHVO-Doppik SächsGVBl. vom 8. Februar 2008 S. 202, Fsn-Nr.: 521-5, Fassung gültig ab 31. Dezember 2011)
- [7] Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Zuordnung zum Produktrahmen und Kontenrahmen sowie Muster für das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen im Freistaat Sachsen (VwV Kommunale Haushaltssystematik – VwV KomHSys) vom 31. Juli 2012 (Sächs.ABl. Nr. 7 vom 8. September 2012 [Sonderdruck])
- [8] Handelsgesetzbuch (HGB) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1 veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 39 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044)
- [9] Zukunftsfähiges Wirtschaften, Bertelsmannstiftung und Kommunale Gesellschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt); Internetzugang am 10. September 2012 auf der Adresse: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-836326E0-64BD0605/bst/Zukunftsaehiges_Wirtschaften.pdf

Die Erstellung einer Gesundheitspersonalrechnung für Sachsen – Methodische Vorgehensweise und Ergebnisse für das Jahr 2010

Vorbemerkung

Die Gesundheitspersonalrechnung (GPR) ist neben der Gesundheitsausgabenrechnung¹⁾ sowie dem Wertschöpfungsansatz zur Gesundheitswirtschaft²⁾ ein Schwerpunkt der Arbeiten zu den Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen auf Länderebene³⁾.

Aufgrund der Notwendigkeit zur Entwicklung einer landesspezifischen Gesundheitspersonalrechnung in Form eines länderübergreifenden Ansatzes⁴⁾ wurden in Zusammenarbeit mit der Hochschule Görlitz/Zittau in einer wissenschaftlichen Arbeit die Möglichkeiten der Erstellung einer GPR am Beispiel Sachsens geprüft und erste Ergebnisse für die Jahre 2008 und 2009 berechnet. [2] Aufbauend auf dieser wissenschaftlichen Arbeit wurden im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen eine Dokumentation zur GPR auf Länderebene entwickelt und gleichzeitig die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit evaluiert. Es erfolgten auch die Berechnungen für das Jahr 2010. Die Methodik der GPR für Sachsen lehnt sich dabei grundsätzlich an die Methodik der GPR des Bundes an, berücksichtigt jedoch die Spezifika auf Länderebene. Sie ist so angelegt, dass sie für die Erstellung von Gesundheitspersonalrechnungen in anderen Bundesländern als länderübergreifender Ansatz genutzt werden kann.

Arbeiten zur Gesundheitspersonalrechnung auf Länderebene erfolgten bisher erst in wenigen Bundesländern und dort weitgehend entsprechend den landesspezifischen Erfordernissen. So publiziert das Land Baden-Württemberg seit einigen Jahren in seiner jährlichen Veröffentlichung „Gesundheitsökonomische Indikatoren für Baden-Württemberg“ Ergebnisse zum Personal im Gesundheitswesen. [3] Auch in Rheinland-Pfalz wurden für die Jahre 1995 bis 2000 Gesundheitsökonomische Basisdaten erstellt, bei denen unter anderem die Beschäftigten im Gesundheitswesen ausgewiesen wur-

den. [4] Für Sachsen wurden vom BASYS-Institut⁵⁾ für das Jahr 1997 auf der Grundlage des bereits für Rheinland-Pfalz vorgelegten Konzeptes gesundheitsökonomische Indikatoren zur Gesundheitsausgaben- und Beschäftigungsrechnung ermittelt. [5]

Der vorliegende Beitrag gibt Auskunft über die im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen entwickelte Methodik der Gesundheitspersonalrechnung nach länderübergreifendem Ansatz und stellt die aktuellen Berechnungsergebnisse für Sachsen vor.

Entwicklung einer Methodik zur Berechnung der GPR für Sachsen

Aufgaben der Gesundheitspersonalrechnung auf Länderebene bestehen analog zur GPR des Bundes vor allem in der Berechnung der Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse sowie der Darstellung der Beschäftigungsstrukturen im Gesundheitswesen. Methodischer Ausgangspunkt für die Abgrenzung des Gesundheitspersonals ist die Definition des Gesundheitswesens der OECD⁶⁾. [6] Danach zählen zum Gesundheitswesen sämtliche Institutionen und Personen des Gesundheitsschutzes (Vermeidung von Gesundheitsgefährdungen), der Gesundheitsförderung (Verbesserung von gesundheitsrelevanten Lebensbedingungen) und der Gesundheitsversorgung (medizinische Behandlungs-, Rehabilitations- und Pflegemaßnahmen). Beschäftigte, die die Gesundheit im weiteren Sinne fördern werden in der GPR nicht mit berücksichtigt. Dies sind zum Beispiel Beschäftigte in Altenwohnheimen, wo die Bewältigung oder Linderung von Gesundheitsproblemen nicht vornehmliches Ziel der Beschäftigung ist. [6]

Die Berechnung der Zahl der Beschäftigungsverhältnisse wird über die Abgrenzung und Definition der Einrichtungen vorgenommen. Dazu wird in folgende Einrichtungen klassifiziert:

- 1) Die Gesundheitsausgabenrechnung beschäftigt sich mit der Ermittlung der Ausgaben im Gesundheitswesen nach Leistungsarten, Einrichtungen sowie Ausgabenträgern. Daten zu den Gesundheitsausgaben liegen auf nationaler Ebene in vergleichbarer Form ab dem Berichtsjahr 1992 vor. In Sachsen werden die Gesundheitsausgaben vorerst nur nach Ausgabenträgern erfasst. Hier stehen seit dem Berichtsjahr 2006 Daten zur Verfügung.
- 2) Der Wertschöpfungsansatz der Gesundheitswirtschaft ermöglicht die Abbildung der wirtschaftlichen Tätigkeiten der in der Gesundheitswirtschaft aktiven wirtschaftlichen Einheiten in den Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Grundlage dafür ist eine wirtschaftsfachliche Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft in tiefster Gliederung (Unterklassen, WZ-5-Steller-Ebene) gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige. [1]
- 3) Die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen (GGR) sind Rechenwerke, die sich mit Fragestellungen der Gesundheitswirtschaft beschäftigen und gegenwärtig noch entwickelt werden. Sie halten Informationen zu Art und Umfang der erbrachten Leistungen und der dafür eingesetzten Ressourcen sowie zu zukünftigen Entwicklungstendenzen in der Gesundheitswirtschaft bereit. Die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen geben somit Auskunft über die Leistungsfähigkeit und wirtschaftliche Bedeutung der Gesundheitswirtschaft. Erste wesentliche Schritte zur Ausgestaltung von Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen stellen zum einen der Aufbau der Gesundheitsausgabenrechnung und der Gesundheitspersonalrechnung sowie zum anderen die Entwicklung eines Wertschöpfungsansatzes für die Gesundheitswirtschaft dar. Zur Herstellung der Verbindung zwischen diesen und weiteren Bereichen der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen bedarf es noch methodischer Arbeiten. Um die Komplexität der Gesundheitswirtschaft adäquat berücksichtigen zu können, werden die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen als Satellitensystem zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entwickelt. Perspektivisch wird mit Hilfe von Erkenntnissen aus diesem Satellitensystem eine Qualitätsverbesserung einzelner Komponenten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angestrebt. [1]
- 4) Unter einem länderübergreifenden Ansatz wird eine einheitliche Methodik zur Berechnung der Gesundheitsausgaben bzw. des Gesundheitspersonals auf Länderebene verstanden. Wird diese Berechnungsmethodik in den einzelnen Bundesländern angewandt, lassen sich die landesspezifischen Berechnungen vergleichen. Der länderübergreifende Ansatz der Gesundheitsausgabenrechnung sowie der Gesundheitspersonalrechnung wurde im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen entwickelt und innerhalb der Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen (AG GGRdL)“ abgestimmt und evaluiert.
- 5) BASYS Beratungsgesellschaft für angewandte Systemforschung mbH, Augsburg. Im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie erstellte diese Institution eine Gesundheitsausgaben- und Beschäftigtenrechnung für das Jahr 1997. [5] Sie wurde nicht fortgeschrieben oder aktualisiert.
- 6) Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) ist eine Internationale Organisation mit 34 Mitgliedsstaaten, die sich der Demokratie und Marktwirtschaft verpflichtet fühlen. Die meisten OECD-Mitglieder gehören zu den Ländern mit hohem Pro-Kopf-Einkommen und gelten als entwickelte Länder. Sitz der Organisation ist Paris in Frankreich.

- Gesundheitsschutz
- Ambulante Einrichtungen
 - Arztpraxen
 - Zahnarztpraxen
 - Praxen sonstiger medizinischer Berufe
 - Apotheken
 - Gesundheitshandwerk und -einzelhandel
 - Einrichtungen der ambulanten Pflege
 - Sonstige ambulante Einrichtungen
- Stationäre und teilstationäre Einrichtungen
 - Krankenhäuser
 - Vorsorge-/Rehabilitationseinrichtungen
 - Stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen
- Rettungsdienste
- Verwaltung
- Sonstige Einrichtungen
- Vorleistungsindustrien des Gesundheitswesens
 - Pharmazeutische Industrie
 - Medizintechnische und augenoptische Industrie
 - Medizinische Laboratorien und Großhandel

Sowohl die Gesundheitspersonalrechnung als auch die Gesundheitsausgabenrechnung des Statistischen Bundesamtes umfassen die sechs Einrichtungsarten Gesundheitsschutz, ambulante Einrichtungen, stationäre und teilstationäre Einrichtungen, Rettungsdienste, Verwaltung und die sonstigen Einrichtungen. Unter „Sonstige Einrichtungen“ werden Einrichtungen anderer Wirtschaftszweige, die Gesundheitsleistungen oder -güter anbieten, subsumiert. Dazu gehören beispielsweise Taxiunternehmen, die Krankenfahrten durchführen, Einrichtungen des Arbeitsschutzes, Einrichtungen der Selbsthilfe und gemeinnützige Organisationen, wie Stiftungen, Vereine und Verbände sowie Einrichtungen der Forschung und Ausbildung. Bei der Gesundheitsausgabenrechnung beinhalten die sonstigen Einrichtungen auch die privaten Haushalte⁷⁾, bei der Gesundheitspersonalrechnung bleiben diese aber unberücksichtigt. Die Vorleistungsindustrien des Gesundheitswesens als siebte Einrichtungsart werden im Gegensatz zur Gesundheitsausgabenrechnung nur in der Gesundheitspersonalrechnung ausgewiesen. [8] Aus diesem Grund werden, wenn in der Gesundheitspersonalrechnung vom „Gesundheitswesen“ gesprochen wird, immer

die Vorleistungsindustrien des Gesundheitswesens mit berücksichtigt.

Die Beschäftigtenzahlen in der GPR basieren auf dem Stichtagsprinzip zum Jahresende. Sie umfassen alle im Gesundheitswesen tätigen Personen, unabhängig davon, welchen Beruf sie ausüben. Unter Beschäftigten werden Beschäftigungsverhältnisse verstanden, so dass Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen auch mehrfach gezählt werden. Aus diesem Grund werden im Artikel die Wörter „Gesundheitspersonal“, bzw. „Beschäftigte“ synonym zu dem Wort „Beschäftigungsverhältnisse“ verwendet.

Zu den Beschäftigten der GPR rechnen im Einzelnen Selbstständige und mithelfende Familienangehörige sowie Arbeitnehmer. Als Arbeitnehmer zählt, wer zeitlich überwiegend als Arbeiter, Angestellter, Beamter⁸⁾, Richter, Berufssoldat, Soldat auf Zeit, Wehr- oder Zivildienstleistender⁹⁾, Auszubildender, Praktikant oder Volontär in einem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis steht. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiter und ausschließlich marginal Beschäftigte. [9] Den Beschäftigten werden auch zugeordnet: Erkrankte und alle sonstigen vorübergehend Abwesenden, Streikende und von Aussperrung betroffene Personen, solange das Arbeitsverhältnis nicht gelöst ist. Nicht zu den Beschäftigten im Gesundheitswesen gezählt werden ehrenamtlich Tätige sowie Beschäftigte, die als Beauftragte aus anderen Wirtschaftsbereichen (zum Beispiel Reinigungskräfte) in Einrichtungen des Gesundheitswesens tätig sind. [8] Neben den Beschäftigungsverhältnissen insgesamt werden in der GPR auch die Vollzeitäquivalente ausgewiesen. „Vollzeitäquivalente geben die Anzahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten an. Ein Vollzeitäquivalent entspricht dabei einem Vollzeitbeschäftigten.“ Bei der Berechnung der Vollzeitäquivalente in der GPR des Bundes werden die aus dem Mikrozensus¹⁰⁾ gewonnenen Informationen über die tatsächlich geleistete Arbeitszeit der Vollzeit, Teilzeit beziehungsweise geringfügig Beschäftigten zugrunde gelegt. Die Krankenhaus- und Pflegestatistik sowie die Personalstatistik für den öffentlichen Dienst und den medizinischen Dienst der Krankenkassen weisen zusätzlich zu den Beschäftigtenzahlen auch die Vollzeitäquivalente aus. In diesen Fällen fand keine Eigenberechnung im Statistischen Bundesamt statt, die Angaben zu den Vollzeitäquivalenten wurden direkt übernommen. [8, S. 3] Den Schwerpunkt der Arbeiten zur GPR auf Länderebene bilden vorerst die Berechnungen der Beschäftigungsverhältnisse insgesamt. Länderspezifische Berechnungen zu den Vollzeitäquivalenten sowie zum Anteil

der weiblichen Beschäftigten sind derzeit aufgrund fehlender landesspezifischer Daten bei einer Vielzahl von Einrichtungen noch nicht möglich. Hierzu müssen noch weitere Recherchen erfolgen. Aus diesem Grund werden die Vollzeitäquivalente sowie der Anteil der weiblichen Beschäftigten auf Länderebene in den Einrichtungen mit fehlenden landesspezifischen Informationen anhand der Bundesverhältnisse geschätzt. Das heißt, dass der Anteil der Vollzeitäquivalente sowie der weiblichen Beschäftigten an den Beschäftigungsverhältnissen insgesamt im Bundesdurchschnitt auf Länderebene übertragen wird.

Bei der Gesundheitspersonalrechnung des Freistaates Sachsen handelt es sich genauso wie bei der GPR des Bundes um ein Rechnungswerk, in dem die im Bereich des Gesundheitswesens verfügbaren Datenquellen zur Ermittlung des Gesundheitspersonals entsprechend der methodischen Vorgaben zusammengeführt werden. Sind länderspezifische Informationen vorhanden, werden sie, wie beispielsweise zu den Beschäftigten in den Krankenhäusern und den ambulanten sowie stationären Pflegeeinrichtungen, direkt in

7) Die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck stellen eine Teilposition der Gesundheitsausgabenrechnung nach Ausgabenträgern dar. Bei Ausgaben der privaten Haushalte handelt es sich zum Beispiel um Leistungen für die Pflege von Angehörigen oder Bekannten durch Privatpersonen. [7]

8) Beamter in Deutschland ist, wer zur Bundesrepublik Deutschland, zu einem deutschen Bundesland oder einer juristischen Person des öffentlichen Rechts in einem öffentlichen Dienst- und Treueverhältnis steht. In der GPR Sachsen gibt es Beamte vor allem in den Einrichtungen des Gesundheitsschutzes, wie beispielsweise in Ministerien oder Landesbehörden oder in Krankenhäusern, wie z. B. Professoren in den Hochschulkliniken. Der überwiegende Teil der Einrichtungen des Gesundheitswesens beschäftigt aber keine Beamten.

9) Wegen der Aussetzung des Wehrdienstes zum 1. Juli 2011 wurden ab Oktober 2010 Zivildienstleistende nur noch auf eigenen Wunsch einberufen. Diese freiwillige Art der Einberufung war nur bis zum 1. Juli 2011 möglich, so dass auch bei freiwillig längerer Dienstverpflichtung die letzten Zivildienstverhältnisse am 31. Dezember 2011 endeten. Als Ersatz für den ausgesetzten Zivildienst wurde 2011 der Bundesfreiwilligendienst (BFD) eingeführt, der alle bestehenden Freiwilligendienste ergänzt. Der Bundesfreiwilligendienst ist 2011 als Initiative zur freiwilligen, gemeinnützigen und unentgeltlichen Arbeit eingeführt worden. Der BFD wurde von der Bundesregierung als Reaktion auf die Aussetzung der Wehrpflicht und damit auch des Zivildienstes eingeführt. Er soll die bestehenden Freiwilligendienste Freiwilliges Soziales Jahr und Freiwilliges Ökologisches Jahr ergänzen und das bürgerschaftliche Engagement fördern. Ziel ist es unter anderem auch, das Konzept des Freiwilligendienstes auf eine breitere gesellschaftliche Basis zu stellen, da der Bundesfreiwilligendienst nach oben auch für Erwachsene über 27 Jahre offen ist (vgl. www.wikipedia.de, zuletzt aufgerufen am 07.07.2012).

10) Eine wichtige Datenquelle zur Analyse der Beschäftigtenstrukturen ist der Mikrozensus der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Für die Beschäftigten des Gesundheitswesens wurde im Statistischen Bundesamt eine gesonderte Auswertung für die GPR des Bundes durchgeführt, in der verschiedene Merkmale (Alter, Geschlecht, Beruf, Wirtschaftszweig, Art der Beschäftigung) miteinander verbunden wurden. Mit Hilfe von Sonderauswertungen zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Berufen und Wirtschaftszweigen der Bundesagentur für Arbeit (BA) für das Jahr 2010 konnte die Verteilung der Berufe auf Einrichtungen weiter plausibilisiert werden. Daneben wurden die Anteile der geringfügig Beschäftigten an den Beschäftigten insgesamt, die bisher auf Auswertungen des Mikrozensus basierten, mit Daten der BA abgeglichen und überarbeitet.

die GPR mit eingearbeitet. Sind dagegen nur landesspezifische Sekundärinformationen vorhanden, werden diese für Schätzungen des Gesundheitspersonals in der gesuchten Einrichtungsart verwendet. Hier werden z. B. die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit¹¹⁾ eines entsprechenden Wirtschaftszweiges (nach WZ 2008) genutzt. Hier ist ein Rückgriff auf die Daten möglich, da es sich bei der GPR um eine Erwerbstätigenstatistik¹²⁾ handelt. Bei fehlenden landesspezifischen Primär- oder Sekundärinformationen wird das Gesundheitspersonal durch Disaggregation der Bundeswerte anhand der Bevölkerungszahl ermittelt.

Ergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung in Sachsen

Zum 31. Dezember 2010 waren rund 238 000 Personen im sächsischen Gesundheitswesen und in den dazugehörigen Vorleistungsindustrien beschäftigt.¹³⁾ Davon waren rund 107 000 Personen allein in den ambulanten Einrichtungen tätig. Dies entspricht einem Anteil von 44,9 Prozent, gemessen an den

Beschäftigungsverhältnissen in den Einrichtungen insgesamt. Die stationären/ teilstationären Einrichtungen waren mit 39,1 Prozent der zweitgrößte Arbeitgeber im Gesundheitswesen. Nur 4,1 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse der GPR waren in den Vorleistungsindustrien angesiedelt (vgl. Tab. 1).

Bezieht man die in der vorgegebenen Klassifikation der Einrichtungen [8] enthaltene weitere Unterteilung von den zwei Einrichtungsarten ambulante Einrichtungen und stationäre/teilstationäre Einrichtungen (vgl. dazu Abb. 1) in die Betrachtung ein, lassen sich die gemachten Aussagen durch weitere Details umsetzen.

Mit 21,8 Prozent bzw. rund 52 000 Beschäftigungsverhältnissen verzeichneten die Krankenhäuser 2010 den größten Anteil an Beschäftigungsverhältnissen im Gesundheitswesen. Es folgen die Einrichtungen der teilstationären/ stationären Pflege mit 13,6 Prozent. Die Arztpraxen nahmen mit einem Anteil von 12,6 Prozent den dritten Platz im Gesundheitswesen ein. Gemessen an den ambulanten Einrichtungen wiesen sie mit 28,1 Prozent 2010 die meisten Beschäftigungsverhältnisse auf. Zu den Arztpraxen

zählen hier alle Einzel- sowie Gemeinschaftspraxen von Allgemeinmedizinerinnen sowie Fachärzten. Einen hohen Anteil des Gesundheitspersonals in ambulanten Einrichtungen wird

- 11) Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der Auszubildenden, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu entrichten sind. Aus dieser Abgrenzung ergibt sich, dass in der Regel alle Arbeiter und Angestellten von der Sozialversicherungspflicht erfasst werden. In wenigen Fällen besteht auch für Selbstständige eine Versicherungspflicht. Unbezahlt mithelfende Familienangehörige und Beamte zählen grundsätzlich nicht zu dieser Gruppe. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen, die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gelangt sind, werden bei den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern nicht nachgewiesen. Die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird von der Bundesagentur für Arbeit erstellt und beruht auf den Meldungen der Arbeitgeber zur Kranken-, Renten-, Pflege- und/oder Arbeitslosenversicherung. [10]
- 12) Bei der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder werden aber im Gegensatz zur GPR die Erwerbstätigen ausgewiesen. „Zu den Erwerbstätigen rechnen alle Personen, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Im Falle mehrerer Tätigkeiten wird der Erwerbstätige nur einmal gezählt (Personenkonzept). Maßgebend für die Stellung im Beruf bzw. nach Wirtschaftszweigen ist dabei die zeitlich überwiegende Tätigkeit.“ [11, unter: Definition und Methoden]
- 13) Die Ermittlung dieser Angaben basiert auf dem Inlandsprinzip. Das heißt, die hier betrachteten Beschäftigungsverhältnisse beziehen sich auf den Arbeitsort Sachsen, unabhängig vom Wohnort der beschäftigten Personen.

Tab. 1 Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse im Gesundheitswesen in Sachsen 2008 bis 2010 nach Art der Einrichtung

Beschäftigungsverhältnisse nach Art der Einrichtung	2008				2009				2010			
	insgesamt	darunter weiblich	Vollzeit-äquivalente ¹⁾	Anteil an den Einrichtungen insgesamt	insgesamt	darunter weiblich	Vollzeit-äquivalente ¹⁾	Anteil an den Einrichtungen insgesamt	insgesamt	darunter weiblich	Vollzeit-äquivalente ¹⁾	Anteil an den Einrichtungen insgesamt
	1 000			%	1 000			%	1 000			%
Einrichtungen insgesamt	225,5	166,9	174,1	100	232,3	172,1	178,3	100	237,8	175,9	182,3	100
Gesundheitsschutz	1,7	1,5	1,4	0,8	1,7	1,5	1,4	0,7	1,7	1,5	1,4	0,7
Ambulante Einrichtungen	101,0	79,3	76,2	44,8	104,2	81,8	78,5	44,9	106,7	83,6	80,4	44,9
Arztpraxen	29,6	22,9	22,7	13,1	30,0	23,2	23,0	12,9	30,0	23,2	23,0	12,6
Zahnarztpraxen	17,2	13,6	13,4	7,6	17,6	14,0	13,7	7,6	17,6	14,0	13,6	7,4
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	19,3	15,6	14,5	8,5	20,5	16,5	15,3	8,8	22,0	17,7	16,5	9,3
Apotheken	8,5	6,8	6,5	3,8	8,4	6,7	6,4	3,6	8,4	6,6	6,5	3,5
Gesundheitshandwerk/ -einzelhandel	6,9	3,2	5,9	3,1	7,0	3,1	6,0	3,0	7,2	3,2	6,2	3,0
Ambulante Pflege	16,1	14,7	10,6	7,1	17,0	15,5	11,2	7,3	17,7	16,1	11,6	7,5
Sonstige ambulante Einrichtungen	3,4	2,5	2,6	1,5	3,7	2,8	2,9	1,6	3,8	2,8	2,9	1,6
Stationäre/teilstationäre Einrichtungen	87,9	68,9	68,1	39,0	91,0	71,4	69,8	39,2	92,9	73,0	71,1	39,1
Krankenhäuser	49,3	37,2	39,4	21,9	51,0	38,5	40,3	22,0	51,7	39,1	40,6	21,8
Vorsorge-/ Rehabilitationseinrichtungen	8,9	6,6	7,0	3,9	8,7	6,5	6,8	3,7	8,9	6,7	6,9	3,7
Stationäre/teilstationäre Pflege	29,7	25,1	21,8	13,2	31,3	26,4	22,8	13,5	32,3	27,3	23,6	13,6
Rettungsdienste	5,1	1,5	4,2	2,3	5,0	1,4	4,0	2,2	6,0	1,8	4,8	2,5
Verwaltung	11,8	5,5	9,7	5,2	12,1	5,6	9,9	5,2	11,8	5,4	9,6	5,0
Sonstige Einrichtungen	8,2	5,2	6,4	3,7	8,9	5,7	6,9	3,8	9,0	5,8	7,0	3,8
Vorleistungsindustrien	9,8	5,1	8,0	4,3	9,4	4,8	7,8	4,1	9,6	4,8	8,0	4,1

Datenquelle: GPR Sachsen; Stand: August 2012

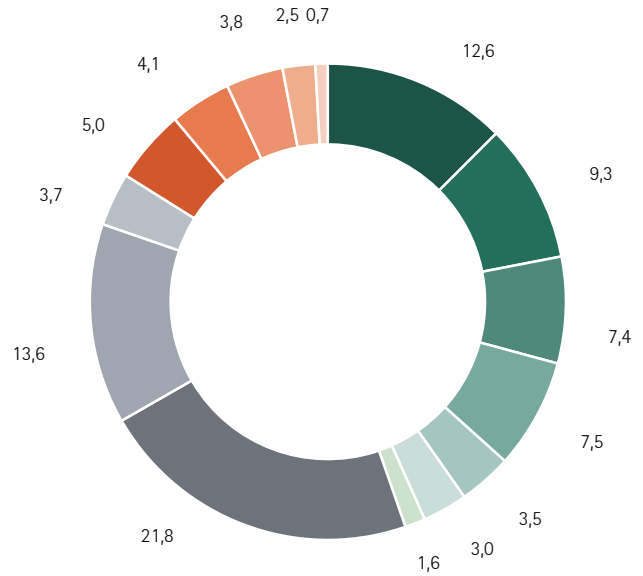
1) Vollzeitäquivalenten geben die Anzahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten an. Ein Vollzeitäquivalent entspricht dabei einem Vollzeitbeschäftigten.

Abb. 1 Beschäftigungsverhältnisse im Gesundheitswesen in Sachsen 2010 nach Art der Einrichtung in Prozent

Ambulante Einrichtungen

- Arztpraxen
- Praxen sonstiger medizinischer Berufe
- Zahnarztpraxen
- Ambulante Pflege
- Apotheken
- Sonstige ambulante Einrichtungen
- Gesundheitshandwerk/-einzelhandel

- Verwaltung
- Vorleistungsindustrien
- sonstige Einrichtungen
- Rettungsdienste
- Gesundheitsschutz

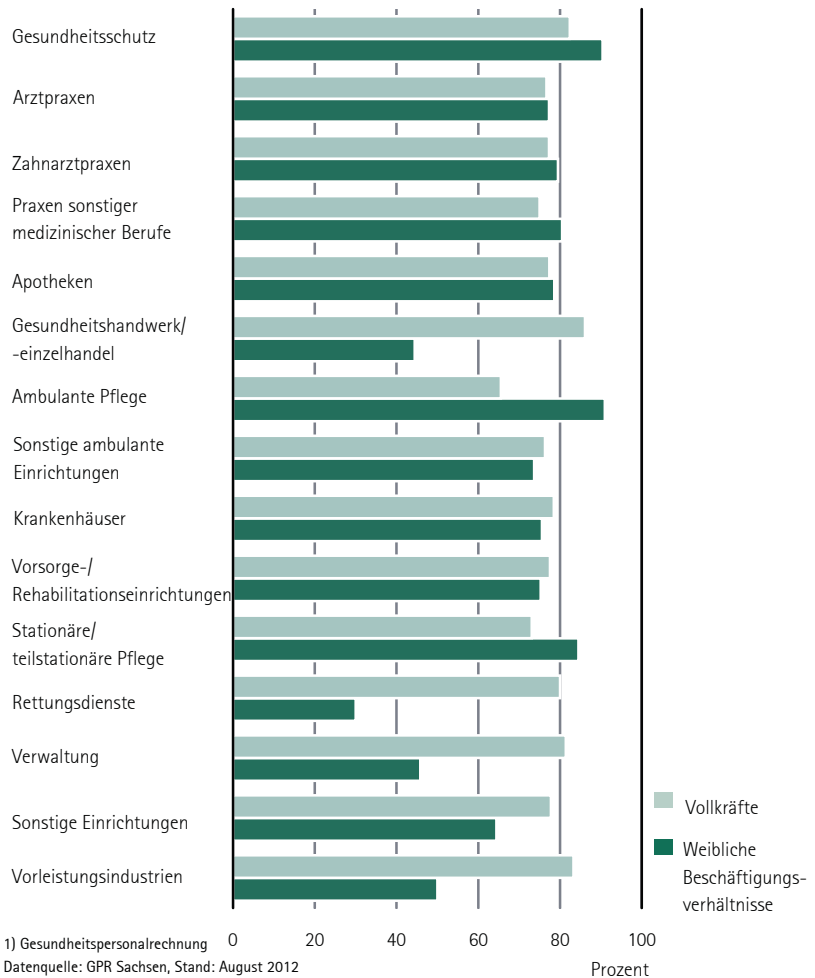


Datenquelle: GPR Sachsen; Stand: August 2012

auch von den Praxen sonstiger medizinischer Berufe (20,6 Prozent am Gesundheitspersonal in ambulanten Einrichtungen 2010) getragen. Zu diesen Einrichtungen zählen Praxen von Physiotherapeuten, Krankengymnasten, medizinischen Bademeistern, Sprach-, Ergo- und Musiktherapeuten, Hebammen, Heilpraktikern, Masseuren und medizinischen Fußpflegern, psychologischen Psychotherapeuten sowie Kinder- und Jugendpsychotherapeuten (vgl. Tab. 1 und Abb. 1).

Von den rund 238 000 Beschäftigungsverhältnissen 2010 waren 74,0 Prozent weiblichen Geschlechtes. Dies entspricht rund 176 000 Beschäftigungsverhältnissen. Der Frauenanteil in der ambulanten Pflege war 2010 mit 91,0 Prozent im Vergleich zu den anderen hier betrachteten Einrichtungsarten der höchste. Den niedrigsten Frauenanteil mit 30,0 Prozent hatten die Rettungsdienste zu verzeichnen. Zu den Beschäftigten in Rettungsdiensten zählen vor allem die Notärzte, Rettungsassistenten und Rettungsassistenten, aber auch die Disponenten in der Leitstelle sowie die organisatorischen Leiter des Rettungsdienstes. Neben den Rettungsdiensten verzeichneten auch das Gesundheitshandwerk/-einzelhandel, die Verwaltung sowie die Vorleistungsindustrien mit 50 Prozent und weniger einen geringen Beschäftigungsanteil an Frauen (vgl. Abb. 2). Die Vollzeitäquivalente bzw. die Anzahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigungsverhältnisse lag 2010 bei 76,7 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse. Dieser Indikator ist ein Maß für die Vollzeitbeschäftigung, bei 100 Prozent würden alle Erwerbstätigen

Abb. 2 Anteil der Vollkräfte sowie der weiblichen Beschäftigungsverhältnisse an den Beschäftigungsverhältnissen der GPR1) insgesamt in Sachsen 2010



in Vollzeit arbeiten. Damit absolvierten die in der GPR erfassten Erwerbstätigen 2010 durchschnittlich etwas mehr als einen Drei-Viertel-Arbeitstag. Einen hohen Anteil der

Vollzeitäquivalente wiesen vor allem die Beschäftigungsverhältnisse in den Einrichtungen des Gesundheitsschutzes (82,4 Prozent), des Gesundheitshandwerks/-einzelhandels

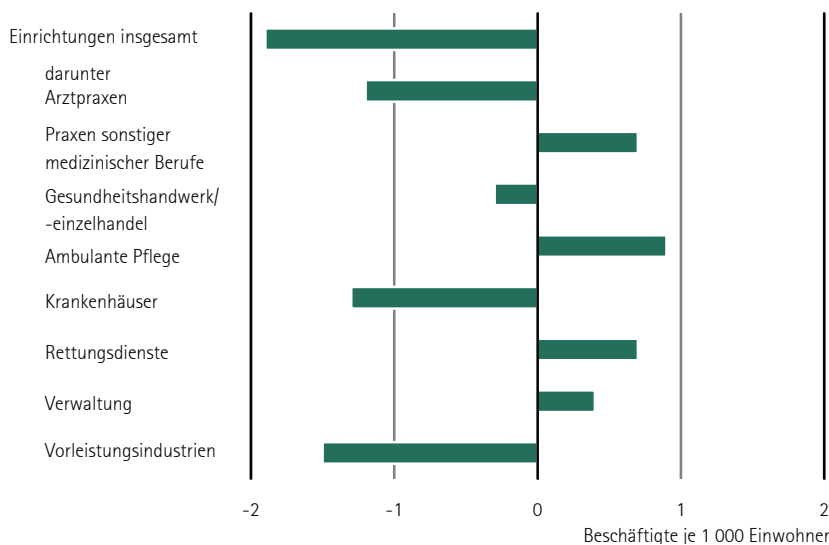
(86,1 Prozent), in den Rettungsdiensten (80,0 Prozent), in der Verwaltung (81,4 Prozent) sowie in Vorleistungsindustrien (83,3 Prozent) auf. Einen hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten wiesen vor allem die Einrichtungen der ambulanten Pflege auf (vgl. Abb. 2).

Ein Vergleich des Gesundheitspersonals zwischen Deutschland und Sachsen zeigt, dass 2010 im Bundesdurchschnitt mit 59,1 Beschäftigungsverhältnissen je 1 000 Einwohnern mehr Personen im Gesundheitswesen als in Sachsen mit 57,2 Personen beschäftigt waren. Dies betraf vor allem folgende Einrichtungen:

- Arztpraxen (+1,2 Beschäftigte je 1 000 Einwohner)
- Krankenhäuser (+1,3 Beschäftigte je 1 000 Einwohner)
- Vorleistungsindustrien (+1,5 Beschäftigte je 1 000 Einwohner)

Sachsen hatte dagegen vor allem in den Einrichtungen der ambulanten Pflege (+0,9 Beschäftigte je 1 000 Einwohner bzw. +26,5 Prozent), bei den Praxen sonstiger medizinischer Berufe (+0,7 Beschäftigte je 1 000

Abb. 3 Abweichung der laut der GPR ermittelten Beschäftigungsverhältnisse in Sachsen gegenüber einer einfachen Disaggregation der Bundeswerte¹⁾ für ausgewählte Einrichtungen 2010



Datenquelle: GPR Sachsen; Stand: August 2012

1) Die Disaggregation der Beschäftigungsverhältnisse in den jeweiligen Einrichtungen wurde anhand der Bevölkerungszahl von Deutschland

Einwohner bzw. +15,2 Prozent), bei den Rettungsdiensten (+0,7 Beschäftigte je 1 000 Einwohner bzw. +100 Prozent) und in der Verwaltung (+0,4 Beschäftigte je 1 000 Einwohner bzw. +16,7 Prozent) einen höheren Beschäftigungsanteil je 1 000 Einwohner zu verzeichnen (vgl. Abb. 3).

Der gegenüber dem Bundesdurchschnitt höhere Wert an Beschäftigungsverhältnissen je 1 000 Einwohner in ambulanten Pflegeeinrichtungen in Sachsen lässt sich vor allem durch die unterschiedliche Altersstruktur und die dadurch bedingte unterschiedliche Pflegebedürftigkeit erklären. Dieser Unterschied

Tab. 2 Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse im Gesundheitswesen in Deutschland und Sachsen 2010 nach Art der Einrichtung

Beschäftigungsverhältnisse nach Art der Einrichtung	Deutschland				Sachsen			
	insgesamt	darunter weiblich	Vollzeit-äquivalente ¹⁾	Anteil an den Einrichtungen insgesamt	insgesamt	darunter weiblich	Vollzeit-äquivalente ¹⁾	Anteil an den Einrichtungen insgesamt
Einrichtungen insgesamt	4 829	3 556	3 648	100	237,8	175,9	182,3	100
Gesundheitsschutz	39	26	33	0,8	1,7	1,5	1,4	0,7
Ambulante Einrichtungen	2 118	1 666	1 606	43,9	106,7	83,6	80,4	44,9
Arztpraxen	689	569	529	14,3	30,0	23,2	23,0	12,6
Zahnarztpraxen	351	296	272	7,3	17,6	14,0	13,6	7,4
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	379	289	284	7,8	22,0	17,7	16,5	9,3
Apotheken	178	140	137	3,7	8,4	6,6	6,5	3,5
Gesundheitshandwerk/-einzelhandel	165	70	142	3,4	7,2	3,2	6,2	3,0
Ambulante Pflege	282	247	185	5,8	17,7	16,1	11,6	7,5
Sonstige ambulante Einrichtungen	74	55	57	1,5	3,8	2,8	2,9	1,6
Stationäre/teilstationäre Einrichtungen	1 926	1 510	1 406	39,9	92,9	73,0	71,1	39,1
Krankenhäuser	1 121	845	812	23,2	51,7	39,1	40,6	21,8
Vorsorge-/Rehabilitationseinrichtungen	169	127	131	3,5	8,9	6,7	6,9	3,7
Stationäre/teilstationäre Pflege	636	538	464	13,2	32,3	27,3	23,6	13,6
Rettungsdienste	56	17	45	1,2	6,0	1,8	4,8	2,5
Verwaltung	199	79	162	4,1	11,8	5,4	9,6	5,0
Sonstige Einrichtungen	178	114	138	3,7	9,0	5,8	7,0	3,8
Vorleistungsindustrien	312	143	258	6,5	9,6	4,8	8,0	4,1

Datenquelle: GPR Sachsen; Stand: August 2012

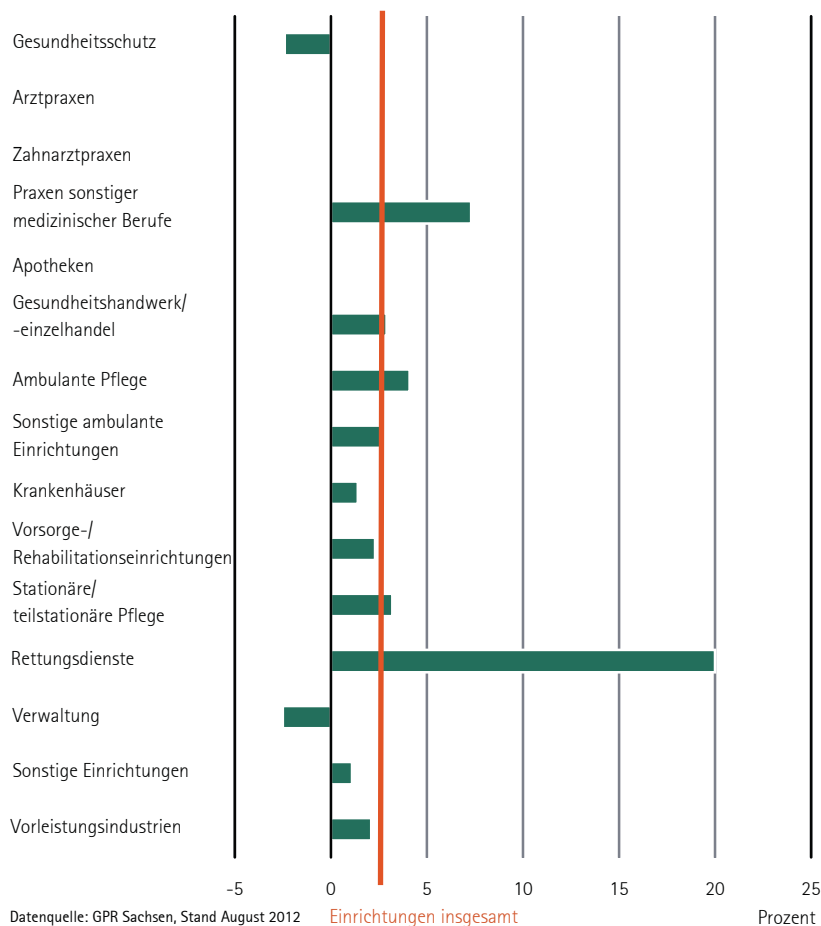
Datenquelle für Deutschland: www.gbe-bund.de->Gesundheitsberichterstattung der Länder->Indikator 8.2 und 8.3: Beschäftigte im Gesundheitswesen in 1 000 nach Einrichtungen und Art der Beschäftigung (zuletzt aufgerufen am 15.07.2012)

1) Vollzeitäquivalenten geben die Anzahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten an. Ein Vollzeitäquivalent entspricht dabei einem Vollzeitbeschäftigten.

ist das Resultat der spezifischen demografischen Rahmenbedingungen in Sachsen. So hatte Sachsen im Jahr 2010 mit einem Durchschnittsalter von 46,2 Jahren nach Sachsen-Anhalt die zweitälteste Bevölkerung innerhalb Deutschlands. Das Durchschnittsalter im Bundesdurchschnitt lag 2010 dagegen bei nur 43,7 Jahren. Der Altenquotient¹⁴⁾ in Sachsen lag bei 55,5 und war somit der höchste im Vergleich zu den anderen Bundesländern. [12] Weiterhin ist der Anteil der durch ambulante Pflegedienste betreuten Personen in Sachsen mit 28,2 Prozent höher als der Bundesdurchschnitt von 23,7 Prozent (2009). [13] Dies kann aber auch aufgrund der hohen Dichte von ambulanten Pflegediensten bedingt sein (23,9 Pflegedienste je 100 000 Einwohner in Sachsen, 14,7 Pflegedienste je 100 000 Einwohner in Deutschland 2009). Vergleicht man den Anteil der Beschäftigten in den Vorleistungsindustrien, so lässt sich feststellen, dass Sachsen 2010 mit einem Anteil von 4,1 Prozent einen gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 6,5 Prozent niedrigeren Beschäftigungsanteil zu verzeichnen hat. Baden-Württemberg registrierte 2009 dagegen einen Beschäftigungsanteil von 11 Prozent in den Vorleistungsindustrien. [14] Baden-Württemberg ist aber auch einer der bedeutendsten Standorte der pharmazeutischen Industrie in Deutschland. Fast ein Viertel der in der deutschen Pharmabranche Beschäftigten arbeiten in diesem Bundesland. [15]

Wird der Anteil der weiblichen Beschäftigten zwischen Deutschland und Sachsen verglichen, so lassen sich aufgrund teilweise fehlender landesspezifischer Daten nur einzelne Einrichtungsarten miteinander vergleichen. Zu diesen Einrichtungen gehören der Gesundheitsschutz, die Praxen sonstiger medizinischer Berufe, die Einrichtungen des Gesundheitshandwerks/ -einzelhandels, der ambulanten sowie stationären/ teilstationären Pflege, der Verwaltung und die Vorleistungsindustrien. So arbeiten vor allem in den Einrichtungen des Gesundheitsschutzes, in den Praxen sonstiger medizinischer Berufe, in den Einrichtungen des Gesundheitshandwerks/ -einzelhandels, in der ambulanten Pflege, in der Verwaltung und in den Vorleistungsindustrien mehr weibliche Beschäftigte in Sachsen als im Bundesdurchschnitt. Nur in den Einrichtungen der stationären/ teilstationären Pflege ist im Bundesdurchschnitt der Anteil der weiblichen Beschäftigten genauso hoch wie in Sachsen. Wird der Anteil der weiblichen Beschäftigten in den Einrichtungen insgesamt zwischen Sachsen und Deutschland verglichen, so lässt sich auch hier mit 74,0 Prozent ein höherer Anteil an weiblichen Beschäftigten als im Bundes-

Abb. 4 Veränderung der Beschäftigungsverhältnisse in Einrichtungen des Gesundheitswesens 2010 gegenüber 2009 in Sachsen



durchschnitt mit 73,6 Prozent feststellen. Ein Grund für den hohen Anteil an weiblichen Beschäftigten in Sachsen könnte eine insgesamt höhere Erwerbstätigenquote der Frauen in Sachsen von 69,2 Prozent im Vergleich zum Bundesdurchschnitt mit 66,1 Prozent (2010) sein.¹⁵⁾ [16]

Landesspezifische Zahlen zur Vollzeitbeschäftigung standen nur für die Einrichtungen der Krankenhäuser zur Verfügung. So lag 2010 der Anteil der Vollzeitäquivalente in sächsischen Krankenhäusern bei 78,5 Prozent. Im Vergleich dazu waren es in Deutschland insgesamt nur 72,4 Prozent (vgl. Tab. 2). Gegenüber dem Vorjahr weist die GPR 2010 für Sachsen rund 5 500 Arbeitsplätze mehr aus. Das entspricht einem Beschäftigungswachstum von 2,4 Prozent. Zusätzliche Arbeitsplätze gab es vor allem bei den Praxen sonstiger medizinischer Berufe (7,3 Prozent), bei der ambulanten Pflege (4,1 Prozent) sowie bei den Rettungsdiensten (20,0 Prozent) (vgl. Abb. 4).

Damit verläuft die Entwicklung analog zur deutschen insgesamt. Dort war das Beschäftigungswachstum insgesamt mit 1,9 Prozent etwas geringer als in Sachsen. Die größten Zuwächse gab es wie in Sachsen in den Pra-

xen der sonstigen medizinischen Berufe (4,7 Prozent), der ambulanten Pflege (4,8 Prozent) sowie bei den Rettungsdiensten (7,7 Prozent).

Schlussfolgerung und Ausblick

Das Gesundheitswesen und seine Vorleistungsindustrien bilden in Sachsen eine Vielzahl an Beschäftigungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Berufen. Dabei decken 2010 allein die ambulanten, stationären und teilstationären Einrichtungen 84,0 Prozent des Gesundheitspersonals ab. Die restlichen Anteile fallen vor allem auf die Verwaltung und die Vorleistungsindustrien.

Das Beschäftigungswachstum im Gesundheitswesen liegt in Sachsen über dem Beschäftigungswachstum in der Gesamtwirtschaft. Dies verdeutlicht die hohe Bedeutung des Gesundheitswesens für die Gesamtwirtschaft. Die zunehmende Alterung wird in Zukunft die Bedeutung des Personals im Gesundheitswesen noch verstärken. So birgt

14) Anzahl der 60-Jährigen und älteren je 100 Personen von 20 bis unter 60 Jahren.

15) Die Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-jährigen Frauen spiegelt die Erwerbsbeteiligung der Frauen im erwerbsfähigen Alter wider (Ergebnisse des Mikrozensus).

das Gesundheitswesen aufgrund der wachsenden Nachfrage nach Gesundheitsleistungen auch zukünftig beschäftigungswirksame Effekte.

Die Erstellung einer Gesundheitspersonalrechnung für Sachsen wurde so konzipiert, dass eine Anwendung in anderen Bundesländern möglich ist. Hierfür ist die Ermittlung und Anpassung der landesspezifischen Datensätze erforderlich.

Der regelmäßigen Ermittlung des im Gesundheitswesen beschäftigten Personals kommt gerade im Zuge des demografischen Wandels große Bedeutung zu.

Kristina Richter, Dipl.-Geogr.,
Sachbearbeiterin Gesundheitsökonomische
Gesamtrechnungen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Definition: Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen. Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen (AG GGRdL), unter: www.ggrd.de → Definitionen [aufgerufen am 31.01.2012].
- [2] Brachmann, C.: Erstellung einer Gesundheitspersonalrechnung für den Freistaat Sachsen unter Berücksichtigung der bisher im Bund und in den Ländern geleisteten Arbeiten. Wissenschaftliche Arbeit, Februar 2012, Fachbereich Mathematik/ Naturwissenschaften der Hochschule Zittau/ Görlitz.
- [3] Vgl. z. B. Gesundheitsökonomische Indikatoren für Baden-Württemberg, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2011.
- [4] Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Gesundheitsökonomische Indikatoren für Rheinland-Pfalz 1995 bis 2000. Berichterstellung: BASYS, Beratungsgesellschaft für angewandte Systemforschung mbH, Augsburg, Februar 2002.
- [5] Schneider, M.; U. Hofmann; P. Biene-Dietrich: Gesundheitsökonomische Basisdaten für Sachsen – Berichtsjahr 1997, Gutachten für das Sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie. BASYS, Beratungsgesellschaft für angewandte Systemforschung mbH, Augsburg, Juni 2000.
- [6] Statistisches Bundesamt: Gesundheit: Ausgaben, Krankheitskosten und Personal – Methodik. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. Unter: www.gbe-bund.de Startseite → Ausgaben, Kosten, Finanzierung → Kosten → Kosten einzelner Krankheiten → Datenquelle: KKR – Methodik [generell], [aufgerufen am 04.04.2012].
- [7] Richter, B.; Richter, K.; Unger, S.: Die Gesundheitsausgaben der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. In: Statistik in Sachsen, 2/2011, S. 42 - 46.
- [8] Statistisches Bundesamt: Gesundheit: Personal – Fachserie 12 Reihe 7.3.1, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2011.
- [9] Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (AK ETR): Definition: Arbeitnehmer. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, unter: www.aketr.de → Methoden und Definitionen [aufgerufen am 04.10.2012].
- [10] Statistisches Bundesamt: Was sind Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte? – Definition. Statistisches Bundesamt Deutschland, unter: www.destatis.de [aufgerufen am 31.01.2012].
- [11] Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (AK ETR): Definition: Erwerbstätige. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, unter: www.aketr.de → Methoden und Definitionen [aufgerufen am 31.05.2012].
- [12] Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerungsfortschreibung 2010. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2012.
- [13] Statistisches Bundesamt: Pflegestatistik 2009. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. 2. Bericht: Ländervergleich – Pflegebedürftige. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2011.
- [14] Knödler, R.: Gesundheitsökonomische Indikatoren für Baden-Württemberg. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2011.
- [15] Pharmazie in Baden-Württemberg, unter: http://www.bw-invest.de/deu/index_deu_395.aspx [aufgerufen am 05.03.2012].
- [16] Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Indikatoren zum Thema Erwerbstätigkeit. Erwerbstätigenquote der Frauen. Unter: http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/ArbeitsmErwerb/Indikatoren/ET_erwTaetigen-QuoteFr.asp [aufgerufen am 22.05.2012].

Gerhard-Fürst-Preis 2013 des Statistischen Bundesamtes

Zum 15. Mal prämiert das Statistische Bundesamt im Jahr 2013 herausragende wissenschaftliche Arbeiten mit dem Gerhard-Fürst-Preis. Ausgezeichnet werden Arbeiten in den Kategorien „Dissertationen“ und „Master- und Bachelorarbeiten“ (einschließlich Diplom- und Magisterarbeiten), die ein theoretisches Thema mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder eine empirische Fragestellung unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen.

Mit der jährlichen Auslobung des Preises möchte das Statistische Bundesamt die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik weiter intensivieren. Zugleich soll der Preis junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ermutigen, das vielfältige Datenangebot der amtlichen Statistik für ihre empirischen Forschungen ausgiebig zu nutzen.

Der Preis wurde nach dem ersten Präsidenten des Statistischen Bundesamtes und langjährigen Vorsitzenden der Deutschen Statistischen Gesellschaft benannt, der die noch heute bestehende organisatorische und rechtliche Struktur der amtlichen Statistik in Deutschland nach 1945 mit ihren zentralen Eckpfeilern der fachlichen Konzentration und der wissenschaftlichen Unabhängigkeit ganz wesentlich geprägt hat.

Die Auszeichnung ist in der Kategorie „Dissertationen“ mit 5 000 €, in der Kategorie „Master- und Bachelorarbeiten“ mit 2 500 € dotiert.

Das Statistische Bundesamt verleiht seinen Wissenschaftspreis auf Empfehlung eines unabhängigen Gutachtergremiums. Den äußeren Rahmen der 14. Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises im Jahr 2012 bildete das 21. Wissenschaftliche Kolloquium zum Thema „Statistik im Lichte der Europäischen Banken- und Schuldenkrise“, welches das Statistische Bundesamt zusammen mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 22. und 23. November 2012 in Wiesbaden veranstaltete.

Die Preisträger werden über ihre Arbeiten in der Schriftenreihe des Statistischen Bundesamtes „Wirtschaft und Statistik“ ausführlich berichten.

Vorschläge für den Gerhard-Fürst-Preis 2013 können ausschließlich von den betreuenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern

eingereicht werden. Im Auswahlverfahren werden deutsch- oder englischsprachige Arbeiten berücksichtigt, die zwischen dem 1. Januar 2011 und dem 31. März 2013 mindestens mit der Note „gut“ resp. „magna cum laude“ abschließend bewertet worden sind.

Einzureichen sind neben der vorgeschlagenen Arbeit u. a. eine kurze Begründung der/des vorschlagenden Wissenschaftlerin/Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit, Kopien der Erst- und ggf. Zweitgutachten, mit denen die Arbeit abschließend bewertet wurde, eine Kurzfassung der Arbeit, ein Lebenslauf der Verfasserin/des Verfassers und eine schriftliche Erklärung zur Einreichung einer Dissertation bzw. Abschlussarbeit.

Die vorgeschlagene Arbeit ist dreifach und die übrigen Unterlagen sind in siebenfacher Ausfertigung einzureichen. Darüber hinaus sind Arbeit und Kurzfassung zusätzlich als MS-Word oder PDF-Datei auf einer CD-ROM zur Verfügung zu stellen.

Die Unterlagen sind an folgende Adresse zu senden:

Statistisches Bundesamt
Institut für Forschung und Entwicklung in
der Bundesstatistik
A 10.213
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

Nähere Informationen über den Gerhard-Fürst-Preis erhalten Sie im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de. Dort finden Sie einen Bewerbungsbogen und weitere Details zur Auslobung und den Teilnahmebedingungen für den Gerhard-Fürst-Preis 2013, dessen Einreichungsfrist am 31. März 2013 endet.

Neues aus Sachsen

Fast 60 Prozent der Kinder im Alter von ein und zwei Jahren besuchen Tageseinrichtungen

266 723 Kinder wurden im Freistaat Sachsen am 1. März 2012 in Kindertageseinrichtungen betreut, 7 688 mehr als im Vorjahr. Davon waren 136 697 Jungen und 130 026 Mädchen bzw. 161 139 Nichtschulkinder und 105 584 Schulkinder.

Von den in Tageseinrichtungen betreuten Kindern waren 15,9 Prozent jünger als drei Jahre (2011: 15,5 Prozent), 44,5 Prozent waren drei Jahre und älter und gingen noch nicht in die Schule (2011: 45,0 Prozent) und 39,6 Prozent gingen neben der Schule noch in den Hort (2011: 39,5 Prozent).

Für die Kinder unter einem Jahr betrug die Besuchsquote (Anzahl der betreuten Kinder je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe) 2,7 Prozent und bei Kindern im Alter von einem bis unter drei Jahren 59,7 Prozent. Für die Kinder von drei bis unter sechs Jahren lag die Besuchsquote bei 95,7 Prozent.

79,2 Prozent der betreuten Nichtschulkinder (2011: 78,3 Prozent) gingen mehr als sieben bis zu zehn Stunden in eine Kindertageseinrichtung. An der Mittagsversorgung in den Tageseinrichtungen nahmen 91,4 Prozent der Kinder teil – Nichtschulkinder 98,7 Prozent und Schulkinder 80,3 Prozent.

Darüber hinaus werden 6 191 Kinder in mit öffentlichen Mitteln geförderter Kindertagespflege betreut, darunter allein 5 588 im Alter von ein und zwei Jahren.

Schülerzahlen in Sachsen steigen weiter

Im Schuljahr 2012/13 lernen 328 031 Schülerinnen und Schüler an den 1 483 allgemeinbildenden Schulen in Sachsen. Damit stieg die Schülerzahl gegenüber dem Vorjahr um 9 081 bzw. 2,8 Prozent an. Alle Schularten verzeichneten einen Zuwachs an Schülerinnen und Schülern, dieser lag zwischen 5,1 Prozent an Mittelschulen und 0,1 Prozent an Förderschulen. In diesem Schuljahr werden 124 235 Schüler an den 831 Grundschulen und 94 536 an den 336 Mittelschulen unterrichtet. 88 818 Gymnasiasten lernen mit dem Ziel, die allgemeine Hochschulreife zu erwerben, an den 153 Gymnasien des Freistaates. Die 158 allgemeinbildenden Förderschulen verzeichnen 18 948 Schüler und die 5 Freien Waldorfschulen 1 494 Schüler. An den 1 290 öffentlichen allgemeinbildenden Schulen lernen 91 Prozent (298 442) aller Schüler. 9,0 Prozent (29 589) der Schüler werden an den 193 Schulen in freier Trägerschaft unterrichtet. Im Vorjahr betrug dieser Anteil 8,6 Prozent.

Im Sommer 2012 beendeten 22 679 Absolventen und Abgänger die allgemeinbildenden Schulen, zum Schuljahresbeginn 2012/13 begannen 31 933 ABC-Schützen ihre Schullaufbahn.

Die Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in Sachsen werden von 28 076 voll- und teilzeitbeschäftigten Lehrpersonen unterrichtet.

Studenten im Wintersemester 2012/13 an Sachsens Hochschulen

Im Wintersemester schrieben sich bis Mitte Oktober 2012 insgesamt 112 191 Studierende, darunter 20 364 Studienanfänger, an den 26 Hochschulen des Freistaates Sachsen ein. Das sind 556 Studenten mehr bzw. 1 114 Studienanfänger weniger gegenüber dem endgültigen Ergebnis von 2011. Hierbei handelt es sich um vorläufige Angaben. Erfahrungsgemäß verändern sich diese Zahlen zwischen Oktober und Dezember des Studienjahres noch.

Die Universitäten zählten 78 376 Studentinnen und Studenten (70 Prozent). 13 181 junge Menschen schrieben sich dort erstmals für ein Studium ein (Immatrikulation). An den Fachhochschulen studieren zu Beginn dieses Wintersemesters 29 927 Studenten (27 Prozent), darunter 6 359 Studienanfänger. Die sechs Kunsthochschulen zählten 2 861 Studenten, darunter 550 Studienanfänger und an den zwei Verwaltungsfachhochschulen lernten 1 027 Studenten, darunter 274 Studienanfänger.

Die Studienfächer der Fächergruppe „Ingenieurwissenschaften“ verzeichnen im Wintersemester 2012/13 mit über einem Viertel aller Studierenden nicht nur die meisten Studenten (31 231), auch bei den Studienanfängern belegte diese Fächergruppe mit 5 895 Ersteinschreibungen den ersten Platz. Mit 27 906 Studenten wählte ein weiteres Viertel der Studenten die Fächergruppe „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“, die damit auch bei den Erstimmatrikulierten (5 025) an zweiter Stelle liegt.

Sachsens Bevölkerung im ersten Halbjahr 2012: Rückgang verlangsamt sich weiter

Nach den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Registerdaten vom 3. Oktober 1990 lebten am 30. Juni 2012 im Freistaat Sachsen insgesamt 4 128 473 Einwohner. Das waren 8 578 Personen bzw. 0,2 Prozent weniger als am Jahresende 2011. Im ersten Halbjahr 2011 lag der Bevölkerungsrückgang noch bei 10 826 Personen.

Hauptursache für den Bevölkerungsrückgang war ein Geburtendefizit. Im ersten Halbjahr 2012 starben 9 810 Personen mehr als lebend geboren wurden, das sind 2,4 je 1 000 Einwohner. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren das 2,3 Personen je 1 000 Einwohner. Dagegen sind 1 143 Personen (0,3 je 1 000 Einwohner) mehr in den Freistaat gezogen als Sachsen verlassen haben. Im ersten Halbjahr 2011 dagegen war das Verhältnis noch umgekehrt. Damals verließen noch 0,3 Personen je 1 000 Einwohner mehr den Freistaat als nach Sachsen zuzogen.

Von allen Kreisfreien Städten und Landkreisen konnten nur Leipzig und Dresden einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen (0,6 bzw. 0,3 Prozent). Dabei profitierten die Städte von einem deutlichen Wanderungsgewinn, Dresden zusätzlich von einem Geburtenzuwachs.

Von den anderen Kreisfreien Städten und Landkreisen lag nur die Kreisfreie Stadt Chemnitz mit ihrem Bevölkerungsrückgang im Sachsendurchschnitt von 0,2 Prozent. Der Landkreis Görlitz hatte mit 0,7 Prozent die höchste Bevölkerungsabnahme.

Mehr Erwerbstätige in Sachsen

Im dritten Quartal des Jahres 2012 stieg die Zahl der Erwerbstätigen, die ihren Arbeitsplatz im Freistaat Sachsen hatten, gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozent bzw. reichlich 7 000 Personen an. Damit konnte seit Beginn des Jahres 2010 in allen Quartalen im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr ein Zuwachs an Erwerbstätigen festgestellt werden. Aktuell erhöhte sich auch im dritten Quartal des Jahres 2012 insbesondere die Zahl der Arbeitnehmer ohne marginal Beschäftigte in Sachsen. Der Anstieg der Erwerbstätigenzahl erreichte jedoch nicht alle Branchen. Das Verarbeiten der Gewerbe trug mit dem höchsten relativen Zuwachs in Höhe von 1,3 Prozent maßgeblich zur aktuellen Entwicklung der Erwerbstätigkeit bei. Im Gegensatz dazu ging die Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei um 2,3 Prozent zurück. Auch das Baugewerbe wies einen Rückgang um 0,4 Prozent auf, was dazu führte, dass der Anstieg im Produzierenden Gewerbe bei einem Plus von 0,5 Prozent lag. Innerhalb der Dienstleistungsbereiche erhöhte sich die Erwerbstätigenzahl in den Bereichen Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation sowie im Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Unternehmensdienstleistungen um jeweils 0,7 Prozent, obwohl bei letzterem die darin enthaltene

Arbeitnehmerüberlassung Beschäftigung abbaute. Nahezu unverändert zeigte sich der Bereich Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit.

Deutschlandweit stieg die Erwerbstätigenzahl im dritten Quartal 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Prozent, wobei in den alten Ländern ohne Berlin ein Anstieg um 1,0 Prozent zu verzeichnen war, während in den fünf neuen Ländern ohne Berlin die Entwicklung stagnierte.

Rinder- und Schweinebestände in Sachsen fast konstant, Schafbestand weiter rückläufig

Insgesamt 498 700 Rinder, 643 100 Schweine und 78 600 Schafe standen Anfang November 2012 in den sächsischen Landwirtschaftsbetrieben und Tierhaltungen. Der Rinderbestand verringerte sich demnach in den vergangenen zwölf Monaten geringfügig um knapp 1 000 Tiere bzw. 0,2 Prozent. Die Zahl der Milchkühe sank ebenfalls minimal um 250 (0,1 Prozent) auf 186 700 und die der sonstigen Kühe um 500 bzw. 1,2 Prozent auf 41 000. Über zwei Drittel des Bestandes (341 000 Rinder) gehörten der Rasse Holstein-Schwarzbunt an.

In den 210 Schweine haltenden Betrieben mit 50 und mehr Schweinen bzw. 10 und mehr Zuchtsauen blieb der Schweinebestand mit 643 100 Tieren im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fast konstant (500 Tiere mehr). Die Entwicklung verlief in den einzelnen Alters- und Nutzungsrichtungen jedoch unterschiedlich. So wurden bei Jungschweinen knapp 200 Tiere und bei Mastschweinen knapp 1 000 Tiere weniger als vor Jahresfrist gezählt. Demgegenüber erhöhte sich die Zahl der Ferkel um fast 1 000 und die der Zucht-tiere um gut 600.

In der sächsischen Schafhaltung setzte sich der seit Jahren anhaltende Bestandsrückgang fort. Im Vergleich zum 3. November 2011 verringerte sich der Schafbestand in den rund 400 Schafe haltenden Betrieben mit 20 und mehr Schafen um gut 2 000 Tiere bzw. 2,5 Prozent.

Zahl der Insolvenzverfahren in Sachsen deutlich gesunken

Die Anzahl der Insolvenzverfahren sank in den ersten drei Quartalen 2012 in Sachsen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um fast sieben Prozent. Von den insgesamt 5 509 Insolvenzverfahren betrafen 1 065 Verfahren Unternehmen und 4 444 Verfahren übrige Schuldner. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ging um knapp zwölf Prozent zurück, die Zahl der Insolvenzverfahren von übrigen Schuldnern um beinahe sechs Prozent.

Im Berichtszeitraum vom 1. Januar bis 30. September 2012 stiegen in Sachsen die

von den Gläubigern angemeldeten Forderungen um vier Prozent auf 989,8 Millionen €. Dabei nahmen die Forderungen bei den Unternehmensinsolvenzen um rund zehn Prozent zu und bei den übrigen Schuldnern um mehr als vier Prozent ab. Die durchschnittlichen Forderungen je Verfahren an Unternehmen betrugen reichlich 580 000 € und je Verfahren der übrigen Schuldner knapp 84 000 €. Eröffnet wurden 88 Prozent aller Insolvenzverfahren (4 833 Verfahren), bei den übrigen Schuldnern waren es sogar 90 Prozent (4 005 Verfahren).

Nach Rechtsformen betrachtet waren rund 53 Prozent der von Insolvenz betroffenen Unternehmen Einzelunternehmen und weitere 38 Prozent Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH).

Jedes fünfte insolvente Unternehmen war dem Baugewerbe zuzuordnen, jedes sechste dem Wirtschaftsbereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

Der Anteil der Unternehmen mit weniger als acht Jahren wirtschaftlicher Tätigkeit betrug knapp 56 Prozent, davon waren gut 53 Prozent der Unternehmen bis drei Jahre alt.

2012 bringt keine Entspannung bei den sächsischen Verbraucherpreisen

Im zurückliegenden Jahr 2012 zahlten die sächsischen Verbraucher rund zwei Prozent mehr für die Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfes als 2011. Preissteigerungen von drei Prozent und mehr verzeichneten dabei die Bereiche „Bekleidung und Schuhe“ (3,9 Prozent), „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (3,2 Prozent), „Verkehr“ (3,1 Prozent) sowie „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (3,0 Prozent). Besonders auffallend waren hier die Entwicklungen bei „Mehl“ (41,6 Prozent), „Zucker“ (20,8 Prozent), „Bekleidungsartikeln“ (4,0 Prozent), „Schuhen“ (4,3 Prozent), „Flugtickets“ (7,6 Prozent), „Kraft- und Schmierstoffen“ (5,6 Prozent), „Mixgetränken“ (5,6 Prozent) und „Zigaretten“ (3,9 Prozent). Teurer wurden zudem „stationäre“ (5,7 Prozent) oder „zahnärztliche Leistungen“ (4,3 Prozent) bzw. die Betreuung in „sozialen Einrichtungen“ (1,6 Prozent). Günstiger als im Vorjahr kam man vor allem bei der Inanspruchnahme von „Finanzdienstleistungen“ (-15,7 Prozent) sowie dem Kauf technischer Geräte, speziell von „Notebooks“ (-10,9 Prozent), „Fernsehern“ (-9,4 Prozent), „Telefonen“ (-5,7 Prozent) und „Waschmaschinen“ (-3,7 Prozent).

Sächsische Krankenhäuser verzeichnen 2011 steigende Kosten

Für Sachsens Krankenhäuser beliefen sich 2011 die gesamten Ausgaben für Personal, Sachmittel, Zinsen und Steuern sowie Ausbil-

dungsstätten auf über 3,9 Milliarden €. Sie sind zum Vorjahr um 5,5 Prozent gestiegen. Die bereinigten Kosten (vollstationäre Kosten für allgemeine Krankenhausleistungen) erhöhten sich in den Krankenhäusern um rund 198 Millionen € bzw. 5,8 Prozent im Vergleich zum Jahr 2010. Im Durchschnitt wurden für allgemeine Krankenhausleistungen für jeden Patienten 3 695 € aufgewendet. Das sind fünf Prozent mehr als im Berichtszeitraum zuvor.

Für das ärztliche und nichtärztliche Personal wurden über 2,2 Milliarden € aufgewandt. Damit machten die Personalkosten mit rund 57 Prozent den größten Anteil aus. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Personalkosten um 3,7 Prozent. Die größten Ausgaben entstanden dabei durch das Pflegepersonal mit rund 758 Millionen € (+3,8 Prozent) und die Kosten für den ärztlichen Dienst mit rund 692 Millionen € (+5,8 Prozent). Die Personalkosten je Behandlungsfall erhöhten sich gegenüber 2010 um 2,9 Prozent auf durchschnittlich 2 252 €. Je Vollkraft war ein Anstieg der durchschnittlichen Personalkosten um ebenfalls 3,8 Prozent auf 54 714 € zu verzeichnen.

Die Sachkosten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 8,7 Prozent und waren mit über 1,6 Milliarden € der zweitgrößte Ausgabenposten an den Krankenhauskosten. Allein rund 813 Millionen € und damit der größte Teil entfielen auf die Ausgabengruppe „Medizinischer Bedarf“. 2010 betrugen die Sachkosten für jeden behandelten Patienten durchschnittlich 1 661 €. Das entspricht einem Kostenanstieg zum Vorjahr von 122 € bzw. 7,9 Prozent.

Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bevölkerung										
Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1 000	4 149,5	4 137,1	4 138,7	4 137,0	4 136,2	4 129,2	4 128,5	4 127,8	4 128,3
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	1 533	1 465	2 551	2 853	2 572	2 325	2 627	2 526	2 837
Lebendgeborene	Anzahl	2 924	2 869	2 852	2 933	3 474	3 026	2 874	3 207	3 268
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	4 242	4 219	3 839	3 731	4 254	4 504	3 724	4 003	3 979
darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	6	7	6	5	13	5	8	9	10
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 318	-1 350	-987	-798	-780	-1 478	-850	-796	-711
Wanderungen										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 620	6 182	4 896	6 110	8 000	4 832	4 804	6 627	8 235
darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 681	1 905	1 441	1 900	2 198	1 620	1 774	2 173	2 625
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 916	5 878	5 028	6 918	8 097	4 615	4 694	6 546	6 975
darunter in das Ausland	Anzahl	1 647	1 469	1 401	2 095	1 969	1 206	1 259	1 957	1 813
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	-296	304	-132	-808	-97	217	110	81	1 260
Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	Anzahl	8 774	9 210	8 112	9 522	11 539	8 590	7 881	9 780	10 784
Erwerbstätigkeit										
Beschäftigte³⁾										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁴⁾	1 000	1 408,3	1 437,3	1 437,3
Frauen	1 000	701,0	709,3	706,7
Ausländer	1 000	16,0	18,4	18,6
Teilzeitbeschäftigte	1 000	282,2	.	291,0
darunter Frauen	1 000	234,3	.	240,8
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁵⁾										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,2	21,1	21,7
Produzierendes Gewerbe	1 000	415,4	428,1	429,6
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	293,1	300,7	299,5
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	246,6	259,1	260,6
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	431,8	427,7	425,7
Arbeitsmarkt³⁾										
Arbeitslose	1 000	253,1	226,8	219,2	219,5	217,0	207,8	199,0	198,6	200,8
Frauen	1 000	116,5	106,4	104,8	106,2	105,9	96,5	93,6	94,4	96,3
Männer	1 000	136,6	120,5	114,4	113,3	111,1	111,3	105,4	104,2	104,5
Ausländer	1 000	9,6	9,3	9,3	9,3	9,1	8,9	8,7	8,7	8,9
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	1 000	26,0	20,7	18,9	22,3	23,5	17,3	16,4	17,2	20,3
Arbeitslosenquote ⁶⁾										
insgesamt	%	11,8	10,6	10,3	10,3	10,2	9,8	9,4	9,4	9,5
Frauen	%	11,5	10,6	10,4	10,6	10,5	9,6	9,3	9,4	9,6
Männer	%	12,1	10,7	10,2	10,1	9,9	9,9	9,4	9,3	9,3
Ausländer	%	23,9	22,8	22,6	22,5	22,1	20,4	19,9	19,8	20,2
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	%	10,8	9,1	8,4	10,0	10,5	8,5	8,1	8,4	9,9
Kurzarbeiter	1 000	29,7	11,5	7,5	5,9	5,0	5,6
Gemeldete Arbeitsstellen	1 000	15,0	18,8	18,8	19,9	20,3	20,5	20,7	20,4	20,5

1) Spalten 1 und 2: Statt Bevölkerung im Monatsdurchschnitt hier Bevölkerung am 31. Dezember

2) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

3) Auswertungen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen

4) einschließlich "Ohne Angabe" der Wirtschaftsgliederung

5) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008

6) Arbeitslose in Prozent bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	239	289	377	387	332	333	407	334	330
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	228	275	343	372	309	320	378	324	313
umbauter Raum	1 000 m ³	223	275	384	349	336	293	446	302	327
Wohnfläche	1 000 m ²	41	51	73	67	58	58	84	60	63
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	48 134	61 922	82 735	79 575	80 255	71 176	101 015	73 516	77 094
Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	110	114	121	132	105	117	142	169	122
umbauter Raum	1 000 m ³	588	715	720	534	351	538	386	1 753	469
Nutzfläche	1 000 m ²	85	100	98	77	55	82	67	246	75
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	64 176	69 158	89 237	57 371	46 537	56 071	63 675	131 275	58 558
Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	468	567	700	858	526	414	885	168	595
Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen)	Anzahl	2 324	2 756	3 403	4 238	3 068	2 616	4 050	1 571	3 074
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ¹⁾	t	4 959	3 356	3 630	3 385	3 406	1 443	1 318	1 337	1 334
darunter										
Rinder insgesamt	t	775	501	413	368	384	286	220	203	220
darunter Kälber ²⁾	t	20	22	18	12	19	19	14	17	15
Jungrinder	t	6	7	6	3	7	9	2	4	2
Schweine	t	4 147	2 817	3 197	2 999	2 995	1 132	1 080	1 115	1 096
Eiererzeugung ³⁾	1 000 St.	59 740	76 219	74 673	76 078	79 086	75 442	72 795	78 212	78 037
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁴⁾										
Betriebe	Anzahl	1 222	1 269	1 279	1 276	1 276	1 319	1 318	1 319	1 319
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	189,6	201,6	200,9	202,2	205,1	210,1	210,4	211,3	212,4
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	26 057	27 691	26 631	26 401	28 117	28 405	29 437	29 029	28 350
Bezahlte Entgelte	Mill. €	484,5	540,3	567,8	529,0	523,5	577,9	606,4	581,1	569,4
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	3 969,1	4 454,6	4 499,2	4 310,6	4 385,8	4 567,0	4 787,9	4 505,7	4 181,0
davon										
Vorleistungsgüter und Energie ⁵⁾	Mill. €	1 375,6	1 602,1	1 625,3	1 689,0	1 673,0	1 578,5	1 654,8	1 653,5	1 570,7
Investitionsgüter	Mill. €	1 844,5	2 070,5	2 095,9	1 863,2	1 863,9	2 179,7	2 361,4	2 080,7	1 822,3
Gebrauchsgüter	Mill. €	55,9	59,2	52,1	49,4	61,0	55,1	57,0	51,5	57,7
Verbrauchsgüter	Mill. €	693,1	722,8	725,8	709,0	787,8	753,7	714,7	720,0	730,2
Auslandsumsatz	Mill. €	1 513,7	1 742,8	1 759,7	1 639,5	1 676,8	1 850,8	1 987,3	1 765,2	1 493,5

1) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien

2) wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar

3) erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern

4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten, ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008

5) ohne Energie- und Wasserversorgung

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Energie- und Wasserversorgung¹⁾										
Betriebe	Anzahl	137	136	136	135	135	136	136	136	136
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	14,0	13,9	13,9	13,8	13,9	13,6	13,7	13,6	13,7
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 867	1 845	1 742	1 710	1 878	1 752	1 808	1 820	1 743
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	49	50	50	46	46	48	49	48	45
Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Energieversorgungsunternehmen	Mill. kWh	2 833	2 752	2 349	2 871	3 046	2 188	2 249	2 399	2 311
Bauhauptgewerbe²⁾										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	56,1	57,3	58,8	59,0	59,2	56,8	57,4	57,6	58,3
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 352	6 022	6 521	6 766	7 336	6 224	6 582	6 698	6 810
davon										
Wohnungsbau	1 000	1 557	1 899	2 072	2 222	2 377	2 139	2 208	2 208	2 165
gewerblicher Bau	1 000	1 945	2 182	2 331	2 397	2 578	2 156	2 289	2 352	2 420
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 851	1 940	2 118	2 147	2 381	1 929	2 085	2 138	2 225
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	102,6	108,7	114,9	116,0	121,8	113,2	111,8	115,6	117,9
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	455,6	523,1	552,1	593,4	623,9	520,5	566,8	615,0	611,1
davon										
Wohnungsbau	Mill. €	87,6	113,3	120,0	146,9	132,2	123,2	133,5	148,1	145,2
gewerblicher Bau	Mill. €	210,6	238,3	250,7	255,0	274,5	229,2	242,6	273,3	254,8
öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	157,4	171,4	181,3	191,5	217,2	168,1	190,7	193,6	211,2
Ausbaugewerbe^{1) 3)}										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	19,0	19,2	19,4	.	.	.	19,1	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 255	6 337	6 429	.	.	.	6 159	.	.
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	112,1	115,9	116,1	.	.	.	118,4	.	.
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	490,6	527,6	503,9	.	.	.	478,8	.	.
Handel⁴⁾										
Großhandel einschl. Handelsvermittlung										
Beschäftigte	2005 = 100	95,1	96,4	96,3	97,1	98,3	98,3	99,0	99,2	100,1
Umsatz (nominal)	2005 = 100	111,0	121,8	120,6	119,8	129,9	127,0	126,3	128,0	129,4
Umsatz (real)	2005 = 100	100,5	103,7	102,5	102,0	109,0	105,4	105,9	108,1	107,3
Einzelhandel einschl. Tankstellen										
Beschäftigte	2005 = 100	108,4	107,5	107,8	107,9	108,4	106,6	106,6	105,5	106,2
Umsatz (nominal)	2005 = 100	113,4	116,7	111,8	114,2	115,0	119,4	117,3	116,4	116,1
Umsatz (real)	2005 = 100	109,6	111,3	106,0	109,2	110,1	110,6	109,0	109,4	108,6
Kfz-Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz										
Beschäftigte	2005 = 100	91,4	91,6	91,3	92,0	93,0	91,5	91,8	91,8	92,4
Umsatz (nominal)	2005 = 100	94,8	99,7	99,0	94,4	104,1	116,2	111,9	115,0	104,4
Umsatz (real)	2005 = 100	90,7	94,4	93,8	89,3	98,3	109,5	105,5	108,3	98,1
Gastgewerbe⁴⁾										
Beschäftigte	2005 = 100	117,9	116,5	124,6	122,9	122,2	121,0	121,1	122,0	122,6
Umsatz (nominal)	2005 = 100	120,7	124,0	145,3	126,0	134,1	145,3	139,9	131,2	133,6
Umsatz (real)	2005 = 100	103,5	104,8	123,1	106,5	113,3	120,5	115,7	109,1	111,0

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse für alle Betriebe

3) Angaben beziehen sich auf das Quartal

4) Die Monatergebnisse des Bereichs Handel und Gastgewerbe sind generell vorläufig. Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008.

Ab Juni 2010 wurde eine jährliche Rotation der befragten Unternehmen eingeführt. Die Ergebnisse aus dem neuen Kreis der befragten Unternehmen liegen rückwirkend bis Januar 2009 vor.

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Tourismus¹⁾										
Gästeankünfte	1 000	535	561	703	644	670	704	685	683	694
darunter von Auslandsgästen	1 000	60	60	79	88	87	79	81	101	97
Gästeübernachtungen	1 000	1 398	1 445	1 821	1 758	1 816	1 812	1 746	1 853	1 941
darunter von Auslandsgästen	1 000	134	136	184	199	190	183	189	229	217
Verkehr										
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	1 596	1 614	1 868	1 748	1 780	1 862	1 702	1 805	1 746
darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 080	1 154	1 442	1 293	1 355	1 424	1 297	1 347	1 368
Getötete Personen	Anzahl	14	16	20	17	18	20	18	19	19
Verletzte Personen	Anzahl	1 370	1 460	1 783	1 665	1 715	1 742	1 627	1 592	1 736
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 219	12 296	13 595	12 188	11 068	13 027	13 761	11 261	9 732
darunter Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	9 357	10 108	11 301	9 971	9 048	10 764	11 463	9 209	7 950
Lastkraftwagen	Anzahl	1 114	1 359	1 404	1 347	1 225	1 172	1 371	1 138	1 001
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	6,5	6,4	4,9	4,7	14,2	7,0	2,5	3,9	5,5
Güterversand	1 000 t	13,8	9,4	2,7	4,5	14,5	8,8	5,9	8,1	4,8
Außenhandel⁴⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. €	2 062,0	2 450,7	2 387,8	2 382,6	2 151,9	2 786,5	3 050,5	2 881,4	2 479,8
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	76,7	87,4	85,9	83,7	95,8	100,2	92,9	90,4	100,5
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 964,5	2 344,1	2 282,0	2 280,1	2 037,7	2 642,5	2 902,5	2 730,5	2 317,3
davon										
Rohstoffe	Mill. €	8,9	11,7	11,8	11,0	16,9	11,5	12,1	9,2	7,8
Halbwaren	Mill. €	86,2	104,0	84,5	111,3	89,5	82,6	101,6	112,0	122,5
Fertigwaren	Mill. €	1 869,4	2 228,4	2 185,7	2 157,8	1 931,4	2 548,4	2 788,7	2 609,2	2 186,9
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	219,5	237,9	227,0	269,5	244,3	218,7	250,1	237,1	218,4
Enderzeugnisse	Mill. €	1 649,9	1 990,5	1 958,7	1 888,3	1 687,0	2 329,7	2 538,6	2 372,1	1 968,5
Ausfuhr nach										
Europa	Mill. €	1 253,4	1 444,6	1 390,2	1 369,2	1 287,7	1 570,6	1 668,8	1 457,8	1 263,7
darunter in die EU-Länder	Mill. €	1 028,5	1 155,2	1 108,1	1 079,3	1 018,1	1 217,5	1 301,1	1 116,4	980,9
Afrika	Mill. €	42,2	49,4	47,0	51,2	38,6	47,4	49,0	59,6	41,0
Amerika	Mill. €	222,3	268,4	288,7	279,0	254,2	264,1	298,2	431,1	342,7
Asien	Mill. €	516,4	657,1	625,4	650,6	550,7	863,0	998,4	900,7	800,5
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	27,7	31,2	36,5	32,6	20,7	41,4	36,0	32,1	31,9

1) bis 2011: Betriebe mit 9 und mehr Betten einschließlich Campingplätze mit 3 und mehr Stellplätzen, ab Januar 2012: Betriebe mit 10 und mehr Betten einschließlich Campingplätze mit 10 und mehr Stellplätzen

2) schwer wiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel

3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen

4) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Noch: Außenhandel										
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. €	1 408,6	1 687,7	1 780,4	1 665,8	1 581,0	1 775,9	1 742,2	1 591,2	1 565,5
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	81,8	88,7	88,3	86,6	83,9	100,2	87,9	81,2	86,2
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 280,7	1 529,6	1 620,7	1 513,1	1 431,8	1 536,4	1 497,2	1 353,6	1 321,2
davon										
Rohstoffe	Mill. €	93,0	156,4	80,0	219,3	128,6	158,6	88,8	110,7	103,7
Halbwaren	Mill. €	116,4	143,7	161,3	139,1	160,0	178,8	144,5	138,3	148,0
Fertigwaren	Mill. €	1 071,3	1 229,5	1 379,4	1 154,6	1 143,2	1 199,0	1 263,9	1 104,7	1 069,6
davon										
Vorzeugnisse	Mill. €	154,7	178,7	191,4	190,3	179,5	180,0	184,9	156,1	159,5
Enderzeugnisse	Mill. €	916,6	1 050,8	1 188,0	964,3	963,8	1 019,0	1 079,0	948,6	910,1
Einfuhr aus										
Europa	Mill. €	1 016,5	1 266,6	1 294,8	1 274,2	1 127,5	1 350,5	1 319,2	1 184,8	1 164,8
darunter aus den EU-Ländern	Mill. €	850,8	1 028,7	1 124,8	991,1	896,8	1 072,1	1 125,2	982,8	940,7
Afrika	Mill. €	7,2	8,1	6,3	6,2	6,6	5,3	7,7	7,9	7,6
Amerika	Mill. €	171,0	136,0	177,1	140,7	108,9	116,5	102,6	118,1	98,5
Asien	Mill. €	211,5	274,4	297,7	240,1	335,1	301,5	310,5	278,0	291,5
Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. €	2,3	2,7	4,5	4,6	2,9	2,1	2,1	2,5	3,1
Gewerbeanzeigen¹⁾										
Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	3 183	3 028	2 964	2 853	3 044	2 931	2 638	2 720	2 836
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 888	2 768	2 566	2 419	2 519	2 667	2 268	2 462	2 598
Insolvenzen										
Insolvenzverfahren insgesamt	Anzahl	726	647	644	592	685	635	586	684	539
und zwar										
Unternehmen	Anzahl	143	132	133	131	147	109	134	149	109
Verbraucher	Anzahl	417	355	358	310	382	393	341	370	298
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	114	113	102	110	116	88	76	107	83
sonstige natürliche Personen ²⁾ , Nachlässe	Anzahl	53	47	51	41	40	45	35	58	49
eröffnete Verfahren	Anzahl	643	562	556	515	591	566	521	595	461
mangels Masse abgewiesene Verfahren	Anzahl	82	83	85	76	93	68	65	84	74
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	Mill. €	130	103	150	77	72	72	128	103	78
Handwerk										
Beschäftigte ³⁾	30.9.09 = 100	97,6	98,1	98,4	.	.	.	98,1	.	.
Umsatz ⁴⁾	2009 = 100	98,9	107,3	108,2	.	.	.	103,9	.	.

1) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

2) z. B. als Gesellschafter oder Mithafter

3) am Ende des Kalendervierteljahres

4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.)

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Preise										
Verbraucherpreisindex	2005 = 100	109,4	111,9	111,8	112,2	112,1	113,8	113,7	114,2	114,5
Preisindex für Wohngebäude ¹⁾	2005 = 100	114,1	118,4	.	.	119,0	121,9	.	.	122,9
Verdienste ²⁾										
Bruttomonatsverdienste ³⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁴⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich										
	€	2 725	2 789	2 596	x	x	x	2 626	x	x
männlich	€	2 776	2 856	2 657	x	x	x	2 709	x	x
weiblich	€	2 631	2 664	2 484	x	x	x	2 482	x	x
Produzierendes Gewerbe	€	2 510	2 587	2 399	x	x	x	2 489	x	x
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 157	3 274	2 850	x	x	x	2 669	x	x
Verarbeitendes Gewerbe	€	2 477	2 565	2 352	x	x	x	2 490	x	x
Energieversorgung	€	(4 503)	4 522	4 013	x	x	x	(3 853)	x	x
Wasserversorgung ⁵⁾	€	2 478	2 543	2 372	x	x	x	2 363	x	x
Baugewerbe	€	(2 376)	(2 446)	(2 368)	x	x	x	2 331	x	x
Dienstleistungsbereich	€	2 874	2 937	2 741	x	x	x	2 711	x	x
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	€	2 416	2 501	2 291	x	x	x	2 264	x	x
Verkehr und Lagerei	€	2 390	2 434	2 259	x	x	x	2 309	x	x
Gastgewerbe	€	1 597	1 628	1 572	x	x	x	1 584	x	x
Information und Kommunikation	€	3 631	3 656	3 327	x	x	x	3 332	x	x
Erbringung von Finanz- und Versicherungs-										
dienstleistungen	€	(4 113)	4 168	3 550	x	x	x	3 487	x	x
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	2 949	3 002	2 710	x	x	x	(2 597)	x	x
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen										
und technischen Dienstleistungen	€	3 482	3 613	3 274	x	x	x	3 249	x	x
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen										
Dienstleistungen	€	1 707	1 772	1 682	x	x	x	1 729	x	x
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung;										
Sozialversicherung	€	3 161	3 295	3 140	x	x	x	3 213	x	x
Erziehung und Unterricht	€	3 798	3 809	3 626	x	x	x	3 764	x	x
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 127	3 229	3 039	x	x	x	2 999	x	x
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	(3 077)	(3 109)	2 955	x	x	x	2 881	x	x
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	(2 144)	(2 128)	(2 024)	x	x	x	(2 263)	x	x

1) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk

2) Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem I. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit der Daten mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt.

3) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni, usw. ohne Sonderzahlungen.

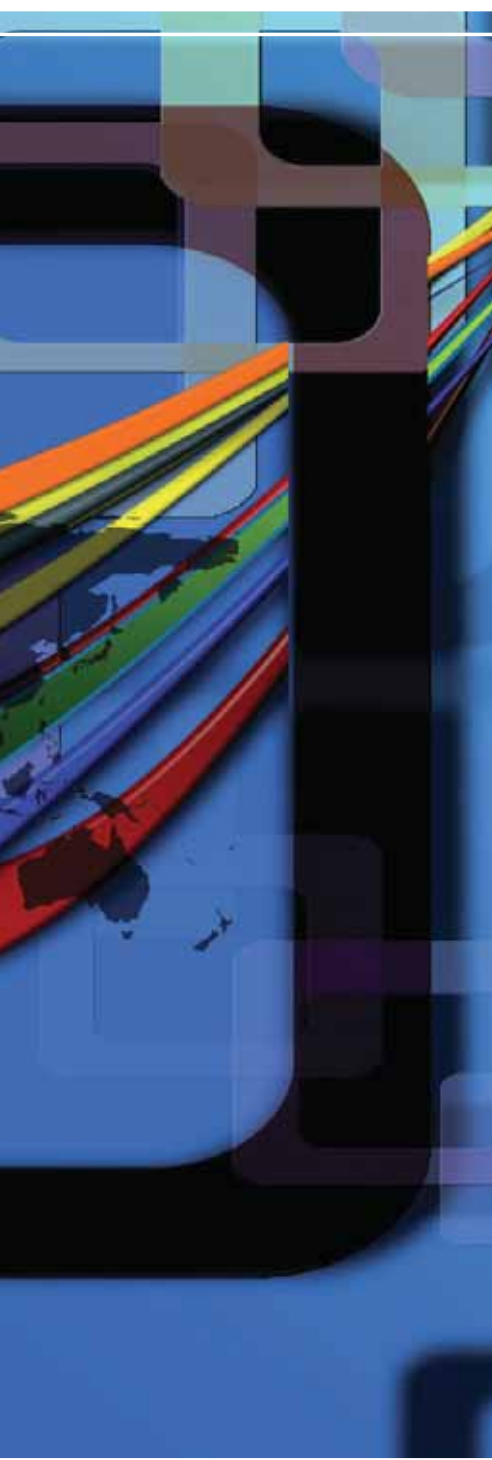
Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen dagegen mit enthalten.

4) einschließlich Beamte

5) einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen

Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

**Herausgeber:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Redaktion:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Gestaltung und Satz:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Druck:

Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste

Redaktionsschluss:

Januar 2013

Preis dieser Ausgabe:

3,50 €

Bezug:

Diese Druckschrift kann bezogen werden bei:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Hausanschrift: Macherstraße 63, 01917 Kamenz

Postanschrift: Postfach 11 05, 01911 Kamenz

Telefon: +49 3578 33-1424

Telefax: +49 3578 33-1499

E-Mail: vertrieb@statistik.sachsen.de

www.statistik.sachsen.de

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2013

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Titelbild: Gerd Altmann/PIXELIO

ISSN 0949-4480 (print)

Für Smartphones: Bildcode scannen und Sie finden weitere interessante statistische Ergebnisse und Informationen zum Thema

